



Bericht und Antrag der Präsidenten-
konferenz für den Erlass eines Grossrats-
gesetzes und für die Revision der
Geschäftsordnung des Grossen Rates

Inhaltsverzeichnis

I.	Ausgangslage und Anlass für die Revision	5
II.	Vernehmlassungsverfahren	7
	1. Inhalt der Vernehmlassung	7
	2. Ergebnis der Vernehmlassung	7
	3. Auswertung der Vernehmlassung	13
	a) Berücksichtigte Anliegen	13
	b) Nichtberücksichtigte Anliegen	13
III.	Erläuterungen zu den einzelnen Revisionspunkten	16
	1. Formelles	16
	2. Materielles	16
	a) Grossratsgesetz (GRG)	16
	aa) Allgemeines	16
	bb) Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen	17
	Art. 1 bis 5 Teilabschnitt «Wahl»	17
	Art. 6 Sessionen	17
	Art. 7 Beginn der Amtsdauer	17
	Art. 8 Konstituierende Sitzung	18
	Art. 10 Vereidigung und Amtsgelübde	18
	Art. 11 Angaben zu den Tätigkeiten der Grossrats-	
	mitglieder	18
	Art. 12 Amtsgeheimnis	18
	Art. 13–25 Abschnitt II. Organisation	19
	Art. 26–38 Abschnitt III. Informationsrechte und	
	Amtsgeheimnis	20
	Art. 39–45 Abschnitt IV. Allgemeine Verfahrens-	
	ordnung	21
	Art. 46–59 Abschnitt V. Verhandlungsgegenstände ...	21
	Art. 60–68 Abschnitt VI. Geschäftsverkehr zwischen	
	der Regierung und dem Grossen Rat	21
	Art. 69–71 Abschnitt VII. Schlussbestimmungen	22
	b) Geschäftsordnung des Grossen Rates (GGO)	22
	aa) Allgemeines	22
	bb) Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen	23
	Art. 1 Sessionen	23
	Art. 8 Feier Standespräsidentin, -präsident	23
	Art. 9–43 Abschnitt II. Organisation	23
	Art. 44–64 Abschnitt III. Allgemeine Verfahrens	
	ordnung	25

	Art. 65–84 Abschnitt IV. Verhandlungsgegenstände ...	25
	Art. 85 Aufhebung bisherigen Rechts.....	26
IV.	Finanzielle und personelle Auswirkungen	26
V.	Übereinstimmung mit dem Gesetzgebungs- programm 2005–2008	26
VI.	Berücksichtigung der Grundsätze von VFRR	26
VII.	Anträge	27
	Revisionsvorlagen	
	Gesetz über den Grossen Rat (Grossratsgesetz, GRG)	29
	Geschäftsordnung des Grossen Rates (GGO).....	79
	Geltendes Recht	
	Gesetz über Vertretung der Kreise im Grossen Rat des Kantons Graubünden (BR 170.110)	153
	Geschäftsordnung des Grossen Rates (BR 170.140)	155
	Reglement für Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates (BR 170.160)	191
	Reglement für die Justizkommission des Grossen Rates (BR 170.170.)	199
	Grossrätliche Verordnung über die Entschädigung der Mitglieder und der Fraktionen des Grossen Rates (170.180).....	203

Erlass eines Grossratsgesetzes und Teilrevision der Geschäftsordnung des Grossen Rates

Chur, 19. September 2005

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Präsidentenkonferenz unterbreitet Ihnen nachstehenden Bericht und Antrag für den Erlass eines Grossratsgesetzes und die Teilrevision der Geschäftsordnung des Grossen Rates.

I. Ausgangslage und Anlass für die Revision

Die heute geltende Parlamentsgesetzgebung umfasst folgende Erlasse:

- Gesetz über Vertretung der Kreise im Grossen Rat des Kantons Graubünden vom 4. Juni 1972 (BR 170.110)
- Geschäftsordnung des Grossen Rates vom 29. Mai 1956 (BR 170.140)
- Reglement für die Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates vom 26. September 1994 (BR 170.160)
- Reglement für die Justizkommission des Grossen Rates vom 5. Oktober 1998 (BR 170.170)
- Grossrätliche Verordnung über die Entschädigung der Mitglieder und der Fraktionen des Grossen Rates vom 31. Mai 1972 (BR 170.180)

Die letzten umfassenden Revisionen der Parlamentsgesetzgebung gehen auf die Jahre 1995 und 2002 zurück. Wesentliche Elemente der Reform von 1995 waren:

- Aufnahme neuer Initiativinstrumente wie Antrag auf Direktbeschluss und Parlamentarische Initiative sowie Institutionalisierung von Berichten der Regierung wie Regierungsprogramm und Finanzplan mit der Möglichkeit des Rates, zu diesen Berichten in einer eigenen Erklärung Stellung zu nehmen
- Änderung des Sessionssystems von 4 wöchentlichen Sessionen zu 5 Sessionen (4 x 2½ Tage und 1 x 5 Tage)
- Ausbau der Präsidentenkonferenz zum Führungsorgan des Grossen Rates und schriftliche Beantwortung von parlamentarischen Vorstössen
- Personelle Erweiterung der Geschäftsprüfungskommission und Verstärkung der Informationsrechte der Ratsmitglieder und Kommissionen, Schaffung einer Justizkommission

Kernpunkte der Reform von 2002, die am 1. Mai 2003 in Kraft getreten ist, waren:

- Änderung des Sessionssystems: 6 Sessionen zu jeweils 3 Tagen
- Schaffung von 5 ständigen Legislativkommissionen und einer Strategiekommission für die Ausarbeitung der übergeordneten politischen Ziele und Leitsätze des Grossen Rates
- Einführung der neuen parlamentarischen Instrumente des Auftrags sowie des Grundsatzbeschlusses
- Schaffung eines Ratssekretariates
- Verzicht auf die Schriftliche Anfrage und Einführung einer Fragestunde
- Erhöhung der Entschädigungsansätze der Ratsleitung, der einzelnen Ratsmitglieder, der Kommissionen und der Fraktionen

(vgl. Bericht der Kommission Parlamentsreform vom 12. Dezember 2001; GRP 2001/2002, 678).

Hauptanlass für die nun vorgesehene Revision der Parlamentsgesetzgebung bildet die neue Kantonsverfassung (KV) vom 18. Mai/14. September 2003, die am 1. Januar 2004 in Kraft getreten ist. Bei einer Analyse vom 10. Dezember 2003 ergab sich aufgrund der neuen Verfassung für den Parlamentsbereich ein inhaltlich zwar eher geringer, zeitlich aber insofern relativ dringender Handlungsbedarf, als die vorzunehmenden Anpassungen bis zu den nächsten Gesamterneuerungswahlen des Grossen Rates im Jahr 2006 vorgenommen werden müssen. Konkret geht es um folgende Neuerungen der Kantonsverfassung, die auf gesetzgeberischer Ebene umzusetzen sind:

- Verlängerung der Amtsdauer des Grossen Rates von heute 3 auf 4 Jahre (Art. 23 KV)
- Verschiebung des Beginns der Amtsperiode auf 1. August (Art. 105 Abs. 1 Ziff. 1 KV)
- Beteiligung des Grossen Rates an der Vorbereitung wichtiger interkantonalen und internationaler Verträge (Art. 32 Abs. 3 KV)

Daneben sind verschiedene weitere hängige Revisionspostulate umzusetzen, wie

- Einberufung des Grossen Rates durch ein Ratsorgan und nicht mehr durch die Regierung (Wegfall von Art. 22 aKV)
- Regelung der Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft in der Geschäftsprüfungskommission mit der Einsitznahme in Organe von Institutionen, welche der Oberaufsicht des Grossen Rates unterstehen (Motion Tscholl, GRP 5/2002-2003, 582; 6/2002-2003, 825)
- Neue Kompetenzregelung für die Geschäftsprüfungskommission beim Entscheid über Nachtragskreditgesuche gemäss Art. 20 Abs. 1 Finanzhaushaltsgesetz (Revision Junisession 2004)

Neben diesem materiellen Anpassungsbedarf ergibt sich ein **formeller** aufgrund der Neuordnung der Rechtssetzungszuständigkeiten in der neuen Kantonsverfassung. Mit der neuen Kantonsverfassung wurde das selbstständige Ordnungsrecht des Grossen Rates abgeschafft. Der Grosse Rat kann Verordnungen nur noch erlassen, wenn er durch Gesetz ausdrücklich dazu ermächtigt wird (Art. 32 Abs. 1 KV). Weiter schreibt Art. 31 Abs. 1 KV vor, dass alle **wichtigen** Bestimmungen durch den Grossen Rat in der Form des Gesetzes zu erlassen sind. Muss nun, wie vorliegend, aus materiellen Gründen die Geschäftsordnung des Grossen Rates geändert werden, sind die neuen Rechtssetzungszuständigkeiten zwingend zu beachten (Art. 103 Abs. 2 KV). Dies hat zur Folge, dass alle wichtigen Regelungen in ein formelles Gesetz überführt werden müssen. Weniger wichtige Bestimmungen kann der Grosse Rat hingegen, gestützt auf eine entsprechende Ermächtigung im Gesetz, nach wie vor in eine grossrätliche Verordnung kleiden.

II. Vernehmlassungsverfahren

1. Inhalt der Vernehmlassung

Anlässlich ihrer Sitzung vom 8. November 2004 hat die Präsidentenkonferenz des Grossen Rates die Entwürfe für ein neues Grossratsgesetz und für eine neue Geschäftsordnung des Grossen Rates für die Vernehmlassung freigegeben. Zur Vernehmlassung eingeladen wurden die Fraktionen des Grossen Rates, die ständigen Kommissionen des Grossen Rates, die Regierung und die kantonalen Gerichte. Innert der bis am 30. April 2005 gesetzten Frist reichten alle Fraktionen, die Geschäftsprüfungskommission, die Kommission für Justiz und Sicherheit, die Strategiekommission und die Regierung eine Stellungnahme ein. Zusätzlich gingen Einzelvernehmlassungen von zwei Grossratsmitgliedern ein.

2. Ergebnis der Vernehmlassung

Die **CVP-Fraktion** stimmt sowohl dem konzeptionellen Vorgehen als auch den Inhalten der neuen Parlamentsgesetzgebung umfassend zu. Insbesondere kann sie sich damit abfinden, dass die neue Parlamentsgesetzgebung nicht nur reine Umsetzungsvorlage zu neuen Kantonsverfassung, sondern auch eine Gesetzgebung mit materiellen Anpassungen an die neue Kantonsverfassung ist und in letzterem Zusammenhang aber darauf verzichtet, grundsätzliche Fragen neu aufzuwerfen, welche im Rahmen der letzten Parlamentsreform von 2002 bereits entschieden worden sind. Gemäss CVP-

Fraktion haben sich die im Jahre 2002 gesetzten Reformen noch für einige Zeit in der praktischen Grossratsarbeit zu entwickeln, bevor sie erneut einer materiellen Prüfung zu unterziehen sind.

Die **FDP-Fraktion** hält fest, dass die durch die Umsetzung der Kantonsverfassung anfallende Revision sinnvollerweise in einem Gesetz und daraus folgender Verordnung unter einem ganzheitlichen Aspekt zu betrachten und mit der Integration von hängigen Revisionspostulaten zu verbinden ist. Dabei ist eine Straffung und Zusammenfassung der Erlasse, wie sie vorliegen, zu begrüssen. Auch die stärkere Gliederung trägt zur Übersichtlichkeit bei. Die FDP-Fraktion begrüsst ausdrücklich die vorliegenden Fassungen der Entwürfe von Gesetz und Verordnung.

Kritik erntet das Kommissionssystem, welches laut FDP-Fraktion dazu führt, dass die Kommissionen teilweise stark unterschiedlich ausgelastet sind. Gemäss Auffassung der FDP-Fraktion ist das bestehende Modell der ständigen Kommissionen stark revisionsbedürftig, gibt es doch aufgrund der bisherigen Erfahrungen festzuhalten, dass die Arbeitsbelastung der einzelnen Kommissionen sehr ungleich ausfällt. Auch die Tatsache, dass nur rund zwei Drittel der Ratsmitglieder Einsitz in Kommissionen finden, und somit der Rest von rund 40 Ratsmitgliedern weniger Informationen und Wissen in den einzelnen Sachbereichen hat, führt zu einer ungleichen Situation im Rat, und zu einem ungleichen Beschäftigungsumfang. Diese Situation in Bezug auf die ständigen Kommissionen verschärft sich noch, wenn die Amtszeit eines Grossratsmitglieds auf vier Jahre verlängert wird. Nach Auffassung der FDP-Fraktion sind die ständigen Kommissionen auch zu gross, wodurch sie nicht nur in ihrer Organisation und Funktion schwerfällig werden, sondern damit wird auch verunmöglicht, sie in besonderen Fällen durch Spezialisten zu ergänzen (z. B. Baufachleute in der Vorlage Kanti-Neubau).

Die Kommissionen haben sich auf die ihnen in Art. 17 GGO zugewiesenen Aufgaben zu beschränken und sich nicht ins operative Geschäft einzumischen. Daraus zieht die FDP-Fraktion den Schluss, dass der Aufgabenkatalog der ständigen Kommissionen einzuschränken ist. Für die FDP-Fraktion ist es unerlässlich, dass die Bildung von Ad-hoc-Kommissionen vereinfacht wird. Abgesehen von diesen Änderungen stellt sich die FDP-Fraktion hinter das bestehende Kommissionssystem.

Die **SVP-Fraktion** bejaht die Revision zum heutigen Zeitpunkt, die eine reine Umsetzungsvorlage zur neuen Kantonsverfassung darstellt, abgesehen von wenigen materiellen Anpassungen.

Die erforderlichen gesetzgeberischen Anpassungen, welche bis zu den nächsten Gesamterneuerungswahlen des Grossen Rates 2006 vorgenommen werden müssen, werden von der SVP-Fraktion ausnahmslos gutgeheissen.

Die Parlamentsreform hat nach der SVP-Fraktion zu einer Zweiklassengesellschaft im Parlament geführt. Zwei Drittel der Mitglieder des Gros-

sen Rates gehören einer der acht ständigen Kommissionen an, die übrigen Ratsmitglieder sind von der Kommissionsarbeit ausgeschlossen. Unter den Grossrätinnen und Grossräten, die keiner ständigen Kommission angehören, macht sich Frustration breit.

Zudem muss festgestellt werden, dass vor allem durch das Mitberichtsverfahren die Kommissionsarbeit weniger effizient geworden ist und die Kosten massiv gestiegen sind.

Die SVP-Fraktion ist mehrheitlich der Ansicht, dass die ständigen Kommissionen zugunsten von Ad-hoc-Kommissionen reduziert werden sollten. Dadurch könnten die Kommissionen wieder aus Mitgliedern zusammengesetzt werden, die über ein entsprechendes Fachwissen und/oder ein spezielles Interesse verfügen.

Die **SP-Fraktion** unterstützt das vor zwei Jahren eingeführte Modell mit ständigen Kommissionen und lehnt unter Hinweis auf die mangelnden Erfahrungswerte eine Änderung des Kommissionensystems zum heutigen Zeitpunkt ab. Hingegen befürwortet die SP-Fraktion Massnahmen, um einem Zweiklassenparlament entgegenzuwirken. Als solche schlägt sie die vermehrte Einsetzung von Ad-hoc-Kommissionen und die Entflechtung der Fachkommissionen vor. Von der SP-Fraktion kritisiert wird ferner die momentane Praxis der Sessionsverlängerungen auf vier Tage. Nach ihr ist die Dauer der Sessionsen von längstens drei Tagen im Gesetz zu verankern. Die SP-Fraktion verlangt u. a., dass das Modell des Kommissionsproporzgesetzes gesetzlich verankert wird, wobei sie die analoge Anwendung dieses Verteilungsschlüssels auch auf die Standespräsidentenwahlen und auf die Wahlen in den Bankrat der GKB fordert. In Berücksichtigung dessen, dass die Geschäftsprüfungskommission und die Kommission für Justiz und Sicherheit wichtige Entscheidungen zu treffen haben, hält die SP-Fraktion für diese Kommissionen ein $\frac{2}{3}$ -Quorum zur jeweiligen Beschlussfassung für angebracht. Für eine umfassende und qualitativ gute Sessionsvorbereitung sind nach Auffassung der SP-Fraktion die entschädigungsberechtigten Fraktionssitzungen auf zehn pro Jahr anzuheben. Schliesslich beantragt die SP-Fraktion eine Verdoppelung des Taggelds der Kommissionspräsidenten.

Die **Geschäftsprüfungskommission** begrüsst grundsätzlich die Straffung der Parlamentsgesetzgebung. Im Einzelnen beantragt die Geschäftsprüfungskommission bezüglich des Amtsgeheimnisses eine Sonderregelung für sich. Sie hält ferner am bisherigen Prinzip der Selbstkonstituierung der Geschäftsprüfungskommission fest. Einerseits hat sich dieses System bewährt, andererseits äussert die Geschäftsprüfungskommission Bedenken, dass bei einer Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten der Geschäftsprüfungskommission durch den Grossen Rat die Geschäftsprüfungskommission «verpolitisiert» würde. Zudem besteht die Gefahr, dass aufgrund des Parteiproporz jemand Präsident oder Präsidentin wird, ohne zuvor Mitglied der

Geschäftsprüfungskommission gewesen zu sein. Nach Art. 31 Abs. 4 der geltenden GGO kann ein Kommissionsmitglied zweimal wiedergewählt werden. Diese Regelung möchte die Geschäftsprüfungskommission auch künftig beibehalten. Nach Ansicht der Geschäftsprüfungskommission könnte demnach ein Kommissionsmitglied während höchstens 12 Jahren der gleichen Kommission angehören. Dadurch würde nicht bei jeder Wiederwahl ein grosser Wechsel stattfinden und grosses Know-how verloren gehen.

Die Amtsdauer der Kommissionspräsidentinnen und -präsidenten möchte die Geschäftsprüfungskommission auf höchstens zwei Jahre festlegen, ohne die Möglichkeit einer Wiederwahl. Dadurch könnte die Arbeitslast besser verteilt und die Professionalität der ständigen Kommissionen erhöht werden. Die Geschäftsprüfungskommission regt mit Bezug auf die Beschlussfähigkeit für ihre Kommission die Beibehaltung des $\frac{2}{3}$ -Quorums an.

Die **Kommission für Justiz und Sicherheit** hält fest, dass aufgrund der in der Kommission gesammelten Erfahrungen fachlicher und zwischenmenschlicher Natur die Kommissionsmitglieder einhellig eine positive Bilanz der Konstituierung der Kommission für Justiz und Sicherheit als ständige Kommission ziehen. Die Kommissionsmitglieder sind der Auffassung, dass die Form der Kommission für Justiz und Sicherheit als ständige Kommission beizubehalten ist. Unterstützt und gefördert wird diese Meinung durch die wahrscheinliche Aufwertung der Kommission für Justiz und Sicherheit durch die Umsetzung der Justizreform II.

Obwohl die positiven Aspekte eindeutig überwiegen, ortet die Kommission auch durchaus Verbesserungsbedarf am bestehenden Kommissionssystem. Verbesserungsbedürftig ist einmal die Abgrenzung der sachlichen Zuständigkeiten der ständigen Kommissionen untereinander. Es kommt immer wieder vor, dass Kommissionen ihren Sach- und Fachbereich sehr extensiv interpretieren, was zu Konflikten zwischen den einzelnen Kommissionen führt.

Ein weiteres Anliegen der Kommission für Justiz und Sicherheit ist der, dass sich alle parlamentarischen Kommissionen bemühen sollten, sich in ihrer Kommissionsarbeit auf den ihnen übertragenen Aufgabenbereich zu beschränken und davon absehen, Tätigkeiten auch in operativen Bereichen zu entfalten. Nach Auffassung der Kommission für Justiz und Sicherheit sollten das Amtsgeheimnis, die Informationsrechte und der vertrauliche Charakter ihrer Protokolle für ihre Kommission gesondert geregelt werden, wie dies gemäss dem in Kraft stehenden Reglement für die Justizkommission heute gilt. Zu Art. 28 lit. c) GRG regt die Kommission für Justiz und Sicherheit einen Zusatz des Inhalts an, wonach aussenstehende Sachverständige erst nach vorgängiger Ermächtigung durch die Präsidentenkonferenz zu Befragungen beigezogen oder bei ihnen Gutachten in Auftrag gegeben werden können. Die Kommission für Justiz und Sicherheit regt die Einführung einer

übergangsrechtlichen Bestimmung an. Demnach sollte die Amtsdauer von bisherigen Kommissionsmitgliedern bis zu den Gesamterneuerungswahlen des Grossen Rates im Jahre 2010 dauern. Aus praktischen und verfahrensökonomischen sowie aus Effizienz- und Spargründen möchte die Kommission die Möglichkeit von Zirkularbeschlüssen in der GGO gesetzlich verankern. Die Kommission für Justiz und Sicherheit weist ferner darauf hin, dass nachdem die Taggeldhöhe für alle Grossratsmitglieder auf Fr. 300.– festgelegt worden ist, kein Grund mehr für eine gesonderte Regelung für die Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission besteht. Unter Hinweis auf das umfangreiche Pflichtenheft der Kommissionspräsidien beantragt die Kommission für Justiz und Sicherheit eine Präsidialzulage von Fr. 500.– je Jahr.

Grundsätzlich hält die **Strategiekommission** fest, dass sie die zeitliche Notwendigkeit für eine Revision der Parlamentsgesetzgebung im Hinblick auf die Gesamterneuerungswahlen des Grossen Rates im Jahre 2006 anerkennt. Weiter begrüsst die Strategiekommission die Zusammenführung der einzelnen Rechtserlasse betreffend Organisation und Aufgaben des Grossen Rates in einem Grossratsgesetz und einer Grossratsverordnung.

Die Strategiekommission stellt fest, dass die vorliegende Revision im Wesentlichen nur zwingende Anpassungen an die neue Kantonsverfassung enthält. Die Strategiekommission ist jedoch der Auffassung, dass die Gelegenheit genutzt werden sollte, aufgrund der vorliegenden Erfahrungen erste Anpassungen an die Organisation und die Aufgaben der ständigen Kommissionen sowie an den parlamentarischen Instrumenten (Fragestunde) vorzunehmen.

Laut Strategiekommission hat es sich seit der Inkraftsetzung der letzten Parlamentsreform gezeigt, dass die Geschäftslast bei den ständigen Kommissionen in einem unerwarteten Ausmass unausgewogen ist. Die Strategiekommission ist der Auffassung, dass diese unterschiedlichen Lasten auf eine nicht optimale Zuordnung der Aufgabenbereiche auf die ständigen Kommissionen zurückzuführen ist. So sei insbesondere der Aufgabenbereich der Strategiekommission zu eng und derjenige der Kommission für Wirtschaft, Abgaben und Staatspolitik zu breit angelegt. Die Strategiekommission regt daher an, die Verteilung der Aufgaben auf die einzelnen ständigen Kommissionen in die vorliegende Revision einzuschliessen.

Die Strategiekommission schlägt insbesondere vor, den Bereich Staatspolitik (Gemeindewesen und Finanzausgleich, bürgerliche Rechte, politische Rechte, Kirche) aus dem Aufgabenbereich der Kommission für Wirtschaft, Abgaben und Staatspolitik herauszulösen und diesen gegebenenfalls auf die Strategiekommission zu übertragen.

Weiter regt die Strategiekommission an, die Notwendigkeit des Bestehens einer Strategiekommission zu überdenken, da sie in ihrer jetzigen Ausgestaltung nicht ausreichend ausgelastet ist.

Als unbefriedigend aus der Sicht der Strategiekommission hat sich die bisherige Finanzkompetenzregelung hinsichtlich der Kommissionstätigkeit erwiesen. Gemäss geltendem und neuem Recht liegt die Finanzkompetenz ausschliesslich bei der Präsidentenkonferenz. Die Strategiekommission ist der Auffassung, dass der jeweilige Präsident einer ständigen Kommission mit einem Minimalbudget auszustatten ist, so dass Bagatellausgaben nicht beim Landespräsidenten bzw. bei der Präsidentenkonferenz zu beantragen sind (z.B. Raummiete bei externen Sitzungen, Kurzgutachten etc.).

Die **Regierung** beurteilt die vorliegenden Entwürfe insgesamt als positiv. Deutliche Vorbehalte bringt sie jedoch gegenüber dem System der ständigen Sachkommissionen an. Gemäss Regierung ist die Aufteilung des Regelungstoffes auf das Grossratsgesetz und die Geschäftsordnung verfassungskonform und insgesamt zweckmässig erfolgt. Auch die Gliederung und die Systematik dürfen gemäss Regierung als gelungen bezeichnet werden.

Beim Erlassstitel «Gesetz über den Grossen Rat (Grossratsgesetz)» schlägt die Regierung vor, auch die Abkürzung «GRG» anzufügen, was das Zitieren vereinfachen würde.

Die Regierung formuliert sodann drei ihres Erachtens wichtige Anliegen, welche die Rechtsetzung und die Rechtsanwendung betreffen. Es geht einmal darum, das neue Kommissionssystem kritisch zu überprüfen. Aufgrund der bisherigen Erfahrungen stellt sich der Regierung die Frage, ob das Kommissionssystem mit ständigen Sachkommissionen zu den erhofften Vorteilen geführt hat.

Nach Ansicht der Regierung muss namentlich der Entwicklung zu einem Zweiklassenparlament (Parlamentsmitglieder, die in ständigen Kommissionen sitzen und solche ohne Einsitz) und der teilweisen Vermischung der Aufgabenbereiche von Regierung und Parlament entgegengewirkt werden.

Nicht zu übersehen ist sodann, dass gewisse Kommissionen operative Geschäfte der Regierung begleiten und in Vollzugsfragen mitwirken wollen. Diesem Trend muss entgegengewirkt werden.

Die Regierung hält schliesslich dafür, dass auch die mit der Parlamentsreform verbesserte Flexibilität in der Sessionsplanung vermehrt zugunsten eines geordneten Geschäftsgangs ausgenutzt werden soll. Die Sessionsplanung muss sich an der Geschäftslast orientieren und bei entsprechendem Bedarf müssen Sessionsen verlängert oder verkürzt werden.

Zwei **Einzelpersonen** beantragen in ihren Stellungnahmen mit dem Hinweis auf die Schaffung eines Zweiklassen-Parlaments die Abschaffung der ständigen Sachkommissionen und damit verbunden die Rückkehr zum alten System der Ad-hoc-Kommissionen.

3. Auswertung der Vernehmlassung

Obwohl es sich vorliegend zur Hauptsache um eine Vorlage zur Umsetzung der Kantonsverfassung handelt, wurden von den Vernehmlassungsadressaten zahlreiche Anträge und Wünsche zu materiellen Änderungen vorgebracht. Namentlich gilt dies in Bezug auf das geltende Kommissionssystem. Die überwiegende Mehrzahl der Vernehmlassenden will zu diesem Zeitpunkt an den ständigen Kommissionen festhalten, fordert aber eine ausgewogenere Arbeitsauslastung zwischen den Kommissionen und eine engere Umschreibung ihrer Aufgaben sowie einen vermehrten Einsatz von nichtständigen Kommissionen. Nachdem eine umfassende Parlamentsgesetzrevision erst vor 2 Jahren vorgenommen wurde, erachtet die Präsidentenkonferenz den heutigen Zeitpunkt als verfrüht, um eine umfassende Reform des Kommissionssystems vorzunehmen.

a) Berücksichtigte Anliegen

- Einschränkung der Umschreibung der Aufgaben der ständigen Kommissionen
- Änderung der Voraussetzungen zur Bestellung von nichtständigen Kommissionen
- 2-jährige Amtsdauer der Kommissionpräsidentinnen und -präsidenten
- Flexibilisierung des Sessionsbeginns
- Neukonstituierung der Strategiekommission als Sachkommission mit erweitertem Aufgabenbereich (Staatspolitik) zur Kommission für Staatspolitik und Strategie
- Die Berücksichtigung der Stimmenthaltungen bei der Schlussabstimmung über wichtige Geschäfte

b) Nichtberücksichtigte Anliegen

Abuschaffung der ständigen Kommissionen

Die Präsidentenkonferenz befürwortet das geltende System der ständigen Kommissionen. Nach ihrer Meinung überwiegen die Vorteile die Nachteile klar. Sie ist der Auffassung, dass in den ständigen Kommissionen gute Arbeit geleistet wird. Die Ergebnisse der Kommissionsarbeiten lassen den Schluss zu, dass die Kommissionsmitglieder teilweise bereits ein beachtliches Know-how in ihren Bereichen erworben haben, was dem Bestreben der Parlamentsreform 2002 entspricht. Die Präsidentenkonferenz ist sich dabei bewusst, dass die kurze Zeit seit Etablierung der ständigen Kommissionen nicht ausreicht, um das geltende Kommissionssystem abschliessend beurtei-

len zu können. Aufgrund der Stellungnahmen hat die Präsidentenkonferenz trotzdem auch andere Kommissionsmodelle geprüft und diskutiert wie die Reduktion der Grösse der ständigen Kommissionen oder die unbeschränkte Zulassung von Ad-hoc-Kommissionen. Nach Abwägen der Vor- und Nachteile der jeweiligen Lösungen hat sich die Präsidentenkonferenz mit Modifikationen für die Beibehaltung des bestehenden Kommissionssystems ausgesprochen.

Zuweisung von Finanzkompetenzen an die Kommissionspräsidien

Für die Kreditfreigabe an die Kommissionen für ausserordentliche Aufwändungen ist die Präsidentenkonferenz zuständig. Die Ausgabenkompetenz für ordentliche Ausgaben (z. B. Miete von Sitzungslokalen, Aufwändungen für Mittagessen für geladene Gäste und Experten, Ausgaben für kleine Aufmerksamkeiten an Vortragende und Experten) liegt bereits bei den Kommissionen. An dieser Regelung soll festgehalten werden.

Sonderbehandlung von Geschäftsprüfungskommission und Kommission für Justiz und Sicherheit

Um beschlussfähig zu sein, müssen $\frac{2}{3}$ der Kommissionsmitglieder anwesend sein. Dieses qualifizierte Mehr soll künftig für alle Kommissionen gelten und nicht, wie bisher, nur für die Geschäftsprüfungskommission. Die Präsidentenkonferenz sieht keinen Anlass, die Bereiche Amtsgeheimnis, Informationsrechte und Vertraulichkeit von Kommissionsprotokollen mit Bezug auf die Geschäftsprüfungskommission und Kommission für Justiz und Sicherheit gesondert und abweichend von den allgemeinen Regeln zu behandeln. Vielmehr erachtet sie die allgemeinen Regelungen auch hinsichtlich dieser zwei Kommissionen als ausreichend.

Festlegung der Amtsdauer der Kommissionsmitglieder auf 12 Jahre

Eine Amtsdauer von 12 Jahren, wie von der Geschäftsprüfungskommission beantragt, dürfte unter dem Gesichtspunkt der erforderlichen Rotation der Kommissionsmitglieder zu lang sein und den Eindruck eines «Zweiklassenparlaments» eher noch verschärfen. Die vorgesehene maximale Amtsdauer von 8 Jahren trägt den Verhältnissen besser Rechnung und deckt sich zudem eher mit der geltenden Regelung, die eine maximale Amtsdauer von 9 Jahren vorsieht.

Abschaffung des Mitberichtsverfahrens

Den ständigen Kommissionen muss die Möglichkeit der Mitwirkung an einem konkreten Geschäft anderer ständigen Kommissionen zugestanden werden. Der Umstand, dass gewisse Schnittstellenprobleme zwischen den ständigen Kommissionen aufgetreten sind, dürfte auch auf die anfänglich

noch fehlende Praxis in diesem Bereich zurückzuführen sein. Dieser Umstand rechtfertigt aber die Streichung von Art. 21 GRG nicht.

Anzeige von Stellvertretern an die Fraktionen

Unter dem Gesichtspunkt der Grundsätze der Verwesentlichung und Flexibilisierung der Rechtsetzung und Rechtsanwendung (VFRR) erübrigt es sich, diese Aufgabe gesetzlich zu regeln. Diese Mitteilung wird künftig unmittelbar durch das Ratssekretariat erfolgen.

Zirkularbeschlüsse in der Kommissionsarbeit

Die Präsidentenkonferenz erachtet Zirkularbeschlüsse im Parlamentsbetrieb als problematisch. Die parlamentarische Arbeit der Kommissionen ist vom Mündlichkeits- und Unmittelbarkeitsprinzip beherrscht. Eine vertiefte Auseinandersetzung mit einem Geschäft ist nur möglich, wenn die Kommissionen zum Meinungsaustausch zusammentreten.

Erhöhung der entschädigungsberechtigten Fraktionssitzungen auf 10 pro Jahr

Die geltende Regelung, wonach ausserhalb der Sessionen höchstens eine Sitzung je Session entschädigt wird, ist beizubehalten. Es sollte grundsätzlich möglich sein, die jeweiligen Sessionsgeschäfte des Grossen Rates an zwei Fraktionssitzungen zu Ende beraten zu können.

Diskussion in der Fragestunde

Die Präsidentenkonferenz beurteilt das Instrument der Fragestunde durchaus positiv. Der Umstand, dass die Fragestunde die Erwartungen möglicherweise bisher noch nicht in vollem Umfang erfüllt hat, dürfte aber auch damit zusammenhängen, dass sie noch nicht ausreichend Gelegenheit hatte, um sich als wirksames, praktisches, kostengünstiges, einfaches und effizientes parlamentarisches Arbeitsinstrument etablieren zu können. Schlüssige Erkenntnisse über die Effektivität der Fragestunde liegen jedenfalls zum heutigen Zeitpunkt noch nicht vor. Die Präsidentenkonferenz ist deshalb der Meinung, dass auch dem Instrument der Fragestunde noch etwas Zeit zu belassen ist, um sich zu etablieren und zu bewähren. Die Diskussion um die Änderung der Fragestunde setzt deshalb zu früh ein.

Zulage/Erhöhung des Taggeldes zugunsten von Kommissionspräsidenten

Vor dem Hintergrund der erst im Jahre 2003 vom Grossen Rat verabschiedeten Struktur- und Leistungsüberprüfungsmassnahmen ist von der Ausrichtung von Präsidialzulagen und dergleichen zur Zeit abzusehen.

III. Erläuterungen zu den einzelnen Revisionspunkten

1. Formelles

Die bisherigen fünf Parlamentserlasse werden zu zwei Erlassen, einem **Grossratsgesetz (GRG)** und einer **Geschäftsordnung des Grossen Rates (GGO)**, zusammengefasst. Der Regelungsstoff wird in Beachtung des von der Verfassung vorgegebenen Kriteriums der Wichtigkeit auf die beiden Erlasse verteilt. Dabei wurde darauf geachtet, bislang bestehende Wiederholungen auszumerzen und neue nach Möglichkeit zu vermeiden. Ebenso wurde auf die Übernahme von Bestimmungen, namentlich in den beiden Geschäftsreglementen, die nur internen Charakter haben, verzichtet. Dabei ist zu beachten, dass aus Gründen der Lesbarkeit und des besseren Verständnisses etliche Bestimmungen aus der bisherigen Geschäftsordnung mit (zu) vielen Absätzen in mehrere Artikel aufgeteilt wurden. Der Umfang der Regulierungen konnte insgesamt trotzdem reduziert werden.

Im Vergleich mit der heutigen Geschäftsordnung haben die beiden Erlasse eine stärkere Gliederung mit Zwischentiteln erfahren, welche die Auffindbarkeit und das Verständnis der Bestimmungen verbessern soll.

Die sprachliche Gleichstellung der Geschlechter wird in den beiden Erlassen nach der kreativen Lösung sichergestellt. In der heutigen Geschäftsordnung erfolgt dies noch durch eine Legaldefinition (Art. 1 geltende GGO).

2. Materielles

a) *Grossratsgesetz (GRG)*

aa) *Allgemeines*

Das Grossratsgesetz enthält die **grundlegenden** Bestimmungen über:

- die Wahl und Konstituierung des Rates
- die Organisation des Rates
- die Informationsrechte der Ratsmitglieder und der Kommissionen sowie das Amtsgeheimnis
- die allgemeine Verfahrensordnung
- die Verhandlungsgegenstände
- sowie über den Geschäftsverkehr zwischen der Regierung und dem Grossen Rat

bb) Bemerkungen zu einzelnen Bestimmungen

Art. 1 bis 5 Teilabschnitt «Wahl»

Mit diesen Bestimmungen werden die Art. 2, 3, 5 und 6 des Gesetzes über die Vertretung der Kreise im Grossen Rat des Kantons Graubünden (GVK, BR 170.110) in das neue Gesetz integriert. Die Übernahme von Art. 1 GVK erübrigt sich, weil die neue Kantonsverfassung die Zahl der Abgeordneten bereits regelt (vgl. Art. 27 Abs. 1 KV).

Art. 6 Sessionen

Die genaue Anzahl der Sessionen soll der Grosse Rat in der Geschäftsordnung regeln. Abs. 1 sieht eine entsprechende Delegation vor. Im Gegensatz zur alten Verfassung (Art. 22 aKV) enthält die neue Verfassung keine Bestimmung über ausserordentliche Sessionen. In Abs. 2 ist deshalb festzulegen, welche Instanzen zusätzliche Sessionen veranlassen können. Mit einer gesetzlichen Fixierung der Höchstdauer der Sessionen würde sich der Grosse Rat der erforderlichen Flexibilität begeben. Damit könnte er nicht adäquat auf den jeweiligen Geschäftsumfang reagieren. Um einen geordneten Geschäftsgang zu gewährleisten muss sich jedoch die Sessionsplanung an der Geschäftslast orientieren und bei entsprechendem Bedarf muss eine Session verlängert werden können.

Art. 7 Beginn der Amtsdauer

Die neue Amtsperiode des Grossen Rates beginnt mit der konstituierenden Sitzung. Diese findet nach den am ersten Sonntag im Mai erfolgenden Gesamterneuerungswahlen am Mittwoch nach dem zweiten Sonntag des Monats Juni (Junisession) statt. Mit der Verlängerung der Amtsdauer des Grossen Rates von 3 auf 4 Jahre wurden die Voraussetzungen geschaffen, um die Wahltermine der Grossrats- und Regierungsratswahlen zusammenzulegen. Diese gemeinsamen Wahlen sollen jeweils im Mai oder Juni durchgeführt werden. Die konstituierende Sitzung des Grossen Rates würde dann in der Augustsession, konkret am Mittwoch nach dem vierten Sonntag des Monats August, stattfinden. Diese Umstellung des Beginns der Amtsdauer wurde mit Art. 105 Abs. 1 Ziff. 1 und 2 KV bereits vorbereitet, indem die Amtsdauer der Mitglieder des Grossen Rates bis 31. Juli 2006 verlängert wurde. Vorliegend geht es nur noch darum, den Beginn der Amtsperiode terminlich konkret und in Abstimmung mit der Regelung im Gesetz über die politischen Rechte auf den 1. August festzulegen.

Nachdem die Amtsdauer des Grossen Rates bereits in Art. 23 der KV explizit auf 4 Jahre festgelegt wurde, kann unter Gesichtspunkten der Verwesentlichung und Flexibilisierung der Rechtsetzung und Rechtsanwendung (VFRR) auf eine diesbezügliche Wiederholung im Gesetz verzichtet werden.

Art. 8 Konstituierende Sitzung

Die alte Kantonsverfassung sah ausdrücklich vor, dass der Grosse Rat von der Regierung einberufen wird (vgl. Art. 22 erster Satz aKV). Die neue Kantonsverfassung enthält diesbezüglich keine Regelung. Aus staatspolitischen Überlegungen soll die Einberufung des Grossen Rates für die konstituierende Sitzung nicht mehr durch die Regierung, sondern durch die bisherige Standespräsidentin oder den bisherigen Standespräsidenten erfolgen. Die Einberufung der übrigen Sitzungen erfolgt dann jeweils durch die amtierende Standespräsidentin oder den amtierenden Standespräsidenten (Art. 39 GRG). Der Verfassung wird in der Praxis bereits in diesem Sinne nachgelebt.

Art. 10 Vereidigung und Amtsgelübde

Das Gesetz enthält die Grundsätze zum Ablauf. Die Formeln des Eides und des Gelübdes sind hingegen in der Geschäftsordnung geregelt (Art. 7 Entwurf-GGO).

Art. 11 Angaben zu den Tätigkeiten der Grossratsmitglieder

Diese Bestimmung entspricht dem heutigen Art. 8 GGO. Der bisherige Absatz 3 entfällt, nachdem der Vorbehalt des Berufsgeheimnisses bereits in Art. 28 Abs. 2 KV geregelt ist.

Art. 12 Amtsgeheimnis

Diese Bestimmung macht deutlich, dass alle Ratsmitglieder an das Amtsgeheimnis gebunden sind, sofern ihnen Tatsachen zur Kenntnis gelangen, die ihrer Natur nach oder aufgrund besonderer Vorschrift geheim sind. Mit dem Passus «in amtlichen Angelegenheiten» soll gewährleistet werden, dass die Ratsmitglieder nur an das Amtsgeheimnis gebunden sind, wenn sie während ihrer parlamentarischen Arbeit von Tatsachen erfahren, die unter das Amtsgeheimnis fallen. Der Wortlaut dieser Bestimmung ist so generell gefasst, dass er auch die Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission und der Kommission für Justiz und Sicherheit in ihrer Kommissionstätigkeit abdeckt. Diese Rechtsgrundlage reicht aus, um alle Tatbestände der parlamentarischen Amtsgeheimnisse, also auch diejenigen der Geschäftsprüfungskommission und der Kommission für Justiz und Sicherheit, zu erfassen. Auf eine Sonderregelung für die Geschäftsprüfungskommission und die Kommission für Justiz und Sicherheit kann somit verzichtet werden. Die Unterzeichnung einer Geheimhaltungsverpflichtung durch die Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission und der Kommission für Justiz und Sicherheit hat keine eigenständige rechtliche Bedeutung. Vor allem ergeben sich daraus keine weiteren rechtlichen Folgen für die Kommissionsmitglieder als die, die bereits vom Gesetz vorgesehen sind.

Art. 13–25 Abschnitt II. Organisation

Dieser Abschnitt enthält die grundlegenden Bestimmungen über die Ratsorganisation, worunter das Präsidium, die Präsidentenkonferenz, die Fraktionen, die Kommissionen, die Ratsdienste und Protokollführung sowie die Entschädigung der Ratsmitglieder und Fraktionen fallen. Diese sind weitgehend unverändert aus der Geschäftsordnung übernommen worden. Änderungen erfahren einzig die Kommissionsregelungen, wenn auch nur in einem bescheidenen Umfang. Wie vorstehend ausgeführt, verneint die Präsidentenkonferenz die Notwendigkeit oder Angemessenheit der kompletten Umgestaltung des bestehenden Systems der ständigen Kommissionen. Sie ist der Auffassung, dass in den ständigen Kommissionen trotz aller möglichen Bedenken effizient, sorgfältig, umsichtig und rationell gearbeitet wird. Aufgrund einer vorsichtigen Einschätzung der Dinge kann schon nach dieser kurzen Erfahrungszeit festgestellt werden, dass sich die Kommissionen auf gutem Wege befinden, die mit der letzten Parlamentsreform anvisierten Ziele zu verwirklichen. Trotz dieses grundsätzlich positiven Befunds, darf allerdings auch der Umstand nicht ausser Acht gelassen werden, dass nach wie vor eine gewisse Gefahr besteht, dass einzelne Kommissionen im operativen Bereich tätig werden, was mit dem Gewaltenteilungsprinzip nicht vereinbart werden kann. Die Präsidentenkonferenz ist sich auch bewusst, dass es heute noch nicht möglich ist, schlüssige Aussagen über Bewährung oder Nichtbewährung der ständigen Kommissionen machen zu können. Dazu reicht die Beobachtungsdauer schlicht nicht aus. Bereits nach derart kurzer Zeit und ohne Vorliegen von aussagekräftigen Fakten und Erkenntnissen eine völlige Änderung des Kommissionensystems vorzunehmen, wäre sachlich und politisch der falsche Weg. Trotz dieses Befunds hat die Präsidentenkonferenz aufgrund der Stellungnahmen auch andere Kommissionsmodelle geprüft (wie z.B. die Reduktion der Grösse der ständigen Kommissionen; die unbeschränkte Zulassung der Etablierung von Ad-hoc-Kommissionen). Nach Abwägen der Vor- und Nachteile der jeweiligen Lösungen hat sich die Präsidentenkonferenz schliesslich für das bestehende Kommissionensystem ausgesprochen.

Art. 17 Abs. 3 findet seine verfassungsrechtliche Grundlage in Art. 32 Abs. 3 KV. Mit dieser Bestimmung wird klargestellt, dass an der Aushandlung wichtiger interkantonalen und internationalen Verträge nur die jeweils sachlich zuständigen Kommissionen zu beteiligen sind.

Bei **Art. 18 (Ständige Kommissionen)** wurde die Verlängerung der Amtsdauer des Grossen Rates von 3 auf 4 Jahre auch bei den Kommissionen entsprechend berücksichtigt. Mit der gewählten Formulierung entfällt die bisherige Sonderstellung der Geschäftsprüfungskommission bezüglich Wahl (Selbstkonstituierung) und Amtsdauer (1 Jahr) ihres Präsidiums. Neu sollen sich alle ständigen Kommissionen selbst konstituieren und beträgt die ma-

ximale Amtsdauer aller Kommissionspräsidentinnen und -präsidenten zwei Jahre, wobei eine Wiederwahl nicht möglich ist.

Mit der Neufassung von **Art. 19 (Nichtständige Kommissionen)** wird dem Wunsch nach einem Abbau der hohen Schranken für die Konstituierung nichtständiger Kommissionen entsprochen. Allerdings ist bei der Bestellung von Ad-hoc-Kommissionen das Primat des Systems der ständigen Kommissionen zu beachten.

Wenn am Modell der ständigen Kommission festgehalten werden soll, ist **Art. 21** unerlässliche gesetzliche Grundlage für die Verankerung des Leitkommissionsmodells und zur notwendigen Regelung des Geschäftsverkehrs zwischen den Kommissionen. Diese Bestimmung wurde bewusst offen formuliert, um die Modalitäten der Praxis zu überlassen. Ob dieses Instrument ineffizient und teuer ist, wie in der Vernehmlassung vorgetragen wurde, lässt sich beim gegenwärtigen Erkenntnisstand nicht eindeutig sagen. Auch variiert der Einsatz des Mitberichtsverfahrens von Kommission zu Kommission erheblich. Das Instrument als solches ist tauglich und hat sich auch bereits mehrfach bewährt.

In **Art. 25** wird der Grosse Rat ermächtigt, die Höhe der Taggelder, Spesenentschädigungen und Fraktionsentschädigungen auf dem Verordnungswege zu regeln (vgl. Art. 37–43 Entwurf-GGO).

Art. 26–38 Abschnitt III. Informationsrechte und Amtsgeheimnis

Diese Bestimmungen wurden inhaltlich unverändert aus der Geschäftsordnung sowie aus den Reglementen der Geschäftsprüfungskommission und der Justizkommission überführt.

Art. 28 lit. c) ist in Verbindung mit Art. 11 Abs. 4 lit. n) und o) Entwurf-GGO zu lesen. Demnach steht der Entscheid über die Ermächtigung des Beizugs von Sachverständigen bzw. des Einholens von Gutachten der Präsidentenkonferenz zu, der das entsprechende Gesuch vorgängig von den Kommissionen einzureichen ist. Das Erfordernis der vorgängigen Ermächtigung durch die Präsidentenkonferenz rechtfertigt sich aus der Überlegung, dass derartige Aufträge unter Umständen beachtliche Kostenfolgen nach sich ziehen können.

Art. 31 und Art. 17 GGO regeln Unterschiedliches. Während Art. 31 GRG systematisch zum Abschnitt «Informationsrechte und Amtsgeheimnis» gehört, regelt Art. 17 Entwurf-GGO die Mitwirkung der Regierung bei der Vorberatung von Geschäften in den Kommissionen. Aus diesem Grunde muss die Befugnis der Kommissionen, die Regierung zu ihren Sitzungen einzuladen, bei beiden Bestimmungen berücksichtigt werden.

Art. 37 Abs. 1 stipuliert, dass falls die Behörde am Amtsgeheimnis festhält, sie anstelle von Auskünften oder der Herausgabe von Akten einen besonderen Bericht erstatten kann. Mit diesem Bericht wird, dies im Gegen-

satz zur Aktenherausgabe, die Auskunftspflicht der Behörde gegenüber der Kommission erfüllt.

Die Ausstandsregelungen für die beiden Aufsichtskommissionen (vgl. heute Art. 7 GPKR und Art. 6 JKR) wurden in die allgemeine Ausstandsbestimmung integriert (vgl. **Art. 43 GRG**). Die mit der Motion Tscholl (vgl. Wortlaut GRP 5/2002–2003, Seite 582) geforderte Verstärkung der Unabhängigkeit der Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission wurde in Form einer Ausstandsbestimmung umgesetzt. Die Umsetzung in Form einer Unvereinbarkeitsbestimmung (Ausschluss) erschiene hingegen unverhältnismässig. Die neue Regelung wurde ebenfalls in die allgemeine Ausstandsbestimmung von Art. 43 GRG integriert.

Art. 39–45 Abschnitt IV. Allgemeine Verfahrensordnung

Die in diesen Bestimmungen enthaltenen allgemeinen Grundsätze der Verfahrensordnung wurden unverändert aus der Geschäftsordnung übernommen. Auf die neu konzipierte Ausstandsbestimmung wurde oben bereits hingewiesen.

Gemäss Art. 27 Abs. 5 KV und **Art. 40 GRG** gilt das Stellvertretungsprinzip, weshalb es für die Tatbestände von Tod oder Wegzugs eines Grossratsmitglieds keiner spezialgesetzlichen Normierung bedarf.

Art. 3 Abs. 1 KV verwendet den Ausdruck «Landessprachen». Die KV kennt den Begriff «Kantonssprache» nicht. Im Sinne des Gebrauchs einer einheitlichen Terminologie empfiehlt es sich in **Art. 45** ebenfalls den Begriff «Landessprachen» zu verwenden.

Art. 46–59 Abschnitt V. Verhandlungsgegenstände

In diesem Abschnitt werden die Grundsätze zu den wichtigsten Verhandlungsgegenständen (Parlamentarische Vorstösse, Beschwerden, Wahlen und Resolutionen) geregelt. Die Bestimmungen wurden von der Geschäftsordnung unverändert übernommen. Neu ist hingegen die Zusammenfassung dieser Bestimmungen in einem gemeinsamen Abschnitt.

In **Art. 56 Abs. 3** findet sich neu eine klare gesetzliche Grundlage zum Verfahren und Kostenüberbindung an die unterlegene Partei.

Art. 60–68 Abschnitt VI. Geschäftsverkehr zwischen der Regierung und dem Grossen Rat

Die Bestimmungen über den Geschäftsverkehr wurden unverändert aus der Geschäftsordnung übernommen. Eine Ausnahme bilden die Art. 67 und 68. Mit diesen beiden Bestimmungen wird Art. 32 Abs. 3 KV umgesetzt, der verlangt, dass der Grosse Rat in geeigneter Form an der Vorbereitung wichtiger interkantonalen und internationalen Verträge zu beteiligen ist.

Art. 67 verpflichtet die Regierung den Grossen Rat laufend und umfassend über wichtige Vorhaben im Bereiche der internationalen und interkantonalen Zusammenarbeit sowie über den Stand von Verhandlungen zu informieren, soweit es um Geschäfte geht, die in dessen Kompetenzbereich fallen.

In **Art. 68** wird die Mitwirkung des Grossen Rates bei Vertragsverhandlungen konkretisiert. Die vorgeschlagene Regelung entspricht dem modifizierten «Modell B», für das sich der Grosse Rat bei der Behandlung des Berichts der Regierung «Aussenbeziehungen des Kantons Graubünden/zukünftige strategische Ausrichtung» in der Dezembersession 2003 ausgesprochen hatte. Die Mitwirkung soll durch begleitende Beratung der Regierung während der Vertragsverhandlung durch die jeweils zuständige (Fach-)Kommission erfolgen (vgl. GPR 4/2003–2004, S. 502 ff).

Art. 69–71 Abschnitt VII. Schlussbestimmungen

In **Art. 70** ist im Rahmen einer Übergangsbestimmung zu regeln, wie die abgelaufene Amtszeit von Kommissionsmitgliedern unter dem neuen Recht zu behandeln ist. Demgemäss soll die nach bisherigem Recht abgelaufene Amtsdauer der Mitglieder der ständigen Kommissionen vollumfänglich an die neue Amtsdauer angerechnet werden.

Art. 71 trägt dem Umstand Rechnung, dass eine spezielle Bestimmung zur Junisession 2006 vorzusehen ist, welche den Übergang von der alten zur neuen Ordnung regelt. Neu beginnt die Amtsperiode im August. Gemäss Art. 105 Abs. 1 Ziff. 1 KV wurde die Amtsdauer der Mitglieder des Grossen Rates und deren Stellvertreterinnen und Stellvertreter bis 31. Juli 2006 verlängert. In der bisherigen Geschäftsordnung ist allerdings die Junisession als Eröffnungssession vorgesehen. Deshalb ist hier diese Übergangsbestimmung einzufügen, die hinsichtlich der Eröffnungssession den Übergang von der alten zur neuen Ordnung regelt.

b) Geschäftsordnung des Grossen Rates (GGO)

aa) Allgemeines

Die Geschäftsordnung enthält die **detaillierten** Regelungen über

- die Sessionsordnung
- die Organisation der Präsidentenkonferenz und der Kommissionen
- die Entschädigung der Ratsmitglieder und Fraktionen
- die Ratsdienste und die Protokollführung
- die allgemeine Verfahrensordnung
- das Verfahren bei parlamentarischen Vorstössen und Wahlen

bb) Bemerkungen zu einzelnen Bestimmungen

Art. 1 Sessionen

Aufgrund der Verlegung des Beginns der Amtsdauer auf den 1. August wird die Augustsession anstelle der Junisession zur Eröffnungssession mit jeweiligem Beginn in der Regel am Mittwoch. Davon abgesehen, bleibt das Sessionssystem unverändert.

Abs. 2 ermächtigt die Präsidentenkonferenz, die Sessionsplanung im Interesse eines geordneten Geschäftsgangs flexibel nach der Geschäftslast vorzunehmen und nötigenfalls den Sessionsbeginn, auf einen von Abs. 1 abweichenden Tag festzulegen. Namentlich ist damit die Möglichkeit gegeben den Tag des Sessionsbeginns der in der Regel am Mittwoch beginnenden Augustsession vorzuverlegen.

Abs. 3 An dieser Stelle wird die in der Regel geltende Dauer der Sessionen auf 3 Tage festgelegt.

Art. 8 Feier Standespräsidentin, -präsident

Die Feier zur Wahl der Standespräsidentin oder des Standespräsidenten findet neu am letzten Tag der Augustsession statt. Auch dies ist eine Folge der Verlegung des Beginns der Amtsdauer auf 1. August.

Art. 9–43 Abschnitt II. Organisation

Die meisten Bestimmungen in diesem Abschnitt wurden inhaltlich unverändert aus dem bisherigen Recht übernommen. Die Bestimmungen über die Entschädigungen der Ratsmitglieder und Fraktionen (Art. 37–43 Entwurf-GGO) stammen gar wörtlich aus der Verordnung über die Entschädigung der Mitglieder und der Fraktionen des Grossen Rates (BR 170.180). Einzig bei Art. 39 Entwurf-GGO (Sonderfälle) wurde von der Übernahme des Absatzes 3 von Art. 3 Entschädigungsverordnung abgesehen, weil diese Sonderfälle nun im gleichen Erlass, nämlich in Art. 45 Abs. 2 und 3 Entwurf-GGO geregelt sind. Inhaltlich neu sind nur die Art. 9 und Art. 12 Entwurf-GGO. Auf Bestimmungen über die innere Organisation der Aufsichtskommissionen (Geschäftsprüfungskommission und Kommission für Justiz und Sicherheit) wurde verzichtet (vgl. bisher Art. 5 und 6 Reglement für die Geschäftsprüfungskommission sowie Art. 4 und 5 Reglement für die Justizkommission). Diese sollen sich insoweit selbstständig organisieren können.

In **Art. 9** werden die Zuständigkeiten des Ratspräsidiums in nicht abschliessender Form aufgelistet.

Art. 11 Abs. 2 lit. j) ist an Art. 18 GRG anzugleichen, wonach die Kommissionspräsidentinnen und Kommissionspräsidenten von den Kommissionen selber bestimmt werden.

Art. 12 hält das Selbstkonstituierungsrecht der Fraktionen fest und verpflichtet diese, der Präsidentenkonferenz die Namen des Präsidiums schriftlich bekannt zu geben.

Art. 14 Abs. 1 legt die Beschlussfähigkeit auf zwei Drittel der Kommissionsmitglieder fest. Dadurch erfolgt eine Gleichbehandlung der übrigen ständigen Kommissionen mit der GPK.

In Art. 15 Abs. 2 lit. b werden neu explizit die Kommissionsmitglieder als Empfänger der Sitzungsprotokolle aufgeführt. Andernfalls hätten nicht an den Sitzungen anwesende Kommissionsmitglieder kein Anrecht auf Zustellung der Protokolle.

Die in **Art. 19 Abs. 1** vorgesehene Neueinteilung der ständigen Kommissionen, trägt dem Umstand Rechnung, dass die Geschäftslast der ständigen Kommissionen bisher unausgewogen ist. So ist insbesondere die Arbeitsbelastung der Kommission für Wirtschaft, Abgaben und Staatspolitik sehr hoch, während beispielsweise die Strategiekommission nur spärlich zum Einsatz gelangt. Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, dass die wesentliche Aufgabe der Strategiekommission in der Vorberatung des Regierungsprogramms und des Finanzplans am Anfang einer neuen Planungsperiode liegt. Danach nimmt die Geschäftslast der Strategiekommission stark ab. Die Geschäftslast der Strategiekommission ist somit nur am Anfang einer Planungsperiode in einem zweckmässigen Rahmen und erreicht während der vierjährigen folgenden Umsetzungsphase niedrige Werte. Es rechtfertigt sich daher, den Bereich Staatspolitik aus der Kommission für Wirtschaft, Abgaben und Staatspolitik herauszulösen und der Strategiekommission zuzuweisen. Bei den der Strategiekommission zu übertragenden Bereichen geht es konkret um das Gemeindewesen, Politische Rechte, Bürgerrecht, Kirche. Entsprechend ihres neuen zusätzlichen Aufgabenbereichs nennt sich die Strategiekommission neu **Kommission für Staatspolitik und Strategie**. Entsprechend ändert sich auch der Name der bisherigen Kommission für Wirtschaft, Abgaben und Staatspolitik in **Kommission für Wirtschaft und Abgaben**.

Art. 20. Der Kommission für Staatspolitik und Strategie sind von der Präsidentenkonferenz ebenfalls Sachbereiche zuzuweisen.

Es hat sich gezeigt, dass lit. c zu offen formuliert ist und den Kommissionen einen zu grossen Handlungsspielraum eröffnen, was die Gefahr birgt, dass Eingriffe in der operativen Ebene stattfinden. Die vom Gewaltenteilungsprinzip (Art. 4 Abs. 1 KV) gesetzten Schranken sind auch in diesem Bereich zu beachten. Damit dies in der Praxis auch der Fall ist, ist der Aufgabenkatalog der ständigen Kommissionen entsprechend anzupassen bzw. zu straffen. Demgemäss haben sich die ständigen Kommissionen primär auf die Vorberatung der ihnen zugewiesenen Sachgeschäfte zu beschränken. Allfällige Anregungen und Vorschläge zu weiteren Geschäften, die ihren Sachbe-

reich betreffen, können die Kommissionen im Rahmen von parlamentarischen Vorstössen oder in Mitberichtsverfahren einbringen.

Im Sinne des vorstehenden Art. 19 wurde auch bei **Art. 21** die Bezeichnung in Kommission für Staatspolitik und Strategie geändert.

Art. 22. regelt u.a. die Aufgaben der Geschäftsprüfungskommission. In der bisherigen Regelung sind die selbständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten, die der Oberaufsicht des Kantons unterstehen und deren Berichte durch die Geschäftsprüfungskommission vorzubereiten sind, namentlich aufgezählt. Erwähnt werden die historischen Anstalten (Graubündner Kantonalbank, Rhätische Bahn und Gebäudeversicherungsanstalt), währenddem sämtliche in jüngerer Zeit errichteten Anstalten unerwähnt bleiben. Die nun vorgesehene Formulierung ermöglicht die Gleichbehandlung aller Anstalten, indem auf die namentliche Aufzählung der Anstalten verzichtet wird.

Art. 32 Abs. 2. Die Begründung des Arbeitsverhältnisses der Mitarbeitenden des Ratssekretariats erfolgt mittels Anstellung durch öffentlich-rechtlichen Vertrag und nicht durch eine Wahl für eine bestimmte Amtsdauer. Dies rechtfertigt es, dass das Wort «gewählt» durch den Ausdruck «angestellt» ersetzt wird.

Art. 42. Da der Anspruch aller Kommissionsmitglieder auf ein Taggeld und dessen Höhe in Art. 41 Abs. 1 Entwurf-GGO für alle Grossratsmitglieder gleich ist, erübrigt es sich hier, die Taggeldentschädigung für Geschäftsprüfungskommissions-Mitglieder gesondert noch einmal zu erwähnen.

Art. 44–64 Abschnitt III. Allgemeine Verfahrensordnung

Die Bestimmungen in diesem Abschnitt wurden inhaltlich weitestgehend unverändert aus der Geschäftsordnung übernommen. Die Gliederung wurde verfeinert, die Reihenfolge der Bestimmungen, vor allem im Abschnitt «Beratung», umgestellt und, vor allem wiederum im Abschnitt «Beratung», über lange Bestimmungen in mehrere Artikel aufgeteilt.

Art. 62 Abs. 6. Die durch Grossrätin Noi eingereichte Parlamentarische Initiative betreffend die Zählung der Stimmenthaltungen wird unterstützt. Artikel 62 ist somit entsprechend zu ergänzen. Stimmenthaltungen sollen jedoch nur in wichtigen Angelegenheiten, namentlich bei Schlussabstimmungen über Verfassungsvorlagen und Gesetzesentwürfen gezählt und protokolliert werden.

Art. 65–84 Abschnitt IV. Verhandlungsgegenstände

Die bereits durch das GRG vorgegebene Zusammenfassung der wichtigsten Verhandlungsgegenstände in einem Abschnitt wird hier für die Detailregelungen fortgeführt. Die Bestimmungen über die parlamentarischen Vorstösse (Art. 65–75 Entwurf-GGO) und über die Wahlen (Art. 76–81 Entwurf-GGO) sind wörtlich aus der Geschäftsordnung übernommen wor-

den. Gleiches gilt auch für die Bestimmungen über die Vereidigung und das Amtsgelübde (Art. 82–84 Entwurf-GGO).

Art. 85 Aufhebung bisherigen Rechts

Durch die Aufteilung des Regelungsstoffes auf das Grossratsgesetz und die vorliegende Geschäftsordnung können die bisherige Geschäftsordnung, die Entschädigungsverordnung sowie die Reglemente der Geschäftsprüfungskommission und der Justizkommission aufgehoben werden.

IV. Finanzielle und personelle Auswirkungen

Die Revision hat keinerlei finanzielle oder personelle Auswirkungen.

V. Übereinstimmung mit dem Gesetzgebungsprogramm 2005–2008

Der Erlass des Grossratsgesetzes und die Revision der Geschäftsordnung des Grossen Rates sind im Gesetzgebungsprogramm 2005–2008 enthalten.

VI. Berücksichtigung der Grundsätze von VFRR

Die Grundsätze der Verwesentlichung und Flexibilisierung der Rechtsetzung und Rechtsanwendung (VFRR) werden in den vorliegenden Erlassen berücksichtigt.

VII. Anträge

Aufgrund vorstehender Erwägungen beantragt Ihnen die Präsidentenkonferenz:

1. auf die Vorlage einzutreten;
2. dem Erlass des Gesetzes über den Grossen Rat (Grossratsgesetz; GRG) zuzustimmen;
3. der Teilrevision der Geschäftsordnung des Grossen Rates zuzustimmen.

Genehmigen Sie, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Namens der Präsidentenkonferenz
des Grossen Rates:

Der Landespräsident: *Hans Geisseler*

Gesetz über den Grossen Rat (Grossratsgesetz; GRG)

vom...

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Artikel 27 Absatz 5, 28 Absatz 3, 31, 32 Absatz 3 und 49 Absatz 2 der Kantonsverfassung,

nach Einsicht in den Bericht der Präsidentenkonferenz vom 19. September 2005,

beschliesst:

I. Wahl und Konstituierung

Art. 1

Für die Verteilung der Grossratsitze auf die Kreise ist massgebend die Schweizerische Wohnbevölkerung der Kreise aufgrund der eidgenössischen Statistik des jährlichen Bevölkerungsstandes, die jeweils im Jahr vor den Kreiswahlen publiziert wird.

Grundlage der
Verteilung

Art. 2

Die 120 Sitze des Grossen Rates werden auf die Kreise nach folgendem Verfahren verteilt:

Verteilungs-
verfahren

a) Vorwegverteilung:

1. Die schweizerische Wohnbevölkerung des Kantons wird durch 120 geteilt. Die nächsthöhere ganze Zahl über dem Ergebnis bildet die erste Verteilungszahl. Jeder Kreis, dessen Bevölkerung diese Zahl nicht erreicht, erhält einen Sitz; er scheidet für die weitere Verteilung aus.
2. Die Wohnbevölkerung der verbleibenden Kreise wird durch die Zahl der noch nicht zugeteilten Sitze geteilt. Die nächsthöhere ganze Zahl über dem Ergebnis bildet die zweite Verteilungszahl. Jeder Kreis, dessen Bevölkerung diese Zahl nicht erreicht, erhält einen Sitz, er scheidet für die weitere Verteilung aus.
3. Dieses Verfahren wird wiederholt, bis die verbleibenden Kreise die letzte Verteilungszahl erreichen.

- b) Hauptverteilung:
Jeder verbliebene Kreis erhält so viele Sitze, als die letzte Verteilungszahl in seiner Bevölkerungszahl enthalten ist.
- c) Restverteilung:
Die restlichen Sitze werden auf die Kreise mit den grössten Restzahlen verteilt. Erreichen mehrere Kreise die gleiche Restzahl, so scheidet sie in der Reihenfolge der kleinsten Reste aus, die sich nach der Teilung ihrer Bevölkerungszahl durch die erste Verteilungszahl ergeben. Sind auch die Reste gleich, so entscheidet das Los.

Art. 3

Bekanntgabe

Die Regierung gibt die Zahl der von jedem Kreis zu wählenden Abgeordneten jeweils vor den Kreiswahlen im Kantonsamtsblatt bekannt.

Art. 4

Stellvertreterinnen und Stellvertreter

Jeder Kreis wählt so viele Stellvertreterinnen und Stellvertreter, als er Abgeordnete zu wählen hat, höchstens jedoch zehn.

Art. 5

Wahlbeschwerden

¹ Das Ratssekretariat unterbreitet eine bei der Standeskanzlei eingegangene Beschwerde unverzüglich der Präsidentin oder dem Präsidenten des Wahlbüros zur Vernehmlassung, ordnet, falls nötig, weitere Erhebungen an und legt die Akten der Kommission für Justiz und Sicherheit vor.

² Diese legt dem Grossen Rat in seiner ersten Sitzung einen begründeten Antrag zur Entscheidung vor.

³ Den beanstandeten Abgeordneten ist der Einsitz bis zur Erledigung der Beschwerdeangelegenheiten durch den Grossen Rat gestattet. Bei der Behandlung haben sie in Ausstand zu treten.

Art. 6

Sessionen

¹ Der Grosse Rat versammelt sich zu den in der Geschäftsordnung festgelegten Sessionen.

² Zusätzliche Sessionen finden statt, wenn der Grosse Rat oder die Präsidentenkonferenz sie beschliessen, oder mindestens 20 Ratsmitglieder sie verlangen.

Art. 7

Beginn der Amtsdauer

Die Amtsdauer beginnt jeweils am 1. August nach den Neuwahlen.

Art. 8

Konstituierende Sitzung

Die bisherige Landespräsidentin oder der bisherige Landespräsident beruft den neu gewählten Grossen Rat zur konstituierenden Sitzung ein.

Art. 9

¹ Nach der Eröffnung der konstituierenden Sitzung beziehungsweise der ersten Session eines neuen Amtsjahres erfolgt die Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten und der Vizepräsidentin oder des Vizepräsidenten des Grossen Rats.

Wahl des
Präsidiums

² Die Präsidentin oder der Präsident des Grossen Rats führt den Titel „Standespräsidentin“ beziehungsweise „Standespräsident“.

³ Die Wahl des Präsidiums erfolgt für ein Amtsjahr.

Art. 10

¹ Das älteste der anwesenden amtsältesten Mitglieder beziehungsweise die abtretende Standespräsidentin oder der abtretende Standespräsident nimmt der neu gewählten Standespräsidentin oder dem neu gewählten Standespräsidenten den Eid oder das Amtsgelübde ab.

Vereidigung und
Amtsgelübde

² Sobald die Standespräsidentin oder der Standespräsident den Eid oder das Amtsgelübde abgelegt hat, nimmt es jenen Ratsmitgliedern und Stellvertreterinnen oder Stellvertretern den Eid oder das Amtsgelübde ab, die seit ihrer Wahl oder Wiederwahl erstmals Einsitz genommen haben.

³ Wer erst später erstmals im Rat einsitzt, dem nimmt die Standespräsidentin oder der Standespräsident nachträglich den Eid oder das Amtsgelübde ab.

Art. 11

¹ Beim Eintritt in den Grossen Rat orientiert jedes Ratsmitglied die Präsidentenkonferenz schriftlich über:

Angaben zu den
Tätigkeiten der
Grossratsmit-
glieder

- a) seine berufliche Tätigkeit;
- b) seine Tätigkeit in Führungs- und Aufsichtsgremien von Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des privaten und des öffentlichen Rechts;
- c) dauernde Leitungs- und Beratungsfunktionen für bündnerische, schweizerische und internationale Interessengruppen.

² Die Änderungen werden zu Beginn jedes Amtsjahres durch das Ratssekretariat erhoben. Das Register über die Tätigkeiten der Grossratsmitglieder ist öffentlich.

Art. 12

Die Mitglieder des Grossen Rates sind in amtlichen Angelegenheiten, die ihrer Natur nach oder gemäss besonderer Vorschrift geheim sind, zur Verschwiegenheit verpflichtet.

Amtsgeheimnis

II. Organisation

1. PRÄSIDIUM

Art. 13

Vorsitz

¹ Die Landespräsidentin oder der Landespräsident bereitet die Sitzungen des Grossen Rates und der Präsidentenkonferenz vor, leitet sie und sorgt für ihren geordneten Verlauf.

² Sie oder er vertritt den Grossen Rat nach aussen und führt den Geschäftsverkehr mit der Regierung.

³ Die Landesvizepräsidentin oder der Landesvizepräsident übernimmt die Aufgabe der Landespräsidentin beziehungsweise des Landespräsidenten, wenn diese oder dieser verhindert ist.

⁴ Sind Landespräsidentin oder Landespräsident und Landesvizepräsidentin oder Landesvizepräsident verhindert, übernimmt das anwesende Ratsmitglied, das zuletzt Landespräsidentin oder Landespräsident war, den Vorsitz.

2. PRÄSIDENTENKONFERENZ

Art. 14

Zusammensetzung

¹ Der Präsidentenkonferenz gehören von Amtes wegen an die Landespräsidentin oder der Landespräsident als Vorsitzende oder Vorsitzendem, die Landesvizepräsidentin oder der Landesvizepräsident und die Präsidentinnen oder Präsidenten der im Grossen Rat vertretenen Fraktionen beziehungsweise im Verhinderungsfalle deren Stellvertreterinnen oder Stellvertreter.

² Die Kanzleidirektorin oder der Kanzleidirektor und die Leiterin oder der Leiter des Ratssekretariates nehmen an den Sitzungen mit beratenden Stimmen teil.

Art. 15

Stellung

Die Präsidentenkonferenz ist das Leitungs- und Koordinationsorgan des Rates.

3. FRAKTIONEN

Art. 16

Bildung und Aufgabe

¹ Fünf oder mehr Mitglieder des Grossen Rates können sich zu einer Fraktion zusammenschliessen.

² Die Fraktionen beraten die Geschäfte der Session vor.

4. KOMMISSIONEN

Art. 17

¹ Die Kommissionen nehmen die ihnen übertragenen Aufgaben wahr, beraten die ihnen zugewiesenen Ratsgeschäfte vor, treffen die notwendigen Abklärungen, erstatten dem Grossen Rat Bericht und stellen Antrag. Tätigkeit im
Allgemeinen

² Sie haben das Recht, Vorlagen der Regierung vor der Beratung im Rat einmal zur Überarbeitung zurückzuweisen. Der Grosse Rat ist darüber kurz zu informieren.

³ Sie sind in ihrem Zuständigkeitsbereich an der Aushandlung wichtiger interkantonalen und internationaler Verträge zu beteiligen.

Art. 18

¹ Der Grosse Rat wählt zu Beginn jeder Amtsperiode aus der Ratsmitte die Mitglieder der ständigen Kommissionen. In Aufsichtskommissionen wählbar sind alle Grossratsmitglieder, die nicht mit einem Mitglied der Regierung oder der Gerichte im Sinne der Ausstandsordnung verwandt oder verschwägert sind. Ständige
Kommissionen

² Er legt die Kommissionsgrössen selbstständig fest, soweit diese nicht durch Gesetz oder Verordnung bestimmt sind.

³ Die Amtsdauer der Kommissionsmitglieder beträgt vier Jahre. Ein Ratsmitglied kann höchstens während acht Jahren der gleichen Kommission angehören.

⁴ Die Amtsdauer für die Kommissionspräsidentinnen oder -präsidenten beträgt maximal zwei Jahre. Die ständigen Kommissionen konstituieren sich selber.

Art. 19

Der Grosse Rat kann für die Vorberatung von Geschäften nichtständige Kommissionen einsetzen, namentlich wenn das Geschäft nicht in den Aufgabenbereich einer ständigen Kommission fällt oder um eine ausgewogene Auslastung der ständigen Kommissionen zu erzielen. Die nichtständigen Kommissionen konstituieren sich selber. Nichtständige
Kommissionen

Art. 20

¹ Bedürfen Vorkommnisse von grosser Tragweite in der Staats- oder Justizverwaltung der besonderen Klärung, kann der Grosse Rat nach Anhören der Regierung beziehungsweise der obersten Gerichtsbehörden eine parlamentarische Untersuchungskommission einsetzen. Parlamentarische
Untersuchungs-
kommission

² Die parlamentarische Untersuchungskommission ermittelt die Sachverhalte und beschafft weitere Beurteilungsgrundlagen. Sie erstattet dem Grossen Rat Bericht und stellt Antrag.

Art. 21Geschäftsverkehr
zwischen
Kommissionen

¹ Die Kommissionen sind Leitkommissionen in ihrem Strategie-, Kontroll- und Fachbereich. Sie sorgen dafür, dass weitere interessierte Kommissionen an der Meinungsbildung mitwirken können.

² Die Mitwirkung kann in Form von schriftlichen Berichten oder mündlichen Anhörungen erfolgen.

5. RATSDIENSTE UND PROTOKOLLFÜHRUNG

Art. 22

Standeskanzlei

Die Standeskanzlei ist die allgemeine Stabsstelle des Grossen Rates.

Art. 23

Ratssekretariat

Das Ratssekretariat steht den Ratsorganen sowie einzelnen Ratsmitgliedern für die Verrichtung ihrer parlamentarischen Arbeit zur Verfügung und führt das Protokoll.

Art. 24

Sekretariat GPK

Die Finanzkontrolle führt das Sekretariat der Geschäftsprüfungskommission.

6. ENTSCHÄDIGUNG DER RATSMITGLIEDER UND FRAKTIONEN

Art. 25Taggelder,
Spesen- und
Fraktions-
entschädigungen

Die Höhe der Taggelder und Spesenentschädigungen für die Präsidentin oder den Präsidenten und die Mitglieder sowie der jeweilige Beitrag an die Kosten der Fraktionen für die Sekretariatsarbeiten und die Vorbereitung der Ratsgeschäfte wird durch Verordnung des Grossen Rates festgesetzt.

III. Informationsrechte und Amtsgeheimnis

1. RATSMITGLIEDER

Art. 26Auskunfts- und
Akteneinsichts-
recht

¹ Die Ratsmitglieder haben gegenüber der Verwaltung im Rahmen ihrer parlamentarischen Arbeit und unter Vorbehalt des Amtsgeheimnisses das Recht auf Auskünfte.

² Sie können in die Unterlagen zu den Ratsgeschäften Einsicht nehmen, soweit diese nicht dem Amtsgeheimnis unterliegen.

³ Wird die Auskunft oder die Akteneinsicht ganz oder teilweise verweigert, entscheidet die Präsidentenkonferenz nach mündlicher Anhörung des Ratsmitgliedes und der Regierung.

2. KOMMISSIONEN

Art. 27

¹ Die Kommissionen haben zur Beurteilung der ihnen zugewiesenen Geschäfte das Recht, die zweckdienlichen Auskünfte einzuholen und nach Anhören der Regierung, der obersten Gerichtsbehörde oder der Aufsichtskommissionen über die Notare und die Rechtsanwälte in die erforderlichen Akten Einsicht zu nehmen.

Allgemein
1. Auskunfts- und
Akteneinsichts-
recht

² Die gemäss diesem Abschnitt bestehenden Informations- und Prüfungsrechte gegenüber den Gerichten und Aufsichtskommissionen über die Notare und die Rechtsanwälte beziehen sich in jedem Fall nur auf Fragen der Geschäftsführung und Justizverwaltung.

Art. 28

Die Kommissionen können im Rahmen ihres Auftrages überdies:

- a) im Einverständnis mit der zuständigen Departementsvorsteherin oder dem zuständigen Departementsvorsteher Sachbearbeitende der Verwaltung zum Geschäft befragen;
- b) Besichtigungen vornehmen;
- c) aussenstehende Sachverständige zu Befragungen beiziehen oder bei ihnen Gutachten in Auftrag geben;
- d) Vertreterinnen oder Vertreter interessierter Kreise anhören.

2. Weitere
Informations-
rechte

Art. 29

¹ Der Geschäftsprüfungskommission stehen alle Informationsrechte zu, welche sie zur Erfüllung der ihr übertragenen Aufgaben benötigt.

Geschäfts-
prüfungs-
kommission
1. Allgemeines

² Die Informationsrechte bestehen gegenüber allen kantonalen Verwaltungsstellen und öffentlich-rechtlichen Institutionen des Kantons, soweit sie der Oberaufsicht des Kantons unterstehen.

³ Bei den übrigen Institutionen beschränken sich die Informationsrechte auf diejenigen Geschäfte, welche vom Kanton direkt oder indirekt subventioniert werden.

⁴ Im Bereich der Justiz ist die Aufsicht der Geschäftsprüfungskommission auf die finanziellen und wirtschaftlichen Aspekte beschränkt.

Art. 30

2. Prüfungs-
unterlagen und
Akteneinsichts-
recht

Die Geschäftsprüfungskommission ist befugt, von der Regierung Akten einzuverlangen und in sämtliche kantonalen Akten Einsicht zu nehmen, sofern diese zur Erfüllung ihrer Aufgaben von Bedeutung sind.

Art. 31

3. Auskünfte und
Berichte

¹ Die Geschäftsprüfungskommission kann bei allen Geschäften Mitglieder der Regierung zu ihren Sitzungen einladen. Diese haben der Geschäftsprüfungskommission alle notwendigen Auskünfte zur Erfüllung ihrer Aufgaben zu erteilen. Sie sind befugt, ihre Mitarbeitenden zur Beratung beizuziehen.

² Nach vorgängiger Orientierung der zuständigen Departementsvorsteherin oder des zuständigen Departementsvorstehers kann die Geschäftsprüfungskommission zweckdienliche Auskünfte auch bei den Dienststellen und öffentlichen Unternehmen des Kantons direkt einholen.

³ Zu speziellen Geschäften kann die Geschäftsprüfungskommission von der Regierung und den einzelnen Departementsvorsteherinnen oder Departementsvorstehern schriftliche Berichte und Stellungnahmen einverlangen.

Art. 32

4. Inspektionen
und Besichti-
gungen

Die Geschäftsprüfungskommission ist befugt, in der Regel nach vorgängiger Orientierung der zuständigen Departementsvorsteherin oder des zuständigen Departementsvorstehers Inspektionen und Besichtigungen in der Staatsverwaltung, bei den öffentlichen Unternehmen und bei den Institutionen, welchen der Kanton öffentliche Aufgaben überträgt oder erhebliche finanzielle Zuwendungen erbringt, vorzunehmen.

Art. 33

5. Befragungen

¹ Zur Abklärung schwieriger und wichtiger Fälle kann die Geschäftsprüfungskommission nach vorgängiger Orientierung der zuständigen Departementsvorsteherin oder des zuständigen Departementsvorstehers jede Person aus der Verwaltung und weitere Personen, soweit sie unmittelbar mit öffentlich-rechtlichen Aufgaben des Kantons betraut sind, befragen. Auf Verlangen kann dies auch ohne Beisein einer vorgesetzten Person geschehen.

² Aus den wahrheitsgetreuen Äusserungen dürfen den Befragten keinerlei Nachteile erwachsen.

Art. 34

¹ Die Kommission für Justiz und Sicherheit kann im Rahmen ihrer Aufsicht bezüglich Geschäftsführung und Justizverwaltung, sofern dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben von Bedeutung ist, von den kantonalen Gerichten sowie den Aufsichtskommissionen über die Notare und die Rechtsanwälte neben den für Sachkommissionen vorgesehenen allgemeinen Informationsrechten insbesondere:

Kommission für
Justiz und
Sicherheit;
besondere
Informations-
rechte

- a) schriftliche Berichte verlangen;
- b) die Präsidentinnen oder die Präsidenten zu den Beratungen beiziehen und zu den Rechenschaftsberichten befragen;
- c) die Herausgabe von Akten verlangen und in sämtliche Akten Einsicht nehmen;
- d) in der Regel nach vorgängiger Orientierung der zuständigen Präsidentin oder des zuständigen Präsidenten Inspektionen vornehmen;
- e) in der Regel nach vorgängiger Orientierung der zuständigen Präsidentin oder des zuständigen Präsidenten jede Person aus der Justizverwaltung oder der Behörde anhören, auch in Abwesenheit der Vorgesetzten beziehungsweise des Vorgesetzten oder der Präsidentin beziehungsweise des Präsidenten.

² Die Präsidentinnen oder die Präsidenten haben der Kommission für Justiz und Sicherheit alle zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen Auskünfte zu erteilen.

Art. 35

¹ Die parlamentarische Untersuchungskommission kann:

Parlamentarische
Untersuchungs-
kommission

- a) Personen aus der Verwaltung als Zeugen einvernehmen;
- b) Auskunftspersonen befragen;
- c) von Amtsstellen, Behördenmitgliedern und Personen aus der Verwaltung mündliche und schriftliche Auskünfte einholen;
- d) Sachverständige beiziehen;
- e) die Herausgabe sämtlicher Aktsakten verlangen, die sie zur Erfüllung ihres Auftrages benötigt;
- f) Augenscheine vornehmen.

² Für die Befragung von Zeugen gelten sinngemäss die einschlägigen Bestimmungen der Zivilprozessordnung.

3. AMTSGEHEIMNIS**Art. 36**

Mitglieder der Regierung und Personen aus der Verwaltung können durch die Regierung für die Erteilung von Auskünften vom Amtsgeheimnis entbunden und zur Herausgabe von Aktsakten ermächtigt werden, die

Entbindung
1. Im
Allgemeinen

dem Amtsgeheimnis unterstehen. Bei Richtern und Personen der Justizverwaltung sind hierfür die obersten Gerichtsbehörden zuständig.

Art. 37

2. Gegenüber
Kommissionen

¹ Wenn die Behörde am Amtsgeheimnis festhält, begründet sie ihren Entscheid zuhanden der Kommission. Sie kann anstelle von Auskünften oder der Herausgabe von Akten einen besonderen Bericht erstatten.

² Hält eine Kommission nach dem Entscheid der Behörde an ihrem Begehren auf Aktenherausgabe fest, sind ihr die Akten zu überweisen.

Art. 38

3. Gegenüber
parlamentarischer
Untersuchungs-
kommission

Eine Entbindung vom Amtsgeheimnis entfällt bei Begehren um Auskunft und Aktenherausgabe sowie bei Einvernahmen durch die parlamentarische Untersuchungskommission.

IV. Allgemeine Verfahrensordnung

Art. 39

Einberufung

Die Landespräsidentin oder der Landespräsident beruft den Grossen Rat jeweils mindestens 14 Tage vor der Eröffnung ein.

Art. 40

Stellvertretung

Ist ein Mitglied verhindert, an einer Session des Rates teilzunehmen, so ist es durch eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter zu ersetzen. Über die Zulassung entscheidet, wenn dagegen Einspruch erhoben wird, der Rat.

Art. 41

Beschlussfähig-
keit

¹ Um gültige Beschlüsse fassen zu können, muss wenigstens die Hälfte aller Mitglieder bei der Verhandlung und der Abstimmung anwesend sein.

² Soweit infolge gesetzlicher Ausstandsgründe die Hälfte der Mitgliederzahl nicht erreicht wird, ist der Rat gleichwohl beschlussfähig.

Art. 42

Präsenzpflicht

Die Mitglieder sind zu regelmässigem Sitzungsbesuch verpflichtet. Verhinderungen sind der Präsidentin oder dem Präsidenten unter Angabe der Gründe bekanntzugeben.

Art. 43

Ausstand

¹ Die Mitglieder des Grossen Rates haben im Rat und in den Kommissionen in den Ausstand zu treten bei der Behandlung von Geschäften, an denen sie selbst, ihr Ehegatte oder einer ihrer Verwandten und Verschwägerten bis zum zweiten Grad ein unmittelbares persönliches

Interesse haben. Bei Erlassen und allgemein verbindlichen Beschlüssen besteht keine Ausstandspflicht.

² Mitglieder von Aufsichtskommissionen haben zudem in den Ausstand zu treten, wenn sie:

- a) zu einer Person, deren Amtshandlung oder Sachbearbeitung geprüft und beurteilt wird, in einer Beziehung im Sinne der allgemeinen Ausstandsordnung stehen;
- b) dem Organ einer Institution angehören, welche der Oberaufsicht des Grossen Rates untersteht, in allen diese Institution betreffenden Angelegenheiten.

³ Die Ausstandsordnung für die Mitglieder des Grossen Rates findet auch auf die Protokollführerin oder den Protokollführer Anwendung.

⁴ Ausstandsfragen entscheiden der Grosse Rat und die Kommissionen unter Ausschluss der Betroffenen.

Art. 44

Der Grosse Rat kann ausnahmsweise beschliessen, die Verhandlungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu führen. Hierüber wird in geheimer Abstimmung entschieden.

Art. 45

Es steht jedem Mitglied frei, in welcher der drei Landessprachen es sein Votum abgeben will. Jedes Mitglied ist berechtigt, Übersetzungen gefallener Anträge in die ihm verständliche Sprache zu verlangen.

V. Verhandlungsgegenstände

1. PARLAMENTARISCHE VORSTÖSSE

Art. 46

¹ Der Grosse Rat kann im eigenen Kompetenzbereich sowie zu den Planungen der Regierung Grundsatzbeschlüsse fassen.

² Diese verpflichten das zuständige Organ, in die vorgegebene Richtung zu planen oder Lösungen zu entwickeln.

³ Grundsatzbeschlüsse können nur von Kommissionen, Fraktionen und von der Regierung eingebracht werden.

Art. 47

¹ Der Auftrag fordert die Regierung auf:

- a) den Grossen Rat bei der Ausübung eigener Kompetenzen zu unterstützen;
- b) selber Massnahmen zu treffen.

Der Auftrag gemäss Litera a hat die Wirkung einer Weisung, jener gemäss Litera b die Wirkung einer Richtlinie.

² Kommissionen, Fraktionen oder mindestens 20 Ratsmitglieder können einen Auftrag einbringen.

Art. 48

Anfrage Die Anfrage verlangt von der Regierung Auskunft über wichtige Angelegenheiten.

Art. 49

Fragestunde In der Fragestunde können Ratsmitglieder Fragen stellen, die einen Sachbereich betreffen und sich einfach beantworten lassen.

Art. 50

Antrag auf
Direktbeschluss

¹ Mit dem Antrag auf Direktbeschluss kann verlangt werden, dass der Grosse Rat im Bereich seiner eigenen Zuständigkeit einen Beschluss fasst.

² Gegenstand eines solchen Antrages kann insbesondere die Ausübung bundesstaatlicher Mitwirkungsrechte sein.

Art. 51

Parlamentarische
Initiative

Mit der parlamentarischen Initiative kann ein ausgearbeiteter Entwurf für den Erlass, die Änderung oder Aufhebung einer Verfassungsbestimmung, eines Gesetzes, einer grossrätlichen Verordnung oder eines Grossratsbeschlusses eingereicht werden.

2. BESCHWERDEN

Art. 52

Zuständigkeit

¹ Der Grosse Rat beurteilt die Beschwerden, welche ihm durch das Gesetz ausdrücklich zugewiesen sind. Auf das Verfahren finden die Bestimmungen des Verwaltungsgerichtsgesetzes sinngemäss Anwendung.

² Die Instruktion obliegt der Kommission für Justiz und Sicherheit.

Art. 53

Rechtsschriften

¹ Der angefochtene Entscheid, die Beschwerdeeingabe an den Grossen Rat und die Vernehmlassungen dazu werden auf Kosten der Parteien gedruckt oder vervielfältigt und den Mitgliedern des Grossen Rates zugestellt.

² Bei der Auferlegung der Druckkosten kann der Grosse Rat in besonderen Fällen eine Ermässigung bis zur Hälfte zu Lasten des Kantons eintreten lassen.

Art. 54

Der Grosse Rat entscheidet nach Anhörung des Kommissionsgutachtens aufgrund der Akten. Entscheid

Art. 55

¹ Der Grosse Rat entscheidet zugleich mit der Hauptsache auch über die Zuteilung der in erster und zweiter Instanz ergangenen Kosten sowie über Spesenvergütung an die Parteien. Kosten

² Mutwilligen Beschwerdeführern kann er überdies eine Busse bis zu 500 Franken auferlegen.

3. AUFSICHTSBESCHWERDEN**Art. 56**

¹ An den Grossen Rat gerichtete Aufsichtsbeschwerden gegen die Regierung werden von der Geschäftsprüfungskommission, solche gegen die kantonalen Gerichte von der Kommission für Justiz und Sicherheit instruiert. Instruktion und Antragstellung

² Die instruierende Kommission nimmt alle sachdienlichen Abklärungen vor und unterbreitet dem Grossen Rat auf die nächste Session hin Bericht und Antrag.

³ Auf das Verfahren finden die Bestimmungen des Gesetzes über das Verfahren in Verfassungs- und Verwaltungssachen sinngemäss Anwendung.

4. WAHLEN**Art. 57**

Der Grosse Rat wählt gemäss Kantonsverfassung seine Organe und Kommissionen, das Präsidium der Regierung, die Mitglieder des Kantonsgerichtes und des Verwaltungsgerichtes sowie weitere Amtsinhaberinnen und -inhaber nach Massgabe der Gesetzgebung. Wahlbefugnisse

Art. 58

¹ Wahlen im Sinne von Artikel 57 werden schriftlich und geheim durchgeführt. Geheime Wahl

² Vom Grundsatz der schriftlichen und geheimen Wahl ausgenommen sind Wahlen in Kommissionen des Grossen Rates. Für sie gilt das offene Handmehr, sofern nicht mehr Wahlvorschläge vorliegen, als Sitze zu besetzen sind.

5. RESOLUTION

Art. 59Voraussetzungen
und Verfahren

¹ In wichtigen Landesangelegenheiten kann der Grosse Rat Kundgebungen (Resolutionen) erlassen. Entwürfe zu solchen sind der Präsidentenkonferenz, auch zuhanden der Regierung, schriftlich einzureichen.

² Sie müssen die Unterschriften von mindestens 25 Ratsmitgliedern tragen.

VI. Geschäftsverkehr zwischen der Regierung und dem Grossen Rat

1. POLITISCHE UND STRATEGISCHE PLANUNGEN

Art. 60

Grundsatz

¹ Der Grosse Rat und die Regierung wirken bei politischen und strategischen Planungen zusammen.

² Grundlagen werden gemeinsam erarbeitet und genutzt und Planungen inhaltlich koordiniert.

³ Die Zuständigkeiten der einzelnen Organe bleiben gewahrt.

Art. 61

Instrumente

1. Politische Ziele
und Leitsätze

¹ Der Grosse Rat erlässt übergeordnete politische Ziele und Leitsätze vor jeder Planungsperiode für Regierungsprogramm und Finanzplan.

² Diese Ziele und Leitsätze sind von der Regierung der Ausarbeitung von Regierungsprogramm und Finanzplan zugrunde zu legen.

Art. 622. Regierungs-
programm und
Finanzplan

¹ Regierungsprogramm und Finanzplan sind als rollende integrierte Aufgaben- und Finanzplanung auszugestalten.

² Die Regierung beantragt dem Grossen Rat vor jeder Planungsperiode für den Finanzplan die Gliederung der Produktgruppen im Globalbudget.

³ Diese Gliederung bleibt für die Planperiode verbindlich.

⁴ Änderungen können nur von der Mehrheit der Ratsmitglieder beschlossen werden.

Art. 63

3. Überprüfung

Der Grosse Rat legt in seiner Planung den Nutzen fest und überprüft diesen.

Art. 64

¹ Die politischen Planungen der Regierung werden vom Grossen Rat zur Kenntnis genommen.

4. Beschlussfassung und Aufträge

² Der Grosse Rat kann zur Weiterführung der Planungen und zur inhaltlichen Koordination Beschlüsse fassen und der Regierung Aufträge erteilen.

2. BESONDERE BERICHTE**Art. 65**

¹ Als besondere Berichte gelten:

Arten

- a) spezielle Rechenschaftsberichte;
- b) Berichte zu einzelnen Sachbereichen.

² Die Regierung unterbreitet dem Grossen Rat solche besonderen Berichte zur Kenntnisnahme.

³ Besondere Berichte sind vom Grossen Rat zu genehmigen, wenn es ein Gesetz oder eine Verordnung vorsieht. Er kann sie auch teilweise genehmigen oder die Genehmigung verweigern.

Art. 66

¹ In einer eigenen Erklärung kann der Grosse Rat zu Berichten der Regierung gemäss Artikel 65 in einer allgemeinen Würdigung und zu einzelnen Teilen Stellung nehmen.

Stellungnahme

² Der Grosse Rat nimmt von solchen Berichten zustimmend, ablehnend, in Form einer Erklärung oder ohne Stellungnahme Kenntnis.

3. AUSSENBEZIEHUNGEN**Art. 67**

Die Regierung informiert den Grossen Rat in dessen Kompetenzbereich laufend und umfassend über wichtige Vorhaben im Bereich der internationalen und interkantonalen Zusammenarbeit sowie über den Stand von Verhandlungen.

Information

Art. 68

¹ Die Regierung orientiert die jeweils zuständigen ständigen Kommissionen frühzeitig über anstehende internationale und interkantonale Vertragsverhandlungen im Rechtssetzungsbereich.

Mitwirkung

² Die Kommissionen stehen der Regierung während den Vertragsverhandlungen beratend zur Seite und können dieser Vorschläge zum Inhalt der Verträge unterbreiten.

VII. Schlussbestimmungen**Art. 69**

Geschäftsordnung Der Grosse Rat erlässt eine Geschäftsordnung für den Ratsbetrieb und zur näheren Ausführung der Bestimmungen dieses Gesetzes.

Art. 70

Übergangs—
bestimmungen
1. Amtsdauer der
ständigen
Kommissionen

Die höchstzulässige Amtsdauer bestimmt sich nach In-Kraft-Treten dieses Gesetzes nach neuem Recht. Die nach bisherigem Recht abgelaufene Amtsdauer der Mitglieder ständiger Kommissionen wird an die neue Amtsdauer vollumfänglich angerechnet.

Art. 71

2. Junisession
2006

¹ Als letzte Session der Amtsperiode 2003-2006 beginnt die Junisession 2006 am Montag nach dem zweiten Sonntag des Monats Juni.

² Die Eröffnung der Junisession 2006 obliegt dem gewählten Landespräsidenten oder der gewählten Landespräsidentin.

Art. 72

Aufhebung
bisherigen Rechts

Mit dem In-Kraft-Treten dieses Gesetzes wird das Gesetz über die Vertretung der Kreise im Grossen Rat des Kantons Graubünden vom 4. Juni 1972 aufgehoben.

Art. 73

Referendum und
In-Kraft-Treten

¹ Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

² Dieses Gesetz tritt unter Vorbehalt des nachstehenden Absatzes 3 am 1. August 2006 in Kraft.

³ Art. 71 tritt am 1. Juni 2006 in Kraft.

Lescha davart il cussegl grond (LCD)

dals ...

Il cussegl grond dal chantun Grischun,

sa basond sin ils artitgels 27 alinea 5, 28 alinea 3, 31, 32 alinea 3 e 49 alinea 2 da la constituziun chantunala,

sunter avair gi invista dal rapport da la conferenza da las presidentas e dals presidents dals 19 da settember 2005,

concluda:

I. Elecziun e constituziun

Art. 1

Per reparter ils mandats dal cussegl grond sin ils circuls è decisiv il dumber da la populaziun svizra dals circuls sin basa da la statistica federala dal stadi annual da la populaziun che vegn mintgamai publicgada l'onn avant las elecziuns cirquitalas.

Basa da la
repartiziun

Art. 2

Ils 120 mandats dal cussegl grond vegnan repartids sin ils circuls tenor la suandanta procedura:

Procedura da
repartiziun

a) Repartiziun anticipada:

1. Il dumber da la populaziun svizra dal chantun vegn dividi tras 120. La proxima cifra entira pli auta sur il resultat furma l'emprima cifra da repartiziun. Mintga circul che dispona d'in dumber pli pitschen che questa cifra survegn in mandat; quest circul na vegn betg pli tratg en consideraziun per l'ulteriura repartiziun.
2. Il dumber da la populaziun dals circuls restants vegn dividi tras il dumber dals mandats che n'èn betg anc vegnids repartids. La proxima cifra entira pli auta sur il resultat furma la segunda cifra da repartiziun. Mintga circul che dispona d'in dumber pli pitschen che questa cifra survegn in mandat; quest circul na vegn betg pli tratg en consideraziun per l'ulteriura repartiziun.

3. Questa procedura vegn repetida fin ch'ils circuls restants cuntanschan l'ultima cifra da repartiziun.

b) Repartiziun principala:

Mintga circul restant survegn tants mandats sco quai che l'ultima cifra da repartiziun è cuntegnida en ses dumber da la populaziun.

c) Repartiziun restanta:

Il mandats restants vegnan repartids sin ils circuls cun las cifras restantas las pli grondas. Sche plirs circuls cuntanschan la medema cifra restanta, vegnan els eliminads tenor la successiun dals rests ils pli pitschens che resultan suenter la divisiun da lur dumber da la populaziun tras l'emprima cifra da repartiziun. Sche er quests rests en eguals, decida la sort.

Art. 3

Communicaziun

Avant las elecziuns cirquitalas publitgescha la regenza en il fegl uffizial dal chantun il dumber da las commembras e dals commembers dal cussegl grond che ston vegnir elegids en mintga circul.

Art. 4

Suppleantas e
suppleants

Mintga circul elegia tantas suppleantas e tants suppleants sco quai ch'el ha d'eleger commembras e commembers dal cussegl grond, sin il pli dentant diesch.

Art. 5

Recurs electorals

¹ Il secretariat dal cussegl grond sutmetta in recurs inoltrà a la chanzlia chantunala immediatamain a la presidenta u al president dal biro electoral per la consultaziun, ordinescha, sche necessari, ulteriuras retschertgas e sutmetta las actas a la cumissiun per giustia e segirezza.

² Quella sutmetta ina proposta da decisiun motivada al cussegl grond en sia emprima sesida.

³ Ils deputads contestads dastgan far part da la sesida fin che las fatschentas da recurs èn liquidadas tras il cussegl grond. Tar il tractament ston ellas ed els prender recusaziun.

Art. 6

Sessiuns

¹ Il cussegl grond sa raduna a las sessiuns fixadas en l'urden da gestiun.

² Ulteriuras sessiuns han lieu, sch'il cussegl grond u sche la conferenza da las presidentas e dals presidents las decidan u sche almain 20 commembras u commembers dal cussegl grond las pretendan.

Art. 7

La perioda d'uffizi cumenza mintgamai il 1. d'avust suenter las novas elecziuns. Cumenzament da la perioda d'uffizi

Art. 8

La presidenta vertenta u il president vertent dal cussegl grond convochescha il cussegl grond nov elegi a la sesida constitutiva. Sesida constitutiva

Art. 9

¹ Sunter l'avertura da la sesida constitutiva respectivamain da l'emprima sessiun d'in nov onn d'uffizi succeda l'elecziun da la presidenta u dal president e da la vicepresidenta u dal vicepresident dal cussegl grond. Elecziun dal presidi

² La persuna che presidescha il cussegl grond porta il titel "presidenta dal cussegl grond" u "president dal cussegl grond".

³ L'elecziun dal presidi succeda per in onn d'uffizi.

Art. 10

¹ La pli veglia da las commembras preschentas u il pli vegl dals commembers preschents ch'èn il pli ditg en uffizi resp. la presidenta u il president dal cussegl grond che sa retira, prenda encunter il sarament u l'empermischun d'uffizi da la nov elegida presidenta u dal nov elegi president dal cussegl grond. Saramentaziun ed empermischun d'uffizi

² Uschespert che la presidenta u ch'il president dal cussegl grond ha fatg il sarament u l'empermischun d'uffizi, prenda ella u el encunter il sarament u l'empermischun d'uffizi da las commembras e dals commembers dal cussegl grond e da las suppleantas e dals suppleants, las qualas ed ils quals fan part per l'emprima giada dal cussegl grond dapi lur elecziun u reelecziun.

³ Da tgi che fa part dal cussegl grond per l'emprima giada pir pli tard prenda la presidenta u il president dal cussegl grond encunter posteriuramain il sarament u l'empermischun d'uffizi.

Art. 11

¹ Tar l'entrada en il cussegl grond orientescha mintga commembra u mintga commember dal cussegl grond la conferenza da las presidentas e dals presidents en scrit davart: Indicaziuns davart las activitads da las commembras e dals commembers dal cussegl grond

- a) sia activitad professionala;
- b) sia activitad en gremis da direcziun e da surveglianza da corporaziuns, instituts e fundaziuns dal dretg public u dal dretg privat;
- c) funcziuns permanentas da direcziun e da cussegliaziun per gruppas d'interess grischunas, svizras ed internaziunalas.

² Las midadas vegnan registradas dal secretariat dal cussegl grond al cumenzament da mintga onn d'uffizi. Il register davart las activitads da las commembras e dals commembers dal cussegl grond è public.

Art. 12

Secret d'uffizi

Las commembras ed ils commembers dal cussegl grond èn obligads a discreziun en fatschentas uffizialas, las qualas èn secretas tenor lur natira u tenor prescripziuns spezialas.

II. Organisaziun

1. PRESID

Art. 13

Presidi

¹ La presidenta u il president dal cussegl grond prepara las sesidas dal cussegl grond e da la conferenza da las presidentas e dals presidents, las maina e procura per lur andament ordinà.

² Ella u el represchenta il cussegl grond vers anora e maina la correspundenza cun la regenza.

³ La vicepresidenta u il vicepresidente dal cussegl grond surpiglia l'incumbensa da la presidenta respectivamain dal president dal cussegl grond, sche quella u quel è impedi.

⁴ Sche la presidenta u il president dal cussegl grond e sche la vicepresidenta u il vicepresidente dal cussegl grond èn impedids, vegn il presidi surpiglià da la commembra preschenta ch'è stada sco ultima la presidenta dal cussegl grond u dal commember preschent ch'è stà sco ultim il president dal cussegl grond.

2. CONFERENZA DA LAS PRESIDENTAS E DALS PRESIDENTS

Art. 14

Cumposiziun

¹ Da la conferenza da las presidentas e dals presidents fan part d'uffizi la presidenta u il president dal cussegl grond sco parsura, la vicepresidenta u il vicepresidente dal cussegl grond e las presidentas u ils presidents da las fracziuns represchentadas en il cussegl grond respectivamain – en cas d'impediment – lur suppleantas u lur suppleants.

² La chanceliera u il chancelier e la manadra u il manader dal secretariat dal cussegl grond prendan part a las sesidas cun vuschs consultativas.

Art. 15

La conferenza da las presidentas e dals presidents è l'organ directiv e da coordinaziun dal cussegl grond. Posiziun

3. **FRACZIUNS****Art. 16**

¹ Tschintg u dapli commembras u commembers dal cussegl grond pon s'unir ad ina fracziun. Constituiziun ed incumbensa

² Las fracziuns predelibereschon ils affars da la sessiun.

4. **CUMISSIUNS****Art. 17**

¹ Las cumissiuns adempleschan las incumbensas surdadas ad ellas, tractan las fatschentas dal cussegl grond assegnadas ad ellas, fan ils scleriments necessaris, rapportan al cussegl grond e fan propostas. Activitad en general

² Ellas han il dretg da refusar ina giada projects da la regenza – avant ch'els vegnian tractads en il cussegl grond – per la repassada. Il cussegl grond sto vegnir infurmà curtamain da quai.

³ En lur champ da cumpetenzza ston ellas vegnir participadas a la negoziaziun da contracts impurtants interchantunals ed internaziunals.

Art. 18

¹ Il cussegl grond elegia al cumenzament da mintga perioda d'uffizi las commembras ed ils commembers da las cumissiuns permanentas or dal ravugl dal cussegl. Elegibels en cumissiuns da surveglianza èn tut las commembras e tut ils commembers dal cussegl grond che n'èn betg parents u quinads cun ina commembra u cun in commember da la regenza en il senn da l'urden da recusaziun. Cumissiuns permanentas

² El fixescha independentamain las grondezzas da las cumissiuns, uschenavant che quellas n'èn betg fixadas tras lescha u ordinaziun.

³ La durada d'uffizi da las commembras u dals commembers da la cumissiun importa quatter onns. Ina commembra u in commember dal cussegl grond po appartegnair durant maximalmain otg onns a la medema cumissiun.

⁴ Per las presidentas u per ils presdidents da cumissiun importa la perioda d'uffizi maximalmain dus onns. Las cumissiuns permanentas sa constitueschan sezzas.

Cumissiuins
temporaras

Art. 19

Il cussegl grond po nominar cumissiuins temporaras per la pre deliberaziun da fatschentas, numnadamain sch'ina fatschenta na pertutga betg il champ d'incumbensas d'ina cumissiuin permanenta u per cuntanscher in'occupaziun equilibrada da las cumissiuins permanentas. Las cumissiuins temporaras sa constitueschan sezzas.

Cumissiuin
d'inquisiziun
parlamentara

Art. 20

¹ Sche eveniments da gronda muntada en l'administraziun publica u giudiziala basegnan in scleriment spezial, po il cussegl grond incaricar – suenter avair consultà la regenza respectivamain las autoritads giudizialas supremas – ina cumissiuin d'inquisiziun parlamentara.

² La cumissiuin d'inquisiziun parlamentara eruescha ils fatgs e procura per ulteriuras basas da giudicament. Ella rapporta al cussegl grond e fa ina proposta.

Correspondenza
tranter las
cumissiuins

Art. 21

¹ Las cumissiuins èn cumissiuins directivas en lur sector da strategia, da controlla ed en lur sector spezial. Ellas procuran che ulteriuras cumissiuins interessadas possian cooperar a la furmaziun da l'opiniun.

² La cooperaziun po succeder en furma da rapports en scrit u d'audiencias a bucca.

5. SERVETSCHS DAL CUSSEGL GROND E PROTOCOLLAZIUN

chanzlia
chantunala

Art. 22

La chanzlia chantunala è il post da stab general dal cussegl grond.

Secretariat dal
cussegl grond

Art. 23

Il secretariat dal cussegl grond stat a disposiziun als organs dal cussegl grond sco er a singulas commembras u a singuls commembers dal cussegl grond per l'adempliment da lur lavur parlamentara.

Secretariat da la
CdG

Art. 24

La controlla da finanzas maina il secretariat da la cumissiuin da gestiun.

6. INDEMNISAZIUN DA LAS COMMEMBRAS E DALS
COMMEMBERS DAL CUSSEGL GROND E DA LAS
FRACZIUNS

Art. 25

L'autozza da las schurnadas e da las indemnisaziuns da las spesas per la presidenta u per il president e per las commembras u per ils commembers sco er la contribuziun respectiva als custs da las fracziuns per las lavurs da secretariat e la preparaziun da las fatschentas dal cussegl grond vegnan fixadas cun in'ordinaziun dal cussegl grond.

Schurnadas,
indemisaziuns
da las spesas ed a
las fracziuns

III. Dretgs d'infurmaziun e secret d'uffizi

1. COMMEMBRAS E COMMEMBERS DAL CUSSEGL GROND

Art. 26

¹ Las commembras ed ils commembers dal cussegl grond han il dretg envers l'administraziun da survegnir infurmaziuns en il rom da lur lavur parlamentara e cun resalva dal secret d'uffizi.

Dretg da
survegnir
infurmaziuns e da
prender invista da
las actas

² Ellas ed els pon prender invista dals documents davart las fatschentas dal cussegl grond, uschenavant che quels n'èn betg suttaless al secret d'uffizi.

³ Sche l'infurmaziun u sche l'invista da las actas vegn refusada dal tuttafatg u per part, decida la conferenza da las presidentas e dals presidents suenter avair consultà a bucca la commembra u il commember dal cussegl grond e la regenza.

2. CUMISSIUNS

Art. 27

¹ Per giuditgar las fatschentas assegnadas ad ellas han las cumissiums il dretg da sa procurar las infurmaziuns cunvegnetas e da prender invista da las actas uffizialas necessarias suenter avair consultà la regenza, las autoritads giudizialas supremas u las cumissiums da surveglianza per las notaras e per ils notars e per las advocatas e per ils advocats.

En general
l. dretg da
survegnir
infurmaziuns e da
prender invista da
las actas

² Ils dretgs d'infurmaziun e da controlla ch'existan tenor questa part envers las dretgiras e las cumissiums da surveglianza per las notaras e per ils notars e per las advocatas e per ils advocats sa refereschan en mintga cas mo a dumondas da la gestiun e da l'administraziun giudiziala.

Art. 28

2. dretgs
d'infurmaziun
speziels

En il rom da lur incumbensa pon las cumissiuns ultra da quai:

- a) dumandar – cun il consentiment da la scheffa u dal schef dal departament respectiv – referendarias u referendaris da l'administraziun davart la fatschentia;
- b) far inspezziuns;
- c) consultar expertas u experts per dumandar quellas u quels u per dar l'incumbensa a quellas u a quels da far expertisas;
- d) consultar represchentantas u represchentants da circuls interessads.

Art. 29

Cumissiun da
gestiun
1. en general

¹ La cumissiun da gestiun ha tut ils dretgs d'infurmaziun ch'ella dovra per ademplir las incumbensas surdadas ad ella.

² Ils dretgs d'infurmaziun existan envers tut ils posts da l'administraziun chantunala ed envers tut las instituziuns chantunalas da dretg public, uschenavant che quellas u quels èn suttamess a la surveglianza suprema dal chantun.

³ Tar las ulteriuras instituziuns sa restrenschan ils dretgs d'infurmaziun a quellas fatschentas che vegnan subvenziunadas directamain u indirectamain dal chantun.

⁴ En il sector da la justia sa restrenscha la surveglianza da la cumissiun da gestiun als aspects finansials ed economics.

Art. 30

2. dretg da
survegnir
infurmaziuns e da
prender invista da
las actas

La cumissiun da gestiun è autorisada da pretender actas da la regenza e da prender invista da tut las actas chantunalas, sche quellas èn impurtantas per ademplir sias incumbensas.

Art. 31

3. infurmaziuns e
rapports

¹ La cumissiun da gestiun po envidar tar tut las fatschentas commembras u commembers da la regenza a sias sesidas. Questas u quests ston dar a la cumissiun da gestiun tut las infurmaziuns ch'èn necessarias per pudair ademplir sias incumbensas. Ellas u els èn autorisads da consultar lur collavuraturas e lur collavuratur.

² Suentar avoir orientà ordavant la scheffa u il schef dal departament competent po la cumissiun da gestiun er il directamain tar ils posts da servetsch e tar las interpresas publicas dal chantun per infurmaziuns utilas.

³ Per fatschentas spezialas po la cumissiun da gestiun pretender da la regenza e da las singulas scheffas u dals singuls schefs dals departaments rapports e posiziuns en scrit.

Art. 32

La cumissiun da gestiun è autorisada – per regla suenter avair orientà ordavant la schef u il schef dal departament cumpetent – da far inspeziuns e visitaziuns en l'administraziun chantunala, tar las interpresas publicas e tar las instituziuns, a las qualas il chantun surdat incumbensas publicas u paja contribuziuns finanzialas considerablas.

4. inspeziuns e visitaziuns

Art. 33

¹ Per sclerir cas grevs ed impurtants po la cumissiun da gestiun – suenter avair orientà la scheffa u il schef dal departament cumpetent – interrogar mintga persuna da l'administraziun ed ulteriuras persunas, uschenavant che quellas èn incaricadas directamain cun incumbensas da dretg public dal chantun. Sin dumonda po quai esser il cas er senza la preschientscha d'ina scheffa u d'in schef.

5. interrogaziuns

² Da las decleraziuns vardavlas na dastgan resultar nagins dischavantatgs per las persunas interrogadas.

Art. 34

¹ Da las dretgiras chantunalas sco er da las cumissiuns da surveglianza per las notaras e per ils notars e per las advocatas e per ils advocats po la cumissiun per giustia e segirezza – en il rom da sia surveglianza concernent la gestiun e l'administraziun giudiziala, sche quai è d'impurtanza per ademplir sias incumbensas, ed ultra dals dretgs generals da survegnir infurmaziuns ch'èn previs per las cumissiuns spezialas – cunzunt:

Cumissiun per giustia e segirezza; dretgs spezial da survegnir infurmaziuns

- a) pretender rapports en scrit;
- b) clamar las presidentas u ils presidents a las tractativas e dumandar ellas u els davart ils rapports da gestiun;
- c) pretender l'extradiziun d'actas e prender invista da tut las actas;
- d) far inspeziuns, e quai per regla suenter avair orientà la presidenta cumpetenta u il president cumpetent;
- e) tadlar mintga persuna da l'administraziun giudiziala u da l'autorità, er en absenza da la superiura respectivamain dal superiur u da la presidenta respectivamain dal president, e quai per regla suenter avair orientà la presidenta cumpetenta u il president cumpetent.

² Las presidentas u ils presidents ston dar a la cumissiun per giustia e segirezza tut ils scleriments ch'èn necessaris per ch'ella possia ademplir sia incumbensa.

Art. 35

¹ La cumissiun d'inquisiziun parlamentara po:

- a) interrogar persunas da l'administraziun sco perditgas;
- b) dumandar persunas che dattan infurmaziuns;

Cumissiun d'inquisiziun parlamentara

- c) sa procurar infurmaziuns a bucca ed en scrit d'uffizis, da commembras u da commembers d'autoritads e da personas da l'administraziun;
- d) consultar expertas u experts;
- e) pretender l'extradiziun da tut las actas uffizialas ch'ella dovra per ademplir sia incumbensa;
- f) far inspeziuns.

² Per l'interrogaziun da perditgas valan conform al senn las disposiziuns respectivas da la procedura civila.

3. SECRET D'UFFIZI

Art. 36

Liberaziun
1. en general

Commembras e commembers da la regenza e personas da l'administraziun pon vegnir liberads tras la regenza dal secret d'uffizi per dar scleriments ed autorisads d'extrader actas uffizialas ch'èn suttamessas al secret d'uffizi. Tar derschadras e derschaders e tar personas da l'administraziun giudiziala èn competentas las autoritads giudizialas supremas per quai.

Art. 37

2. visavi
cumissiuns

¹ Sche l'autorità insista sin il secret d'uffizi, motivescha ella sia decisiun per mauns da la cumissiun. Empè da dar scleriments u d'extrader las actas po ella far in rapport spezial.

² Sch'ina cumissiun insista suenter la decisiun da l'autorità sin ses giavisch che las actas vegnian extradidas, ston las actas vegnir assegnadas ad ella.

Art. 38

3. visavi la
cumissiun
d'inquisiziun
parlamentara

Ina liberaziun dal secret d'uffizi croda, sche la cumissiun d'inquisiziun parlamentara giavischa scleriments e l'extradiziun da las actas sco er sch'ella fa interrogaziuns.

IV. Urden general da procedura

Art. 39

Convocaziun

La presidenta u il president dal cussegl grond convochescha il cussegl grond mintgamai almain 14 dis avant l'avertura.

Art. 40

Substituziun

Sch'ina commembra u sch'in commember è impedi da prender part ad ina sessiun dal cussegl grond, po ella u el vegnir remplazzà d'ina suppleanta u

d'in suppleant. Davart l'admissiun decida il cussegl grond, sch'i vegn fatg recurs cunter quai.

Art. 41

¹ Per pudair prender conclus valaivels sto almain la mesadad da tut las commembras e da tut ils commembers esser preschenta tar la tractativa e tar la votaziun. Ablitad da decider

² Uschenavant che la mesadad dal dumber da commembras e da commembers na po betg vegnir cuntanschida pervi da motivs da recusaziun legals, è il cussegl grond tuttina abel da decider.

Art. 42

Las commembras ed ils commembers èn obligads da sa participar regularmain a las sesidas. Impediments ston vegnir communitgads a la presidenta u al president cun inditgar ils motivs. Obligaziun da preschientscha

Art. 43

¹ Tar il tractament da fatschentas sto ina commembra u in commember prender recusaziun en il cussegl grond ed en las cumissiuns, sch'ella sezza u sch'el sez, ses conjugal u ina da sias parentas u quinadas respectivamain in da ses parents u quinads fin al segund grad ha in interess privat direct d'in conclus dal cussegl grond. Tar relaschs e conclus generalmain impegnativs n'exista nagina obligaziun da recusaziun. Recusaziun

² Commembras e commembers da cumissiuns da surveglianza ston ultra da quai prender recusaziun, sche:

- a) stattan – en il senn da l'urden da recusaziun general – en ina relaziun cun ina persuna, da la quala la funcziun uffiziala u la lavur speziala vegn examinada u giuditgada;
- b) appartegnan a l'organ d'ina instituziun ch'è suttamessa a la surveglianza suprema dal cussegl grond en tut las fatschentas che pertutgan questa instituziun.

³ L'urden da recusaziun per las commembras e per ils commembers dal cussegl grond vegn applitgà er per la protocollista u per il protocollist.

⁴ Davart dumondas da recusaziun decidan il cussegl grond e las cumissiuns cun exclusiun da las personas pertutgadas.

Art. 44

Il cussegl grond po excepziunalmain concluder da manar las tractativas a portas serradas. Davart quai vegn decidi cun scrutini. Publicitad

Art. 45

Mintga commembra e mintga commember è liber da dar ses votum en tgenina da las trais linguas chantunalas ch'ella u ch'el vul. Mintga Lingua da tractativa

commembra e mintga commember ha il dretg da pretender translaziuns da dumondas fatgas en la lingua ch'ella u ch'el chapescha.

V. Objects da tractativa

1. INTERVENZIUNS PARLAMENTARAS

Art. 46

Conclus da princip

¹ Il cussegl grond po prender conclus da princip en ses agen champ da competenza sco er davart las planisaziuns da la regenza.

² Quests obligheschan l'organ cumpetent da planisar en la direcziun dada u da sviluppar schliaziuns.

³ Conclus da princip pon vegnir proponids mo da cumissiuns, da fracziuns e da la regenza.

Art. 47

Incumbensa

¹ L'incumbensa envida la regenza:

- a) da sustegnair il cussegl grond tar l'execuziun d'atgnas cumpetenzas;
- b) da prender senza mesiras.

L'incumbensa tenor la litera a ha l'effect d'ina instrucziun, quella tenor la litera b l'effect d'ina directiva.

² Cumissiuns, fracziuns u almain 20 commembras u commembers dal cussegl grond pon inoltrar ina incumbensa.

Art. 48

Dumonda

La dumonda pretenda scleriments da la regenza davart fatschentas impurtantas.

Art. 49

Ura da dumondas

Durant l'ura da dumondas pon commembras u commembers dal cussegl grond far dumondas che pertutgan in sector spezial e che sa laschan responder facilmain.

Art. 50

Proposta da prender in conclus direct

¹ Cun la proposta da prender in conclus direct po vegnir pretendi ch'il cussegl grond prendia in conclus en il sector da sia atgna competenza.

² L'object d'ina tala proposta po esser en spezial l'execuziun dals dretgs da cundecisiun da la confederaziun.

Art. 51

Cun l'iniziativa parlamentara po vegnir inoltrà in sboz elavurà per relaschar, midar u abolir ina disposiziun da la constituziun, ina lescha, in'ordinaziun dal cussegl grond u in conclus dal cussegl grond. L'iniziativa parlamentara

2. RECURS

Art. 52

¹ Il cussegl grond giuditgescha ils recurs ch'èn assegnads expressivamain ad el tras la lescha. Per la procedura vegnan applitgadas conform al senn las disposiziuns da la lescha davart la dretgira administrativa. Competenza

² L'instrucziun è chausa da la cumissiun per justia e segirezza.

Art. 53

¹ La decisiun contestada, l'inoltraziun dal recurs al cussegl grond e las consultaziuns latiers vegnan stampadas u copiadas a quint da las partidas e tramessas a las commembras ed als commembers dal cussegl grond. Scritiras giuridicas

² En connex cun l'imposiziun dals custs da stampa po il cussegl grond reducir en cas speziels ils custs fin a la mesadad a quint dal chantun.

Art. 54

Il cussegl grond decida sunter avair consultà l'expertisa da la cumissiun sin basa da las actas. Decisiun

Art. 55

¹ A medem temp sco la fatschenta principala decida il cussegl grond er davart la repartiziun dals custs relaschads en emprima e segunda instanza sco er davart l'indemnisaziun da las spesas a las partidas. Custs

² A talas ed a tals che recurrin da levsenn po il cussegl grond ultra da quai imponer ina multa fin 500 francs.

3. RECURS DA SURVEGLIANZA

Art. 56

¹ Recurs da surveglianza cunter la regenza drizzads al cussegl grond vegnan instruids da la cumissiun da gestiun, tals cunter las dretgiras chantunalas vegnan instruids da la cumissiun per justia e segirezza. Instrucziun e proposta

² La cumissiun che instruescha fa tut ils scleriments utils e suttametta al cussegl grond in rapport ed ina proposta per la proxima sessiun.

³ Per la procedura vegnan applitgadas conform al senn las disposiziuns da la lescha davart la procedura en fatgs administrativs e costituziunals.

4. ELECZIUNS

Art. 57Cumpetenzas
electoralas

Il cussegl grond elegia tenor la constituziun chantunala ses organs e sias cumissiuns, il presidi da la regenza, las commembras ed ils commembers da la dretgira chantunala e da la dretgira administrativa sco er ulteriuras titularas ed ulteriurs titulars d'uffizis a norma da la legislaziun.

Art. 58Elecziun cun
scrutini

¹ Elecziuns en il senn da l'artitgel 57 vegnan fatgas en scrit ed en moda secreta.

² Exceptadas dal princip da l'elecziun en scrit e secreta èn elecziuns en cumissiuns dal cussegl grond. Per quellas vala la votaziun averta, premess ch'i n'èn betg avant maun pli bleras propostas electoralas che mandats che ston vegnir occupads.

5. RESOLUZIUN

Art. 59Premissas e
procedura

¹ En fatschentas impurtantas per il chantun po il cussegl grond relaschar manifestaziuns (resoluziuns). Sbozs per talas ston vegnir inoltrads en scrit a la conferenza da las presidentas e dals presidents, er per mauns da la regenza.

² Quels ston purtar las suttascripziuns d'almain 25 commembras e commembers dal cussegl grond.

VI. Corresponsenda tranter la regenza ed il cussegl grond

1. PLANISAZIUNS POLITICAS E STRATEGICAS

Art. 60

Princip

¹ Il cussegl grond e la regenza coopereschon tar planisaziuns politicas e strategicas.

² La basa vegn elavurada ed utilisada communablamain e planisaziuns vegnan coordinadas areguard il cuntegn.

³ Las cumpetenzas dals singuls organs restan garantidas.

Art. 61Instruments
1. finamiras e
princips politics

¹ Avant mintga perioda da planisaziun per il program da la regenza ed il plan da finanzas relascha il cussegl grond finamiras e princips politics surordinads.

² Questas finamiras e maximas sto la regenza metter sco basa per l'elavuraziun dal program da la regenza e dal plan da finanzas.

Art. 62

¹ Il program da la regenza ed il plan da finanzas ston vegnir concepids sco planisaziun successiva ed integrada da las incumbensas e da las finanzas.

2. program da la regenza e plan da finanzas

² Avant mintga perioda da planisaziun per il plan da finanzas propona la regenza al cussegl grond la classificaziun da las gruppas dals products en il preventiv global.

³ Questa classificaziun resta impegnativa per la perioda da planisaziun.

⁴ Midadas pon vegnir concluidas mo da la maioritad da las commembras e dals commembers dal cussegl grond.

Art. 63

Il cussegl grond fixescha en sia planisaziun il niz e controllescha quest.

3. examinaziun

Art. 64

¹ Il cussegl grond prenda enconuschientscha da las planisaziuns politicas da la regenza.

4. conclus ed incumbensas

² Il cussegl grond po prender conclus per cuntinuar las planisaziuns e per las coordinar areguard il cuntegn e po dar incumbensas a la regenza.

2. RAPPORTS SPEZIALS

Art. 65

¹ Sco rapports spezials valan:

Tips

- a) rapports da gestiun spezials;
- b) rapports tar singuls secturs spezials.

² La regenza sutta metta tals rapports spezials al cussegl grond per prender enconuschientscha.

³ Rapports spezials ston vegnir approvads dal cussegl grond, sch'ina lescha u sch'ina ordinaziun prevesa quai. Il cussegl grond als po er approvar parzialmain u refusar l'approvaziun.

Art. 66

¹ En in'atgna decleraziun po il cussegl grond prender posiziun davart rapports da la regenza tenor l'artitgel 65 en ina valitaziun generala ed areguard singulas parts.

Posiziun

² Il cussegl grond prenda enconuschientscha da tals rapports cun consentir, cun refusar, en furma d'ina decleraziun u senza prender posiziun.

3. RELAZIUNS EXTERNAS

Art. 67

Infurmaziun

En ses champ da cumpetenza infurmescha la regenza il cussegl grond permanentamain e detagliadamain davart projects impurtants en il sector da la collavuraziun internaziunala ed interchantunala sco er davart il stadi da tractativas.

Art. 68

Cooperaziun

¹ La regenza orientescha las cumissiuns permanentas mintgamai cumpetentas ad ura davart las proximas tractativas contractualas internaziunalas ed interchantunalas sin il champ legislativ.

² Durant las tractativas contractualas accumpognan las cumissiuns la regenza en moda consultativa e pon sutta-meter a quella propostas davart il cuntegn dals contracts.

VII. Disposiziuns finalas**Art. 69**

Urden da gestiun

Il cussegl grond relascha in urden da gestiun davart il manaschi dal cussegl grond e per precisar las disposiziuns da questa lescha.

Art. 70

Disposiziuns
transitorias
1. perioda d'uffizi
da las cumissiuns
permanentas

Suenter l'entrada en vigur da questa lescha sa drizza la perioda d'uffizi maximala tenor il dretg nov. La perioda d'uffizi scadida tenor il dretg vertent da las commembras e dals commembers da las cumissiuns permanentas vegn quintada cumplainamain per la nova perioda d'uffizi.

Art. 712. sessiun da
zercladur 2006

¹ Sco ultima sessiun da la perioda d'uffizi 2003–2006 cumenza la sessiun da zercladur 2006 il glindesdi suenter la segunda dumengia dal mais da zercladur.

² L'avertura da la sessiun da zercladur 2006 è chausa da la presidenta elegida u dal president elegi dal cussegl grond.

Art. 72Aboliziun dal
dretg vertent

Cun l'entrada en vigur da questa lescha vegn abolida la lescha davart la represchentananza dals circuls en il cussegl grond dal chantun Grischun dals 4 da zercladur 1972.

Art. 73

¹ Questa lescha è suttamessa al referendum facultativ.

Referendum ed
entrada en vigur

² Questa lescha entra en vigur il 1. d'avust 2006, e quai cun resalva da l'alinea 3 qua sutvart.

³ L'art. 71 entra en vigur il 1. da zercladur 2006.

Legge sul Gran Consiglio (LGC)

del ...

Il Gran Consiglio del Cantone dei Grigioni,

visti gli art. 27 cpv. 5, 28 cpv. 3, 31, 32 cpv. 3 e 49 cpv. 2 della Costituzione cantonale,

visto il rapporto della Conferenza dei presidenti del 19 settembre 2005,

decide:

I. Elezione e costituzione

Art. 1

Per la ripartizione tra i circoli dei seggi in Gran Consiglio è determinante la popolazione svizzera residente dei circoli in base alla statistica federale dello stato annuale della popolazione, che viene pubblicata di volta in volta nell'anno che precede le elezioni di circolo.

Base di
ripartizione

Art. 2

I 120 seggi del Gran Consiglio sono ripartiti tra i circoli nel modo seguente:

Metodo di
ripartizione

a) Ripartizione preliminare:

1. Il totale della popolazione svizzera residente è diviso per 120. Il quoziente arrotondato all'intero immediatamente superiore è quello determinante per la ripartizione preliminare. Ogni circolo la cui popolazione sia inferiore a questo quoziente, ottiene un seggio ed è escluso dalla ripartizione successiva.
2. Il totale della popolazione residente dei rimanenti circoli è diviso per il numero dei seggi restanti. Il quoziente arrotondato all'intero immediatamente superiore è quello determinante per la seconda ripartizione. Ogni circolo la cui popolazione sia inferiore a questo quoziente, ottiene un seggio ed è escluso dalla ripartizione successiva.
3. L'operazione viene ripetuta fino a quando i circoli rimanenti raggiungono l'ultimo quoziente di ripartizione.

b) Ripartizione principale:

Ogni rimanente circolo ottiene tanti seggi quante volte l'ammontare della sua popolazione contiene l'ultimo quoziente.

c) Ripartizione completa:

I seggi rimanenti sono ripartiti tra i circoli che ottengono i resti maggiori. Se più circoli ottengono resti uguali, sono dapprima esclusi quelli che hanno ottenuto i resti minori dalla divisione della loro popolazione per il primo quoziente determinante. Se vi è ancora parità si procede a sorteggio.

Art. 3

Pubblicazione

Prima delle elezioni di circolo il Governo pubblica nel Foglio ufficiale cantonale il numero dei deputati da eleggersi in ogni circolo.

Art. 4

Supplenti

Ogni circolo elegge un numero di supplenti uguale a quello dei suoi deputati, ma al massimo dieci supplenti.

Art. 5

Ricorsi contro elezioni

¹ La Segreteria del Gran Consiglio sottopone immediatamente al presidente dell'ufficio elettorale per parere il ricorso pervenuto alla Cancelleria dello Stato, ordina se necessario ulteriori accertamenti e presenta gli atti alla Commissione di giustizia e sicurezza.

² Questa presenta al Gran Consiglio, in occasione della sua prima seduta, una proposta di decisione motivata.

³ I deputati, la cui nomina è contestata, possono prendere parte alle sedute fino all'evasione del ricorso da parte del Gran Consiglio. Al momento della trattazione essi sono tenuti a ricusarsi.

Art. 6

Sessioni

¹ Il Gran Consiglio si riunisce per le sessioni fissate nel regolamento organico.

² Sessioni straordinarie hanno luogo su decisione del Gran Consiglio o della Conferenza dei presidenti o su istanza di almeno 20 membri del Gran Consiglio.

Art. 7

Inizio del periodo di carica

Il periodo di carica inizia il 1° agosto che segue le nuove elezioni.

Art. 8

Seduta costituente

Il presidente del Gran Consiglio in carica convoca il neoeletto Gran Consiglio per la seduta costituente.

Art. 9

¹ Dopo l'apertura della seduta costituente rispettivamente della prima sessione di un nuovo anno di carica ha luogo l'elezione del presidente e del vicepresidente del Gran Consiglio.

Elezione della presidenza

² Il presidente del Parlamento ha il titolo di "presidente del Gran Consiglio".

³ La nomina della presidenza avviene per un anno di carica.

Art. 10

¹ Il più anziano tra i membri presenti con maggiore anzianità di carica rispettivamente il presidente del Gran Consiglio uscente fa prestare giuramento o promessa solenne al neoeletto presidente del Gran Consiglio.

Giuramento e promessa solenne

² Non appena il presidente del Gran Consiglio ha giurato o promesso solennemente, egli fa prestare giuramento o promessa solenne ai membri del Gran Consiglio e ai supplenti che dopo la loro elezione o rielezione hanno preso parte per la prima volta a una seduta.

³ Chi solo più tardi siede in Gran Consiglio per la prima volta, presta giuramento o promessa dinanzi al presidente del Gran Consiglio successivamente.

Art. 11

¹ Ogni membro, al momento della sua entrata in Gran Consiglio, informa per iscritto la Conferenza dei presidenti circa:

Dati circa le attività dei membri del Gran Consiglio

- a) la sua attività professionale;
- b) la sua attività in seno a comitati di direzione e di vigilanza di corporazioni, istituti e fondazioni di diritto privato e pubblico;
- c) funzioni permanenti di direzione e di consulenza in seno a gruppi d'interesse grigionesi, svizzeri e internazionali.

² I cambiamenti vengono rilevati dalla Segreteria del Gran Consiglio all'inizio di ogni anno di carica. Il registro sulle attività dei membri del Gran Consiglio è pubblico.

Art. 12

I membri del Gran Consiglio sono tenuti a serbare il silenzio sugli affari ufficiali che per loro natura o in virtù di una norma speciale sono segreti.

Segreto d'ufficio

II. Organizzazione

1. PRESIDENZA

Art. 13

Presidenza

¹ Il presidente del Gran Consiglio prepara le sedute del Gran Consiglio e della Conferenza dei presidenti, le dirige e assicura uno svolgimento regolare.

² Rappresenta il Gran Consiglio verso l'esterno e gestisce i rapporti con il Governo.

³ Il vicepresidente del Gran Consiglio si assume i compiti del presidente del Gran Consiglio in caso d'impedimento di quest'ultimo.

⁴ In caso d'impedimento del presidente e del vicepresidente del Gran Consiglio, assume la presidenza il membro presente che è stato per ultimo presidente del Gran Consiglio.

2. CONFERENZA DEI PRESIDENTI

Art. 14

Composizione

¹ Fanno parte d'ufficio della Conferenza dei presidenti il presidente del Gran Consiglio, che la presiede, il vicepresidente del Gran Consiglio ed i presidenti delle frazioni rappresentate in Gran Consiglio rispettivamente in caso d'impedimento i loro supplenti.

² Il Cancelliere ed il capo della Segreteria del Gran Consiglio partecipano alle sedute con voto consultivo.

Art. 15

Funzione

La Conferenza dei presidenti è l'organo direttivo e di coordinamento del Gran Consiglio.

3. FRAZIONI

Art. 16

Costituzione e compiti

¹ Cinque o più membri del Gran Consiglio possono costituirsi in frazione.

² Le frazioni esaminano in via preliminare gli affari della sessione.

4. COMMISSIONI

Art. 17

Attività in generale

¹ Le commissioni svolgono i compiti loro assegnati, esaminano in via preliminare gli affari del Gran Consiglio loro attribuiti, procedono agli

accertamenti necessari, riferiscono al Gran Consiglio e formulano proposte.

² Hanno il diritto di rinviare una volta al Governo progetti per la rielaborazione prima della deliberazione in Gran Consiglio. Il Gran Consiglio deve venire brevemente informato in merito.

³ Devono essere rese partecipi nel campo di loro competenza alla negoziazione di importanti convenzioni intercantionali ed internazionali.

Art. 18

¹ All'inizio di ogni periodo di carica il Gran Consiglio nomina nel suo seno i membri delle commissioni permanenti. Sono eleggibili in commissioni di vigilanza tutti i membri del Gran Consiglio che non sono parenti o affini di un membro del Governo o dei tribunali ai sensi dell'ordinanza di ricusa.

Commissioni permanenti

² Esso determina autonomamente il numero dei membri delle commissioni, nella misura in cui ciò non sia stabilito da una legge o da un'ordinanza.

³ Il periodo di carica dei membri delle commissioni è di quattro anni. Un membro del Gran Consiglio può far parte della medesima commissione per al massimo otto anni.

⁴ Il periodo di carica dei presidenti delle commissioni è limitato ad un massimo di due anni. Le commissioni permanenti si costituiscono autonomamente.

Art. 19

Il Gran Consiglio può istituire commissioni non permanenti per l'esame preliminare di affari, in particolare se l'affare non rientra nell'ambito di competenza di una commissione permanente o per raggiungere una ripartizione equilibrata degli incarichi tra le commissioni permanenti. Le commissioni non permanenti si costituiscono autonomamente.

Commissioni non permanenti

Art. 20

¹ Se si verificano avvenimenti di grande portata nell'amministrazione dello Stato o della giustizia, che necessitano di particolari chiarimenti, il Gran Consiglio può, dopo aver udito il Governo risp. le massime autorità giudiziarie, istituire una Commissione parlamentare d'inchiesta.

Commissione parlamentare d'inchiesta

² La Commissione parlamentare d'inchiesta accetta le fattispecie e fornisce ulteriori criteri di giudizio. Essa riferisce al Gran Consiglio e formula proposte.

Rapporti tra le commissioni	<p>Art. 21</p> <p>¹ Le commissioni sono commissioni guida nel loro settore strategico, di controllo e specialistico. Esse provvedono affinché altre commissioni interessate possano partecipare alla formazione di opinioni.</p> <p>² La partecipazione può avvenire sotto forma di rapporti scritti o di audizioni.</p>
<p>5. SERVIZI DEL GRAN CONSIGLIO E TENUTA DEL PROTOCOLLO</p>	
Cancelleria dello Stato	<p>Art. 22</p> <p>La Cancelleria dello Stato è il servizio di coordinamento generale del Gran Consiglio.</p>
Segreteria del Gran Consiglio	<p>Art. 23</p> <p>La Segreteria del Gran Consiglio è a disposizione degli organi del Gran Consiglio e di singoli deputati per lo svolgimento della loro attività parlamentare e tiene il protocollo.</p>
Segretariato della CdG	<p>Art. 24</p> <p>Il Controllo delle finanze gestisce il segretariato della Commissione della gestione.</p>
<p>6. INDENNITÀ DEI DEPUTATI E DELLE FRAZIONI</p>	
Diarie, rimborsi spese e indennità delle frazioni	<p>Art. 25</p> <p>Il Gran Consiglio fissa tramite ordinanza l'ammontare delle diarie e dei rimborsi spese del presidente e dei deputati, nonché di volta in volta il contributo alle spese delle frazioni per i lavori di segretariato e di preparazione degli affari del Gran Consiglio.</p>
<p>III. Diritti d'informazione e segreto d'ufficio</p>	
<p>1. MEMBRI DEL GRAN CONSIGLIO</p>	
Diritto all'informazione e alla visione degli atti	<p>Art. 26</p> <p>¹ Nei confronti dell'Amministrazione i membri del Gran Consiglio hanno il diritto di chiedere informazioni, nell'ambito della loro attività parlamentare e fatto salvo il segreto d'ufficio.</p>

² Essi possono prendere visione della documentazione relativa agli affari del Gran Consiglio, nella misura in cui questi non sottostanno al segreto d'ufficio.

³ Qualora venga negata totalmente o parzialmente l'informazione o la visione degli atti, la Conferenza dei presidenti decide dopo aver udito il membro del Gran Consiglio e il Governo.

2. COMMISSIONI

Art. 27

¹ Per giudicare affari loro attribuiti, le commissioni hanno il diritto di richiedere informazioni utili e, dopo aver udito il Governo, la massima autorità giudiziaria o le commissioni di vigilanza sui notai e sugli avvocati, di prendere visione dei necessari atti ufficiali.

In generale
1. Diritto all'informazione e alla visione degli atti

² I diritti d'informazione e di verifica, di cui alla presente sezione, nei confronti dei tribunali e delle commissioni di vigilanza sui notai e sugli avvocati concernono in ogni caso solo questioni inerenti la gestione e l'amministrazione della giustizia.

Art. 28

Entro i limiti dell'incarico loro attribuito, le commissioni hanno inoltre facoltà di:

2. Ulteriori diritti d'informazione

- a) consultare in merito all'affare un relatore settoriale dell'Amministrazione, d'intesa con il direttore del Dipartimento competente;
- b) effettuare ispezioni;
- c) consultare esperti esterni per le inchieste oppure commissionare loro perizie;
- d) udire rappresentanti delle cerchie interessate.

Art. 29

¹ Alla Commissione della gestione spettano tutti i diritti d'informazione necessari all'adempimento dei compiti ad essa attribuiti.

Commissione della gestione
1. In generale

² La Commissione della gestione gode di diritti d'informazione nei confronti di tutti gli uffici dell'Amministrazione cantonale e di tutte le istituzioni cantonali di diritto pubblico, nella misura in cui esse sottostanno alla supervisione del Cantone.

³ Per le altre istituzioni i diritti d'informazione si limitano a quegli affari che, direttamente o indirettamente, sono sovvenzionati dal Cantone.

⁴ Nell'ambito della giustizia la vigilanza della Commissione della gestione si limita agli aspetti finanziari ed economici.

Art. 30

2. Documentazione di verifica e diritto alla visione degli atti

La Commissione della gestione può esigere atti dal Governo e prendere visione di tutti gli atti cantonali, nella misura in cui questi sono importanti per l'adempimento dei suoi compiti.

Art. 31

3. Informazioni e rapporti

¹ Per qualsiasi affare la Commissione della gestione può invitare alle sue sedute membri del Governo. Questi ultimi sono tenuti a fornire alla Commissione della gestione tutte le informazioni necessarie all'adempimento dei suoi compiti. Essi sono autorizzati a far partecipare alla discussione i loro collaboratori.

² Dopo aver preventivamente informato il direttore del Dipartimento competente, la Commissione della gestione può richiedere direttamente informazioni utili anche agli uffici e alle imprese pubbliche del Cantone.

³ Per affari particolari la Commissione della gestione può esigere dal Governo e dai singoli direttori dei Dipartimenti rapporti scritti e prese di posizione.

Art. 32

4. Ispezioni e visite

La Commissione della gestione è autorizzata, di regola dopo aver preventivamente informato il direttore del Dipartimento competente, ad effettuare ispezioni e visite nell'Amministrazione statale, presso le imprese pubbliche e le istituzioni, alle quali il Cantone delega incarichi pubblici oppure versa considerevoli sussidi finanziari.

Art. 33

5. Inchieste

¹ Per chiarire casi complicati e importanti, la Commissione della gestione può, dopo aver preventivamente informato il direttore del Dipartimento competente, interrogare tutte le persone dell'Amministrazione e altre persone, nella misura in cui ad esse sono affidati direttamente incarichi di diritto pubblico del Cantone. Su richiesta ciò può avvenire anche senza la presenza di un superiore.

² Gli interrogati non devono subire alcun pregiudizio conseguente a dichiarazioni conformi alla verità.

Art. 34

Commissione di giustizia e sicurezza; particolari diritti d'informazione

¹ Oltre ai diritti generali d'informazione previsti per le commissioni specifiche, dai tribunali cantonali e dalle commissioni di vigilanza sui notai e sugli avvocati la Commissione di giustizia e sicurezza può, nel quadro della sua vigilanza sulla gestione e sull'amministrazione della giustizia e per quanto rilevante ai fini dell'adempimento dei suoi compiti, in particolare:

a) esigere rapporti scritti;

- b) convocare i presidenti alle deliberazioni e interrogarli in merito ai rapporti di gestione;
- c) esigere la consegna di atti e visionare tutti gli atti;
- d) effettuare ispezioni, di regola previa comunicazione al presidente competente;
- e) ascoltare, di regola previa comunicazione al presidente competente, ogni persona dell'amministrazione della giustizia o dell'autorità, anche in assenza del superiore o del presidente.

² I presidenti devono fornire alla Commissione di giustizia e sicurezza tutte le informazioni necessarie per l'assolvimento dei suoi compiti.

Art. 35

¹ La Commissione parlamentare d'inchiesta può:

- a) interrogare quali testimoni persone dell'Amministrazione;
- b) consultare informatori;
- c) richiedere informazioni verbali o scritte ad uffici, membri delle autorità e persone dell'Amministrazione;
- d) consultare esperti;
- e) esigere la consegna di tutti gli atti ufficiali necessari all'adempimento del proprio incarico;
- f) effettuare sopralluoghi.

Commissione
parlamentare
d'inchiesta

² Per quanto concerne l'audizione di testimoni fanno stato per analogia le disposizioni del codice di procedura civile.

3. SEGRETO D'UFFICIO

Art. 36

Il Governo può sciogliere dal vincolo del segreto d'ufficio per il rilascio di informazioni membri del Governo e persone dell'Amministrazione e può autorizzare costoro alla consegna di atti ufficiali sottostanti al segreto d'ufficio. A tale scopo per quanto riguarda giudici e persone dell'amministrazione della giustizia sono competenti le massime autorità giudiziarie.

Scioglimento
1. In generale

Art. 37

¹ Se l'autorità mantiene il segreto d'ufficio, essa motiva la propria decisione a destinazione della commissione. Al posto del rilascio di informazioni o della consegna di atti essa può stendere un rapporto speciale.

2. Nei confronti
di commissioni

² Se dopo la decisione dell'autorità una commissione mantiene la sua domanda di consegna di atti, questi le devono essere trasmessi.

Art. 38

3. Nei confronti della Commissione parlamentare d'inchiesta

Uno scioglimento dal segreto d'ufficio decade in caso di domande di informazione e di consegna degli atti come pure di audizioni da parte della Commissione parlamentare d'inchiesta.

IV. Regolamento di procedura generale**Art. 39**

Convocazione

Il presidente del Gran Consiglio convoca il Gran Consiglio almeno 14 giorni prima della seduta d'apertura.

Art. 40

Supplenza

Se un deputato è impossibilitato a partecipare ad una sessione del Gran Consiglio, deve essere sostituito da un supplente. Qualora venga interposta opposizione a tale sostituzione, il Gran Consiglio decide in merito all'ammissione.

Art. 41

Capacità di deliberare validamente

¹ Per poter emanare decreti validi, al dibattito e alla votazione deve essere presente almeno la metà di tutti i membri.

² Se per motivi legali di ricusa non è più raggiunta la metà dei membri, il Gran Consiglio può comunque deliberare validamente.

Art. 42

Obbligo di presenza

I membri sono tenuti a partecipare regolarmente alle sedute. Gli impedimenti vanno annunciati al presidente e motivati.

Art. 43

Ricusa

¹ I deputati devono ricusarsi in Gran Consiglio e nelle commissioni in occasione della trattazione di affari, ai quali essi stessi, il loro coniuge oppure un loro parente o affine fino al secondo grado hanno un interesse privato immediato. Nel caso di atti normativi e di decreti di obbligatorietà generale non esiste un obbligo di ricusa.

² I membri di commissioni di vigilanza devono inoltre ricusarsi se:

- a) sono parenti ai sensi dell'ordinanza di ricusa generale di una persona, il cui atto d'ufficio o attività specifica è oggetto di verifica e di giudizio;
- b) fanno parte dell'organo di un'istituzione sottoposta alla supervisione del Gran Consiglio, in tutte le questioni che interessano questa istituzione.

³ L'ordinanza di ricusa per i deputati al Gran Consiglio viene applicata anche al responsabile del protocollo.

⁴ Le questioni di ricusa vengono decise dal Gran Consiglio e dalle commissioni escludendo gli interessati.

Art. 44

Eccezionalmente il Gran Consiglio può decidere di escludere il pubblico dai dibattiti. Tale decisione viene presa con votazione a scrutinio segreto. Pubblico

Art. 45

Ogni deputato è libero di scegliere in quale delle tre lingue cantonali esprimersi. Ogni deputato ha il diritto di richiedere la traduzione delle proposte nella lingua che conosce. Lingue

V. Oggetti in deliberazione**1. INTERVENTI PARLAMENTARI****Art. 46**

¹ Nel proprio settore di competenza e riguardo a progetti del Governo il Gran Consiglio può prendere decisioni di principio. Decisione di principio

² Queste obbligano l'organo competente a pianificare o a trovare soluzioni nella direzione indicata.

³ Decisioni di principio possono essere proposte solo da commissioni, frazioni e dal Governo.

Art. 47

¹ L'incarico invita il Governo: Incarico

- a) a sostenere il Gran Consiglio nell'esercizio delle proprie competenze;
- b) a prendere autonomamente provvedimenti.

L'incarico ai sensi della lettera a ha l'effetto di un'istruzione, quello ai sensi della lettera b ha l'effetto di una direttiva.

² Possono presentare un incarico le commissioni, le frazioni o almeno 20 deputati.

Art. 48

L'interpellanza richiede al Governo informazioni su questioni importanti. Interpellanza

Art. 49

Durante l'ora delle domande i deputati possono porre domande che riguardano un settore specifico e alle quali si può rispondere facilmente. Ora delle domande

Art. 50

Proposta di decreto diretto

¹ Con la proposta di decreto diretto si può esigere che il Gran Consiglio prenda una decisione nei limiti della propria competenza.

² Oggetto di una simile proposta può essere in particolare l'esercizio dei diritti federali di partecipazione.

Art. 51

Iniziativa parlamentare

Con l'iniziativa parlamentare si può presentare un progetto elaborato per l'emanazione, la modifica o l'abrogazione di una disposizione costituzionale, una legge, un'ordinanza o un decreto del Gran Consiglio.

2. RICORSI

Art. 52

Competenza

¹ Il Gran Consiglio giudica i ricorsi attribuitigli espressamente dalla legge. Alla procedura si applicano per analogia le disposizioni della legge sul Tribunale amministrativo.

² L'istruttoria compete alla Commissione di giustizia e sicurezza.

Art. 53

Stampa degli atti

¹ La decisione impugnata, il ricorso al Gran Consiglio e le prese di posizione in merito vengono stampate o riprodotte a spese delle parti e inviate ai membri del Gran Consiglio.

² Al momento dell'addebito delle spese di stampa il Gran Consiglio può in casi particolari attribuirne al Cantone al massimo la metà.

Art. 54

Decisione

Udito il parere della commissione, il Gran Consiglio decide sulla base degli atti.

Art. 55

Spese

¹ Il Gran Consiglio decide in merito all'oggetto principale e al contempo anche sulla ripartizione delle spese di prima e seconda istanza, nonché sul rimborso delle spese alle parti.

² Esso può inoltre infliggere una multa fino a 500 franchi a ricorrenti temerari.

3. RICORSI DI VIGILANZA

Art. 56

Istruzione e presentazione della proposta

¹ I ricorsi di vigilanza indirizzati al Gran Consiglio contro il Governo vengono istruiti dalla Commissione della gestione, quelli contro i tribunali cantonali dalla Commissione di giustizia e sicurezza.

² La commissione istruente procede a tutti i chiarimenti opportuni e sottopone al Gran Consiglio per la successiva sessione un rapporto e una proposta.

³ Alla procedura si applicano per analogia le disposizioni della legge sulla procedura nelle pratiche amministrative e costituzionali.

4. ELEZIONI

Art. 57

A norma della Costituzione cantonale il Gran Consiglio nomina i suoi organi e le sue commissioni, la presidenza del Governo, i membri del Tribunale cantonale e del Tribunale amministrativo, nonché altri titolari di cariche ufficiali, conformemente alla legge.

Competenze
d'elezione

Art. 58

¹ Le elezioni ai sensi dell'articolo 57 si svolgono per iscritto e a scrutinio segreto.

Scrutinio segreto

² Sono escluse dal principio dello scrutinio scritto e segreto le elezioni nelle commissioni del Gran Consiglio. Esse si svolgono per alzata di mano, per quanto non vi siano più proposte di candidati che seggi da occupare.

5. RISOLUZIONE

Art. 59

¹ In affari importanti che riguardano il Paese il Gran Consiglio può emanare risoluzioni. I progetti di tali risoluzioni vanno presentati per iscritto alla Conferenza dei presidenti, anche a destinazione del Governo.

Presupposti e
procedura

² Esse devono essere sottoscritte da almeno 25 membri del Gran Consiglio.

VI. Rapporti tra Governo e Gran Consiglio

1. PIANIFICAZIONI POLITICHE E STRATEGICHE

Art. 60

¹ Il Gran Consiglio ed il Governo cooperano nelle pianificazioni politiche e strategiche.

Principio

² Le basi vengono elaborate e utilizzate in comune e le pianificazioni vengono coordinate dal punto di vista del contenuto.

³ Sono salvaguardate le competenze dei singoli organi.

Art. 61

Strumenti
1. Obiettivi politici e linee guida

¹ Il Gran Consiglio emana obiettivi politici e linee guida di ordine superiore prima di ogni periodo di pianificazione del programma di Governo e del piano finanziario.

² Il Governo deve porre questi obiettivi e linee guida alla base dell'elaborazione del programma di Governo e del piano finanziario.

Art. 62

2. Programma di Governo e piano finanziario

¹ Il programma di Governo ed il piano finanziario devono essere configurati come pianificazione continua integrata dei compiti e finanziaria.

² Prima di ogni periodo di pianificazione del piano finanziario il Governo chiede al Gran Consiglio l'articolazione dei gruppi di prodotti nel preventivo globale.

³ Questa articolazione rimane vincolante per il periodo di pianificazione.

⁴ Modifiche possono essere decise soltanto dalla maggioranza dei deputati.

Art. 63

3. Verifica

Nella sua pianificazione il Gran Consiglio determina e verifica l'utilità.

Art. 64

4. Decisioni e incarichi

¹ Il Gran Consiglio prende atto delle pianificazioni politiche del Governo.

² Per portare avanti le pianificazioni e per il coordinamento contenutistico, il Gran Consiglio può prendere decisioni e assegnare incarichi al Governo.

2. RAPPORTI SPECIALI**Art. 65**

Tipi

¹ Per rapporti speciali s'intendono:

- a) rapporti speciali di gestione;
- b) rapporti su singoli settori specifici.

² Il Governo sottopone al Gran Consiglio tali rapporti speciali per conoscenza.

³ I rapporti speciali devono essere approvati dal Gran Consiglio se ciò è previsto da una legge o da un'ordinanza. Esso può anche approvarli solo parzialmente oppure negare l'approvazione.

Art. 66

Presa di posizione

¹ Il Gran Consiglio può prendere posizione in una propria dichiarazione in merito a rapporti del Governo di cui all'articolo 65 sotto forma di una valutazione generale e su singole parti.

² Il Gran Consiglio prende atto di tali rapporti, approvandoli, rifiutandoli, sotto forma di una dichiarazione oppure senza presa di posizione.

3. RAPPORTI CON L'ESTERNO

Art. 67

Il Governo informa costantemente ed in modo completo il Gran Consiglio, nel settore di competenza di quest'ultimo, in merito a progetti importanti nell'ambito della collaborazione internazionale e intercantonale, nonché sullo stato delle trattative.

Informazione

Art. 68

¹ Il Governo informa per tempo le competenti commissioni permanenti, riguardo ad imminenti trattative relative a convenzioni internazionali o intercantonali in ambito legislativo.

Cooperazione

² Nel corso delle trattative le commissioni offrono consulenza al Governo e possono sottoporre proposte riguardo al contenuto delle convenzioni.

VII. Disposizioni finali

Art. 69

Il Gran Consiglio emana un regolamento organico relativo all'attività del Parlamento e all'attuazione dettagliata delle disposizioni contenute nella presente legge.

Regolamento organico

Art. 70

Il periodo di carica massimo ammesso si determina secondo il nuovo diritto dopo l'entrata in vigore della presente legge. Il periodo di carica dei membri di commissioni permanenti già trascorso secondo il diritto previgente viene interamente considerato per il nuovo periodo di carica.

Disposizioni transitorie
1. Periodo di carica delle commissioni permanenti

Art. 71

¹ Quale ultima sessione del periodo di carica 2003-2006, la sessione di giugno 2006 comincia il lunedì dopo la seconda domenica del mese di giugno.

2. Sessione di giugno 2006

² L'apertura della sessione di giugno 2006 compete al presidente del Gran Consiglio eletto.

Art. 72

Con l'entrata in vigore della presente legge viene abrogata la legge sulla rappresentanza dei circoli nel Gran Consiglio del Cantone dei Grigioni del 4 giugno 1972.

Abrogazione del diritto previgente

Art. 73

Referendum ed
entrata in vigore

¹ La presente legge è soggetta a referendum facoltativo.

² La presente legge entra in vigore il 1° agosto 2006 fatto salvo il sottostante capoverso 3.

³ L'articolo 71 entra in vigore il 1° giugno 2006.

Geschäftsordnung des Grossen Rates (GGO)

vom...

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Artikel 32 Absatz 1 der Kantonsverfassung und Artikel 69 des Gesetzes über den Grossen Rat,

nach Einsicht in den Bericht der Präsidentenkonferenz vom 19. September 2005,

beschliesst:

I. Allgemeines

Art. 1

¹ Der Grosse Rat tritt zu folgenden Sessionen zusammen:

- a) am Montag nach dem zweiten Sonntag des Monats Februar (Februarsession);
- b) am Montag nach dem dritten Sonntag des Monats April (Aprilsession);
- c) am Montag nach dem zweiten Sonntag des Monats Juni (Juni-session);
- d) am Mittwoch nach dem vierten Sonntag des Monats August (August-session);
- e) am Montag nach dem dritten Sonntag des Monats Oktober (Oktober-session);
- f) am Montag nach dem ersten Sonntag des Monats Dezember (Dezembersession).

Sessionen
1. Anzahl und
Dauer

² Wenn die Geschäftslast es erfordert, kann die Präsidentenkonferenz hinsichtlich der Eröffnung der Sessionen von den in Absatz 1 genannten Wochentagen abweichen.

³ Der Grosse Rat tagt in der Regel drei Tage.

⁴ Der Zeitpunkt der Eröffnung der Sessionen wird jeweils durch das Ratssekretariat im Kantonsamtsblatt bekannt gegeben.

⁵ Zu allfälligen weiteren Sessionen wird der Grosse Rat nach Massgabe von Artikel 6 Absatz 2 des Grossratsgesetzes einberufen.

⁶ Nicht erledigte Geschäfte werden auf das Geschäftsverzeichnis der nächsten Session übertragen.

Art. 2

2. Verzicht und Verlegung

¹ Liegen für eine Session nur wenige, nicht dringliche Geschäfte vor, kann von einer Einberufung des Grossen Rates abgesehen werden.

² Fallen Feiertage in eine Session, kann diese um eine Woche vor- oder nachverlegt werden, wenn dies aufgrund des Geschäftsverzeichnisses erforderlich ist.

Art. 3

3. Nichtteilnahme

Die Nichtteilnahme an einer Session ist frühzeitig, in der Regel spätestens zwei Wochen vor Beginn der Session, dem zuständigen Kreisamt zu melden. Das Kreisamt teilt der Standeskanzlei die Einsitznahme von Stellvertreterinnen oder Stellvertretern spätestens am Freitag vor der Eröffnung der Session mit. Vorbehalten bleiben besondere Fälle.

Art. 4

4. Zustellung der Unterlagen

Das Ratssekretariat bedient die Mitglieder des Grossen Rates und die Stellvertreterinnen und Stellvertreter mindestens 20 Tage vor der Eröffnungssitzung mit den Botschaften und allfälligen weiteren Unterlagen. Vorbehalten bleiben dringliche Fälle, für welche eine Zustellung der Unterlagen innert dieser Frist nicht möglich ist.

Art. 5

5. Eröffnung

Die Augustsession nach der Gesamterneuerung eröffnet das älteste der anwesenden amtsältesten Mitglieder, die übrigen Sessionen die Standespräsidentin oder der Standespräsident.

Art. 6

Wahlverfahren Ratspräsidium

¹ Die Wahl des Ratspräsidiums erfolgt schriftlich und geheim in getrennten Wahlakten nach dem Grundsatz des absoluten Mehrs. Bei der Ermittlung des absoluten Mehrs fallen leere und ungültige Stimmen ausser Betracht.

² Die beiden ersten Wahlgänge sind gänzlich frei. Für den dritten Wahlgang bleiben nur die zwei Kandidatinnen oder Kandidaten mit der höchsten Stimmenzahl in der Wahl. Stimmen zugunsten anderer Kandidatinnen oder Kandidaten sind ungültig. Beim Einstehen der Stimmen entscheidet das Los.

Art. 7

Vereidigung und Amtsgelübde

¹ Die Formel des Eides lautet: „Sie als gewählte Präsidentin beziehungsweise gewählter Präsident des Grossen Rates (als gewählte Mitglieder des

Grossen Rates), schwören zu Gott, alle Pflichten Ihres Amtes nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen.“ Der Eid wird durch das Nachsprechen der Worte „Ich schwöre es“ geleistet.

² Die Formel des Gelübdes lautet: „Sie als gewählte Präsidentin beziehungsweise als gewählter Präsident des Grossen Rates (als gewählte Mitglieder des Grossen Rates), geloben, alle Pflichten Ihres Amtes nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen.“ Das Gelübde wird durch das Nachsprechen der Worte „Ich gelobe es“ geleistet.

Art. 8

¹ Die Feier zur Wahl der Landespräsidentin oder des Landespräsidenten findet am letzten Tag der Augustsession statt.

Feier Landespräsidentin, -präsident

² Der Kanton beteiligt sich mit einem angemessenen Beitrag an den Kosten der Feier.

³ Die Höhe dieses Beitrages legt die Präsidentenkonferenz periodisch fest.

II. Organisation

1. PRÄSIDIUM

Art. 9

Die Präsidentin oder der Präsident beziehungsweise in Stellvertretung die Vizepräsidentin oder der Vizepräsident hat insbesondere folgende Aufgaben und Befugnisse:

Zuständigkeiten

- a) Leitung der Ratsverhandlungen, Handhabung der Sitzungspolizei und Überwachung der Einhaltung des Grossratsgesetzes sowie der Geschäftsordnung;
- b) Unterzeichnung zusammen mit der Kanzleidirektorin oder dem Kanzleidirektor der vom Rat ausgehenden Beschlüsse;
- c) Aufsicht über die Ratsdienste;
- d) Einberufung und Leitung der Präsidentenkonferenz;
- e) Vertretung des Grossen Rates nach aussen.

Art. 10

Die Stimmenzählenden führen die Präsenzlisten und zählen bei Abstimmungen die Stimmen in dem ihnen zugewiesenen Sektor.

Stimmenzählende

2. PRÄSIDENTENKONFERENZ

Art. 11

Organisation,
Verfahren und
Zuständigkeiten

¹ Die Präsidentenkonferenz tagt auf Einladung und unter dem Vorsitz der Landespräsidentin oder des Landespräsidenten, so oft es die Geschäfte erfordern.

² Die Kanzleidirektorin oder der Kanzleidirektor und die Leiterin oder der Leiter des Ratssekretariates nehmen an den Sitzungen mit beratenden Stimmen teil.

³ Bei Stimmengleichheit steht der vorsitzenden Person der Stichentscheid zu. Im Übrigen ordnet die Konferenz das Verfahren bei Abstimmungen selbstständig.

⁴ Die Präsidentenkonferenz ist insbesondere zuständig für:

- a) die Koordination der Ratsarbeit, insbesondere die Gewährleistung der Zusammenarbeit und der Information der Kommissionen;
- b) die Zuweisung von Geschäften zur Vorbereitung an die Kommissionen;
- c) die Koordination des Geschäftsverkehrs zwischen Grosse Rat und Regierung;
- d) die Festsetzung der Traktandenliste;
- e) die Festsetzung der Sitzungszeiten und Sitzungsdauer;
- f) den Entscheid über die Vor- oder Nachverlegung einer Session;
- g) den Entscheid über den Verzicht auf eine Session;
- h) die Festsetzung von Zeitpunkt und Dauer von ausserordentlichen Sessionen;
- i) die Festlegung des Verteilschlüssels, nach dem während der Amtsperiode die Sitze in den Kommissionen auf die Fraktionen verteilt werden;
- j) die Antragstellung an den Grossen Rat auf Vorschlag der Fraktionen bezüglich der Wahl der Mitglieder sowie der Grösse der ständigen und nichtständigen Kommissionen;
- k) die Wahl der Vorberatungskommissionen in dringlichen Fällen;
- l) die Ergänzung bereits bestellter Vorberatungskommissionen in dringlichen Fällen;
- m) die Antragstellung an den Grossen Rat über die Dringlicherklärung von Anfragen;
- n) die Kreditfreigabe an die Kommissionen für ausserordentliche Aufwendungen;
- o) die Ermächtigung der Kommissionen zur Einholung von Sachverständigengutachten;
- p) die formelle Prüfung der parlamentarischen Vorstösse sowie ihre allfällige Überweisung an ein Ratsorgan;
- q) den Entscheid über Auskunfts- und Akteneinsichtsbegehren der Ratsmitglieder nach Anhören der Regierung;

- r) die Wahl von drei Stimmzählenden;
- s) die Bestellung von besonderen Stimmzählenden zur Durchführung von Wahlen;
- t) die Durchführung besonderer Anlässe des Grossen Rates;
- u) die Vorbereitung der Wahlen gemäss Artikel 57 des Gesetzes;
- v) weitere Geschäfte, die ihr der Rat zuweist.

3. FRAKTIONEN

Art. 12

Die Fraktionen konstituieren sich selbst. Sie haben der Präsidentenkonferenz schriftlich die Namen der Präsidentin oder des Präsidenten und der Vizepräsidentin oder des Vizepräsidenten bekannt zu geben. Konstituierung

4. KOMMISSIONEN

A. Allgemeines

Art. 13

¹ Die Kommissionen werden durch die Kommissionspräsidentin oder den Kommissionspräsidenten einberufen. Daneben kann ein Viertel der Kommissionsmitglieder die Einberufung einer Sitzung verlangen. Einberufung und Organisation

² Die Kommissionen wählen aus ihrer Mitte eine Vizepräsidentin oder einen Vizepräsidenten. Diese Person übernimmt im Verhinderungsfalle die Aufgaben der Präsidentin oder des Präsidenten.

³ Die Kommissionen ordnen den Gang ihrer Beratungen selbstständig.

Art. 14

¹ Die Kommissionen sind beschlussfähig, wenn zwei Drittel der Mitglieder anwesend sind. Beschlussfähigkeit und Abstimmungen

² Die Abstimmung erfolgt offen. Bei Stimmgleichheit gibt die Präsidentin oder der Präsident den Stichentscheid.

³ Die Mitglieder der Kommission sind bei den Kommissionsberatungen zur Stimmabgabe verpflichtet.

Art. 15

¹ Die Sekretariats- und Protokollführung für die Kommissionen obliegt dem Ratssekretariat soweit Gesetz oder Verordnung nichts anderes vorsehen. Sekretariat und Protokoll

² Die Kommissionen bestimmen die Ausführlichkeit des Protokolls selbst, wobei das Beschlussprotokoll die Regel ist. Protokolle über

Kommissionsverhandlungen, die nicht dem Amtsgeheimnis unterliegen, erhalten:

- a) die Sitzungsteilnehmenden;
- b) die Kommissionsmitglieder;
- c) die Mitglieder der Präsidentenkonferenz;
- d) die Regierung und die Kanzleidirektorin oder der Kanzleidirektor;
- e) weitere interessierte Ratsmitglieder;
- f) die kantonalen Gerichte, soweit ihr Aufgabenbereich betroffen ist.

³ Protokolle über die Vorberatung von Ratsgeschäften erhalten überdies alle Ratsmitglieder, soweit nicht das Amtsgeheimnis entgegensteht.

⁴ Protokolle über Kommissionsverhandlungen, die dem Amtsgeheimnis unterliegen, erhalten nur die Kommissionsmitglieder, die Regierung und, soweit ihr Aufgabenbereich betroffen ist, die kantonalen Gerichte.

Art. 16

Öffentlichkeit
und Information

¹ Die Kommissionssitzungen und deren Protokolle sind nicht öffentlich.

² Die Kommissionen orientieren durch eine von ihnen bezeichnete Sprecherin oder durch einen von ihnen bezeichneten Sprecher die Öffentlichkeit über den Verlauf der Kommissionsverhandlungen, wenn diese von erheblichem allgemeinem Interesse sind.

Art. 17

Mitwirkung der
Regierung

¹ Die Kommissionen sind befugt, Mitglieder der Regierung für die Erteilung von Auskünften zu ihren Sitzungen einzuladen.

² Gelangen Kommissionen zu neuen Erkenntnissen oder Anträgen, bieten sie vor Abschluss ihrer Beratungen der Regierung die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Art. 18

Berichterstattung

Die Kommissionspräsidentin oder der Kommissionspräsident erstattet im Grossen Rat Bericht, sofern die Kommission nichts anderes beschliesst.

B. Ständige Kommissionen

Art. 19

Bestellung und
Arten

¹ Der Grosse Rat hat folgende ständige Kommissionen:

- a) Geschäftsprüfungskommission;
- b) Redaktionskommission;
- c) Kommission für Staatspolitik und Strategie;
- d) Kommission für Justiz und Sicherheit;
- e) Kommission für Bildung und Kultur;
- f) Kommission für Gesundheit und Soziales;
- g) Kommission für Umwelt, Verkehr und Energie;

h) Kommission für Wirtschaft und Abgaben.

² Er kann weitere ständige Kommissionen bestellen und bestehende aufheben.

³ Fällt ein Mitglied einer ständigen Kommission dauernd aus, so nimmt der Grosse Rat für den Rest der Amtsperiode eine Ersatzwahl vor.

Art. 20

Den ständigen Kommissionen nach Artikel 19 Absatz 1 Litera c – h Aufgaben werden durch die Präsidentenkonferenz Sachbereiche zugeteilt. Sie haben folgende Aufgaben:

- a) Ausübung parlamentarischer Initiativfunktionen in ihrem Bereich;
- b) Vorberaten der ihnen von der Präsidentenkonferenz zugewiesenen Geschäfte zuhanden des Rates;
- c) Koordination mit den Kommissionen, die dieselben oder ähnliche Fragen bearbeiten.

Art. 21

¹ Die Kommission für Staatspolitik und Strategie ist für die Ausarbeitung der übergeordneten politischen Ziele und Leitsätze des Grossen Rates zuständig. Kommission für Staatspolitik und Strategie

² Sie berät die von der Regierung vorgelegten mittelfristigen Planungen im Aufgaben- und Finanzbereich vor und sorgt für die Koordination der Planungen.

³ Sie überprüft die mittelfristigen Planungen des Grossen Rates und der Regierung auf die Erfüllung der gesetzten Ziele und die Wirksamkeit der Massnahmen und ist zuständig für die Beantragung von Korrekturmassnahmen.

Art. 22

¹ Die Geschäftsprüfungskommission besteht aus 13 Mitgliedern.

² Die Geschäftsprüfungskommission als Verwaltungsprüfungsinstanz:

- a) überwacht die Geschäftsführung der kantonalen Verwaltung und der mit kantonalen Aufgaben beauftragten Institutionen;
- b) orientiert sich nachträglich über die Verwaltungstätigkeit und den Geschäftsgang sowie über die laufenden Arbeiten;
- c) berät den Landesbericht und weitere Berichte zuhanden des Grossen Rates vor;
- d) prüft den Stand der Behandlung der überwiesenen Aufträge und stellt allenfalls dem Grossen Rat Antrag auf Abschreibung der Vorstösse;
- e) überwacht, ob ihren in früheren Tätigkeitsberichten gemachten Bemerkungen Rechnung getragen wurde;
- f) instruiert im Sinne von Artikel 61 des Grossratsgesetzes an den Grossen Rat gerichtete Aufsichtsbeschwerden gegen die Regierung.

Geschäftsprüfungskommission
1. Grösse, Aufgaben und Zuständigkeiten

³ Die Geschäftsprüfungskommission als Finanzprüfungsinstanz:

- a) überwacht den gesamten Finanzhaushalt und befasst sich mit seiner längerfristigen Entwicklung;
- b) prüft namentlich den Voranschlag, die Nachtragskreditgesuche, die Staatsrechnung und die Rechnung von Institutionen, an welche der Kanton erhebliche Beiträge leistet;
- c) erstattet einen Mitbericht zum Finanzplan;
- d) entscheidet über hängige Nachtragskreditgesuche, soweit sie diese nicht dem Grossen Rat zur Beschlussfassung vorlegen will.

⁴ Die Geschäftsprüfungskommission kann weiter:

- a) neue Stellen schaffen und Stellenumwandlungen mit grösseren finanziellen Auswirkungen bewilligen;
- b) von anderen Kommissionen vorzubereitete Vorlagen und Geschäfte mit finanziellen Auswirkungen prüfen und dem Grossen Rat ebenfalls Antrag stellen.

Der Grosse Rat kann der Geschäftsprüfungskommission weitere Aufgaben überweisen.

⁵ Verfügungen und Entscheide der Regierung, der Departemente und der Dienststellen können durch die Geschäftsprüfungskommission weder aufgehoben noch abgeändert werden.

Art. 23

Die Geschäftsprüfungskommission:

- a) achtet auf eine rechts- und ordnungsgemässe Verwaltung;
- b) untersucht die Wirksamkeit der Staatsverwaltung sowie deren Massnahmen und überprüft in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit bestehender Gesetze und Aufgaben;
- c) achtet auf eine zweckmässige und wirtschaftliche Aufgabenerfüllung und einen effizienten Verwaltungsablauf;
- d) kontrolliert, ob die Entscheide kompetenzgemäss gefällt werden und ob genügend verwaltungsinterne Kontrollen gegeben sind.

Art. 24

Die kantonale Finanzkontrolle verkehrt mit der Geschäftsprüfungskommission direkt. Sie erteilt ihr jede Auskunft, die für die Ausübung der Oberaufsicht dienlich ist.

Art. 25

¹ Die Geschäftsprüfungskommission erstellt jährlich über ihre Tätigkeit einen Bericht mit Anträgen an den Grossen Rat.

² Über besonders wichtige Geschäfte orientiert die Geschäftsprüfungskommission den Grossen Rat während des Jahres und stellt allenfalls Anträge.

2. Prüfungskriterien

3. Sekretariat

4. Bericht-
erstattung und
Protokolle

³ Die Präsidentenkonferenz, die Mitglieder der Regierung, das Ratssekretariat und die Standeskanzlei erhalten zur Information eine Traktandenliste der Sitzung der Gesamtkommission.

⁴ Mittels Protokollauszügen werden die Regierung über Grundsatzentscheide der Geschäftsprüfungskommission und die einzelnen Departementsvorsteherinnen oder Departementsvorsteher über wichtige behandelte Sachgeschäfte ihres Departementes informiert.

Art. 26

¹ Die Kommission für Justiz und Sicherheit prüft und überwacht die Geschäftsführung der kantonalen Gerichte sowie der Aufsichtskommissionen über die Notare und die Rechtsanwälte und berät deren Geschäftsberichte vor. Sie besteht aus 11 Mitgliedern.

Kommission für
Justiz und
Sicherheit
1. Grösse,
Aufgaben und
Zuständigkeiten

² Sie berät zuhanden des Grossen Rates insbesondere folgende Angelegenheiten vor:

- a) Begnadigungsgesuche;
- b) Erwahrungen von Volksabstimmungen;
- c) Beschwerden an den Grossen Rat im Sinne von Artikel 52 Grossratsgesetz;
- d) Justizaufsichtsbeschwerden im Sinne von Artikel 56 Grossratsgesetz;
- e) weitere ihr zugewiesene Geschäfte aus ihrem Sachbereich.

³ Sie nimmt Stellung zu allen die Justiz betreffenden Berichten und Vorlagen und kann dem Grossen Rat Antrag stellen.

⁴ Sie nimmt zu Stellenschaffungs-, Stellenumwandlungs- und Nachtragskreditgesuchen, soweit diese die kantonalen Gerichte sowie die Aufsichtskommissionen über die Notare und Rechtsanwälte betreffen, zuhanden der Geschäftsprüfungskommission Stellung.

⁵ Sie entscheidet Beschwerden gegen die Regierungsratswahlen.

Art. 27

¹ Die Kommission für Justiz und Sicherheit erstellt über ihre Tätigkeit jährlich einen Bericht mit Anträgen an den Grossen Rat.

2. Bericht-
erstattung und
Protokolle

² Über wichtige Geschäfte orientiert die Kommission für Justiz und Sicherheit den Grossen Rat während des Jahres und stellt allenfalls Anträge.

³ Die Kommission für Justiz und Sicherheit kann mittels Protokollauszügen die betroffenen Stellen über wichtige behandelte Sachgeschäfte informieren.

Art. 28

¹ Die Redaktionskommission besteht aus vier Mitgliedern.

Redaktions-
kommission

² Ihr gehören zudem von Amtes wegen die Standespräsidentin oder der Standespräsident und die Standesvizepräsidentin oder der Standesvizepräsident an.

³ Die Standespräsidentin oder der Standespräsident leitet die Sitzungen, zu denen auch die Protokollführenden beigezogen werden.

⁴ Der Redaktionskommission obliegen:

- a) die Prüfung der Beschluss- und Wortlautprotokolle über die Sitzungen des Grossen Rates und der endgültige Entscheid über Änderungsanträge im Sinne von Artikel 35 und 36;
- b) die redaktionelle Bereinigung der Protokolle, Beschlüsse und Erlasse;
- c) die Genehmigung der Protokolle;
- d) die Genehmigung der Erläuterung an das Volk.

⁵ Die Redaktionskommission kann zur Abklärung umstrittener Sachverhalte Rats- und Regierungsmitglieder sowie die zuständigen Departementsmitarbeitenden zu ihren Sitzungen einladen.

C. *Nichtständige Kommissionen*

Art. 29

Vorberatungs-
kommissionen

Auf Antrag der Präsidentenkonferenz wählt der Grosse Rat die Vorberatungskommissionen. Das freie Vorschlagsrecht aus der Mitte des Rates bleibt gewahrt.

Art. 30

Parlamentarische
Untersuchungs-
kommission

Die näheren Bestimmungen über die Organisation der Untersuchungskommission und die Durchführung der Untersuchung erlässt der Grosse Rat im Rahmen des Einsetzungsbeschlusses. Er regelt insbesondere die Verfahrensrechte der Betroffenen und die Stellung der Regierung beziehungsweise der obersten Gerichtsbehörde im Verfahren.

5. RATSDIENSTE UND PROTOKOLLFÜHRUNG

Art. 31

Kanzleidirektion

Die Kanzleidirektorin oder der Kanzleidirektor unterstützt das Präsidium in der Amtsführung, sorgt für die administrative Durchführung der Sessionen und koordiniert den Geschäftsverkehr mit der Regierung.

Art. 32

Ratssekretariat

¹ Das Ratssekretariat hat insbesondere folgende Aufgaben:

- a) Vorbereitung der Sessionen;
- b) Führung des Sekretariates der Leitungsorgane und der Kommissionen mit Ausnahme der Geschäftsprüfungskommission;
- c) Protokollführung im Grossen Rat;

- d) Ausfertigung der Beschlüsse des Grossen Rates;
- e) Information der Öffentlichkeit im Auftrag des Grossen Rates.

² Als Abteilung der Ständekanzlei ist das Ratssekretariat fachlich den Organen des Grossen Rates unterstellt. Die Leiterin oder der Leiter und weitere Angehörige werden auf Antrag der Kanzleidirektorin oder des Kanzleidirektors von der Präsidentenkonferenz angestellt.

Art. 33

Die Ständekanzlei stellt insbesondere folgende weitere Dienste zur Verfügung: Weitere Dienste

- a) Weibeldienst zur Bedienung des Grossen Rates und seiner Organe;
- b) Übersetzungsdienst;
- c) Informationsdienst;
- d) Betrieb und Wartung der EDV-Einrichtungen.

Art. 34

Ausgefertigte Beschlüsse des Grossen Rates werden von der Ständepäsidentin oder dem Ständepäsidenten und von der Kanzleidirektorin oder dem Kanzleidirektoren oder deren Stellvertretungen unterzeichnet. Ausfertigungen

Art. 35

¹ Das Beschlussprotokoll über die Verhandlungen des Grossen Rates wird in deutscher Sprache geführt und enthält: Beschlussprotokoll

- a) den Namen der oder des Vorsitzenden, die Zahl der Anwesenden und die Namen der abwesenden Ratsmitglieder;
- b) die Verhandlungsgegenstände, den vollen Wortlaut der zur Abstimmung gebrachten Anträge und die Ergebnisse von Abstimmungen und Wahlen;
- c) die eingereichten parlamentarischen Vorstösse;
- d) alle Beschlüsse und Erlasse.

² Es wird von der Präsidentin oder dem Präsidenten und von der Protokollführerin oder dem Protokollführer unterzeichnet.

³ An der übernächsten Sitzung liegt das Beschlussprotokoll zur Einsicht auf. Über Berichtigungsanträge und die formelle Genehmigung des Beschlussprotokolls entscheidet die Redaktionskommission.

Art. 36

¹ Die Verhandlungen des Grossen Rates werden zusätzlich auf Tonband aufgenommen und in einem Wortlautprotokoll schriftlich festgehalten. Wortlautprotokoll

² Das Wortlautprotokoll liegt 20 Tage nach Sessionsende für die Ratsmitglieder beim Ratssekretariat zur Einsicht auf. Auf Begehren wird ein Protokollauszug zugesandt. Die Mitglieder der Regierung erhalten mit der Auflage des Protokolls einen Protokollauszug über jene Geschäfte, die sie selber vor dem Grossen Rat vertreten haben.

³ Über die Berichtigungsanträge und die formelle Genehmigung des Wortlautprotokolls entscheidet die Redaktionskommission.

6. ENTSCHÄDIGUNG DER RATSMITGLIEDER UND FRAKTIONEN

A. Ratsmitglieder

Art. 37

Taggeld

¹ Die Mitglieder des Grossen Rates haben für jeden Tag ihrer Anwesenheit bei Sitzungen Anspruch auf ein Taggeld von 300 Franken.

² Die Landespräsidentin oder der Landespräsident erhält ausserdem eine einmalige Präsidential- und Repräsentationszulage von 12'000 Franken, die Landesvizepräsidentin oder der Landesvizepräsident eine einmalige Repräsentationszulage von 4'000 Franken.

Art. 38

Mahlzeiten- und Übernachtungsentschädigung

¹ Die Mitglieder des Grossen Rates erhalten für jede Sitzung in Chur eine Mahlzeitenentschädigung von 60 Franken und im Falle der Übernachtung eine zusätzliche Entschädigung von 150 Franken.

² Die Übernachtungsentschädigung entfällt für Mitglieder, die in einem Umkreis von 25 Kilometer Fahrstrecke wohnen.

³ Bei Sitzungen ausserhalb von Chur erhalten alle Mitglieder des Grossen Rates eine Spesenentschädigung von 130 Franken je Sitzungstag.

⁴ Als Wohnsitz gilt der Ort, wo die Ausweisschriften hinterlegt sind.

⁵ Die Landespräsidentin oder der Landespräsident und die Landesvizepräsidentin oder der Landesvizepräsident haben Anspruch auf Entschädigung der effektiven Auslagen, die ihnen aus Repräsentationspflichten entstehen.

Art. 39

Sonderfälle

¹ Während der Dauer der Session werden die Entschädigungen gemäss Artikel 37 Absatz 1 und Artikel 38 auch für die Sonn- und Feiertage ausgerichtet.

² Wird ein Ratsmitglied während der Session zu Sitzungen einberufen, die den Anspruch auf ein Taggeld des Kantons begründen, aber nicht zum Geschäftskreis des Grossen Rates gehören, so wird das Taggeld nur einmal, bei ungleichen Taggeldern zum höheren Ansatz, ausgerichtet. Diese Regelung gilt auch für die Reiseentschädigung.

Art. 40

Reisekosten- und Reisezeitentschädigung

¹ Für Reisen zu den Ratssitzungen werden den Mitgliedern des Grossen Rates die effektiven Reisespesen vergütet, das heisst Bahn erste Klasse,

Postauto und Privatauto (Kilometerentschädigung nach den für das kantonale Personal geltenden Bestimmungen).

² Den Mitgliedern des Grossen Rates wird zusätzlich zu den effektiven Reisespesen eine Reisezeitentschädigung in gleicher Höhe entrichtet.

B. Kommissionen

Art. 41

¹ Die Mitglieder der Kommissionen des Grossen Rates erhalten für ihre Anwesenheit bei Sitzungen, die nicht während der Session stattfinden, die gleichen Taggelder und Spesenentschädigungen wie die Ratsmitglieder während der Session.

Taggeld und
Spesenentschä-
digung
1. Im Allge-
meinen

² Die Spesenentschädigung beträgt für die Teilnahme an Kommissionssitzungen ausserhalb der Session 60 Franken. Kann der Wohnsitz nach Schluss der Kommissionssitzung bei Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel nicht erreicht werden, beträgt die Spesenentschädigung 210 Franken. Das Gleiche gilt, wenn ein Ratsmitglied bei Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel nicht rechtzeitig zur Kommissionssitzung erscheinen kann.

³ Für die Reise zu solchen Sitzungen haben die Mitglieder Anspruch auf eine Kilometerentschädigung nach den für das kantonale Personal geltenden Bestimmungen.

⁴ Die Präsidentenkonferenz kann Kommissionspräsidenten oder allenfalls auch andern Kommissionsmitgliedern bei besonders starker Inanspruchnahme ausnahmsweise eine zusätzliche Entschädigung zusprechen.

Art. 42

¹ Die Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission, welche an mindestens zwei Drittel der Sitzungen eines Amtsjahres teilnehmen, haben zudem Anspruch auf ein Fixum von 4'000 Franken je Amtsjahr. Die Präsidentin oder der Präsident erhält zusätzlich 1'000 Franken je Amtsjahr als Präsidialzulage.

2. Geschäfts-
prüfungs-
kommission

² Hinsichtlich der Spesen- und Reiseentschädigung bei Sitzungen ist die für andere Kommissionen geltende Regelung anwendbar. Davon ausgenommen sind Augenscheine und Besichtigungen, bei welchen die effektiven Spesen vergütet werden.

C. Fraktionen

Art. 43

¹ Für die Teilnahme an Fraktionssitzungen, die ausserhalb der Session stattfinden, werden den Mitgliedern des Grossen Rates die gleichen Taggelder, Spesen- und Reiseentschädigungen ausgerichtet, wie für die

Entschädigungen

Teilnahme an Kommissionssitzungen ausserhalb der Session (Artikel 42), jedoch höchstens für eine Sitzung je Session. Die Fraktionspräsidentin oder der Fraktionspräsident stellt dem Finanz- und Militärdepartement die Präsenzliste zu.

² Überdies erhalten die Fraktionen jährlich eine Grundentschädigung von 4'000 Franken und eine Entschädigung für jedes Fraktionsmitglied von 300 Franken. Anspruch auf die Entschädigung von 300 Franken haben auch jene Mitglieder des Rates, die keiner Fraktion angehören.

III. Allgemeine Verfahrensordnung

1. ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Art. 44

Sitzungsort und
-zeiten

¹ Der Grosse Rat versammelt sich ordentlicherweise in der Stadt Chur.

² Der Vormittag des ersten Tages der Session steht gewöhnlich für Fraktionssitzungen zur Verfügung.

³ Die Ratssitzungen dauern in der Regel:

- Vormittag von 08.15 bis 12.00 Uhr
- Nachmittag von 14.00 bis 18.00 Uhr.

⁴ Je nach Geschäftslast können Nachmittagssitzungen verlängert oder Abendsitzungen durchgeführt werden.

Art. 45

Präsenzpflicht

¹ Die Anwesenheit der Ratsmitglieder wird zu Beginn jeder Sitzung durch Eintragung in die Präsenzliste festgestellt. Diese wird eine Stunde nach Sitzungsbeginn geschlossen.

² Ratsmitglieder, welche bis dahin nicht anwesend sind, verlieren das Sitzungsgeld, es sei denn, dass sie sich vorher bei der Standespräsidentin oder dem Standespräsidenten unter Angabe der Gründe abgemeldet haben. Das Sitzungsgeld verliert auch, wer den ganzen Tag abwesend ist.

³ Bei häufiger Abwesenheit eines Mitgliedes während der Sitzungen ohne begründete Abmeldung entscheidet die Präsidentenkonferenz nach einmaliger Ermahnung über den Anspruch auf Ausrichtung des Taggeldes. In Krankheitsfällen während der Sitzung tritt keine Verwirkung der Tagelder ein.

Art. 46

Kleidung

Die Mitglieder des Grossen Rates haben an den Sitzungen korrekte Kleidung zu tragen, welche die Würde des Parlaments respektiert.

Art. 47

¹ Den Zuhörenden steht die Tribüne offen. Sie haben sich ruhig zu verhalten und jede Äusserung von Beifall oder Missbilligung zu unterlassen. Befolgen sie die Mahnung der Präsidentin oder des Präsidenten zur Ruhe nicht, so kann diese oder dieser die Tribüne räumen lassen.

Öffentlichkeit
und Medien

² Den Vertreterinnen oder Vertretern der Medien wird ein besonderer Platz angewiesen. Das Betreten des Saales ist ohne Bewilligung der Vorsitzenden oder des Vorsitzenden nicht zulässig.

³ Bild- und Tonaufnahmen im Sitzungssaal, in den Vorräumen oder auf der Tribüne sind nur mit einer Bewilligung der Vorsitzenden oder des Vorsitzenden gestattet.

⁴ Das Verteilen von Propagandamaterial, das Mitnehmen und Aufstellen von Plakaten und das Sammeln von Unterschriften im Sitzungssaal, in den Vorräumen und auf der Tribüne sind untersagt.

Art. 48

Die Präsidentin oder der Präsident hat, soweit möglich, am Schluss jeder Sitzung dem Rate die Tagesordnung der nächsten Sitzung mitzuteilen.

Tagesordnung

2. BERATUNG

A. *Verfahrensablauf***Art. 49**

Bei Sachvorlagen behandelt der Rat zunächst die Eintretensfrage. Liegt kein begründeter Antrag der Regierung oder bei Vorlagen über Anträge auf Direktbeschluss und parlamentarische Initiativen der zuständigen Vorberatungskommission vor, kann Eintreten nur mit Zweidrittelmehrheit beschlossen werden.

Eintreten

Art. 50

Ist Eintreten beschlossen, geht der Rat zu artikel- oder abschnittswisen Beratung über. Eine Verlesung findet dabei in der Regel nicht statt.

Detailberatung

Art. 51

Nach Abschluss der Detailberatung kann jedes Mitglied beantragen, auf einzelne Artikel oder Abschnitte zurückzukommen. Eine kurze Begründung des Rückkommensantrages und eines Gegenantrages ist gestattet; der Rat entscheidet ohne weitere Diskussion. Nimmt er den Antrag an, so wird der betreffende Artikel oder Abschnitt nochmals beraten.

Rückkommen

Art. 52

Zweite Lesung

Vor der Schlussabstimmung über eine Gesetzesvorlage hat die Präsidentin oder der Präsident dem Rat die Frage vorzulegen, ob eine zweite Lesung zu erfolgen habe. Eine zweite Lesung kann auf Antrag auch bei Verordnungen beschlossen werden. Bei wichtigen Vorlagen prüft die Vorberatungskommission von Amtes wegen die Frage einer zweiten Lesung und stellt Antrag an den Grossen Rat.

*B. Anträge***Art. 53**

Form

¹ Alle Anträge sind mündlich vorzubringen und auf Verlangen der Standespräsidentin oder dem Standespräsidenten, der Präsidentin oder dem Präsidenten der Kommission und der Vertreterin oder dem Vertreter der Regierung schriftlich einzureichen.

² Wichtige Anträge zu Gesetzes- oder Verordnungsvorlagen sollen vor der Beratung durch die Kommission bei ihrer Präsidentin oder ihrem Präsidenten eingereicht werden. Die Antragstellerin oder der Antragsteller kann zur Begründung seines Antrags zur Kommissionssitzung eingeladen werden.

³ Werden solche Anträge während der Beratung im Rate gestellt, so kann die Kommission verlangen, dass sie ihr zur Vorberatung überwiesen werden.

*C. Voten***Art. 54**

Diskussion

¹ Die Präsidentin oder der Präsident eröffnet vor jeder Abstimmung über den vorgelegten Gegenstand die Diskussion. Vor Eröffnung der allgemeinen Diskussion erteilt sie oder er das Wort den Berichterstattenden und Kommissionsmitgliedern. In der folgenden allgemeinen Diskussion wird das Wort in der Reihenfolge erteilt, in der es verlangt worden ist. Eine Ausnahme hievon findet lediglich zugunsten von Berichterstattenden und Mitgliedern der Regierung statt.

² Will sich die Standespräsidentin oder der Standespräsident an der Diskussion beteiligen, übernimmt die Vizepräsidentin oder der Vizepräsident den Vorsitz.

Art. 55

Anstandspflicht

¹ Bei aller Freiheit der Diskussion hat sich die oder der Sprechende aller ehrverletzenden Ausdrücke zu enthalten. Ein allfälliger Verstoss gegen diese Vorschrift soll von der Präsidentin oder dem Präsidenten sogleich gerügt werden (Ordnungsruf).

² Missachtet eine Rednerin oder ein Redner die Mahnung der Präsidentin oder des Präsidenten, zur Sache zu sprechen, oder lässt sich diese Person wiederholt eine Verletzung des parlamentarischen Anstandes zu Schulden kommen, so kann ihr die Präsidentin oder der Präsident das Wort entziehen.

³ Erhebt die Rednerin oder der Redner Einspruch gegen den Entzug des Wortes, so entscheidet der Rat. Bei fortgesetztem ungebührlichem Benehmen kann der Rat mit zwei Drittel der Stimmen ein Mitglied von der Sitzung ausschliessen.

Art. 56

¹ Mit Ausnahme der Kommissionsreferentinnen und -referenten und der Vertreterin oder des Vertreters der Regierung darf in der Regel keine Rednerin oder kein Redner länger als zehn Minuten und mehr als zweimal zum gleichen Diskussionspunkt sprechen. Redezeit

² Wird Schluss der Diskussion beantragt, so ist darüber ohne weitere Diskussion abzustimmen. Stimmt der Rat mit Zweidrittelmehrheit zu, so erhalten nur noch bereits angemeldete Rednerinnen und Redner und die Mitglieder der Regierung das Wort. Artikel 57 bleibt vorbehalten.

³ Ausnahmen von den in Absatz 1 genannten Einschränkungen kann der Rat mit Zweidrittelmehrheit beschliessen.

⁴ Die Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht für die Behandlung von Beschwerden.

⁵ Es ist stets gestattet, das Wort zu begehren, um die Beachtung der Geschäftsordnung zu verlangen, Ordnungsanträge zu stellen oder auf eine persönliche Bemerkung zu antworten.

Art. 57

Ist die Diskussion erschöpft, so hat die Referentin oder der Referent der Kommission oder, wenn die Kommission nicht einstimmig ist, zunächst die Vertreterin oder der Vertreter der Minderheit und hierauf die Vertreterin oder der Vertreter der Mehrheit das Recht zu einem Schlusswort. Schlusswort

Art. 58

Für die Behandlung eines Geschäftes kann der Rat auf Antrag der Präsidentenkonferenz die Debatte und die Wortmeldungen einschränken. Organisierte Debatte

3. ABSTIMMUNGEN

Art. 59

Vor der Abstimmung gibt die Präsidentin oder der Präsident dem Rate die gestellten Anträge im Wortlaut bekannt und ordnet an, in welcher Weise Einleitung

abgestimmt werden soll. Einwendungen dagegen werden vom Rate sogleich erledigt.

Art. 60

Mehrere Anträge

¹ Unterabänderungsanträge sind vor den Abänderungsanträgen und diese vor den Hauptanträgen zur Abstimmung zu bringen.

² Liegen mehr als zwei Hauptanträge vor, so werden sie nebeneinander zur Abstimmung gebracht, wobei jedes Mitglied nur einem von ihnen stimmen darf. Hat keiner die absolute Mehrheit der Stimmen erreicht, so ist darüber abzustimmen, welcher von denjenigen Anträgen, welche die wenigsten Stimmen erhielten, wegzufallen habe. Hierauf wird das gleiche Verfahren auf die übrig gebliebenen Anträge angewendet, bis einer die absolute Mehrheit erhält.

³ Wer einem Unterabänderungsantrag zugestimmt hat, ist nicht gehalten, auch für den Abänderungsantrag zu stimmen; ebenso wenig verpflichtet die Zustimmung zum Abänderungsantrag zur Bejahung des Hauptantrages.

Art. 61

Zusammengesetzte Anträge

Bei zusammengesetzten Anträgen ist über die einzelnen Teile getrennt abzustimmen. Kann eine Abstimmungsfrage geteilt werden, so hat dies zu geschehen, sofern ein Mitglied es verlangt.

Art. 62

Stimmabgabe bei Sachgeschäften

¹ Während der Abstimmungen haben sich die Abgeordneten an ihren Plätzen aufzuhalten.

² Die Stimmabgabe erfolgt bei offenen Abstimmungen durch Aufstehen.

³ Es zählen nur Stimmen, die am eigenen Platz abgegeben werden.

⁴ Die Stimmzählerinnen oder Stimmzähler ermitteln die Abstimmungsergebnisse und melden diese der Protokollführerin oder dem Protokollführer zuhanden der Präsidentin oder des Präsidenten.

⁵ Wenn 25 Mitglieder einem entsprechenden Antrag zustimmen, erfolgt die Abstimmung geheim.

⁶ Bei der Schlussabstimmung über Verfassungsvorlagen und Gesetzesentwürfe werden auch die Stimmenthaltungen gezählt und protokolliert.

⁷ In Begnadigungssachen erfolgt die Abstimmung geheim.

Art. 63

Stichentscheid

Die Präsidentin oder der Präsident stimmt mit. Stehen die Stimmen ein, so entscheidet sie oder er, und zwar ohne Rücksicht auf die schon abgegebene Stimme.

4. WIEDERERWÄGUNG

Art. 64

¹ Beschlüsse des Grossen Rates können nur in der Session, in welcher sie gefasst werden, in Wiedererwägung gezogen werden. Verfahren

² Auf die Wiedererwägung ist einzutreten, wenn sie mit Zweidrittelmehrheit der Stimmenden beschlossen wird. Für die Abstimmung über den materiellen Antrag genügt die Mehrheit der Stimmen, wenn keine andere Vorschrift besteht.

³ Bei Beschlüssen zur Geschäftsordnung genügt die einfache Mehrheit.

⁴ Beschlüsse des Grossen Rates, für welche gemäss Absatz 1 eine Wiedererwägung ausgeschlossen ist, können nur auf dem Wege des ordentlichen Rechtssetzungsverfahrens geändert werden.

IV. Verhandlungsgegenstände

1. PARLAMENTARISCHE VORSTÖSSE

A. *Allgemeines*

Art. 65

¹ Ratsmitglieder, Fraktionen und Kommissionen können bei der Ständespräsidentin oder dem Ständespräsidenten parlamentarische Vorstösse einreichen. Diese sind mit einem Antrag und einer kurzen Begründung zu versehen. Die Ständespräsidentin oder der Ständespräsident bringt sie dem Rat in der gleichen Sitzung zur Kenntnis. Einreichung und
Rückweisung

² Die Präsidentenkonferenz prüft die eingereichten parlamentarischen Vorstösse in formeller Hinsicht; sie kann dazu die Regierung anhören. Sie weist sie zurück, wenn:

- a) sie nicht die richtige Form aufweisen;
- b) der Gegenstand des Vorstosses in der laufenden Legislaturperiode schon einmal beraten wurde und die Sachlage sich in der Zwischenzeit nicht geändert hat ;
- c) das Begehren nicht Gegenstand eines Vorstosses sein kann.

³ Wenn die Rückweisung nicht akzeptiert wird, entscheidet der Grosse Rat endgültig.

Art. 66

¹ Anfragen können vom Grossen Rat dringlich erklärt werden, wenn sie spätestens an der Eröffnungssitzung einer Session eingereicht werden. Dringliche
Behandlung

² Ist Dringlichkeit beschlossen, wird die Anfrage in der gleichen Session behandelt.

B. *Auftrag***Art. 67**

Behandlung

¹ Die Regierung erstattet dem Grossen Rat spätestens in der übernächsten Session nach Einreichung schriftlichen Bericht und Antrag zum Auftrag.

² Die Regierung kann beantragen, einen Auftrag ganz oder teilweise zu überweisen, abzuändern, abzuschreiben oder abzulehnen.

³ Der Text des Auftrages kann auf Antrag aus der Mitte des Rates oder der Regierung geändert werden.

⁴ Die Unterzeichnenden können durch Mehrheitsbeschluss:

- a) den Auftrag bis zum Abschluss der Beratungen im Rat zurückziehen;
- b) eine Gegenüberstellung des ursprünglichen Textes des Auftrages und eines allfällig abgeänderten Textes in einer Abstimmung verlangen. Ein nachfolgender Rückzug des Auftrages ist diesfalls ausgeschlossen.

Für die Meinungsbildung der Unterzeichnenden kann die Behandlung im Rat unterbrochen werden.

Art. 68

Beratung

¹ Eine Diskussion findet nur statt, wenn ein Auftrag von der Regierung oder aus der Ratsmitte bekämpft oder Diskussion vom Rat beschlossen wird. Sinngemäss gelten diesfalls die allgemeinen Regeln über die Redezeit.

² Wenn ein sachlicher Zusammenhang mit einem hängigen Geschäft besteht, können beantwortete Aufträge gleichzeitig beraten werden.

³ Ist ein Auftrag im Zeitpunkt der Beratung im Grossen Rat vollzogen, kann der Auftrag mit der Überweisung als erfüllt abgeschrieben werden.

⁴ Am Schluss der Beratung beschliesst der Rat, ob der Vorstoss der Regierung zu überweisen oder abzulehnen ist.

Art. 69Berichterstattung,
Abschreibung
und Erledigung

Die Regierung legt der Geschäftsprüfungskommission jeweils im Frühjahr eine Liste der ihr erteilten, jedoch noch nicht erledigten Aufträge vor. Im Rahmen eines Berichtes über die Finanz- und Aufsichtsarbeit beantragt die Geschäftsprüfungskommission eine allfällige Abschreibung von Aufträgen. Beruht eine Vorlage der Regierung auf einem Auftrag, stellt die Regierung bereits in der Botschaft den Antrag auf Abschreibung.

C. *Anfrage***Art. 70**

Verfahren

¹ Die Regierung beantwortet die Anfragen spätestens in der übernächsten Session nach Einreichung schriftlich.

² Die Anfragerin oder der Anfrager kann sich von der Antwort befriedigt, teilweise oder nicht befriedigt erklären. Diese Erklärung kann in einer Stellungnahme von höchstens zwei Minuten erläutert werden.

³ Eine Diskussion findet nur statt, wenn sie vom Rat beschlossen wird. Sinngemäss gelten diesfalls die allgemeinen Regeln über die Beschränkung der Redezeit.

D. *Fragestunde*

Art. 71

¹ In jeder Session findet eine Fragestunde statt.

Verfahren

² Fragen an die Regierung sind spätestens eine Woche vor Sessionsbeginn dem Ratssekretariat schriftlich einzureichen. Dieses leitet sie an die Regierung weiter.

³ Die Beantwortung durch die Regierung erfolgt in der gleichen Session mündlich. Einmaliges Nachfragen ist gestattet.

E. *Antrag auf Direktbeschluss*

Art. 72

¹ Der Rat befindet an einer nächsten Sitzung nach der Einreichung eines Antrages auf Direktbeschluss, ob dieser erheblich erklärt und ob eine Kommission mit der Vorberatung beauftragt werden soll.

Verfahren

² Wird eine Kommission beauftragt, legt der Rat eine Frist fest, innert der sie Bericht zu erstatten und Antrag zu stellen hat.

³ Die Anträge auf Direktbeschluss sind der Regierung zur Stellungnahme zu überweisen. Der Grosse Rat kann der Regierung für die Stellungnahme eine Frist setzen.

F. *Parlamentarische Initiative*

Art. 73

¹ Parlamentarische Initiativen werden schriftlich eingereicht.

Einreichung und
Überweisung

² Sie sind mit einer Begründung zu versehen und werden sämtlichen Ratsmitgliedern nach der Einreichung zur Kenntnis gebracht.

³ Die Präsidentenkonferenz weist nach Anhören der Regierung eine parlamentarische Initiative zurück, wenn:

- a) sie sich auf einen Gegenstand bezieht, welcher schon als Ratsgeschäft hängig ist;
- b) der Gegenstand von der Regierung als Vorlage vorbereitet und innerhalb eines halben Jahres dem Grossen Rat vorgelegt wird.

⁴ Wenn die Rückweisung nicht akzeptiert wird, entscheidet der Grosse Rat endgültig.

⁵ Die Standespräsidentin oder der Standespräsident stellt nach der Beratung durch Abstimmung fest, ob die parlamentarische Initiative von der Mehrheit der anwesenden Ratsmitglieder vorläufig unterstützt wird. Trifft dies zu, wird die Initiative einer Kommission zur Vorberatung überwiesen.

Art. 74

Vorberatung in
Kommission

Die Kommission:

- a) berät den eingereichten Entwurf. Sie kann Änderungen beantragen oder einen Gegenvorschlag entwerfen;
- b) kann das zuständige Departement zur Mitwirkung bei der Vorbereitung beiziehen, doch bleibt die Regierung für ihre Stellungnahme frei;
- c) unterbreitet das Ergebnis ihrer Beratungen der Regierung und allenfalls interessierten Kreisen zur Stellungnahme;
- d) überweist das Geschäft spätestens zwei Jahre nach Einreichung mit Bericht und Antrag an den Grossen Rat.

Art. 75

Behandlung im
Grossen Rat

Der Grosse Rat berät den Entwurf und die Anträge der Kommission wie eine Vorlage der Regierung.

2. WAHLEN

Art. 76

Wahlvorbereitung

¹ Die Präsidentenkonferenz nimmt die notwendigen Abklärungen zur Besetzung der Ämter gemäss Artikel 36 Ziffern 3 und 4 der Kantonsverfassung vor.

² Vorschläge müssen der Konferenz in der Regel bis zwei Monate vor der Wahl schriftlich eingereicht werden. Als Unterlagen sind ein Lebenslauf der kandidierenden Person sowie Angaben zu Ausbildung, Beruf und spezifischer Eignung für das zu besetzende Amt beizulegen.

³ Die Präsidentenkonferenz ist verpflichtet, sich durch eigene Erhebungen, Befragungen und Beschaffung von Unterlagen ein Bild von den Anforderungen an das zu besetzende Amt sowie von der Person der Kandidierenden zu machen.

⁴ Eine Sprecherin oder ein Sprecher der Konferenz erläutert vorgängig der Wahlen im Plenum das Ergebnis der Prüfung, ohne Wahlempfehlungen abzugeben.

Art. 77

Gültiges Mehr

¹ Die Wahl erfolgt nach dem Grundsatz des absoluten Mehrs.

² Wird im ersten Wahlgang das absolute Mehr von keiner kandidierenden Person oder von weniger Kandidierenden erreicht, als zu wählen sind,

findet ein zweiter, freier Wahlgang statt. In diesem entscheidet das relative Mehr.

³ Stehen die Stimmen ein, bestimmt die Landespräsidentin oder der Landespräsident die gewählte Person durch Ziehung des Loses.

Art. 78

Die Abgeordneten haben die Wahlzettel selber auszufüllen und eigenhändig den Stimmzählenden zu übergeben. Stimmabgabe

Art. 79

¹ Werden gleichzeitig verschiedene Wahlen durchgeführt und sind nicht mehr Kandidatinnen oder Kandidaten vorgeschlagen, als Sitze zu vergeben sind, so nimmt sie der Grosse Rat in einem Wahlakt vor. Mehrere Wahlen

² Die Wahlzettel werden für die gleichzeitig durchzuführenden Wahlen gemeinsam ausgeteilt und eingesammelt.

³ Die Berechnung des absoluten Mehrs erfolgt für jede Wahl gesondert.

Art. 80

Fragen, die in der Geschäftsordnung des Grossen Rates nicht geregelt sind, beurteilen sich sinngemäss nach den Bestimmungen des Gesetzes über die Ausübung der politischen Rechte im Kanton Graubünden. Anwendbares Recht

Art. 81

¹ Die Präsidentenkonferenz setzt für die Ermittlung der Wahlergebnisse besondere Stimmzählerinnen oder Stimmzähler ein. Stimmzählende und Mitteilung der Ergebnisse

² Die Wahl beziehungsweise Wiederwahl ist den Gewählten, sofern sie nicht Mitglieder der Regierung oder des Grossen Rates sind, schriftlich mitzuteilen.

3. VEREIDIGUNG, AMTSGELÜBDE

Art. 82

¹ Die neu gewählten Mitglieder der Regierung werden von der Landespräsidentin oder vom Landespräsidenten vor versammeltem Rat vereidigt oder ins Amtsgelübde genommen. Mitglieder der Regierung

² Der Inhalt des Eides lautet: „Sie, als gewählte Mitglieder der Regierung, schwören zu Gott, alle Pflichten Ihres Amtes nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen“. Die Worte des Eides: „Ich schwöre es“.

³ Der Inhalt des Gelübdes lautet: „Sie, als gewählte Mitglieder der Regierung, geloben, alle Pflichten Ihres Amtes nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen“. Die Worte des Gelübdes: „Ich gelobe es“.

Art. 83

Gerichts-
präsidentinnen
und -präsidenten

¹ Die Präsidentinnen oder Präsidenten des Kantonsgerichtes und des Verwaltungsgerichtes leisten vor dem Grossen Rat den vorgeschriebenen Eid oder das vorgeschriebene Gelübde.

Art. 84

Ausnahmen

Falls eines der Behördenmitglieder, die vor dem Grossen Rat ihren Eid oder ihr Gelübde abzulegen haben, nicht eintreffen kann, so wird es die Standespräsidentin oder der Standespräsident vor dieser Behörde beim Amtsantritt vereidigen oder ins Gelübde nehmen.

V. Schlussbestimmungen**Art. 85**

Aufhebung
bisherigen Rechts

Mit dem In-Kraft-Treten dieser Geschäftsordnung werden nachfolgende Erlasse aufgehoben:

1. Geschäftsordnung des Grossen Rates vom 29. Mai 1956;
2. Verordnung über die Entschädigung der Mitglieder und der Fraktionen des Grossen Rates vom 31. Mai 1972;
3. Reglement für die Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates vom 26. September 1994;
4. Reglement für die Justizkommission des Grossen Rates vom 5. Oktober 1998.

Art. 86

In-Kraft-Treten

Diese Geschäftsordnung tritt zusammen mit dem Gesetz über den Grossen Rat (Grossratsgesetz) in Kraft.

Urden da gestiun dal cussegl grond (UGCG)

dals ...

Il cussegl grond dal chantun Grischun,

sa basond sin l'artitgel 32 alinea 1 da la constituziun chantunala e sin l'artitgel 69 da la lescha davart il cussegl grond,

sunter avair gi invista dal rapport da la conferenza da las presidentas e dals presidents dals 19 da settember 2005,

concluda:

I. En general

Art. 1

¹ Il cussegl grond sa raduna a las suandantas sessiuns:

- a) il glindesdi suenter la segunda dumengia dal mais da favrer (sessiun da favrer);
- b) il glindesdi suenter la terza dumengia dal mais d'avrigl (sessiun d'avrigl);
- c) il glindesdi suenter la segunda dumengia dal mais da zercladur (sessiun da zercladur);
- d) la mesemna suenter la quarta dumengia dal mais d'avust (sessiun d'avust);
- e) il glindesdi suenter la terza dumengia dal mais d'october (sessiun d'october);
- f) il glindesdi suenter l'emprima dumengia dal mais da december (sessiun da december).

Sessiuns

1. dumber e durada

² Areguard las averturas da las sessiuns po la conferenza da las presidentas e dals presidents divergiar dals dis da l'emna che vegnan numnads en l'alinea 1, sche la chargia da lavur pretenda quai.

³ Il cussegl grond sa raduna per regla trais dis.

⁴ Il termin d'avertura da las sessiuns vegn mintgamai publictà dal secretariat dal cussegl grond en il fegl uffizial dal chantun.

⁵ Ad eventualas ulteriuras sessiuns vegn il cussegl grond convocà a norma da l'artitgel 6 alinea 2 da la lescha davart il cussegl grond.

⁶ Fatschentas betg liquidadas vegnan transferidas sin la glista da fatschentas da la proxima sessiun.

Art. 2

2. desister e spustar

¹ Sch'igl èn avant maun per ina sessiun mo paucas fatschentas e betg urgentas, po vegnir desisti da convocar il cussegl grond.

² En cas che firads crodan en ina sessiun, po la sessiun vegnir spustada sin ina data anteriura u posteriura d'ina emna, sche quai è necessari pervi da la glista da fatschentas.

Art. 3

3. nunparticipaziun

La nunparticipaziun ad ina sessiun sto vegnir annunziata a temp a l'uffizi cirquital cumpetent, per ordinari il pli tard duas emnas avant che la sessiun cumenza. L'uffizi cirquital communitgescha a la chanzlia chantunala la participaziun da suppleantas u da suppleants il pli tard il venderdi avant l'avertura da la sessiun. Resalvads restan cas spezials.

Art. 4

4. consegna dals documents

Il secretariat dal cussegl grond furnescha almain 20 dis avant la sesida d'avertura las missivas ed eventuels ulteriurs documents a las commembras ed als commembers dal cussegl grond ed a las suppleantas ed als suppleants. Resalvads restan cas urgents, per ils quals ina consegna dals documents entaifer quest termin n'è betg pussaivla.

Art. 5

5. avertura

La sessiun d'avust suenter la renovaziun totala dal cussegl grond avra la pli veglia da las commembras preschentas u il pli vegl dals commembers preschents ch'èn il pli ditg en uffizi, las ulteriuras sessiuns avra la presidenta u il president dal cussegl grond.

Art. 6

Procedura electorala dal presidi dal cussegl grond

¹ L'elecziun dal presidi dal cussegl grond succeda en scrit e cun scrutini en acts electorals separads tenor il princip da la maioritad absoluta. Per eruir la maioritad absoluta na vegnan vuschs vidas e nunvalaivlas betg en consideraziun.

² Ils emprims dus scrutinis èn dal tutfatg libers. Per il terz scrutini restan en l'elecziun mo las duas candidatas u ils dus candidats cun il dumber da vuschs il pli aut. Vuschs a favur d'autras candidatas u d'auters candidats èn nunvalaivlas. En cas da paritad da las vuschs decida la sort.

Art. 7

Saramentaziun ed empermischun d'uffizi

¹ La formulaziun dal sarament sa cloma: "Vus, sco presidenta elegida respectivamain sco president elegi dal cussegl grond (sco commembras

elegidas respectivamain sco commembers elegids dal cussegl grond) engirais avant Dieu d'ademplir tut las obligaziuns da Voss uffizi tenor meglier savair e pudair". Il sarament vegn fatg cun repeter ils plets: "Jau engir".

² La formulaziun da l'empermischun sa cloma: "Vus, sco presidenta elegida respectivamain sco president elegi dal cussegl grond (sco commembras elegidas respectivamain sco commembers elegids dal cussegl grond) empermettais d'ademplir tut las obligaziuns da Voss uffizi tenor meglier savair e pudair". L'empermischun vegn fatga cun repeter ils plets: "Jau engir".

Art. 8

¹ La festa per l'elecziun da la presidenta dal cussegl grond u dal president dal cussegl grond ha lieu l'ultim di da la sessiun d'avust.

Festa da la presidenta u dal president dal cussegl grond

² Il chantun sa participescha cun ina contribuziun commensurada als custs da la festa.

³ L'autozza da la contribuziun vegn fixada periodicamain da la conferenza da las presidentas e dals presidents.

II. Organisaziun

1. PRESIDI

Art. 9

La presidenta u il president respectivamain sco substituziun la vicepresidenta u il vicepresidente ha en spezial las suandantas incumbensas e cumpetenzas:

Cumpetenzas

- a) manar las tractativas dal cussegl grond, exequir la polizia da sesida e survegliar l'observanza da la lescha davart il cussegl grond sco er da l'urden da gestiun;
- b) sutsegnar ensemen cun la chanceliera u cun il chancelier ils conclus che sortan dal cussegl grond;
- c) survegliar ils servetschs dal cussegl grond;
- d) convocar e manar la conferenza da las presidentas e dals presidents;
- e) represchentar il cussegl grond vers anora.

Art. 10

Las ed ils dumbravuschs mainan las glistas da preschientscha e dumbran las vuschs tar votaziuns en il sector assegnà ad ellas ed ad els.

Dumbravuschs

2. CONFERENZA DA LAS PRESIDENTAS E DALS PRESIDENTS

Art. 11

Organisaziun,
procedura e
cumpetenzas

¹ La conferenza dals presidents sa raduna sin invit e sut il presidi da la presidenta u dal president dal cussegl grond uschè savens sco che las fatschentas pretendan quai.

² La chanceliera u il chancelier e la manadra u il manader dal secretariat dal cussegl grond prendan part a las sesidas cun vuschs consultativas.

³ En cas da paritad da las vuschs ha la u il parsura il dretg da la decisiun da tagl. Dal rest regla la conferenza independentamain la procedura tar votaziuns.

⁴ La conferenza da las presidentas e dals presidents è spezialmain cumpetenta per:

- a) coordinar la lavur dal cussegl grond, en spezial garantir la collavuraziun e l'infurmaziun da las cumissiuns;
- b) assegnar fatschentas a cumissiuns per las preparar;
- c) coordinar la correspundenza tranter il cussegl grond e la regenza;
- d) fixar la glista da tractandas;
- e) fixar las uras e la durada da las sesidas;
- f) decider davart spustar ina sessiun sin ina data anteriura u posteriura;
- g) decider davart la renunzia ad ina sessiun;
- h) fixar il termin e la durada da sessiuns extraordinarias;
- i) fixar la clav da repartiziun, tenor la quala ils mandats en las cumissiuns vegnan repartids sin las fracziuns durant la perioda d'uffizi;
- j) proponer al cussegl grond sin proposta da las fracziuns areguard l'elecziun da las commembras e dals commembers sco er areguard la grondezza da las cumissiuns permanentas e temporaras;
- k) eleger las cumissiuns predeliberantas en cas urgents;
- l) cumplettar en cas urgents cumissiuns predeliberantas gia elegidas;
- m) far propostas al cussegl grond davart la decleraziun d'urgenza da dumondas;
- n) dar liber credits a las cumissiuns per expensas extraordinarias;
- o) autorisar las cumissiuns da procurar expertisas;
- p) examinar formalmain las intervenziuns parlamentaras sco er lur eventuala assegnaziun ad in organ dal cussegl grond;
- q) decider davart dumondas d'infurmaziun e dumondas da prender invista da las actas da vart da las commembras e dals commembers dal cussegl grond suenter avair consultà la regenza;
- r) eleger trais dumbravuschs;
- s) convocar dumbravuschs spezialas per exequir elecziuns;
- t) exequir occurrenzas spezialas dal cussegl grond;
- u) preparar las elecziuns tenor l'artitgel 57 da la lescha;

v) ulteriuras fatschentas ch'il cussegl grond assega ad ella.

3. FRACZIUNS

Art. 12

Las fracziuns sa constitueschan sezzas. Ellas ston communitgar en scrit ils numns da la presidenta u dal president e da la vicepresidenta u dal vicepresidente. Constituziun

4. CUMISSIUNS

A. *En general*

Art. 13

¹ Las cumissiuns vegnan convocadas da la presidenta u dal president da la cumissiun. Ultra da quai po in quart da las commembras e dals commembers da la cumissiun pretender la convocaziun d'ina sesida. Convocaziun ed organisaziun

² Las cumissiuns elegian ina vicepresidenta u in vicepresidente or da lur ravugl. Questa persuna surpiglia las incumbensas da la presidenta u dal president en cas d'impediment.

³ Las cumissiuns reglan independentamain il decurs da lur tractativas.

Art. 14

¹ Las cumissiuns èn ablas da decider, sche dus terzs da las commembras e dals commembers èn preschents. Abilitad da decider e votaziuns

² La votaziun succeda avertamain. En cas da paritad da las vuschs dat la presidenta u il president la decisiun da tagl.

³ Las commembras ed ils commembers da la cumissiun èn obligads da votar tar las tractativas da las cumissiuns.

Art. 15

¹ La direzziun dal secretariat e dal protocol per las cumissiuns è l'incumbensa dal secretariat dal cussegl grond, uschenavant che la lescha u l'ordinaziun na prevesan nagut auter. Secretariat e protocol

² Las cumissiuns fixeschan sezzas quant detaglià ch'il protocol duai esser; la regla è il protocol da decisiuns. Protocols davart tractativas da cumissiuns che n'èn betg suttamess al secret d'uffizi survegnan:

- a) las participantas ed ils participants da la sesida;
- b) las commembras ed ils commembers da la cumissiun;
- c) las commembras ed ils commembers da la conferenza da las presidentas e dals presidents;
- d) la regenza e la chanceliera u il chancelier;

- e) ulteriuras commembras ed ulteriurs commembers dal cussegl grond che han interess;
- f) las dretgiras chantunalas, uschenavant che lur champ d'incumbensas è cumpiglià.

³ Protocols davart la predeliberaziun da fatschentas dal cussegl grond survegnan ultra da quai tut las commembras e tut ils commembers dal cussegl grond, uschenavant ch'il secret d'uffizi n'impedescha betg quai.

⁴ Protocols davart las tractativas da cumissiuns ch'èn suttamesas al secret d'uffizi survegnan mo las commembras ed ils commembers da la cumissiun, la regenza e, uschenavant che lur champ d'incumbensas è cumpiglià, las dretgiras chantunalas.

Art. 16

Publicitad ed infurmaziun

¹ Las sesidas da cumissiun ed ils protocols da quellas n'èn betg publics.

² Tras ina pledadra u tras in pledader che las cumissiuns nomineschan, orienteschan ellas la publicitad davart il decurs da las tractativas da cumissiuns, sche questas èn da grond interess general.

Art. 17

Cooperaziun da la regenza

¹ Las cumissiuns èn autorisadas d'envidar a lur sesidas commembras u commembers da la regenza per dar scleriments.

² Sche cumissiuns vegnan a novas enconuschientschas u propostas, dattan ellas – avant che terminar lur tractativas – la pussaivladad a la regenza da prender posiziun.

Art. 18

Rapport

La presidenta da la cumissiun u il president da la cumissiun rapporta en il cussegl grond, sche la cumissiun na decida nagut auter.

B. Cumissiuns permanentas

Art. 19

Nominaziun e tips

¹ Il cussegl grond ha las suandantas cumissiuns permanentas:

- a) la cumissiun da gestiun;
- b) la cumissiun da redacziun;
- c) cumissiun per politica da stadi e strategia;
- d) la cumissiun per justia e segirezza;
- e) la cumissiun per furmaziun e cultura;
- f) la cumissiun per sanadad e fatgs socials;
- g) la cumissiun per ambient, traffic ed energia;
- h) la cumissiun per economia e taxas.

² El po nominar ulteriuras cumissiuns permanentas ed abolir cumissiuns existentas.

³ Sch'ina commembra u sch'in commember d'ina cumissiun permanenta manca adina, fa il cussegl grond in'elecziun complementara per il rest da la perioda d'uffizi.

Art. 20

A las cumissiuns permanentas tenor l'artitgel 19 alinea 1 litera c – h Incumbensas vegnan assignads secturs speziels da la conferenza da las presidentas e dals presidents. Ellas han las suandantas incumbensas:

- a) exequir funcziuns d'iniziativa parlamentara en lur sectur;
- b) predeliberar las fatschentas assignadas ad ellas da la conferenza da las presidentas e dals presidents per mauns dal cussegl grond;
- c) sa coordinar cun las cumissiuns ch'elavuran las medemas dumondas u dumondas sumegliantas.

Art. 21

¹ La cumissiun per politica da stadi e strategia è cumpetenta per l'elavuraziun da las finamiras e dals princips politics surordinads dal cussegl grond. Cumissiun per politica da stadi e strategia

² Ella predeliberescha las planisaziuns a termin mesaun dal champ d'incumbensas e da finanzas suttamessas da la regenza e procura per la coordinaziun da las planisaziuns.

³ Ella controllescha las planisaziuns a termin mesaun dal cussegl grond e da la regenza areguard l'adempliment da las finamiras fixadas ed areguard l'efficacitad da las mesiras ed è cumpetenta per proponer mesiras da correctura.

Art. 22

¹ La cumissiun da gestiun consista da 13 commembras e commembers.

² La cumissiun da gestiun sco istanza per controllar l'administraziun:

- a) surveglia la gestiun da l'administraziun chantunala e da las instituziuns incaricadas cun incumbensas chantunalas;
- b) s'infurmescha posteriuramain davart l'activitad administrativa e davart l'andament da las fatschentas sco er davart las lavurs currentas;
- c) predeliberescha per mauns dal cussegl grond il rapport dal chantun ed auters rapports;
- d) examinescha il stadi dal tractament da las incumbensas acceptadas e propona eventualmain al cussegl grond da stritgar las intervenziuns;
- e) surveglia, sch'igl è vegni tegni quint da sias remartgas fatgas en anteriurs rapports da gestiun;
- f) instruescha – en il senn da l'artitgel 61 da la lescha davart il cussegl grond – recurs da surveglianza cunter la regenza drizzads al cussegl grond.

³ La cumissiun da gestiun sco istanza per controllar las finanzas:

Cumissiun da gestiun
l. grondezza,
incumbensas e
cumpetenzas

- a) surveglia tut las finanzas dal chantun e s'occupa dal svilup da quellas a pli lunga vista;
- b) examinescha en spezial il preventiv, las dumondas da credits posterius, il quint dal chantun ed ils quints d'instituziuns, a las qualas il chantun paja contribuziuns considerablas;
- c) fa in cunrapport tar il plan da finanzas;
- d) decida davart dumondas pendentas da credits posterius, uschenavant ch'ella na vul betg sutmetter quellas al cussegl grond per la deliberaziun.

⁴ La cumissiun da gestiun po ultra da quai:

- a) crear novas plazzas e permetter transfurmaziuns da plazzas cun consequenzas finanzialas pli grondas;
- b) examinar projects e fatschentas cun consequenzas finanzialas che ston vegnir predeliberads d'autras cumissiuns e medemamain far propostas al cussegl grond.

Il cussegl grond po delegar ulteriuras incumbensas a la cumissiun da gestiun.

⁵ Disposiziuns e decisiuns da la regenza, dals departaments e dals posts da servetsch na pon ni vegnir abolidas ni vegnir midadas da la cumissiun da gestiun.

Art. 23

2. criteris da controlla

La cumissiun da gestiun:

- a) fa adatg che l'administraziun saja confurma al dretg ed a l'urden;
- b) examinescha l'efficacitad da l'administraziun chantunala sco er da lur mesiras e verifitgescha en quest connex la necessitad da leschas ed incumbensas existentas;
- c) fa stim che las incumbensas vegnian ademplidas en moda adequata ed economica e che l'andament da l'administraziun saja efficient;
- d) controllescha, sche las decisiuns vegnan prendidas conform a las cumpetenzas e sch'i dat avunda controllas entaifer l'administraziun.

Art. 24

3. secretariat

La controlla chantunala da finanzas stat en contact direct cun la cumissiun da gestiun. A la cumissiun da gestiun dat ella mintga infurmaziun che serva ad exequir la surveglianza suprema.

Art. 25

4. rapport e protocols

¹ Davart sia activitad fa la cumissiun da gestiun annualmain in rapport cun propostas al cussegl grond.

² Davart fatschentas spezialmain impurtantas orientescha la cumissiun da gestiun il cussegl grond durant l'onn e fa eventualmain propostas.

³ La conferenza dals presidents, las commembras ed ils commembers da la regenza, il secretariat dal cussegl grond e la chanzlia chantunala

survegnan per lur infurmaziun ina glista da tractandas da la sesida da la cumissiun generala.

⁴ Cun agid d'extracts dals protocols vegnan infurmads la regenza davart decisziuns da princip da la cumissiun da gestiun e las singulas scheffas u ils singuls schefs dals departaments davart fatschentas impurtantas da lur departament ch'èn vegnidas tractadas.

Art. 26

¹ La cumissiun per giustia e segirezza controllescha e surveglia la gestiun da las dretgiras chantunalas sco er da las cumissiuns da surveglianza per las notaras e per ils notars e per las advocatas e per ils advocats e predeliberescha lur rapports da gestiun. Ella consista dad 11 commembras e commembers.

Cumissiun per
giustia e
segirezza
1. grondezza,
incumbensas e
competenzas

² Per mauns dal cussegl grond predeliberescha ella cunzunt las suandantas fatschentas:

- a) dumondas da grazia;
- b) verificaziuns da votaziuns dal pievel;
- c) recurs al cussegl grond en il senn da l'artitgel 52 da la lescha davart il cussegl grond;
- d) recurs concernent la surveglianza giudiziala en il senn da l'artitgel 56 da la lescha davart il cussegl grond;
- e) ulteriuras fatschentas da ses sectur spezial assegnadas ad ella.

³ Ella prenda posiziun davart tut ils rapports e projects che pertutgan la giustia e po far propostas al cussegl grond.

⁴ Ella prenda posiziun per mauns da la cumissiun da gestiun davart dumondas da stgaffir plazzas, da transfurmar plazzas e davart dumondas da credits posteriurs, uschenavant che quai pertutga las dretgiras chantunalas sco er las cumissiuns da surveglianza per las notaras e per ils notars e per las advocatas e per ils advocats.

⁵ Ella decida davart recurs cunter las elecziuns da la regenza.

Art. 27

¹ La cumissiun per giustia e segirezza fa annualmain in rapport da sia activitad cun propostas al cussegl grond.

2. rapport e
protocols

² Davart fatschentas impurtantas orientescha la cumissiun per giustia e segirezza il cussegl grond durant l'onn e fa eventualmain propostas.

³ La cumissiun per giustia e segirezza po infurmar ils posts pertutgads cun agid d'extracts dals protocols davart fatschentas tractadas impurtantas.

Art. 28

¹ La cumissiun da redacziun consista da quatter commembras e commembers.

Cumissiun da
redacziun

² Ad ella appartegnan ultra da quai d'uffizi la presidenta u il president dal cussegl grond e la vicepresidenta u il vicepresidente dal cussegl grond.

³ La presidenta dal cussegl grond u il president dal cussegl grond maina las sesidas, a las qualas er las protocollistas ed ils protocollists fan part.

⁴ La cumissiun da redacziun ha l'incumbensa da:

- a) controllar ils protocols da decisiuns ed ils protocols verbals da las sesidas dal cussegl grond e decider definitivamain davart propostas da modificaziun en il senn dals artitgels 35 e 36;
- b) repassar redacziunalmain ils protocols, ils conclus ed ils relaschs;
- c) approvar ils protocols;
- d) approvar l'explicaziun al pievel.

⁵ La cumissiun da redacziun po – per sclerir fatgs dispitaivels – envidar commembers dal cussegl e da la regenza sco er collavuratur cumpetents dal departament a lur sesidas.

C. *Cumissiuns temporaras*

Art. 29

Cumissiun predeliberantas

Sin proposta da la conferenza da las presidentas e dals presidents elegia il cussegl grond las cumissiuns predeliberantas. Il liber dretg da far propostas or dal ravugl dal cussegl grond resta garanti.

Art. 30

Cumissiun d'inquisiziun parlamentara

Las disposiziuns pli detagliadas davart l'organisaziun da la cumissiun d'inquisiziun e davart l'execuziun da l'inquisiziun vegnan relaschadas dal cussegl grond en il rom dal conclus da nominaziun. Il cussegl grond regla cunzunt ils dretgs da procedura da las persunas pertutgadas e la posiziun da la regenza respectivamain da l'autorità giudiziala suprema en la procedura.

5. SERVETSCHS DAL CUSSEGL GROND E PROTOCOLLAZIUN

Art. 31

Direcziun da la chanzlia

La chanceliera u il chancelier sustegna il presidi en l'administraziun da l'uffizi, procura per l'execuziun administrativa da las sessiuns e coordinescha la correspundenza cun la regenza.

Art. 32

Secretariat dal cussegl grond

¹ Il secretariat dal cussegl grond ha en spezial las suandantas incumbensas:

- a) preparar las sessiuns;
- b) manar il secretariat dals organs directivs e da las cumissiuns cun excepziun da la cumissiun da gestiun;

- c) manar il protocol en il cussegl grond;
- d) rediger ils conclus dal cussegl grond;
- e) infurmar la publicitad per incumbensa dal cussegl grond.

² Sco partiziun da la chanzlia chantunala è il secretariat dal cussegl grond suttaless professiunalmain als organs dal cussegl grond. La manadra u il manader ed ulteriuras commembras u ulteriurs commembers vegnan engaschads da la conferenza da las presidentas e dals presidents sin proposta da la chanceliera u dal chancelier.

Art. 33

La chanzlia chantunala metta cunzunt a disposiziun ils suandants ulteriurs servetschs: Ulteriurs servetschs

- a) servetsch da saltera e da salter per servir al cussegl grond ed a ses organs;
- b) servetsch da translaziuns;
- c) servetsch d'infurmaziun;
- d) funcziunament e mantegniment dals indrizs dad EED.

Art. 34

Conclus dal cussegl grond redigids vegnan sutsegnads da la presidenta u dal president dal cussegl grond e da la chanceliera u dal chancelier u da lur substituziuns. Redacziun

Art. 35

¹ Il protocol da decisiuns da las tractativas dal cussegl grond vegn fatg per tudestg e cuntegna: Protocol da decisiuns

- a) il num da la u dal parsura, il dumber da las commembras e dals commembers dal cussegl grond preschents ed ils nums da las commembras e dals commembers dal cussegl grond absents;
- b) ils objects da tractativa, il text cumplain da las propostas messas en votaziun ed ils resultats da votaziuns e d'elecziuns;
- c) las intervenziuns parlamentaras inoltradas;
- d) tut ils conclus e relaschs.

² El vegn sutsegnà da la presidenta u dal president e da la protocollista u dal protocollist.

³ En la segunda sesida sunter questa vegn il protocol da decisiuns exponi per prender invista. Davart propostas da correctura e davart l'approvaziun formala dal protocol da decisiuns decida la cumissiun da redacziun.

Art. 36

¹ Las tractativas dal cussegl grond vegnan ultra da quai registradas sin bindel e nudadas en scrit en in protocol verbal. Protocol verbal

² Il protocol verbal è exponi 20 dis sunter la fin da la sessiun per las commembras e per ils commembers dal cussegl grond en il secretariat dal

cussegl grond per prender invista. Sin dumonda vegn tramesa in extract dal protocol. Cun l'exposiziun dal protocol survegnan las commembras ed ils commembers da la regenza in extract dal protocol davart quellas fatschentas ch'els han sez represchentà davant il cussegl grond.

³ Davart propostas da correctura e davart l'approvaziun formala dal protocol verbal decida la cumissiun da redacziun.

6. INDEMNISAZIUN DA LAS COMMEMBRAS E DALS COMMEMBERS DAL CUSSEGL GROND E DA LAS FRACZIUNS

A. *Commembras e commembers dal cussegl grond*

Art. 37

Schurnada

¹ Las commembras ed ils commembers dal cussegl grond han il dretg d'ina schurnada da 300 francs per mintga di da lur preschientscha tar sesidas.

² La presidenta u il president dal cussegl grond survegn ultra da quai in supplement presidial e da represchentaziun unic da 12'000 francs, la vicepresidenta u il vicepresidente dal cussegl grond in supplement da represchentaziun unic da 4'000 francs.

Art. 38

Indemnisaziun da
pasts e da
pernottaziun

¹ Las commembras ed ils commembers dal cussegl grond survegnan per mintga di da sesida a Cuira ina indemnisaziun da pasts da 60 francs ed en cas d'ina pernottaziun ina indemnisaziun supplementara da 150 francs.

² L'indemnisaziun da pernottaziun croda per commembras e per commembers che abiteschan en in conturn da 25 kilometers da viadi.

³ Tar sesidas ordaifer Cuira survegnan tut las commembras e tut ils commembers dal cussegl grond ina indemnisaziun da spensas da 130 francs per di da sesida.

⁴ Sco lieu da domicil vala quella vischnanca, nua ch'ils documents da legitimaziun èn deponids.

⁵ La presidenta u il president dal cussegl grond e la vicepresidenta u il vicepresidente dal cussegl grond han il dretg d'indemnisaziun da spensas effectivas che resultan ad ella u ad el tras las obligaziuns da represchentaziun.

Art. 39

Cas spezial

¹ Durant la durada da la sessiun vegnan pajadas las indemnisaziuns tenor l'artitgel 37 alinea 1 e l'artitgel 38 er per las dumengias ed ils firads.

² Sch'ina commembra u sch'in commember dal cussegl grond vegn clamà durant la sessiun a sesidas cun dretg da schurnada davart dal chantun, ma che na tutgan betg tar il champ d'activitads dal cussegl grond, vegn pajada

la schurnada mo ina giada, en cas da schurnadas differentas per la tariffa pli auta. Questa regulaziun vala er per l'indemnisaziun da viadi.

Art. 40

¹ Per viadis a las sesidas dal cussegl grond vegnan pajadas a las commembras ed als commembers dal cussegl grond las spesas da viadi effectivas, quai vul dir l'emprima classa da la viafier, l'auto da posta e l'auto privat (indemnisaziun per kilometer tenor las disposiziuns che valan per il persunal chantunal).

Indemnisaziun
dals custs da
viadi e dal temp
da viadi

² A las commembras ed als commembers dal cussegl grond vegn pajada supplementarain a las spesas da viadi effectivas ina indemnisaziun dal temp da viadi en la medema autezza.

B. *Cumissiuns*

Art. 41

¹ Las commembras ed ils commembers da las cumissiuns dal cussegl grond survegnan per lur preschientscha a sesidas, che n'han betg lieu durant la sessiun, las medemas schurnadas ed indemnisaziuns da spesas sco las commembras ed ils commembers dal cussegl grond durant la sessiun.

Schurnadas ed
indemnisaziun da
spesas
1. en general

² Per la participaziun a sesidas da cumissiun ordaifer la sessiun importa l'indemnisaziun da spesas 60 francs. Sch'il lieu da domicil na po betg vegnir cuntanschì cun ils meds da transport publics suenter la fin da la sesida da cumissiun, importa l'indemnisaziun da spesas 210 francs. Il medem vala sch'ina commembra u sch'in commember dal cussegl grond na po betg cumparair a temp ad ina sesida da cumissiun, en cas ch'ella u ch'el dovra ils meds da transport publics.

³ Per il viadi a talas sesidas han las commembras ed ils commembers il dretg d'ina indemnisaziun per kilometer tenor las disposiziuns che valan per il persunal chantunal.

⁴ La conferenza da las presidentas e dals presidents po conceder excepziunalmain ina indemnisaziun supplementara a presidentas u a presidents da cumissiuns u er ad autras commembras u ad auters commembers da cumissiuns, sch'ellas u sch'els vegnan engrevgiads extraordinariamain.

Art. 42

¹ Las commembras ed ils commembers da la cumissiun da gestiun ch'èn preschents ad almain dus terzs da las sesidas d'in onn d'uffizi han ultra da quai il dretg d'in fixum da 4'000 francs per onn d'uffizi. La presidenta u il president survegn ultra da quai 1'000 francs per onn d'uffizi sco supplement presidial.

2. cumissiun da
gestiun

² Areguard l'indemnisaziun da spesas e da viadi tar sesidas è applitgabla la reglamentaziun che vala per autras cumissiuns. Exceptà da quai èn visitas ocularas ed inspecziuns, per las qualas vegnan indemnisadas las spesas effectivas.

C. *Fracziuns*

Art. 43

Indemnisaziuns

¹ Per la participaziun a sesidas da fracziun che han lieu ordaifer la sessiun vegnan pajadas a las commembras ed als commembers dal cussegl grond las medemas schurnadas ed indemnisaziuns da spesas e da viadi sco per la participaziun a sesidas da cumissiun ordaifer la sessiun (artitgel 42), dentant maximalmain per ina sesida per sessiun. La presidenta u il president da la fracziun trametta la glista da preschientscha al departament da finanzas e militar.

² Ultra da quai survegnan las fracziuns annualmain ina indemnisaziun da basa da 4'000 francs ed ina indemnisaziun da 300 francs per mintga commembra e commember da fracziun. Il dretg d'ina indemnisaziun da 300 francs han er quellas commembras e quels commembers dal cussegl grond che n'appartegnan a nagina fracziun.

III. Urden general da procedura

1. DISPOSIZIUNS GENERALAS

Art. 44

Lieu ed uras da las sesidas

¹ Il cussegl grond sa raduna per ordinari en la citad da Cuira.

² L'avantmezdi da l'emprim di da la sessiun stat per ordinari a disposiziun per sesidas da las fracziuns.

³ Las sesidas dal cussegl grond duran per regla:

- l'avantmezdi da las 8.15 fin las 12.00;
- il suentermezdi da las 14.00 fin las 18.00.

⁴ Tut tenor la glista da las fatschentas pon vegnir prolungadas las sesidas dal suentermezdi e fatgas sesidas da la saira.

Art. 45

Obligaziun da preschientscha

¹ La preschientscha da las commembras e dals commembers dal cussegl grond vegn registrada al cumenzament da mintga sesida cun inscriber en la glista da preschientscha. Quella vegn serrada in'ura suenter il cumenzament da la sesida.

² Commembras e commembers dal cussegl grond che n'èn betg preschents fin alura, perdan lur indemnisaziun da sesida, nun ch'els hajan annunzià ordavant lur assenza tar la presidenta u tar il president dal cussegl grond

cun inditgar ils motivs. L'indemnisaziun da sesida perda er quella u quel ch'è absent l'entir di.

³ Sch'ina commembra u sch'in commember è frequentamain absent durant las sesidas senza annunzia motivada, decida la conferenza da las presidentas e dals presidents sunter avair admoni ina giada davart il dretg sin il pajament da la schurnada. En cas da malsogna durant la sesida na scada il dretg da schurnada betg.

Art. 46

Las commembras ed ils commembers dal cussegl grond han da purtar Vestgadira vestgadira correcta a las sesidas, la quala respecta la dignitad dal parlament.

Art. 47

¹ A las auditoras ed als auditurs stat averta la tribuna. Ellas ed els ston star Publicitad e quieti e tralasar mintga manifestaziun d'applaus u da dischapprovaziun. Sch'ellas e sch'els n'observan betg l'admoniziun da la presidenta u dal president da star quiet, po quella u quel laschar rumir la tribuna. medias

² A las represchentantas ed als represchentants da las medias vegn inditgada ina piazza speziala. I n'è betg permess d'entrar en sala senza la permissiun da la presidenta u dal president.

³ Fotografias e registraziuns en la sala da sesida, en ils corridors u sin la tribuna èn permessas mo cun ina permissiun da la presidenta u dal president.

⁴ Igl è scumandà da distribuir material da propaganda, da prender cun sai e plazzar placats e da rimnar suttascripziuns en la sala da sesida, en ils corridors u sin la tribuna.

Art. 48

A la fin da mintga sesida ha la presidenta u il president – uschenavant sco Urden dal di pussaivel – da communitgar al cussegl grond l'urden dal di da la proxima sesida.

2. TRACTATIVA

A. *Andament da la procedura*

Art. 49

Tar projects da leschas tracta il cussegl grond l'emprim la dumonda Entrada d'entrar en la materia. Sch'i na dat nagina proposta motivada da la regenza u – tar projects davart propostas da prender in conclus direct e davart iniziativas parlamentaras – da la cumissiun predeliberanta cumpetenta, po

l'entrada en la materia vegnir concludida mo cun ina maioritad da dus terzs.

Art. 50

Tractativa
detagliada

Sch'i vegn concludì d'entrar en la materia, passa il cussegl grond a la tractativa d'artitgel per artitgel u da part per part. Ina prelecziun n'ha per ordinari betg lieu.

Art. 51

Revegnir

Suenter la finiziun da la tractativa detagliada po mintga commembra e commember proponer da revegnir a singuls artitgels u a singulas parts. Ina curta motivaziun da la proposta da revegnir ed ina cuntraproposta è permessa; il cussegl grond decida senza ulteriura discussiun. Sch'el accepta la proposta, vegnan l'artitgel u la part en dumonda tractads anc ina giada.

Art. 52

Segunda lectura

Avant la votaziun finala davart in project da lescha sto la presidenta u il president preschentar al cussegl grond la dumonda, sch'i haja da succeder ina segunda lectura. Ina segunda lectura po vegnir concludida sin dumonda er tar ordinaziuns. Tar projects impurtants examinescha la cumissiun predeliberanta d'uffizi la dumonda d'ina segunda lectura e fa proposta al cussegl grond.

B. Propostas

Art. 53

Furma

¹ Tut las propostas ston vegnir fatgas a bucca e ston – sin giavisch – vegnir inoltradas en scrit a la presidenta u al president dal cussegl grond, a la presidenta u al president da la cumissiun ed a la represchentanta u al represchentant da la regenza.

² Propostas impurtantas tar projects da leschas u d'ordinaziuns duain vegnir inoltradas a la presidenta u al president da la cumissiun avant la tractativa en la cumissiun. La proponenta u il proponent po vegnir envidà a la sesida da cumissiun per motivar sia proposta.

³ Sche talas propostas vegnan fatgas durant la tractativa en il cussegl grond, po la cumissiun pretender che quellas vegnian assegnadas ad ella per la predeliberaziun.

*C. Votums***Art. 54**

¹ La presidenta u il president avra la discussiun avant mintga votaziun davart l'object suttamess. Avant l'avertura da la discussiun generala dat ella u el il pled a las rapportadras ed als rapportaders sco er a las commembras ed als commembers da la cumissiun. En la discussiun generala che suonda vegn il pled surdà en quella successiun, en la quala il pled è vegnì dumandà. In'excepsiun da quai ha mo lieu en favur da rapportadras u da rapportaders e da commembras u da commembers da la regenza. Discussiun

² Sche la presidenta u sch'il president dal cussegl grond vul sa participar a la discussiun, surdat ella u el il presidi a la vicepresidente u al vicepresident.

Art. 55

¹ Tar tut la libertad da discussiun ha la pledadra u il pledader da s'abstegnair da tuttas expressiuns offendentas. In eventual surpassament da questa prescripziun duai vegnir admonì immediatamain da la presidenta u dal president (clom a l'urden). Obligaziun da creanza

² Sch'ina pledadra u in pledader cuntrafa a l'admoniziun da la presidenta u dal president da pledar davart la fatschenta u sch'ella u el sa fa repetidamain culpaivel d'ina violaziun da la creanza parlamentara, po la presidenta u il president privar ella u el dal pled.

³ Sche la pledadra u sch'il pledader protesta cunter la privaziun dal pled, decida il cussegl grond. En cas da renitenza e da conduita maldeschenta cuntinuada po il cussegl grond excluder ina commembra u in commember da la sesida cun dus terzs da las vuschs.

Art. 56

¹ Cun excepsiun da las referentas e dals referents da la cumissiun e da la represchentanta u dal represchentant da la regenza na dastga ina pledadra u in pledader per ordinari betg discurrer pli ditg che diesch minutas e pli che duas giadas davart il medem puntg da discussiun. Durada dal pled

² Sch'i vegn pretendì da finir la discussiun, sto vegnir votà davart quai senza ulteriura discussiun. Sch'il cussegl grond approvescha quai cun ina maiortad da dus terzs, survegnan il pled mo anc pledadras e pledaders gia annunziads e las commembras ed ils commembers da la regenza. L'artigel 57 resta resalvà.

³ Excepsiuns da las restricziuns numnadas en l'alinea 1 po il cussegl grond concluder cun ina maiortad da dus terzs.

⁴ Las disposiziuns da quest artigel na valan betg per il tractament da recurs.

⁵ Igl è adina permess da dumandar il pled per pretender l'observaziun da l'urden da gestiun, per far propostas davart l'urden u per responder ad ina remartga persunala.

Art. 57

Pled final

Sche la discussiun è a fin, ha la referenta u il referent da la cumissiun u, sche la discussiun n'è betg unanima, l'emprim la represchentanta u il represchentant da la minoritad ed alura la represchentanta u il represchentant da la maioritad il dretg dal pled final.

Art. 58

Debatta organisada

Sin proposta da la conferenza da las presidentas e dals presidents po il cussegl grond restrenscher la debatta ed ils votums per tractar ina fatschenta.

3. VOTAZIUNS

Art. 59

Introducziun

Avant la votaziun communitgescha la presidenta u il president al cussegl grond verbalmain las propostas fatgas ed ordinescha en tge moda ch'i duai vegnir votà. Objecziuns cunter quai liquidescha il cussegl grond immediatamain.

Art. 60

Pliaras propostas

¹ Davart subpropostas da midada sto vegnir votà avant las propostas da midada e davart questas avant las propostas principalas.

² Sch'igl èn avant maun dapli che duas propostas principalas, vegn votà a medem temp davart quellas. Mintga commembra e mintga commember dastga votar mo per ina da quellas. Sche nagina da quellas propostas n'ha cuntanschì la maioritad absoluta da las vuschs, sto vegnir votà tgenina da quellas propostas, che ha survegni las pli paucas vuschs, che sto crudar. Alura vegn la medema procedura applitgada per las propostas restantas, fin ch'ina obtegna la maioritad absoluta.

³ Tgi che ha votà per ina subproposta da midada, n'è betg obligà da votar er per la proposta da midada; gist uschè pauc oblighescha il consentiment a la proposta da midada d'affirmar la proposta principala.

Art. 61

Propostas cumponidas

Tar propostas cumponidas sto vegnir votà separadamain davart las singulas parts. Sch'ina dumonda da votaziun po vegnir dividida, ha quai da succeder, sch'ina commembra u sch'in commember pretenda quai.

Art. 62

¹ Durant las votaziuns ston las commembras ed ils commembers dal cussegl grond esser en lur plazzas. Votaziun tar
fatschentas

² Tar votaziuns avertas succeda la votaziun cun star si.

³ I quintan mo las vuschs che vegnan dadas en l'atgna piazza.

⁴ Las ed ils dumbravuschs erueschan il resultat da la votaziun e communitgeschan quest a la protocollista u al protocollist per mauns da la presidenta u dal president.

⁵ Sche 25 commembras e commembers approveschan ina proposta correspondentia, succeda la votaziun per scrutini.

⁶ Tar la votaziun finala davart projects costituziunals e davart sbozs da leschas vegnan quintadas e protocolladas er las abstenziuns da la vusch.

⁷ Tar dumondas da grazia succeda la votaziun per scrutini.

Art. 63

La presidenta u il president prenda part a la votaziun. En cas da paritad da las vuschs decida ella u el, e quai senza resguardar sia vusch gia dada. Decisiun da tagl

4. REPONDERAZIUN

Art. 64

¹ Conclus dal cussegl grond pon vegnir reponderads mo en la sessiun, en la quala els en vegnids tractads. Procedura

² En la reponderaziun sto vegnir entrà, sch'ella vegn concludida cun ina maiorità da dus terzs da las votantas e dals votants. Per la votaziun davart la proposta materiala basta la maiorità da las vuschs, sch'i n'exista nagin'otra prescripziun.

³ Tar conclus davart l'urden da gestiun basta la maiorità simpla.

⁴ Conclus dal cussegl grond, per ils quals ina reponderaziun è esclusa tenor l'alinea 1, pon vegnir midads mo sin la via da la procedura da legislaziun ordinaria.

IV. Objects da tractativa

1. INTERVENZIUNS PARLAMENTARAS

A. *En general***Art. 65**

¹ Commembras e commembers dal cussegl grond, fracziuns e cumissiuns pon inoltrar intervenziuns parlamentaras a la presidenta u al president dal cussegl grond. Questas ston vegnir munidas cun ina proposta e cun ina Inoltraziun e
refusaziun

curta motivaziun. La presidenta u il president dal cussegl grond las communitgescha al cussegl grond en la medema sesida.

² La conferenza da las presidentas e dals presidents examinescha las intervenziuns parlamentaras inoltradas areguard la furma; ella po consultar la regenza per quest intent. Ella las refusa, sche:

- a) ellas n'han betg la dretga furma;
- b) l'object da l'intervenziun è gia vegni tractà ina giada en la perioda da legislatura currenta e sch'ils fatgs n'èn betg sa midads en il fratem;
- c) la dumonda na po betg esser object d'ina intervenziun.

³ Sche la refusaziun na vegn betg acceptada, decida il cussegl grond definitivamain.

Art. 66

Tractament
urgent

¹ Dumondas pon vegnir decleradas dal cussegl grond sco urgentas, sch'ellas vegnan inoltradas il pli tard a la sesida d'avertura d'ina sessiun.

² Sche l'urgenza è concludida, vegn la dumonda tractada en la medema sessiun.

B. *Incumbensa*

Art. 67

Tractament

¹ La regenza fa in rapport en scrit e fa ina proposta tar l'incumbensa al cussegl grond il pli tard en la segunda sessiun suenter l'inoltraziun.

² La regenza po proponer d'acceptar cumplainamain u parzialmain ina incumbensa, da la midar, stritgar u refusar.

³ Il text da l'incumbensa po vegnir midà sin dumonda or dal ravugl dal cussegl grond u da la regenza.

⁴ Cun decisiun da maioritad pon las sutsegnadras ed ils sutsegnaders:

- a) retrair l'incumbensa fin a la terminaziun da las tractativas en il cussegl grond;
- b) pretender ch'il text original da l'incumbensa vegnia cumpareglià en ina votaziun cun in text eventualmain midà. Suenter è ina retratga da l'incumbensa esclusa en quest cas.

Per che las sutsegnadras ed ils sutsegnaders sa possian far in'opiniun, po il tractament en il cussegl grond vegnir interrutt.

Art. 68

Deliberaziun

¹ Ina discussiun ha lieu mo, sch'ina incumbensa vegn cumbattida da la regenza u or dal ravugl dal cussegl grond u sche la discussiun vegn concludida dal cussegl grond. Confurm al senn valan en quest cas las reglas generalas davart la durada dal pled.

² Sch'i dat in connex objectiv cun ina fatschenta pendenta, pon incumbensas respundidas vegnir tractadas il medem mument.

³ Sch'ina incumbensa è exequida il mument da la tractativa en il cussegl grond, po l'incumbensa – cun l'acceptaziun – vegnir stritgada sco ademplida.

⁴ A la fin da la tractativa concluda il cussegl grond, sche l'intervenziun duai vegnir assegnada a la regenza u refusada.

Art. 69

La regenza preschenta a la cumissiun da gestiun mintgamai la primavaira ina glista da las incumbensas surdadas ad ella, ma betg anc liquidadas. En il rom d'in rapport davart la lavur da finanzas e da surveglianza propona la cumissiun da gestiun dad eventualmain stritgar incumbensas. Sch'in project da la regenza sa basa sin ina incumbensa, fa la regenza la proposta d'al stritgar gia en la missiva.

Rapportar, stritgar e liquidar

C. Dumonda

Art. 70

¹ La regenza respunda las dumondas en scrit il pli tard en la segunda sessiun sunter l'inoltraziun.

Procedura

² La persuna che ha dumandà po declerar ch'ella saja cuntentada, parzialmain cuntentada u betg cuntentada da la risposta. Questa decleraziun po vegnir explitgada en ina posiziun da maximalmain duas minutas.

³ Ina discussiun ha mo lieu, sch'ella vegn concludida dal cussegl grond. Confurm al senn valan en quest cas las reglas generalas davart la limitaziun da la durada dal pled.

D. Ura da dumondas

Art. 71

¹ Durant mintga sessiun ha lieu in'ura da dumondas.

Procedura

² Dumondas a la regenza ston vegnir inoltradas en scrit al secretariat dal cussegl grond fin il pli tard in'emna avant il cumenzament da la sessiun. Il secretariat dal cussegl grond las trametta vinavant a la regenza.

³ La regenza respunda a bucca en la medema sessiun. Dumandar anc ina unica giada è permess.

E. *Proposta da prender in conclus direct***Art. 72**

Procedura

¹ Il cussegl grond decida en ina proxima sesida sunter l'inoltraziun d'ina proposta da prender in conclus direct, sche questa duai vegnir declarada per impurtanta e sch'ina cumissiun duai vegnir incumbensada cun la predeliberaziun.

² Sch'ina cumissiun vegn incumbensada, fixescha il cussegl grond in termin, entaifer il qual la cumissiun sto rapportar e far proposta.

³ Las propostas da prender in conclus direct ston vegnir assegnadas a la regenza per prender posiziun. Il cussegl grond po fixar in termin per la posiziun da la regenza.

F. *L'iniziativa parlamentara***Art. 73**

Inoltraziun ed acceptaziun

¹ Iniziativas parlamentaras vegnan inoltradas en scrit.

² Ellas ston vegnir munidas cun ina motivaziun e vegnan rendidas enconuschentas a tut las commembras ed a tut ils commembers dal cussegl grond sunter l'inoltraziun.

³ Sunter avair consultà la regenza refusa la conferenza da las presidentas e dals presidents ina iniziativa parlamentara, sche:

- a) quella sa referescha ad in object ch'è gia pendent sco fatschenta dal cussegl grond;
- b) l'object vegn preparà da la regenza sco project e preschentà entaifer in mez onn al cussegl grond.

⁴ Sche la refusaziun na vegn betg acceptada, decida il cussegl grond definitivamain.

⁵ Sunter la tractativa eruescha la presidenta u il president dal cussegl grond tras votaziun, sche l'iniziativa parlamentara vegn sustegnida provisoriamain da la maiortad da las commembras e dals commembers dal cussegl grond preschents. Sche quai è il cas, vegn l'iniziativa assegnada ad ina cumissiun per la predeliberaziun.

Art. 74

Predeliberaziun en la cumissiun

La cumissiun:

- a) tracta il sboz inoltrà. Ella po proponer midadas u sbozzar ina cuntraproposta;
- b) po clamar il departament cumpetent per cooperar tar la preparaziun, però resta la regenza libra per sia posiziun;
- c) suttametta il resultat da sias tractativas a la regenza ed eventualmain a circuls interessads per che quels possian prender posiziun;

- d) assejna la fatschenta fin il pli tard dus onns suentier l'inoltraziun cun in rapport ed ina proposta al cussegl grond.

Art. 75

Il cussegl grond tracta il sboz e las propostas da la cumissiun sco in project da la regenza. Tractament en il cussegl grond

2. ELECZIUNS**Art. 76**

¹ La conferenza da las presidentas e dals presidents fa ils scleriments necessaris per occupar ils uffizis tenor l'artitgel 36 cifras 3 e 4 da la constituziun chantunala. Preparaziun da las elecziuns

² Propostas ston per regla vegnir inoltradas en scrit a la conferenza fin il pli tard dus mais avant l'elecziun. Sco documents ston vegnir agiuntads in curs da la vita da la persuna che candidescha sco er indicaziuns davart la scolaziun, la professiun e la qualificaziun specifica per l'uffizi che sto vegnir occupà.

³ La conferenza da las presidentas e dals presidents è obligada da far in maletg da las pretensiuns da l'uffizi che sto vegnir occupà sco er da la persuna da las candidatas e dals candidats cun far senza retschertgas, interrogaziuns e cun procurar documents.

⁴ Avant las elecziuns declera ina pledadra u in pledader da la conferenza en il plenum il resultat da l'examinaziun senza far recumandaziuns per l'elecziun.

Art. 77

¹ L'elecziun succeda tenor il princip da la maioritad absoluta. Maioritad valaivla

² Sche la maioritad absoluta na vegn cuntanschida da naginas candidatas u da nagins candidats u sch'ella vegn cuntanschida da damain candidatas u candidats che quai ch'i ston vegnir elegids, ha lieu in segund scrutini liber. En quel decida la maioritad relativa.

³ En cas da paritad da las vuschs eruescha la presidenta u il president dal cussegl grond la persuna elegida cun trair la sort.

Art. 78

Las commembras ed ils commembers dal cussegl grond ston emplenir sezs ils cedels electorals e surdar quels persunalmain a las u als dumbravuschs. Votaziun

Art. 79

Piras elecziuns

¹ Sch'i vegnan fatgas differentas elecziuns il medem mument e sch'i n'èn betg proponids dapli candidatas e dapli candidats che quai che ston vegnir occupads mandats, fa il cussegl grond las elecziuns en in act electoral.

² Ils cedels electorals per las elecziuns che ston vegnir fatgas il medem mument vegnan distribuids e rimnads communablamain.

³ La calculaziun da la maiorità absoluta succeda separadamain per mintga elecziun.

Art. 80

Dretg applitgabel

Dumondas che n'èn betg regladas en l'urden da gestiun dal cussegl grond vegnan giuditgadas confirm al senn tenor las disposiziuns da la lescha davart il diever dals dretgs politics en il chantun Grischun.

Art. 81

Dumbravuschs e comunicaziun dals resultats

¹ La conferenza da las presidentas e dals presidents engascha dumbravuschs spezials per eruir ils resultats da las elecziuns.

² L'elecziun respectivamain la reelecziun sto vegnir communitgada a las persunas elegidas en scrit, premess ch'ellas u ch'els na sajan betg commembras u commembers da la regenza u dal cussegl grond.

3. SARAMENTAZIUN, EMPERMISCHUN D'UFFIZI

Art. 82

Commembras e commembers da la regenza

¹ Davant il cussegl grond radunà fa la presidenta u il president dal cussegl grond la saramentaziun u l'empermischun d'uffizi da las commembras e dals commembers da la regenza nov elegids.

² Il cuntegn dal sarament sa cloma: "Vus, sco commembra elegida / commember elegì da la regenza, engirais avant Dieu d'ademplir tut las incumbensas da Voss uffizi tenor meglier savair e pudair". Ils plets dal sarament: "Jau engir".

³ Il cuntegn da l'empermischun sa cloma: "Vus, sco commembras elegidas respectivamain commembers elegids da la regenza, empermettais d'ademplir tut las obligaziuns da Voss uffizi tenor meglier savair e pudair". Ils plets da l'empermischun: "Jau empermet".

Art. 83

Presidentas e presidents da las dretgiras

Las presidentas u ils presidents da la dretgira chantunala e da la dretgira administrativa fan il sarament prescrit u l'empermischun prescritta davant il cussegl grond.

Art. 84

Sch'ina commembra u sch'in commember da las autoritads che sto far ses sarament u sia empermischun davant il cussegl grond na po betg arrivar, vegn la presidenta u il president dal cussegl grond a far la saramentaziun u l'empermischun d'uffizi davant questa autoritad tar l'entrada en uffizi. Excepziuns

V. Disposiziuns finalas**Art. 85**

Cun l'entrada en vigur da quest urden da gestiun vegnan abolids ils suandants relaschs: Aboliziun dal dretg vertent

1. urden da gestiun dal cussegl grond dals 29 da matg 1956;
2. ordinaziun davart l'indemnisaziun dals commembers e da las fracziuns dal cussegl grond dals 31 da matg 1972;
3. reglament per la cumissiun da gestiun dal cussegl grond dals 26 da settember 1994;
4. reglament per la cumissiun da giustia dal cussegl grond dals 5 d'october 1998.

Art. 86

Quest urden da gestiun entra en vigur il medem mument sco la lescha davart il cussegl grond. Entrada en vigur

Regolamento organico del Gran Consiglio (ROGC)

del ...

Il Gran Consiglio del Cantone dei Grigioni,

visti l'art. 32 cpv. 1 della Costituzione cantonale e l'art. 69 della legge sul Gran Consiglio,

visto il rapporto della Conferenza dei presidenti del 19 settembre 2005,

decide:

I. In generale

Art. 1

¹ Il Gran Consiglio si riunisce per le seguenti sessioni:

- a) il lunedì successivo alla seconda domenica del mese di febbraio (sessione di febbraio);
- b) il lunedì successivo alla terza domenica del mese di aprile (sessione di aprile);
- c) il lunedì successivo alla seconda domenica del mese di giugno (sessione di giugno);
- d) il mercoledì successivo alla quarta domenica del mese di agosto (sessione di agosto);
- e) il lunedì successivo alla terza domenica del mese di ottobre (sessione di ottobre);
- f) il lunedì successivo alla prima domenica del mese di dicembre (sessione di dicembre).

Sessioni
1. Numero e
durata

² Se la mole di lavoro lo richiede, la Conferenza dei presidenti può divergere dai giorni della settimana indicati al capoverso 1 per quanto riguarda l'apertura delle sessioni.

³ Il Gran Consiglio si riunisce di regola per tre giorni.

⁴ La Segreteria del Gran Consiglio pubblica di volta in volta nel Foglio ufficiale cantonale la data dell'apertura delle sessioni.

⁵ Il Gran Consiglio viene convocato per eventuali ulteriori sessioni a norma dell'articolo 6 capoverso 2 della legge sul Gran Consiglio.

⁶ Gli affari non sbrigati vengono riportati sull'elenco delle trattande della sessione seguente.

Art. 2

2. Rinuncia e rinvio

¹ Se gli affari da sbrigare in una sessione sono pochi e non urgenti, si può rinunciare alla convocazione del Gran Consiglio.

² Se dei giorni festivi cadono in una sessione, questa può venire anticipata o posticipata di una settimana, ove ciò risulti necessario in base all'elenco delle trattande.

Art. 3

3. Non partecipazione

La non partecipazione ad una sessione deve essere annunciata in anticipo al competente ufficio di circolo, di regola al più tardi due settimane prima dell'inizio della sessione. L'ufficio di circolo comunica alla Cancelleria dello Stato il subentro di supplenti, al più tardi il venerdì precedente l'apertura della sessione. Sono fatti salvi casi particolari.

Art. 4

4. Invio della documentazione

La Segreteria del Gran Consiglio invia ai membri del Gran Consiglio ed ai supplenti i messaggi ed eventuale altra documentazione almeno 20 giorni prima della seduta d'apertura. Sono riservati casi urgenti per i quali non è possibile l'invio della documentazione entro tale termine.

Art. 5

5. Apertura

La sessione di agosto successiva al rinnovo integrale viene aperta dal più anziano dei membri presenti con maggiore anzianità di carica; le altre sessioni dal presidente del Gran Consiglio.

Art. 6

Procedura di elezione della presidenza del Gran Consiglio

¹ L'elezione della presidenza del Gran Consiglio ha luogo in forma scritta e segreta in scrutini separati secondo il principio della maggioranza assoluta. Per la determinazione della maggioranza assoluta non vengono prese in considerazione le schede bianche e nulle.

² I primi due turni di scrutinio sono completamente liberi. Il terzo turno concerne solo i due candidati che hanno ottenuto il maggior numero di voti nell'elezione. I voti a favore di altri candidati sono nulli. In caso di parità decide la sorte.

Art. 7

Giuramento e promessa solenne

¹ La formula del giuramento è la seguente: "Lei, eletto/-a quale Presidente del Gran Consiglio (eletto/-a quale membro del Gran Consiglio), giura innanzi a Dio di adempiere tutti i doveri del suo ufficio secondo scienza e coscienza." Il giuramento viene prestato ripetendo: "Lo giuro".

² La formula della promessa solenne è la seguente: "Lei, eletto/-a quale Presidente del Gran Consiglio (eletto/-a quale membro del Gran Consiglio), promette innanzi a Dio di adempiere tutti i doveri del suo

ufficio secondo scienza e coscienza." La promessa solenne viene prestata ripetendo: "Lo prometto".

Art. 8

¹ I festeggiamenti per l'elezione del presidente del Gran Consiglio si tengono l'ultimo giorno della sessione di agosto.

Festeggiamenti per il presidente del Gran Consiglio

² Il Cantone partecipa con un importo adeguato alle spese dei festeggiamenti.

³ La Conferenza dei presidenti determina periodicamente l'ammontare di questo importo.

II. Organizzazione

1. PRESIDENZA

Art. 9

Il presidente rispettivamente in sua vece il vicepresidente ha in particolare i seguenti compiti e le seguenti competenze:

Competenze

- a) direzione dei dibattiti in Gran Consiglio, mantenimento dell'ordine nella sala e controllo dell'osservanza della legge sul Gran Consiglio, nonché del regolamento organico;
- b) sottoscrizione insieme al Cancelliere dei decreti del Gran Consiglio;
- c) vigilanza sui servizi del Gran Consiglio;
- d) convocazione e direzione della Conferenza dei presidenti;
- e) rappresentanza del Gran Consiglio verso l'esterno.

Art. 10

Gli scrutatori tengono una lista delle presenze e nelle votazioni contano i voti all'interno del settore loro attribuito.

Scrutatori

2. CONFERENZA DEI PRESIDENTI

Art. 11

¹ La Conferenza dei presidenti si riunisce ogniqualvolta gli affari lo richiedano, su invito e sotto la presidenza del presidente del Gran Consiglio.

Organizzazione, procedura e competenze

² Il Cancelliere ed il capo della Segreteria del Gran Consiglio partecipano alle sedute con voto consultivo.

³ In caso di parità di voti decide il presidente. Per il resto la Conferenza regola autonomamente la procedura delle votazioni.

⁴ La Conferenza dei presidenti è competente in particolare per:

- a) il coordinamento dei lavori del Gran Consiglio, in particolare la garanzia della collaborazione e dell'informazione delle commissioni;
- b) l'attribuzione alle commissioni di affari da preparare;
- c) il coordinamento degli affari tra Gran Consiglio e Governo;
- d) la determinazione della lista delle trattande;
- e) la determinazione degli orari delle sedute e della loro durata;
- f) la decisione di anticipare o posticipare una sessione;
- g) la decisione di rinunciare ad una sessione;
- h) la determinazione della data e della durata di sessioni straordinarie;
- i) la determinazione della chiave di ripartizione, in base alla quale durante il periodo di carica i seggi nelle commissioni vengono ripartiti tra le frazioni;
- j) la presentazione di proposte al Gran Consiglio, su suggerimento delle frazioni, concernenti l'elezione dei membri, nonché la grandezza delle commissioni permanenti e non permanenti;
- k) l'elezione delle commissioni preparatorie in casi urgenti;
- l) il completamento in casi urgenti delle commissioni preparatorie già designate;
- m) la presentazione di proposte al Gran Consiglio concernenti la dichiarazione d'urgenza di interpellanze;
- n) lo stanziamento di crediti per spese straordinarie alle commissioni;
- o) l'autorizzazione alle commissioni per la richiesta di perizie;
- p) il controllo formale degli interventi parlamentari, nonché la loro eventuale trasmissione ad un organo del Gran Consiglio;
- q) la decisione concernente domande di informazione e di presa in visione degli atti da parte di deputati previa consultazione del Governo;
- r) la nomina di tre scrutatori;
- s) la designazione di scrutatori speciali per l'organizzazione di elezioni;
- t) l'organizzazione di particolari eventi del Gran Consiglio;
- u) la preparazione delle elezioni conformemente all'articolo 57 della legge;
- v) altri affari affidatili dal Gran Consiglio.

3. FRAZIONI

Art. 12

Costituzione

Le frazioni si costituiscono autonomamente. Esse devono comunicare per iscritto alla Conferenza dei presidenti i nomi del presidente e del vicepresidente.

4. COMMISSIONI

A. *In generale*

Art. 13

¹ Le commissioni vengono convocate dal presidente della commissione. Convocazione e organizzazione
Un quarto dei membri della commissione può inoltre richiedere la convocazione di una seduta.

² Esse eleggono nel loro seno un vicepresidente che assume i compiti del presidente in caso di impedimento di quest'ultimo.

³ Le commissioni disciplinano autonomamente lo svolgimento dei loro dibattiti.

Art. 14

¹ Le commissioni sono in numero legale se sono presenti due terzi dei membri. Numero legale e votazioni

² La votazione è a scrutinio aperto. In caso di parità di voti decide il presidente.

³ I membri delle commissioni sono tenuti ad esprimere il loro voto nelle deliberazioni della commissione.

Art. 15

¹ La gestione del segretariato e la tenuta del protocollo delle commissioni competono di regola alla Segreteria del Gran Consiglio, nella misura in cui la legge o l'ordinanza non prevedano altrimenti. Segretariato e protocollo

² Le commissioni stabiliscono autonomamente il grado di dettaglio del protocollo; il protocollo delle decisioni costituisce la regola. Ricevono copia dei protocolli delle deliberazioni delle commissioni che non sottostanno al segreto d'ufficio:

- a) i partecipanti alla seduta;
- b) i membri della commissione;
- c) i membri della Conferenza dei presidenti;
- d) il Governo e il Cancelliere;
- e) altri deputati interessati;
- f) i tribunali cantonali, nella misura in cui venga toccata la loro sfera d'attività.

³ Ricevono inoltre copia dei protocolli delle deliberazioni di affari del Gran Consiglio tutti i deputati, nella misura in cui non vi si opponga il segreto d'ufficio.

⁴ I protocolli sulle deliberazioni delle commissioni sottostanti al segreto d'ufficio, vengono distribuiti unicamente ai membri delle commissioni, al Governo e, nella misura in cui venga toccata la loro sfera di attività, ai tribunali cantonali.

Pubblicità e informazione	<p>Art. 16</p> <p>¹ Le sedute delle commissioni ed i loro protocolli non sono pubblici.</p> <p>² Mediante un portavoce da loro designato le commissioni informano l'opinione pubblica in merito all'andamento delle deliberazioni, se queste sono di considerevole interesse pubblico.</p>
Collaborazione del Governo	<p>Art. 17</p> <p>¹ Le commissioni hanno la facoltà di invitare alle loro sedute membri del Governo per ottenere informazioni.</p> <p>² Se le commissioni giungono a nuove cognizioni o proposte, prima della conclusione delle loro deliberazioni danno al Governo la possibilità di prendere posizione.</p>
Rapporto	<p>Art. 18</p> <p>Nella misura in cui la commissione non decida altrimenti, il relatore in Gran Consiglio è il presidente della commissione.</p> <p><i>B. Commissioni permanenti</i></p>
Istituzione e tipi	<p>Art. 19</p> <p>¹ Il Gran Consiglio ha le seguenti commissioni permanenti:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) Commissione della gestione; b) Commissione di redazione; c) Commissione strategica e di politica statale; d) Commissione di giustizia e sicurezza; e) Commissione per la formazione e la cultura; f) Commissione per la sanità e la politica sociale; g) Commissione per l'ambiente, i trasporti e l'energia; h) Commissione per l'economia e le tasse. <p>² Esso può istituire altre commissioni permanenti e sciogliere commissioni esistenti.</p> <p>³ Qualora un membro di una commissione permanente sia costantemente assente, il Gran Consiglio procede ad una nomina sostitutiva per il periodo di carica rimanente.</p>
Compiti	<p>Art. 20</p> <p>Alle commissioni permanenti secondo l'articolo 19 capoverso 1 lettere c - h vengono assegnati settori specifici dalla Conferenza dei presidenti. Ad esse spettano i seguenti compiti:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) l'esercizio delle funzioni d'iniziativa parlamentari nel loro settore; b) l'esame preliminare a destinazione del Gran Consiglio degli affari loro assegnati dalla Conferenza dei presidenti;

- c) il coordinamento con le commissioni che si occupano delle stesse questioni o di questioni simili.

Art. 21

¹ La Commissione strategica e di politica statale è competente per l'elaborazione degli obiettivi politici e delle linee guida di ordine superiore del Gran Consiglio.

Commissione strategica e di politica statale

² Essa esamina in via preliminare i progetti a medio termine presentati dal Governo nel settore dei compiti e in quello finanziario e provvede al coordinamento dei progetti.

³ Essa esamina i progetti a medio termine del Gran Consiglio e del Governo in merito al raggiungimento degli obiettivi fissati e all'efficacia delle misure ed è competente per la richiesta di correttivi.

Art. 22

¹ La Commissione della gestione si compone di 13 membri.

Commissione della gestione
1. Grandezza, compiti e competenze

² La Commissione della gestione in qualità di istanza di verifica dell'Amministrazione:

- a) sorveglia l'attività dell'Amministrazione cantonale e delle istituzioni a cui sono stati affidati compiti cantonali;
- b) si informa a posteriori circa l'attività amministrativa e l'andamento degli affari come pure circa i lavori in corso;
- c) esamina in via preliminare il resoconto cantonale e altri rapporti a destinazione del Gran Consiglio;
- d) verifica l'andamento della trattazione di incarichi accolti e se necessario propone al Gran Consiglio lo stralcio di interventi;
- e) controlla se si è tenuto conto delle osservazioni da essa fatte in precedenti rapporti di attività;
- f) istruisce ai sensi dell'articolo 61 della legge sul Gran Consiglio i ricorsi di vigilanza contro il Governo indirizzati al Gran Consiglio.

³ La Commissione della gestione in qualità di istanza di verifica delle finanze:

- a) controlla l'intera gestione finanziaria e si occupa del suo sviluppo a lungo termine;
- b) esamina in particolare il preventivo, le domande di credito aggiuntivo, il consuntivo e il bilancio di istituzioni alle quali il Cantone versa importanti sussidi;
- c) presenta un rapporto aggiuntivo sul piano finanziario;
- d) decide in merito alle domande di credito aggiuntivo pendenti, nella misura in cui non intenda sottoporre queste ultime al Gran Consiglio per la decisione.

⁴ La Commissione della gestione può inoltre:

- a) creare nuovi posti e autorizzare conversioni di posti aventi conseguenze finanziarie considerevoli;
- b) verificare progetti e affari con conseguenze finanziarie esaminati in via preliminare da altre commissioni e può anche formulare proposte all'indirizzo del Gran Consiglio.

⁵ Il Gran Consiglio può attribuire alla Commissione della gestione ulteriori compiti.

⁶ Decreti e decisioni del Governo, dei Dipartimenti e degli uffici non possono essere né abrogati né modificati dalla Commissione della gestione.

Art. 23

La Commissione della gestione:

- a) bada ad un'amministrazione conforme al diritto e alle regole;
- b) analizza l'efficienza dell'Amministrazione statale come pure dei suoi provvedimenti e verifica in questo contesto la necessità di leggi e compiti esistenti;
- c) bada ad un assolvimento dei compiti razionale ed economico, nonché ad una procedura amministrativa efficiente;
- d) verifica se le decisioni vengono prese nel rispetto delle competenze e se vi sono sufficienti controlli all'interno dell'Amministrazione.

Art. 24

Il Controllo cantonale delle finanze opera direttamente con la Commissione della gestione. Esso le comunica qualsiasi informazione utile all'esercizio della supervisione.

Art. 25

¹ La Commissione della gestione redige annualmente un rapporto sulla propria attività con proposte all'indirizzo del Gran Consiglio.

² In merito ad affari particolarmente importanti la Commissione della gestione informa il Gran Consiglio durante l'anno e se necessario formula proposte.

³ La Conferenza dei presidenti, i membri del Governo, la Segreteria del Gran Consiglio e la Cancelleria dello Stato ricevono per informazione una lista delle trattande della seduta della commissione plenaria.

⁴ Vengono informati mediante estratti dei protocolli, il Governo in merito a decisioni di principio della Commissione della gestione ed i singoli direttori dei Dipartimenti in merito ad importanti affari trattati concernenti il loro Dipartimento.

2. Criteri di verifica

3. Segretariato

4. Rapporto e protocolli

Art. 26

¹ La Commissione di giustizia e sicurezza esamina e sorveglia l'attività dei tribunali cantonali, nonché delle commissioni di vigilanza sui notai e sugli avvocati ed esamina in via preliminare i loro rapporti di gestione. Essa si compone di 11 membri.

Commissione di
giustizia e
sicurezza
1. Grandezza,
compiti e
competenze

² Essa esamina in via preliminare all'indirizzo del Gran Consiglio in particolare le seguenti pratiche:

- a) domande di grazia;
- b) accertamento dei risultati di votazioni popolari;
- c) ricorsi al Gran Consiglio ai sensi dell'articolo 52 della legge sul Gran Consiglio;
- d) ricorsi di vigilanza sulla giustizia ai sensi dell'articolo 56 della legge sul Gran Consiglio;
- e) ulteriori affari attribuiti del suo settore specifico.

³ Essa prende posizione su tutti i rapporti e le proposte concernenti la giustizia e può formulare proposte all'indirizzo del Gran Consiglio.

⁴ Essa prende posizione all'indirizzo della Commissione della gestione su domande di creazione di impieghi, di trasformazione di impieghi e di crediti aggiuntivi, nella misura in cui tali domande riguardino i tribunali cantonali, nonché le commissioni di vigilanza sui notai e sugli avvocati.

⁵ Essa decide in merito a ricorsi contro le elezioni dei Consiglieri di Stato.

Art. 27

¹ La Commissione di giustizia e sicurezza redige annualmente un rapporto sulla propria attività con proposte all'indirizzo del Gran Consiglio.

2. Rapporto e
protocolli

² In merito ad affari importanti la Commissione di giustizia e sicurezza informa il Gran Consiglio durante l'anno e se necessario formula proposte.

³ La Commissione di giustizia e sicurezza può informare, tramite estratti dei protocolli, gli uffici competenti in merito ad importanti affari trattati.

Art. 28

¹ La Commissione di redazione si compone di quattro membri.

Commissione di
redazione

² Ne fanno inoltre parte d'ufficio il presidente e il vicepresidente del Gran Consiglio.

³ Il presidente del Gran Consiglio dirige le sedute, alle quali sono chiamati a partecipare anche i responsabili del protocollo.

⁴ Alla Commissione di redazione competono:

- a) la verifica del protocollo delle decisioni e del processo verbale delle sedute del Gran Consiglio e la decisione definitiva concernente le proposte di modifica ai sensi degli articoli 35 e 36;
- b) la correzione redazionale dei protocolli, delle decisioni e degli atti normativi;

- c) l'approvazione dei protocolli;
- d) l'approvazione delle spiegazioni destinate al Popolo.

⁵ Per chiarire fattispecie contestate, la Commissione di redazione può invitare alle sue sedute membri del Gran Consiglio e del Governo come pure i collaboratori dipartimentali competenti.

C. Commissioni non permanenti

Art. 29

Commissioni preparatorie

Su proposta dalla Conferenza dei presidenti il Gran Consiglio nomina le commissioni preparatorie. È garantito il diritto di presentare candidati fra i membri del Gran Consiglio.

Art. 30

Commissione parlamentare d'inchiesta

Il Gran Consiglio emana nell'ambito del decreto di nomina disposizioni più dettagliate circa l'organizzazione della Commissione d'inchiesta e l'esecuzione dell'inchiesta. Esso disciplina in particolare i diritti procedurali degli interessati e la funzione del Governo rispettivamente della massima autorità giudiziaria nel procedimento.

5. SERVIZI DEL GRAN CONSIGLIO E TENUTA DEL PROTOCOLLO

Art. 31

Direzione della Cancelleria

Il Cancelliere assiste la presidenza nell'esercizio della funzione, provvede all'organizzazione amministrativa delle sessioni e coordina i rapporti con il Governo.

Art. 32

Segreteria del Gran Consiglio

¹ La Segreteria del Gran Consiglio ha in particolare i seguenti compiti:

- a) la preparazione delle sessioni;
- b) la gestione della segreteria degli organi direttivi e delle commissioni, ad eccezione della Commissione della gestione;
- c) la stesura dei protocolli in Gran Consiglio;
- d) la redazione dei decreti del Gran Consiglio;
- e) l'informazione del pubblico su incarico del Gran Consiglio.

² Quale sezione della Cancelleria dello Stato, la Segreteria del Gran Consiglio è subordinata, dal profilo specialistico, agli organi del Gran Consiglio. Il capo e altri membri vengono nominati dalla Conferenza dei presidenti su proposta del Cancelliere.

Art. 33

La Cancelleria dello Stato mette in particolare a disposizione i seguenti altri servizi Altri servizi
altri servizi:

- a) il servizio di usciere a disposizione del Gran Consiglio e dei suoi organi;
- b) il servizio traduzioni;
- c) il servizio d'informazione;
- d) l'esercizio e la manutenzione degli strumenti informatici.

Art. 34

Le copie dei decreti del Gran Consiglio vengono sottoscritte dal presidente del Gran Consiglio e dal Cancelliere o dal suo vice. Copie

Art. 35

¹ Il protocollo delle decisioni relativo ai dibattiti del Gran Consiglio viene steso in lingua tedesca e contiene: Protocollo delle decisioni

- a) il nome del presidente, il numero dei presenti ed i nomi dei deputati assenti;
- b) gli oggetti in deliberazione, il testo completo delle proposte messe in votazione ed i risultati di votazioni ed elezioni;
- c) gli interventi parlamentari presentati;
- d) tutti i decreti e gli atti normativi;

² Esso viene sottoscritto dal presidente e dal responsabile del protocollo.

³ In occasione della seconda seduta successiva, il protocollo è esposto per la presa in visione. La Commissione di redazione decide in merito alle proposte di rettifica e all'approvazione formale del protocollo.

Art. 36

¹ I dibattiti in Gran Consiglio vengono inoltre registrati su nastro e trascritti in un processo verbale. Processo verbale

² Il processo verbale rimane a disposizione dei deputati per la presa in visione presso la Segreteria del Gran Consiglio, per 20 giorni dopo la fine della sessione. Su richiesta viene inviato un estratto dello stesso. Unitamente alla copia del protocollo i membri del Governo ricevono un estratto del protocollo relativo agli affari che essi stessi hanno sostenuto dinanzi al Gran Consiglio.

³ La Commissione di redazione decide in merito alle proposte di rettifica e all'approvazione formale del protocollo.

6. INDENNITÀ DEI DEPUTATI E DELLE FRAZIONI

A. *Deputati***Art. 37**

Diaria

¹ I deputati al Gran Consiglio hanno diritto per ogni giorno di presenza alle sedute ad una diaria di 300 franchi.

² Il presidente del Gran Consiglio riceve inoltre un'indennità unica di 12'000 franchi a titolo di presidenza e di rappresentanza, il vicepresidente un'indennità unica di rappresentanza di 4'000 franchi.

Art. 38Indennità per
pasti e
pernottamento

¹ I deputati al Gran Consiglio percepiscono per ogni seduta a Coira un'indennità per pasti di 60 franchi e in caso di pernottamento un'indennità supplementare di 150 franchi.

² L'indennità di pernottamento viene meno per deputati che abitano a non più di 25 chilometri di distanza.

³ In caso di sedute fuori Coira tutti i deputati al Gran Consiglio ricevono un rimborso spese di 130 franchi per giorno di seduta.

⁴ È considerato domicilio il comune in cui sono depositati i documenti di legittimazione.

⁵ Il presidente e il vicepresidente del Gran Consiglio hanno diritto al rimborso delle spese effettivamente sostenute in adempimento dei loro doveri di rappresentanza.

Art. 39

Casi speciali

¹ Durante la sessione le indennità e i rimborsi di cui all'articolo 37 capoverso 1 e all'articolo 38 vengono versati anche per le domeniche ed i giorni festivi.

² Se durante la sessione un deputato viene convocato a sedute che danno diritto ad una diaria del Cantone, ma che non fanno parte della sfera delle attività del Gran Consiglio, la diaria viene versata solo una volta; se le diarie sono differenti, quella più alta. Questa regolamentazione vale anche per il rimborso viaggi.

Art. 40Indennità per
spese e tempo di
trasferta

¹ Per la trasferta alle sedute del Gran Consiglio vengono rimborsate ai deputati le spese di viaggio effettive, vale a dire ferrovia in prima classe, autopostale e auto privata (indennità per chilometro secondo le disposizioni vigenti per il personale del Cantone).

² Oltre alle spese di trasferta effettive, ai deputati al Gran Consiglio viene corrisposta un'indennità per tempo di trasferta dello stesso ammontare.

*B. Commissioni***Art. 41**

¹ I membri delle commissioni del Gran Consiglio percepiscono per la presenza a sedute che non hanno luogo durante la sessione, diarie e rimborsi spese uguali a quelli dei deputati durante la sessione.

Diaria e rimborso
spese

1. In generale

² Per la partecipazione a sedute di commissioni al di fuori della sessione, il rimborso spese ammonta a 60 franchi. Se dopo la conclusione della seduta della commissione il domicilio non può essere raggiunto usando i mezzi di trasporto pubblici, il rimborso spese ammonta a 210 franchi. Lo stesso vale per un deputato il quale, usando i mezzi di trasporto pubblici, non può presentarsi puntualmente alla seduta della commissione.

³ Per il viaggio a simili sedute i deputati hanno diritto a un'indennità per chilometro secondo le disposizioni valide per il personale del Cantone.

⁴ La Conferenza dei presidenti può accordare in via eccezionale ai presidenti delle commissioni o eventualmente anche ad altri membri delle commissioni un'indennità supplementare in caso di lavori particolarmente impegnativi.

Art. 42

¹ I membri della Commissione della gestione, che partecipano ad almeno due terzi delle sedute sull'arco di un anno di carica, hanno inoltre diritto ad un fisso di 4'000 franchi all'anno. Il presidente percepisce in più un'indennità a titolo di presidenza di 1'000 franchi all'anno.

2. Commissione
della gestione

² Per i rimborsi spese e viaggio dovuti a sedute è applicabile la regolamentazione vigente per le altre commissioni. Fanno eccezione i sopraluoghi e le ispezioni, per i quali vengono rimborsate le spese effettive.

*C. Frazioni***Art. 43**

¹ Per la partecipazione a sedute di frazioni che si tengono al di fuori della sessione, i deputati percepiscono le stesse diarie e gli stessi rimborsi spese e viaggio come per la partecipazione a sedute di commissioni al di fuori della sessione (articolo 42), al massimo però per una seduta ogni sessione. Il presidente della frazione trasmette la lista delle presenze al Dipartimento delle finanze e militare.

Indennità

² Le frazioni ricevono inoltre annualmente un'indennità di base di 4'000 franchi e un'indennità di 300 franchi per ogni membro della frazione. Anche i deputati al Gran Consiglio che non fanno parte di una frazione hanno diritto all'indennità di 300 franchi.

III. Regolamento di procedura generale

1. DISPOSIZIONI GENERALI

Art. 44

Luogo e orari
delle sedute

¹ Il Gran Consiglio si riunisce abitualmente nella Città di Coira.

² Il mattino del primo giorno della sessione è normalmente a disposizione per le sedute delle frazioni.

³ Le sedute del Gran Consiglio durano di regola:

- il mattino dalle ore 8.15 alle 12.00
- il pomeriggio dalle ore 14.00 alle 18.00.

⁴ A seconda della mole di lavoro possono essere prolungate le sedute pomeridiane o tenute sedute serali.

Art. 45

Obbligo di
presenza

¹ La presenza dei membri del Gran Consiglio viene accertata all'inizio di ogni seduta mediante iscrizione nella lista delle presenze. Questa viene chiusa un'ora dopo l'inizio della seduta.

² I deputati che fino a quel momento non sono presenti perdono l'indennità di seduta, a meno che in precedenza abbiano annunciato e motivato l'assenza al presidente del Gran Consiglio. Anche chi è assente tutto il giorno perde l'indennità di seduta.

³ In caso di frequente assenza ingiustificata da parte di un membro durante le sedute, la Conferenza dei presidenti decide dopo un unico ammonimento circa il diritto al versamento della diaria. In caso di malattia durante la seduta non vi è perdita della diaria.

Art. 46

Abbigliamento

I membri del Gran Consiglio sono tenuti a partecipare alle sedute in abbigliamento decoroso e rispettoso della dignità del Parlamento.

Art. 47

Pubblico e
massmedia

¹ Il pubblico ha accesso alla tribuna. Esso deve rimanere in silenzio e astenersi da qualsiasi espressione di approvazione o di disapprovazione. Se il pubblico non dà seguito alle esortazioni del presidente, questi potrà fare sgomberare la tribuna.

² Ai rappresentanti della stampa è riservato uno spazio particolare. L'accesso alla sala non è consentito senza l'autorizzazione del presidente.

³ Le riprese e le registrazioni nella sala delle sedute, nell'atrio o sulla tribuna sono permesse solo con l'autorizzazione del presidente.

⁴ È vietato distribuire materiale di propaganda, portare con sé e affiggere manifesti e raccogliere firme nella sala delle sedute, nell'atrio e sulla tribuna.

Art. 48

Alla fine di ogni seduta il presidente deve comunicare, per quanto possibile, l'ordine del giorno della seduta successiva. Ordine del giorno

2. DELIBERAZIONE**A. Procedura****Art. 49**

In caso di progetti concernenti oggetti il Gran Consiglio discute innanzitutto se si debba entrare in materia. Qualora non vi sia una proposta motivata del Governo oppure della competente commissione preparatoria, in caso di progetti riguardanti proposte di decreto diretto e in caso di iniziative parlamentari, l'entrata in materia può essere decisa solo con la maggioranza dei due terzi. Entrata in materia

Art. 50

Una volta decisa l'entrata in materia, il Gran Consiglio delibera su ogni singolo articolo o sezione. Di regola non avviene una lettura. Deliberazione di dettaglio

Art. 51

Terminata la deliberazione di dettaglio ogni deputato può proporre di ritornare su singoli articoli o sezioni. La proposta di ritornare su una deliberazione e la controproposta possono essere brevemente motivate; il Gran Consiglio decide senza ulteriori discussioni. Se accoglie la proposta, l'articolo o la sezione in questione è sottoposto ad una nuova deliberazione. Nuovo esame

Art. 52

Prima della votazione finale su un progetto di legge il presidente deve chiedere al Gran Consiglio se debba avvenire una seconda lettura. Se richiesta, una seconda lettura può essere decisa anche per le ordinanze. Nel caso di progetti importanti la commissione preparatoria esamina d'ufficio la questione di una seconda lettura e formula proposte all'indirizzo del Gran Consiglio. Seconda lettura

B. Proposte**Art. 53**

¹ Tutte le proposte vanno formulate oralmente e su richiesta vanno presentate per iscritto al presidente del Gran Consiglio, al presidente della commissione e al rappresentante del Governo. Forma

² Proposte importanti concernenti progetti di legge o di ordinanza vanno presentate dalla commissione al proprio presidente prima della deliberazione. Il proponente può venire invitato alla seduta della commissione per esporre i motivi della sua proposta.

³ Se vengono presentate proposte di questo genere durante la deliberazione in Gran Consiglio, la commissione può richiedere che le vengano trasmesse per l'esame preliminare.

C. *Interventi*

Art. 54

Discussione

¹ Prima di ogni votazione il presidente apre la discussione sull'oggetto presentato. Egli dà la parola ai relatori e ai membri delle commissioni prima di avviare la discussione generale. Nella discussione generale che segue, gli oratori si succedono nell'ordine in cui hanno chiesto la parola, fatta eccezione soltanto per i relatori e per i membri del Governo.

² Se il presidente del Gran Consiglio vuole partecipare alla discussione, il vicepresidente assume la direzione.

Art. 55

Decoro
parlamentare

¹ Pur godendo della più ampia libertà di discussione, l'oratore dovrà astenersi da ogni espressione ingiuriosa. Eventuali infrazioni a questa norma saranno immediatamente biasimate dal presidente del Gran Consiglio (richiamo all'ordine).

² Se un oratore non tiene conto dell'esortazione del presidente a non uscire dal tema oppure contravviene più volte al decoro parlamentare, il presidente può togliergli la parola.

³ Se l'oratore reclama contro il ritiro della parola, decide il Gran Consiglio. In caso di ripetuto contegno scorretto il Gran Consiglio con una maggioranza di due terzi può escludere un membro dalla seduta.

Art. 56

Durata degli
interventi

¹ Ad eccezione dei relatori delle commissioni e del rappresentante del Governo gli oratori non possono di regola parlare per più di dieci minuti ciascuno e per più di due volte sulla stessa questione.

² La proposta di chiudere la discussione su un determinato oggetto deve essere votata senza ulteriore discussione. Se il Gran Consiglio la approva con una maggioranza di due terzi, solo gli oratori già annunciati ed i membri del Governo ottengono ancora la parola. È fatto salvo l'articolo 57.

³ Il Gran Consiglio può decidere con una maggioranza di due terzi eccezioni alle restrizioni di cui al capoverso 1.

⁴ Le disposizioni di questo articolo non si applicano ai ricorsi.

⁵ Può essere sempre chiesta la parola per esigere il rispetto del regolamento organico, per presentare proposte d'ordine o per rispondere ad un'osservazione personale.

Art. 57

Esaurita la discussione, il relatore della commissione ha diritto ad un'esposizione conclusiva. Se la commissione non è unanime, tale diritto spetta prima al rappresentante della minoranza, poi al rappresentante della maggioranza.

Fine della discussione

Art. 58

Per la trattazione di un affare il Gran Consiglio può, su richiesta della Conferenza dei presidenti, limitare il dibattito e le richieste di parola.

Dibattito organizzato

3. VOTAZIONI

Art. 59

Prima della votazione il presidente comunica al Gran Consiglio il testo delle proposte presentate e ordina in quale modo si debba votare. Obiezioni al riguardo sono evase immediatamente dal Consiglio.

Introduzione

Art. 60

¹ I sottoemendamenti devono essere messi in votazione prima degli emendamenti e questi prima delle proposte principali.

Pluralità di proposte

² Se vi sono più di due proposte principali, si vota contemporaneamente su entrambe e ogni membro può pronunciarsi solo a favore di una di esse. Se nessuna delle proposte principali ottiene la maggioranza assoluta, si deve votare quale delle proposte, che hanno ottenuto il minor numero di voti, debba essere eliminata. Si applica la stessa procedura alle proposte rimanenti fino a che una raggiunga la maggioranza assoluta.

³ Chi ha votato per un sottoemendamento non è tenuto a votare anche l'emendamento e chi ha votato per l'emendamento non è obbligato a votare la proposta principale.

Art. 61

Le proposte complesse vanno divise per la votazione in singole parti. A richiesta di un membro, qualsiasi questione che possa essere suddivisa deve essere votata nelle sue singole parti.

Proposte complesse

Art. 62

¹ Quando si vota i deputati devono rimanere ai loro posti.

² Nelle votazioni a scrutinio aperto la votazione avviene per alzata.

³ Contano soltanto i voti dati al proprio posto.

Votazione su oggetti

⁴ Gli scrutatori accertano il risultato della votazione e lo comunicano al responsabile del protocollo all'indirizzo del presidente.

⁵ Se 25 membri presenti accolgono una proposta in tal senso, la votazione avviene a scrutinio segreto.

⁶ In caso di votazione finale su progetti costituzionali e progetti di legge vengono contate e messe a protocollo anche le astensioni.

⁷ Per le domande di grazia la votazione avviene a scrutinio segreto.

Art. 63

Parità di voti

Anche il presidente vota. In caso di parità di voti egli prende la decisione senza doversi attenere al voto già emesso.

4. RIESAME

Art. 64

Procedura

¹ Il riesame delle decisioni del Gran Consiglio è possibile solo nella sessione in cui esse sono state prese.

² Il riesame deve essere accordato, se ciò viene deciso da due terzi dei votanti. Per la votazione della proposta materiale è sufficiente la maggioranza dei voti, se non è prescritto altrimenti.

³ Per il riesame di decisioni concernenti il regolamento organico è sufficiente la maggioranza semplice.

⁴ Le decisioni del Gran Consiglio, per le quali è escluso un riesame ai sensi del capoverso 1, possono essere modificate solo con una procedura legislativa ordinaria.

IV. Oggetti in deliberazione

1. INTERVENTI PARLAMENTARI

A. *In generale*

Art. 65

Presentazione e rigetto

¹ I deputati, le frazioni e le commissioni possono presentare al presidente del Gran Consiglio interventi parlamentari. Questi devono essere muniti di una proposta e di una breve motivazione. Il presidente li porta a conoscenza del Gran Consiglio nella stessa seduta.

² La Conferenza dei presidenti esamina dal punto di vista formale gli interventi parlamentari presentati; essa può sentire il Governo in merito. Essa li respinge se:

a) non soddisfano i requisiti formali;

- b) l'oggetto dell'intervento è già stato discusso una volta nel corso del periodo di legislatura e la situazione non è cambiata nel frattempo;
- c) l'istanza non può essere oggetto di un intervento.

³ Qualora il rigetto non venga accettato, decide definitivamente il Gran Consiglio.

Art. 66

¹ Le interpellanze possono essere dichiarate urgenti dal Gran Consiglio, se presentate al più tardi alla seduta d'apertura di una sessione. Trattazione urgente

² Se dichiarata urgente, l'interpellanza viene trattata nella medesima sessione.

B. *Incarico*

Art. 67

¹ Al più tardi nella seconda sessione successiva l'inoltro, il Governo riferisce al Gran Consiglio con rapporto scritto e proposta in merito all'incarico. Trattazione

² Il Governo può proporre di accogliere, modificare, stralciare o respingere, integralmente o parzialmente, un incarico.

³ Su richiesta dei membri del Gran Consiglio o del Governo, il testo dell'incarico può venire modificato.

⁴ Con decisione a maggioranza i firmatari possono:

- a) ritirare l'incarico fino alla conclusione delle deliberazioni in Gran Consiglio;
- b) richiedere un confronto, in una votazione, del testo originario dell'incarico e di un eventuale testo modificato. Un seguente ritiro dell'incarico è in questo caso escluso.

Per consentire ai firmatari di decidere, la trattazione in Gran Consiglio può essere interrotta.

Art. 68

¹ Ha luogo una discussione solo se un incarico è osteggiato dal Governo o dai membri del Gran Consiglio oppure se la discussione viene decisa dal Gran Consiglio. In questo caso fanno stato per analogia le regole generali circa la durata degli interventi. Deliberazione

² Se esiste un nesso materiale con un affare pendente, gli incarichi a cui è stata data risposta possono essere discussi contemporaneamente.

³ Se al momento della deliberazione in Gran Consiglio un incarico è stato attuato, con la sua trasmissione l'incarico può essere stralciato in quanto realizzato.

⁴ Alla fine della deliberazione il Gran Consiglio decide se l'intervento sia da trasmettere al Governo o da respingere.

Art. 69

Rapporto, stralcio
e disbrigo

Il Governo presenta ogni primavera alla Commissione della gestione una lista degli incarichi affidatigli non ancora evasi. Nell'ambito di un rapporto sui lavori finanziari e di vigilanza la Commissione della gestione propone un eventuale stralcio di incarichi. Quando il Governo formula un progetto basato su un incarico, propone lo stralcio dello stesso già nel messaggio.

C. Interpellanza

Art. 70

Procedura

¹ Il Governo risponde per iscritto alle interpellanze al più tardi nella seconda sessione successiva l'inoltro.

² L'interpellante può dichiararsi soddisfatto, parzialmente soddisfatto o insoddisfatto della risposta. Tale dichiarazione può essere esposta in una presa di posizione della durata massima di due minuti.

³ Una discussione ha luogo soltanto se decisa dal Gran Consiglio. In questo caso fanno stato per analogia le regole generali circa la durata degli interventi.

D. Ora delle domande

Art. 71

Procedura

¹ Durante ogni sessione si tiene un'ora delle domande.

² Le domande al Governo devono essere inoltrate in forma scritta alla Segreteria del Gran Consiglio, al più tardi una settimana prima dell'inizio della sessione. Quest'ultima le inoltra al Governo.

³ La risposta da parte del Governo avviene oralmente nella stessa sessione. È consentita una domanda ulteriore.

E. Proposta di decreto diretto

Art. 72

Procedura

¹ In una seduta successiva all'inoltro di una proposta di decreto diretto, il Gran Consiglio decide se la proposta debba essere dichiarata rilevante e se si debba incaricare dell'esame preliminare una commissione.

² Se viene incaricata una commissione, il Gran Consiglio fissa un termine entro il quale essa dovrà riferire e formulare la proposta.

³ Le proposte di decreto diretto devono essere trasmesse al Governo per la presa di posizione. Il Gran Consiglio può fissare un termine al Governo per la presa di posizione.

F. *Iniziativa parlamentare*

Art. 73

¹ Le iniziative parlamentari sono inoltrate per iscritto.

Inoltro e
trasmissione

² Devono contenere una motivazione e, una volta inoltrate, sono portate a conoscenza di tutti i membri del Gran Consiglio.

³ La Conferenza dei presidenti, dopo aver udito il Governo, respinge un'iniziativa parlamentare se:

- a) concerne un oggetto che è già pendente in Gran Consiglio;
- b) l'oggetto viene preparato dal Governo sotto forma di progetto e viene presentato al Gran Consiglio entro un semestre.

⁴ Qualora il rigetto non venga accettato, decide definitivamente il Gran Consiglio.

⁵ A deliberazione avvenuta il presidente del Gran Consiglio accerta con votazione se l'iniziativa parlamentare è provvisoriamente sostenuta dalla maggioranza dei deputati presenti. Se è il caso, l'iniziativa viene trasmessa ad una commissione per l'esame preliminare.

Art. 74

La commissione:

Esame
preliminare in
seno alla
commissione

- a) esamina in via preliminare il progetto presentato. Essa può proporre delle modifiche o presentare un controprogetto;
- b) può chiedere per la preparazione la collaborazione del Dipartimento competente, tuttavia il Governo rimane libero per quanto concerne la sua presa di posizione;
- c) sottopone l'esito delle sue deliberazioni al Governo e se necessario alle cerchie interessate per una presa di posizione;
- d) trasmette, al più tardi entro due anni dalla presentazione, l'affare al Gran Consiglio insieme al rapporto e alla proposta.

Art. 75

Il Gran Consiglio discute il progetto e le proposte della commissione come un progetto del Governo.

Trattazione in
Gran Consiglio

2. ELEZIONI

Art. 76Preparazione
delle elezioni

¹ La Conferenza dei presidenti procede ai chiarimenti necessari per l'occupazione delle cariche di cui all'articolo 36 numeri 3 e 4 della Costituzione cantonale.

² Di regola le proposte devono essere presentate alla Conferenza in forma scritta, al più tardi due mesi prima dell'elezione. Quale documentazione devono essere allegati un curriculum vitae del candidato, nonché indicazioni circa formazione, professione e idoneità specifica alla carica da occupare.

³ La Conferenza dei presidenti è tenuta, mediante proprie indagini, inchieste e acquisizione di documentazione, a farsi un'idea dei requisiti necessari per la carica da occupare come pure del candidato.

⁴ Un portavoce della Conferenza spiega nel plenum prima delle elezioni i risultati dell'esame, senza dare raccomandazioni circa l'elezione.

Art. 77Maggioranza
valida

¹ L'elezione ha luogo secondo il principio della maggioranza assoluta.

² Se nel primo turno la maggioranza assoluta non viene raggiunta da nessun candidato oppure è raggiunta da un numero di candidati inferiore a quello da eleggere, si tiene un secondo turno aperto. In questo decide la maggioranza relativa.

³ In caso di parità di voti il presidente del Gran Consiglio designa l'eletto mediante sorteggio.

Art. 78Consegna del
voto

I deputati devono compilare di persona le schede di voto e consegnarle personalmente agli scrutatori.

Art. 79

Diverse elezioni

¹ Se più elezioni vengono svolte contemporaneamente e non vengono proposti più candidati di quanti siano i seggi da occupare, il Gran Consiglio le effettua in un solo scrutinio.

² Le schede di voto per elezioni che si svolgono contemporaneamente, vengono distribuite e raccolte insieme.

³ La maggioranza assoluta viene calcolata separatamente per ogni elezione.

Art. 80Diritto
applicabile

Le questioni che non sono disciplinate nel regolamento organico del Gran Consiglio, si giudicano per analogia secondo le disposizioni della legge sull'esercizio dei diritti politici nel Cantone dei Grigioni.

Art. 81

¹ La Conferenza dei presidenti nomina speciali scrutatori per l'accertamento dei risultati dell'elezione. Scrutatori e comunicazione dei risultati

² L'elezione rispettivamente la rielezione deve essere comunicata per iscritto agli eletti, qualora essi non siano membri del Governo o del Gran Consiglio.

3. GIURAMENTO, PROMESSA SOLENNE**Art. 82**

¹ Il presidente del Gran Consiglio, davanti al Consiglio riunito, fa prestare giuramento o promessa solenne ai neoeletti membri del Governo. Membri del Governo

² La formula del giuramento è la seguente: "Voi, eletti quali membri del Governo, giurate innanzi a Dio di adempiere tutti i doveri del vostro ufficio secondo scienza e coscienza". Testo del giuramento: "Lo giuro."

³ La formula della promessa solenne è la seguente: "Voi, eletti quali membri del Governo, promettete di adempiere tutti i doveri del vostro ufficio secondo scienza e coscienza". Testo della promessa solenne: "Lo prometto."

Art. 83

I presidenti del Tribunale cantonale e del Tribunale amministrativo prestano il giuramento prescritto o la promessa prescritta al cospetto del Gran Consiglio. Presidenti dei tribunali

Art. 84

Qualora un membro delle autorità, tenuto a prestare giuramento o promessa dinanzi al Gran Consiglio, non possa presentarsi, il presidente del Gran Consiglio lo farà giurare o promettere davanti a questa autorità al momento della sua entrata in carica. Eccezioni

V. Disposizioni finali**Art. 85**

Con l'entrata in vigore del presente regolamento organico vengono abrogati i seguenti atti normativi: Abrogazione del diritto previgente

1. Regolamento organico del Gran Consiglio del 29 maggio 1956;
2. Ordinanza sulle indennità dei deputati e delle frazioni del Gran Consiglio del 31 maggio 1972;
3. Regolamento per la Commissione di gestione del Gran Consiglio del 26 settembre 1994;
4. Regolamento per la Commissione di giustizia del Gran Consiglio del 5 ottobre 1998.

170.140 Regolamento organico del Gran Consiglio (ROGC)

Art. 86

Entrata in vigore Il presente regolamento organico entra in vigore insieme alla legge sul Gran Consiglio.

Geltendes Recht

Gesetz über die Vertretung der Kreise im Grossen Rat des Kantons Graubünden

Vom Volke angenommen am 4. Juni 1972 ¹⁾

Art. 1

Der Grosse Rat besteht aus 120 Abgeordneten.

Zahl der Abgeordneten

Art. 2 ²⁾

Für die Verteilung der Grossratsitze auf die Kreise ist massgebend die schweizerische Wohnbevölkerung der Kreise aufgrund der eidgenössischen Statistik des jährlichen Bevölkerungsstandes, die jeweils im Jahr vor den Kreiswahlen publiziert wird.

Grundlage der Verteilung

Art. 3 ³⁾

Die 120 Sitze des Grossen Rates werden auf die Kreise nach folgendem Verfahren verteilt:

Verteilungsverfahren

a. Vorwegverteilung:

1. Die schweizerische Wohnbevölkerung des Kantons wird durch 120 geteilt. Die nächsthöhere ganze Zahl über dem Ergebnis bildet die erste Verteilungszahl. Jeder Kreis, dessen Bevölkerung diese Zahl nicht erreicht, erhält einen Sitz; er scheidet für die weitere Verteilung aus.
2. Die Wohnbevölkerung der verbleibenden Kreise wird durch die Zahl der noch nicht zugeteilten Sitze geteilt. Die nächsthöhere ganze Zahl über dem Ergebnis bildet die zweite Verteilungszahl. Jeder Kreis, dessen Bevölkerung diese Zahl nicht erreicht, erhält einen Sitz, er scheidet für die weitere Verteilung aus.

¹⁾ B vom 13. Dezember 1971, 255; GRP 1971/72, 460; vgl. dazu Art. 13 KV, BR 110.100

²⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 25. Juni 1995; B vom 15. November 1994, 620; GRP 1994/95, 903

³⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 25. Juni 1995; B vom 15. November 1994, 620; GRP 1994/95, 903

3. Dieses Verfahren wird wiederholt, bis die verbleibenden Kreise die letzte Verteilungszahl erreichen.
- b. Hauptverteilung: Jeder verbliebene Kreis erhält so viele Sitze, als die letzte Verteilungszahl in seiner Bevölkerungszahl enthalten ist.
- c. Restverteilung: Die restlichen Sitze werden auf die Kreise mit den grössten Restzahlen verteilt. Erreichen mehrere Kreise die gleiche Restzahl, so scheiden sie in der Reihenfolge der kleinsten Reste aus, die sich nach der Teilung ihrer Bevölkerungszahl durch die erste Verteilungszahl ergeben. Sind auch die Reste gleich, so entscheidet das Los.

Art. 4¹⁾**Art. 5**

Bekanntgabe Die Regierung gibt die Zahl der von jedem Kreis zu wählenden Abgeordneten jeweils vor den Kreiswahlen im Kantonsamtsblatt bekannt.

Art. 6

Stellvertreter Jeder Kreis wählt ausserdem so viele Stellvertreter, als er Abgeordnete zu wählen hat, höchstens jedoch zehn.

Art. 7

Inkrafttreten Dieses Gesetz ersetzt das Repräsentanzgesetz vom 11. September 1904²⁾ und ist erstmals auf die Kreiswahlen 1973 anwendbar.

¹⁾ Aufhebung gemäss Volksbeschluss vom 25. Juni 1995; B vom 15. November 1994. 620; GRP 1994/95, 903

²⁾ aRB 66

Geschäftsordnung des Grossen Rates

Gestützt auf Art. 14 Abs. 2 der Kantonsverfassung¹⁾

vom Grossen Rat erlassen am 29. Mai 1956²⁾

I. Konstituierung der Behörde

Art. 1³⁾

Personen-, Funktions- und Berufsbezeichnungen in dieser Verordnung beziehen sich auf beide Geschlechter, soweit sich aus dem Sinn der Verordnung nicht etwas anderes ergibt.

Gleichstellung
der Geschlechter

Art. 2⁴⁾

¹ Die Mitglieder des Grossen Rates und die Verteilung auf die Kreise bestimmt das Gesetz⁵⁾.

Mitgliedschaften,
Legitimation

² Bei jeder Gesamterneuerung des Rates hat das Kreisamt ohne Verzug die Namen der Abgeordneten und Stellvertreter der Standeskanzlei mitzuteilen. Diese Mitteilung gilt als Legitimation zum Einsitz in die Behörde.

Art. 3

¹ ⁶⁾Beschwerden gegen Grossratswahlen sind binnen drei Tagen seit Entdeckung des Beschwerdegrundes, spätestens aber am dritten Tage nach der amtlichen Bekanntgabe, schriftlich und begründet bei der Standeskanzlei zuhanden des Grossen Rates einzureichen.

Wahl-
beschwerden

² Das Sekretariat der Justizkommission unterbreitet die Beschwerde unverzüglich dem Präsidenten des Wahlbüros zur Vernehmlassung, ordnet, wenn nötig, weitere Erhebungen an und legt die Akten der Justizkommission vor. Diese hat dem Grossen Rat in seiner ersten Sitzung einen Antrag

¹⁾ BR 110.100

²⁾ B vom 29. September 1955, 182; GRP 1955, 329, 339, 431; 1956, 97, 106

³⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. September 1994; B vom 24. November 1993, 3; GRP 1993/94, S. 724, 740, 756 (1. Lesung), GRP 1994/95, S. 272 (2. Lesung); in Kraft getreten auf den 1. April 1995

⁴⁾ Einfügung gemäss GRB vom 26. September 1994; B vom 24. November 1993, 3; GRP 1993/94, S. 724, 740, 756 (1. Lesung), GRP 1994/95, S. 272 (2. Lesung); in Kraft getreten auf den 1. April 1995

⁵⁾ Siehe Gesetz über die Vertretung der Kreise im Grossen Rat, BR 170.110

⁶⁾ Fassung gemäss GRB vom 19. November 1980, B vom 15. September 1980, 260, GRP 1980/81, 427, 436

zur Entscheidung vorzulegen. Den beanstandeten Abgeordneten ist der Einsitz bis zur Erledigung der Beschwerdeangelegenheit durch den Grossen Rat gestattet. Bei der Behandlung haben sie in Ausstand zu treten.

Art. 4

Stellvertreter

¹ ¹⁾ Ist ein Mitglied verhindert, an einer Session des Rates teilzunehmen, so kann es durch einen Stellvertreter ersetzt werden. Über die Zulassung entscheidet, wenn dagegen Einspruch erhoben wird, der Rat.

² ²⁾ Die Nichtteilnahme an einer Session ist frühzeitig, in der Regel spätestens zwei Wochen vor Beginn der Session, dem zuständigen Kreisamt zu melden. Das Kreisamt teilt der Standeskanzlei die Einsitznahme von Stellvertretern spätestens am Freitag vor der Eröffnung der Session mit. Vorbehalten bleiben besondere Fälle.

Art. 5³⁾

Sessionen

¹ Der Grosse Rat tritt zu folgenden Sessionen zusammen:

- a) am Montag nach dem zweiten Sonntag des Monats Februar (Februarsession);
- b) am Montag nach dem dritten Sonntag des Monats April (Aprilsession);
- c) am Mittwoch nach dem zweiten Sonntag des Monats Juni (Junisession);
- d) am Montag nach dem vierten Sonntag des Monats August (Augustsession);
- e) am Montag nach dem dritten Sonntag des Monats Oktober (OktoBERSession);
- f) am Montag nach dem ersten Sonntag des Monats Dezember (DezembERSession);

² ⁴⁾ Zu allfälligen weiteren Sessionen wird der Grosse Rat nach Massgabe von Artikel 22 der Kantonsverfassung⁵⁾ einberufen.

³ ⁶⁾ Nicht erledigte Geschäfte werden auf das Geschäftsverzeichnis der nächsten Session übertragen.

¹⁾ Fassung gemäss GRB vom 29. September 1977, B vom 27. Juni 1977, 162; GRP 1977/78, 261

²⁾ Fassung GRB vom 26. September 1994; B vom 24. November 1993, 3; GRP 1993/94, S. 724, 740, 756 (1. Lesung), GRP 1994/95, S. 272 (2. Lesung); in Kraft getreten auf den 1. April 1995

³⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. März 2002, Bericht der Kommission Parlamentsreform vom 12. Dezember 2001; GRP 2001/2002, 678; die Änderungen dieser Revision treten am 1. Mai 2003 in Kraft

⁴⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. September 1994; siehe FN zu Art. 1

⁵⁾ BR 110.100

⁶⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. September 1994; siehe FN zu Art. 1

⁴ ¹⁾Liegen für eine Session nur wenige, nicht dringliche Geschäfte vor, kann von einer Einberufung des Grossen Rates abgesehen werden.

⁵ Fallen Feiertage in eine Session, kann diese um eine Woche vor- oder nachverlegt werden, wenn dies aufgrund des Geschäftsverzeichnisses erforderlich ist.

Art. 6

¹ ²⁾Im Einvernehmen mit der Regierung setzt die Präsidentenkonferenz rechtzeitig vor jeder Session die Traktandenliste fest, bestimmt den Zeitpunkt der Eröffnung sowie die voraussichtliche Dauer der Session und entscheidet über einen allfälligen Verzicht auf die Einberufung bzw. über eine Vor- oder Nachverlegung einer Session im Sinne von Artikel 5 Absatz 5.

Einberufung,
Zustellung der
Unterlagen

² ³⁾Die Einberufung des Grossen Rates erfolgt durch die Regierung jeweils mindestens 14 Tage vor der Eröffnungssitzung unter Angabe des Zeitpunktes der Eröffnung, der Tagesordnung für die Eröffnungssitzung und der voraussichtlichen Dauer der Session. Gleichzeitig stellt das Ratssekretariat die Traktandenliste und den durch die Präsidentenkonferenz provisorisch genehmigten Arbeitsplan für die Session zu.

³ ⁴⁾Der Zeitpunkt der Eröffnung der Sessionen wird jeweils durch das Ratssekretariat im Kantonsamtsblatt bekannt gegeben.

⁴ ⁵⁾Das Ratssekretariat bedient die Mitglieder des Grossen Rates und die Stellvertreter mindestens 20 Tage vor der Eröffnungssitzung mit den Botschaften und allfälligen weiteren Unterlagen. Vorbehalten bleiben dringliche Fälle, für welche eine Zustellung der Unterlagen innert dieser Frist nicht möglich ist.

Art. 7

Sitzungsort des Grossen Rates ist in der Regel die Stadt Chur.

Sitzungsort

Art. 8⁶⁾

¹ Beim Eintritt in den Grossen Rat orientiert jedes Ratsmitglied die Präsidentenkonferenz schriftlich über:

Angaben zu den
Tätigkeiten der
Grossräte

a) seine berufliche Tätigkeit;

¹⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. September 1994; siehe FN zu Art. 1

²⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. September 1994; siehe FN zu Art. 1

³⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. März 2002, siehe FN zu Art. 5

⁴⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. März 2002, siehe FN zu Art. 5

⁵⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. März 2002, siehe FN zu Art. 5

⁶⁾ Einfügung gemäss GRB vom 26. September 1994; siehe FN zu Art. 1

- b) ¹⁾ seine Tätigkeit in Führungs- und Aufsichtsgremien von Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des privaten und des öffentlichen Rechts;
- c) ²⁾ dauernde Leitungs- und Beratungsfunktionen für bündnerische, schweizerische und internationale Interessengruppen.

^{2 3)} Die Änderungen werden zu Beginn jedes Amtsjahres durch das Ratssekretariat erhoben. Das Register über die Tätigkeiten der Grossräte ist öffentlich.

³ Das Berufsgeheimnis bleibt vorbehalten.

Art. 9⁴⁾

Kleidung

Die Mitglieder des Grossen Rates haben an den Sitzungen korrekte Kleidung zu tragen, welche die Würde des Parlaments respektiert.

Art. 10⁵⁾

Eröffnung

Die Junisession nach der Gesamterneuerung des Grossen Rates eröffnet das älteste der anwesenden amtsältesten Mitglieder, die übrigen Sessionen der Standespräsident.

Art. 11

Wahl des
Präsidenten und
Vizepräsidenten

^{1 6)} Nach der Eröffnung folgt die Wahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten des Grossen Rates.

² Der Grossratspräsident führt den Titel «Standespräsident».

^{3 7)} Die Wahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten erfolgt für ein Amtsjahr.

Art. 12

Verfahren

Die Wahl erfolgt schriftlich und geheim nach dem Grundsatz des absoluten Mehrs. Bei der Ermittlung des absoluten Mehrs fallen leere und ungültige Stimmen ausser Betracht. Die beiden ersten Wahlgänge sind gänzlich frei. Für den dritten Wahlgang bleiben nur die zwei Kandidaten mit der höchsten Stimmzahl in der Wahl. Stimmen zugunsten anderer Kandidaten sind ungültig. Beim Einstehen der Stimmen entscheidet das Los.

¹⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. März 2002, siehe FN zu Art. 5

²⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. März 2002, siehe FN zu Art. 5

³⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. März 2002, siehe FN zu Art. 5

⁴⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. März 2002, siehe FN zu Art. 5

⁵⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. März 2002, siehe FN zu Art. 5

⁶⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. September 1994, siehe FN zu Art. 1

⁷⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. September 1994, siehe FN zu Art. 1

Art. 13¹⁾

¹ Das älteste der anwesenden amtsältesten Mitglieder bzw. der abtretende Standespräsident nimmt dem neugewählten Standespräsidenten den Eid oder das Amtsgelübde ab.

Beeidigung,
Amtsgelübde
1. Des Standes-
präsidenten

² Inhalt des Eides: «Sie, als gewählter Präsident des Grossen Rates, schwören zu Gott, alle Pflichten ihres Amtes nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen.»

³ Worte des Eides: «Ich schwöre es.»

⁴ Inhalt des Gelübdes: «Sie, als gewählter Präsident des Grossen Rates, geloben, alle Pflichten Ihres Amtes nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen.»

⁵ Worte des Gelübdes: «Ich gelobe es.»

Art. 14²⁾

¹ Sobald der Standespräsident den Eid oder das Amtsgelübde abgelegt hat, nimmt er den Ratsmitgliedern und Stellvertretern den Eid oder das Amtsgelübde ab, die seit ihrer Wahl oder Wiederwahl erstmals Einsitz genommen haben.

2. Der
Ratsmitglieder

² Inhalt des Eides: «Sie, als gewählte Mitglieder des Grossen Rates, schwören zu Gott, alle Pflichten Ihres Amtes nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen.»

³ Worte des Eides: «Ich schwöre es.»

⁴ Inhalt des Gelübdes: «Sie, als gewählte Mitglieder des Grossen Rates, geloben, alle Pflichten Ihres Amtes nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen.»

⁵ Worte des Gelübdes: «Ich gelobe es.»

⁶ Wer erst später erstmals im Rat einsitzt, dem nimmt der Standespräsident nachträglich den Eid oder das Gelübde ab.

Art. 15³⁾

¹ Die Standespräsidentenfeier findet am letzten Tag der Junisession statt.

Standespräsi-
dentenfeier

² Der Kanton beteiligt sich mit einem angemessenen Beitrag an den Kosten der Feier.

³ Die Höhe dieses Beitrages legt die Präsidentenkonferenz periodisch fest.

¹⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. September 1994; siehe FN zu Art. 1

²⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. September 1994; siehe FN zu Art. 1

³⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. März 2002, siehe FN zu Art. 5

Art. 16¹⁾

Präsidenten-
konferenz
1. Zusammen-
setzung

¹ Die Präsidentenkonferenz besteht aus dem Standespräsidenten, als Vorsitzenden, dem Standesvizepräsidenten und den Präsidenten bzw. deren Stellvertretern der im Grossen Rat vertretenen Fraktionen.

² ²⁾ Der Kanzleidirektor und der Leiter des Ratssekretariates nehmen an den Sitzungen mit beratender Stimme teil.

Art. 17³⁾

2. Organisation,
Verfahren

¹ Die Präsidentenkonferenz tagt auf Einladung und unter dem Vorsitz des Standespräsidenten, so oft es die Geschäfte erfordern.

² Bei Stimmengleichheit steht dem Vorsitzenden der Stichentscheid zu. Im übrigen ordnet die Konferenz das Verfahren bei Abstimmungen selbständig.

³ ⁴⁾

Art. 18⁵⁾

3. Zuständig-
keiten

Die Präsidentenkonferenz ist insbesondere zuständig für:

- a) ⁶⁾ die Koordination der Ratsarbeit, insbesondere die Gewährleistung der Zusammenarbeit und der Information der Kommissionen;
- b) ⁷⁾ die Zuweisung von Geschäften zur Vorbereitung an die Kommissionen;
- c) die Koordination des Geschäftsverkehrs zwischen Grosselem Rat und Regierung;
- d) die Festsetzung der Traktandenliste;
- e) die Festsetzung der Sitzungszeiten und Sitzungsdauer;
- f) den Entscheid über die Vor- oder Nachverlegung einer Session;
- g) den Entscheid über den Verzicht auf eine Session;
- h) die Festsetzung von Zeitpunkt und Dauer von ausserordentlichen Sessionen;
- i) die Festlegung des Verteilschlüssels, nach dem während der Amtsperiode die Sitze in den Kommissionen auf die Fraktionen verteilt werden;
- k) die Antragsstellung an den Grossen Rat auf Vorschlag der Fraktionen bezüglich der Wahl der Präsidenten und Mitglieder sowie der Grösse

¹⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. September 1994; siehe FN zu Art. 1

²⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. März 2002, siehe FN zu Art. 5

³⁾ Einfügung gemäss GRB vom 26. September 1994; siehe FN zu Art. 1

⁴⁾ Aufgehoben gemäss GRB vom 26. März 2002, siehe FN zu Art. 5

⁵⁾ Einfügung gemäss GRB vom 26. September 1994; siehe FN zu Art. 1

⁶⁾ Einfügung gemäss GRB vom 26. September 1994; März 2002, siehe FN zu Art. 15

⁷⁾ Einfügung gemäss GRB vom 26. September 1994; März 2002, siehe FN zu Art. 15

- der ständigen und nichtständigen Kommissionen, soweit die Geschäftsordnung nicht etwas anderes bestimmt;
- l) die Wahl der Vorberatungskommissionen in dringlichen Fällen;
 - m) die Ergänzung bereits bestellter Vorberatungskommissionen in dringlichen Fällen;
 - n) die Antragsstellung an den Grossen Rat über die Dringlicherklärung von Interpellationen;
 - o) die Kreditfreigabe an die Kommissionen für ausserordentliche Aufwendungen;
 - p) die formelle Prüfung der parlamentarischen Vorstösse sowie ihre allfällige Überweisung an ein Ratsorgan;
 - q) den Entscheid über Auskunfts- und Akteneinsichtsbegehren der Ratsmitglieder nach Anhören der Regierung;
 - r) die Wahl von drei Stimmzählern;
 - s) die Bestellung von besonderen Stimmzählern zur Durchführung von Wahlen;
 - t) die Durchführung besonderer Anlässe des Grossen Rates;
 - u) die Vorbereitung der Wahlen gemäss Artikel 105;
 - v) weitere Geschäfte, die ihr der Rat zuweist.

Art. 19¹⁾

Die Stimmzähler führen die Präsenzlisten und zählen bei Abstimmungen die Stimmen in dem ihnen zugewiesenen Sektor. Stimmzähler

Art. 20

¹ Der Landespräsident leitet die Verhandlungen und sorgt für Ruhe und Ordnung. Verhandlungsleitung

² Bei Verhinderung des Präsidenten und des Vizepräsidenten übernehmen der letzte Präsident beziehungsweise seine Vorgänger im Amt den Vorsitz.

Art. 21²⁾

¹ Fünf oder mehr Mitglieder des Grossen Rates können sich zu einer Fraktion zusammenschliessen. Fraktionsbildung

² Die Fraktionen bereiten die Geschäfte während der Session vor. Sofern das Geschäftsverzeichnis es erfordert, können die Fraktionen auch vor der Session eine Vorbereitungssitzung durchführen.

¹⁾ Einfügung/Fassung gemäss GRB vom 26. September 1994; siehe FN zu Art. 1

²⁾ Fassung gemäss GRB vom 29. September 1977; B vom 27. Juni 1977, 102; GRP 1977/78, 261

Art. 22

Stimmfreiheit Die Mitglieder des Grossen Rates stimmen nach bestem Wissen und Gewissen und nicht nach Instruktion.¹⁾

Art. 23²⁾

Amtsgeheimnis Die Mitglieder des Grossen Rates sind in amtlichen Angelegenheiten, die ihrer Natur nach oder gemäss besonderer Vorschrift geheim sind, zur Verschwiegenheit verpflichtet.

Art. 24³⁾

Kommissionen
1. Tätigkeit im
allgemeinen

¹⁾ Die Kommissionen nehmen die ihnen übertragenen Aufgaben wahr, beraten die ihnen zugewiesenen Ratsgeschäfte vor, treffen die notwendigen Abklärungen, erstatten dem Grossen Rat Bericht und stellen Antrag.

²⁾ ⁴⁾ Sie haben das Recht, Vorlagen der Regierung vor der Beratung im Rat einmal zur Überarbeitung zurückzuweisen. Der Grosse Rat ist darüber kurz zu informieren.

³⁾ ⁵⁾ Sie sind in ihrem Zuständigkeitsbereich an der Aushandlung wichtiger interkantonalen und internationalen Verträge zu beteiligen.

Art. 25⁶⁾

2. Einberufung,
Organisation

¹⁾ Die Kommissionen werden durch den Kommissionspräsidenten einberufen. Daneben kann ein Viertel der Kommissionsmitglieder die Einberufung einer Sitzung verlangen.

²⁾ Die Kommissionen wählen aus ihrer Mitte einen Vizepräsidenten, der die Aufgaben des Präsidenten übernimmt, wenn dieser verhindert ist.

³⁾ Die Kommissionen ordnen den Gang ihrer Beratungen selbständig.

Art. 26⁷⁾

3. Abstimmungen

¹⁾ Die Kommissionen sind beschlussfähig, wenn die Mehrheit der Mitglieder anwesend ist.

²⁾ Die Abstimmung erfolgt offen. Bei Stimmgleichheit gibt der Präsident den Stichentscheid.

¹⁾ Bezüglich parlamentarischer Immunität vgl. Art. 3 des Verantwortlichkeitsgesetzes, BR 170.050

²⁾ Fassung gemäss GRB vom 30. September 1982; B vom 5. Juli 1982, 253; GRP 1982/83, 386

³⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. September 1994; siehe FN zu Art. 1

⁴⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. März 2002, siehe FN zu Art. 5

⁵⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. März 2002, siehe FN zu Art. 5

⁶⁾ Einfügung gemäss GRB vom 26. September 1994; siehe FN zu Art. 1

⁷⁾ Einfügung gemäss GRB vom 26. September 1994; siehe FN zu Art. 1

³ Die Mitglieder der Kommissionen sind bei den Kommissionsberatungen zur Stimmabgabe verpflichtet.

Art. 27¹⁾

¹ ²⁾Die Sekretariats- und Protokollführung für die Kommissionen obliegt in der Regel dem Ratssekretariat. 4. Sekretariat, Protokoll

² Die Kommissionen bestimmen die Ausführlichkeit des Protokolls selbst, wobei das Beschlussprotokoll die Regel ist. Protokolle über Kommissionsverhandlungen, die nicht dem Amtsgeheimnis unterliegen, erhalten:

- a) die Sitzungsteilnehmer;
- b) der Standespräsident;
- c) die Fraktionspräsidenten;
- d) die Regierung und der Kanzleidirektor;
- e) weitere interessierte Ratsmitglieder;
- f) die kantonalen Gerichte, soweit ihr Aufgabenbereich betroffen ist.

³ Protokolle über die Vorberatung von Ratsgeschäften erhalten überdies alle Ratsmitglieder, soweit nicht das Amtsgeheimnis entgegensteht.

⁴ Protokolle über Kommissionsverhandlungen, die dem Amtsgeheimnis unterliegen, erhalten nur die Kommissionsmitglieder, die Regierung und, soweit ihr Aufgabenbereich betroffen ist, die kantonalen Gerichte.

Art. 28³⁾

¹ Die Kommissionssitzungen und deren Protokolle sind nicht öffentlich. 5. Öffentlichkeit, Information

² Die Kommissionen orientieren durch einen von ihnen bezeichneten Sprecher die Öffentlichkeit über den Verlauf der Kommissionsverhandlungen, wenn diese von erheblichem allgemeinen Interesse sind.

Art. 29⁴⁾

¹ Die Kommissionen sind befugt, Mitglieder der Regierung für die Erteilung von Auskünften zu ihren Sitzungen einzuladen. 6. Mitwirkung der Regierung

² Gelangen Kommissionen zu neuen Erkenntnissen oder Anträgen, bieten sie vor Abschluss ihrer Beratungen der Regierung die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Art. 30⁵⁾

Der Kommissionspräsident ist Berichterstatter im Grossen Rat, sofern die Kommission nichts anderes beschliesst. 7. Bericht-erstattung

¹⁾ Einfügung gemäss GRB vom 26. September 1994; siehe FN zu Art. 1

²⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. März 2002, siehe FN zu Art. 5

³⁾ Einfügung gemäss GRB vom 26. September 1994; siehe FN zu Art. 1

⁴⁾ Einfügung gemäss GRB vom 26. September 1994; siehe FN zu Art. 1

⁵⁾ Einfügung gemäss GRB vom 26. September 1994; siehe FN zu Art. 1

Art. 31¹⁾

Ständige
Kommissionen
1. Bestellung und
Arten

¹ Der Grosse Rat wählt zu Beginn jeder Amtsperiode aus der Ratsmitte folgende ständige Kommissionen:

- a) ²⁾Strategiekommission;
- b) ³⁾Geschäftsprüfungskommission;
- c) Redaktionskommission;
- d) ⁴⁾Kommission für Justiz und Sicherheit;
- e) ⁵⁾Kommission für Bildung und Kultur;
- f) ⁶⁾Kommission für Gesundheit und Soziales;
- g) ⁷⁾Kommission für Umwelt, Verkehr und Energie;
- h) ⁸⁾Kommission für Wirtschaft, Abgaben und Staatspolitik.

² ⁹⁾Er kann weitere ständige Kommissionen bestellen und bestehende aufheben.

³ Der Grosse Rat legt die Kommissionsgrössen selbständig fest, soweit diese nicht durch Gesetz oder Verordnung bestimmt sind.

⁴ ¹⁰⁾Die Amtsdauer der Kommissionsmitglieder beträgt drei Jahre. Ein Ratsmitglied kann höchstens während neun Jahren der gleichen Kommission angehören.

⁵ ¹¹⁾Fällt ein Mitglied einer ständigen Kommission dauernd aus, so nimmt der Grosse Rat für den Rest der Amtsperiode eine Ersatzwahl vor.

⁶ ¹²⁾Die Amtsdauer für Kommissionspräsidenten beträgt maximal drei Jahre. Eine Wiederwahl ist nicht möglich. Im Übrigen konstituieren sich die ständigen Kommissionen selber.

Art. 32¹³⁾

2. Strategie-
kommission

¹ Die Strategiekommission ist für die Ausarbeitung der übergeordneten politischen Ziele und Leitsätze des Grossen Rates zuständig.

¹⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. September 1994; siehe FN zu Art. 1

²⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. März 2002, siehe FN zu Art. 5

³⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. März 2002, siehe FN zu Art. 5

⁴⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. März 2002, siehe FN zu Art. 5

⁵⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. März 2002, siehe FN zu Art. 5

⁶⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. März 2002, siehe FN zu Art. 5

⁷⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. März 2002, siehe FN zu Art. 5

⁸⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. März 2002, siehe FN zu Art. 5

⁹⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. März 2002, siehe FN zu Art. 5

¹⁰⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. März 2002, siehe FN zu Art. 5

¹¹⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. März 2002, siehe FN zu Art. 5

¹²⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. März 2002, siehe FN zu Art. 5

¹³⁾ Einfügung gemäss GRB vom 26. März 2002, siehe FN zu Art. 5

² Sie berät die von der Regierung vorgelegten mittelfristigen Planungen im Aufgaben- und Finanzbereich vor und sorgt für die Koordination der Planungen.

³ Sie überprüft die mittelfristigen Planungen des Grossen Rates und der Regierung auf die Erfüllung der gesetzten Ziele und die Wirksamkeit der Massnahmen und ist zuständig für die Beantragung von Korrekturmassnahmen.

Art. 33¹⁾

¹ Dem Grossen Rat obliegt die Oberaufsicht über die Geschäftsführung und den Finanzhaushalt. Zur Erfüllung dieser Aufgabe wählt er aus seiner Mitte für eine Legislaturperiode eine Geschäftsprüfungskommission von 13 Mitgliedern. Wählbar sind alle Grossratsmitglieder, welche nicht mit einem Mitglied der Regierung im Sinne der Ausstandsordnung²⁾ verwandt oder verschwägert sind.

3. Geschäftsprüfungskommission

^{2,3)} Die Geschäftsprüfungskommission bildet Ausschüsse, und sie kann ihnen Aufgaben und Kompetenzen übertragen.

³ Der Geschäftsprüfungskommission obliegen folgende Aufgaben:

- a) Prüfung des Voranschlages, der Nachtragskreditgesuche und der Staatsrechnung sowie Überwachung des gesamten Finanzhaushaltes;
- b) Prüfung des Landesberichtes der Regierung und Überwachung der Geschäftsführung der gesamten kantonalen Verwaltung, der kantonalen Oberaufsicht unterstehenden Unternehmen sowie der Institutionen, welchen der Kanton öffentliche Aufgaben überträgt;
- c) Entscheid über Nachtragskreditgesuche in der Zeit, in der keine Session stattfindet;
- d) Bewilligung von neuen Stellen und von Stellenumwandlungen mit grösseren finanziellen Auswirkungen.

⁴ Die Geschäftsprüfungskommission erstattet dem Grossen Rat über ihre Tätigkeit und die Ergebnisse ihrer Prüfung Bericht und stellt die erforderlichen Anträge.

⁵ Die näheren Bestimmungen über die Organisation und die Befugnisse der Geschäftsprüfungskommission sowie die Durchführung der Prüfungen erlässt der Grosse Rat in einem besonderen Reglement⁴⁾.

¹⁾ Einfügung gemäss GRB vom 26. September 1994; siehe FN zu Art. 1

²⁾ Vgl. Art. 55

³⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. März 2002, siehe FN zu Art. 5

⁴⁾ BR 170.160

4. Kommission
für Justiz und
Sicherheit

Art. 34¹⁾

¹ ²⁾Die Kommission für Justiz und Sicherheit prüft und überwacht die Geschäftsführung der kantonalen Gerichte sowie der Aufsichtskommissionen über die Notare und die Rechtsanwälte und berät deren Geschäftsberichte vor. Sie besteht aus sieben Mitgliedern.

² Sie berät zuhanden des Grossen Rates insbesondere folgende Angelegenheiten vor:

- a) Begnadigungsgesuche,
- b)³⁾
- c) Erwerbungen von Volksabstimmungen,
- d) Beschwerden an den Grossen Rat im Sinne von Artikel 100 GGO,
- e) Justizaufsichtsbeschwerden im Sinne von Artikel 104 GGO
- f) ⁴⁾weitere ihr zugewiesene Geschäfte aus ihrem Sachbereich.

³ Sie nimmt Stellung zu allen die Justiz betreffenden Berichten und Vorlagen und kann dem Grossen Rat Antrag stellen.

⁴ Sie nimmt zu Stellenschaffungs-, Stellenumwandlungs- und Nachtragskreditgesuchen, soweit diese die kantonalen Gerichte sowie die Aufsichtskommissionen über die Notare und die Rechtsanwälte betreffen, zuhanden der Geschäftsprüfungskommission Stellung.

⁵ Sie entscheidet Beschwerden gegen Regierungsratswahlen.

⁶ ⁵⁾Befugnisse, Organisation und Berichterstattung der Kommission für Justiz und Sicherheit regelt der Grosse Rat in einem besonderen Reglement.

Art. 35⁶⁾

5. Redaktions-
kommission

¹ Die Redaktionskommission besteht aus vier Mitgliedern.

² Ihr gehören zudem von Amtes wegen der Standespräsident und der Standesvizepräsident an.

³ Der Standespräsident leitet die Sitzungen, zu denen auch die Protokollführer beigezogen werden.

⁴ Der Redaktionskommission obliegen:

- a) die Prüfung der Beschluss- und Wortlautprotokolle über die Sitzungen des Grossen Rates und der endgültige Entscheid über Änderungsanträge im Sinne von Artikel 92 und 93;
- b) die redaktionelle Bereinigung der Protokolle, Beschlüsse und Erlasse;

¹⁾ Fassung gemäss Art. 12 Justizreglement, BR 170.170

²⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. März 2002, siehe FN zu Art. 5

³⁾ Aufgehoben gemäss GRB vom 26. März 2002, siehe FN zu Art. 5

⁴⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. März 2002, siehe FN zu Art. 5

⁵⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. März 2002, siehe FN zu Art. 5

⁶⁾ Einfügung gemäss GRB vom 26. September 1994; siehe FN zu Art. 1

- c) die Genehmigung der Protokolle;
- d) die Bereinigung und Genehmigung der Erläuterung an das Volk.

⁵ Die Redaktionskommission kann zur Abklärung umstrittener Sachverhalte Rats- und Regierungsmitglieder sowie die zuständigen Departementsmitarbeiter zu ihren Sitzungen einladen.

Art. 36¹⁾

Den ständigen Kommissionen nach Artikel 31 Absatz 1 Litera d bis h werden durch die Präsidentenkonferenz Sachbereiche zugeteilt. Sie haben folgende Aufgaben:

- a) Ausübung parlamentarischer Initiativfunktionen in ihrem Bereich;
- b) Vorberaten der ihnen von der Präsidentenkonferenz zugewiesenen Geschäfte zuhanden des Rates;
- c) Ausarbeiten von Anregungen und Vorschlägen zu weiteren Geschäften, die ihren Sachbereich betreffen wie zu Planungsfragen, zum Voranschlag oder zu parlamentarischen Vorstössen;
- d) Koordination mit den Kommissionen, die dieselben oder ähnliche Fragen bearbeiten.

Art. 37²⁾

¹ ³⁾ Der Grosse Rat kann für die Vorberatung von Geschäften nichtständige Kommissionen einsetzen:

- a) wenn das Geschäft nicht in den Aufgabenbereich einer ständigen Kommission fällt;
- b) wenn die ständige Kommission, die für das Geschäft zuständig wäre, darum ersucht.

² Aufgrund der Anträge, die von der Präsidentenkonferenz vorbereitet werden, wählt der Grosse Rat die Vorberatungskommissionen, wobei das freie Vorschlagsrecht aus der Mitte des Rates gewahrt bleibt.

³ Die Präsidentenkonferenz kann, sofern dies die Regierung für notwendig erachtet, für Geschäfte, deren Behandlung dringlich ist, die erforderlichen Vorberatungskommissionen wählen. Das gleiche Recht hat sie auch für die Ergänzung bereits bestellter Vorberatungskommissionen.

Art. 38⁴⁾

¹ Bedürfen Vorkommnisse von grosser Tragweite in der Staats- oder Justizverwaltung der besonderen Klärung, kann der Grosse Rat nach Anhörung einer parlamentarischen Untersuchungskommission

¹⁾ Einfügung gemäss GRB vom 26. März 2002, siehe FN zu Art. 5

²⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. September 1994; siehe FN zu Art. 1

³⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. März 2002, siehe FN zu Art. 5

⁴⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. September 1994; siehe FN zu Art. 1

ren der Regierung bzw. der obersten Gerichtsbehörden eine parlamentarische Untersuchungskommission einsetzen.

² Die parlamentarische Untersuchungskommission ermittelt die Sachverhalte und beschafft weitere Beurteilungsgrundlagen. Sie erstattet dem Grossen Rat Bericht und stellt Antrag.

³ Die näheren Bestimmungen über die Organisation der Untersuchungskommission und die Durchführung der Untersuchung erlässt der Grosse Rat im Rahmen des Einsetzungsbeschlusses. Er regelt insbesondere die Verfahrensrechte der Betroffenen und die Stellung der Regierung bzw. der obersten Gerichtsbehörde im Verfahren.

Art. 39 ¹⁾

Geschäftsverkehr zwischen Kommissionen

¹ Die Kommissionen sind Leitkommissionen in ihrem Strategie-, Kontroll- und Fachbereich. Sie sorgen dafür, dass weitere interessierte Kommissionen an der Meinungsbildung mitwirken können.

² Die Mitwirkung kann in Form von schriftlichen Berichten oder mündlichen Anhörungen erfolgen.

Art. 40 ²⁾

Standeskanzlei

¹ Die Standeskanzlei ist die allgemeine Stabsstelle des Grossen Rates.

² Der Kanzleidirektor unterstützt das Präsidium in der Amtsführung, sorgt für die administrative Durchführung der Sessionen und koordiniert den Geschäftsverkehr mit der Regierung.

Art. 41 ³⁾

Ratssekretariat

¹ Das Ratssekretariat steht den Ratsorganen sowie einzelnen Ratsmitgliedern für die Verrichtung ihrer parlamentarischen Arbeit zur Verfügung.

² Als Abteilung der Standeskanzlei ist das Ratssekretariat fachlich den Organen des Grossen Rates unterstellt. Der Leiter und weitere Angehörige werden auf Antrag des Kanzleidirektors von der Präsidentenkonferenz gewählt.

³ Das Ratssekretariat hat insbesondere folgende Aufgaben:

- a) Vorbereitung der Session
- b) Führung des Sekretariates der Leitungsorgane und der Kommissionen mit Ausnahme der Geschäftsprüfungskommission;
- c) Protokollführung im Grossen Rat;
- d) Ausfertigung der Beschlüsse des Grossen Rates;
- e) Information der Öffentlichkeit im Auftrag des Grossen Rates.

¹⁾ Einfügung gemäss GRB vom 26. März 2002, siehe FN zu Art. 5

²⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. März 2002, siehe FN zu Art. 5

³⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. März 2002, siehe FN zu Art. 5

Art. 42¹⁾

Die Ständeskanzlei stellt insbesondere folgende weitere Dienste zur Verfügung: Weitere Dienste

- a) Weibeldienst zur Bedienung des Grossen Rates und seiner Organe;
- b) Übersetzungsdienst;
- c) Informationsdienst;
- d) Betrieb und Wartung der EDV-Einrichtungen.

Art. 43²⁾

Ausgefertigte Beschlüsse des Grossen Rates werden vom Standespräsidenten und vom Kanzleidirektor oder ihren Stellvertretern unterzeichnet. Ausfertigungen

Art. 44³⁾

Die Höhe der Taggelder und Reiseentschädigungen für den Präsidenten und die Mitglieder sowie der jeweilige Beitrag an die Kosten der Fraktionen für die Sekretariatsarbeiten und die Vorbereitung der Ratsgeschäfte wird durch Beschluss des Grossen Rates⁴⁾ festgesetzt. Taggelder und Fraktionsentschädigungen

II. Informationsrechte und Amtsgeheimnis**Art. 45⁵⁾**

¹ Die Ratsmitglieder haben gegenüber der Verwaltung im Rahmen ihrer parlamentarischen Arbeit und unter Vorbehalt des Amtsgeheimnisses das Recht auf Auskünfte. Ratsmitglieder, Auskunfts- und Akteneinsichtsrecht

² Sie können in die Unterlagen zu den Ratsgeschäften Einsicht nehmen, soweit diese nicht dem Amtsgeheimnis unterliegen.

¹⁾ Einfügung gemäss GRB vom 26. März 2002, siehe FN zu Art. 5

²⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. März 2002, siehe FN zu Art. 5

³⁾ Siehe GrV über die Entschädigung der Mitglieder und der Fraktionen des Grossen Rates, BR 170.180

³⁾ Einfügung gemäss GRB vom 26. September 1994; siehe FN zu Art. 1

³⁾ Einfügung gemäss GRB vom 26. September 1994; siehe FN zu Art. 1

³⁾ Einfügung gemäss GRB vom 26. September 1994; siehe FN zu Art. 1

³⁾ Einfügung gemäss GRB vom 26. September 1994; siehe FN zu Art. 1
³⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. September 1994; siehe FN zu Art. 1
 September 1994; 1

³⁾ Fassung gemäss GRB vom 19. November 1980; B vom 15. September 1980, 260, GRP 1980/81, 427, 436

⁴⁾ Siehe GrV über die Entschädigung der Mitglieder und der Fraktionen des Grossen Rates, BR 170.180

⁵⁾ Einfügung gemäss GRB vom 26. September 1994; siehe FN zu Art. 1

³ Wird die Auskunft oder Akteneinsicht ganz oder teilweise verweigert, entscheidet die Präsidentenkonferenz nach mündlicher Anhörung des Ratsmitgliedes und der Regierung.

Art. 46¹⁾

Kommissionen
1. Allgemein
a) Auskunfts- und
Akteneinsichts-
recht

¹ Die Kommissionen haben zur Beurteilung der ihnen zugewiesenen Geschäfte das Recht, die zweckdienlichen Auskünfte einzuholen und nach Anhören der Regierung, der obersten Gerichtsbehörde oder der Aufsichtskommissionen über die Notare und die Rechtsanwälte in die erforderlichen Aktsakten Einsicht zu nehmen.

² Die gemäss diesem Abschnitt bestehenden Informations- und Prüfungsrechte gegenüber den Gerichten und Aufsichtskommissionen über die Notare und die Rechtsanwälte beziehen sich in jedem Fall nur auf Fragen der Geschäftsführung und Justizverwaltung.

Art. 47²⁾

b) Weitere
Informations-
rechte

Die Kommissionen können im Rahmen ihres Auftrages überdies:

- a) im Einverständnis mit dem zuständigen Departementsvorsteher Sachbearbeiter der Verwaltung zum Geschäft befragen;
- b) Besichtigungen vornehmen;
- c) aussenstehende Sachverständige zu Befragungen beziehen oder bei ihnen Gutachten in Auftrag geben und
- d) Vertreter interessierter Kreise anhören.

Art. 48³⁾

2. Parlamen-
tarische
Untersuchungs-
kommission

¹ Die Parlamentarische Untersuchungskommission kann:

- a) Personen aus der Verwaltung als Zeugen einvernehmen;
- b) Auskunftspersonen befragen;
- c) von Amtsstellen, Behördenmitgliedern und Personen aus der Verwaltung mündliche oder schriftliche Auskünfte einholen;
- d) Sachverständige beziehen;
- e) Herausgabe sämtlicher Aktsakten verlangen, die sie zur Erfüllung ihres Auftrages benötigt, und
- f) Augenscheine vornehmen.

² Für die Befragung von Zeugen gelten sinngemäss die einschlägigen Bestimmungen der Zivilprozessordnung vom 1. Dezember 1985⁴⁾.

¹⁾ Fassung gemäss Art. 12 Justizreglement, BR 170.170

²⁾ Einfügung gemäss GRB vom 26. September 1994; siehe FN zu Art. 1

³⁾ Einfügung gemäss GRB vom 26. September 1994; siehe FN zu Art. 1

⁴⁾ BR 320.000

Art. 49¹⁾

Mitglieder der Regierung und Personen aus der Verwaltung können durch die Regierung für die Erteilung von Auskünften vom Amtsgeheimnis entbunden und zur Herausgabe von Akten ermächtigt werden, die dem Amtsgeheimnis unterstehen. Bei Richtern und Personen der Justizverwaltung sind hierfür die obersten Gerichtsbehörden zuständig.

Entbindung vom
Amtsgeheimnis
1. Im
Allgemeinen

Art. 50²⁾

¹ Wenn die Behörde am Amtsgeheimnis festhält, begründet sie ihren Entscheid zuhanden der Kommission. Sie kann anstelle der Erteilung von Auskünften oder der Herausgabe von Akten einen besonderen Bericht erstatten.

2. Gegenüber
Kommissionen

² Hält eine Kommission nach dem Entscheid der Behörde an ihrem Begehren auf Aktenherausgabe fest, sind ihr die Akten zu überweisen.

Art. 51³⁾

Eine Entbindung vom Amtsgeheimnis entfällt bei Begehren um Auskunft und Aktenherausgabe sowie bei Einvernahmen durch die parlamentarische Untersuchungskommission.

3. Gegenüber
Parlamentarischer
Untersuchungs-
kommission

III. Verhandlungen in allgemeinen Angelegenheiten**Art. 52**⁴⁾

¹ Der Grosse Rat tagt in der Regel drei Tage. Der Vormittag des ersten Tages der Session steht gewöhnlich für Fraktionssitzungen zur Verfügung.

Sitzungen

² Die Ratssitzungen dauern in der Regel

- Vormittag von 8.00 bis 12.00 Uhr
- Nachmittag von 14.00 bis 18.00 Uhr

³ Die Präsidentenkonferenz bestimmt die massgebenden Sitzungszeiten. Je nach Geschäftslast können Nachmittagssitzungen verlängert oder Abendsitzungen durchgeführt werden.

Art. 53

¹ ⁵⁾ Um gültige Beschlüsse fassen zu können, muss wenigstens die Hälfte aller Mitglieder bei der Verhandlung und der Abstimmung anwesend sein.

Beschlussfähig-
keit

¹⁾ Einfügung gemäss GRB vom 26. September 1994; siehe FN zu Art. 1

²⁾ Einfügung gemäss GRB vom 26. September 1994; siehe FN zu Art. 1

³⁾ Einfügung gemäss GRB vom 26. September 1994; siehe FN zu Art. 1

⁴⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. September 1994; siehe FN zu Art. 1

⁵⁾ Fassung gemäss GRB von 26. September 1994; siehe FN zu Art. 1

² Soweit infolge gesetzlicher Ausstandsgründe¹⁾ die Hälfte der Mitgliederzahl nicht mehr erreicht wird, ist der Rat gleichwohl beschlussfähig.

Art. 54²⁾

Präsenzpflicht

¹ Die Mitglieder sind zu regelmässigem Sitzungsbesuch verpflichtet. Verhinderungen sind dem Präsidenten unter Angabe der Gründe bekanntzugeben.

² ³⁾ Die Anwesenheit der Ratsmitglieder wird zu Beginn jeder Sitzung durch Eintragung in die Präsenzliste festgestellt. Diese wird eine Stunde nach Sitzungsbeginn geschlossen.

³ ⁴⁾ Ratsmitglieder, welche bis dahin nicht anwesend sind, verlieren das Sitzungsgeld, es sei denn, dass sie sich vorher beim Standespräsidenten unter Angabe der Gründe abgemeldet haben. Das Sitzungsgeld verliert auch, wer den ganzen Tag abwesend ist.

⁴ ⁵⁾ Bei häufiger Abwesenheit eines Mitgliedes während der Sitzungen ohne begründete Abmeldung, entscheidet die Präsidentenkonferenz nach einmaliger Ermahnung über den Anspruch auf Ausrichtung des Taggeldes. In Krankheitsfällen während der Sitzung tritt keine Verwirkung der Taggelder ein.

Art. 55

Ausstand

¹ ⁶⁾ Ein Mitglied des Grossen Rates hat bei der Behandlung von Sachgeschäften und bei Wahlen in den Ausstand zu treten, wenn es selbst, sein Ehegatte oder einer seiner Verwandten und Verschwägerten bis zum zweiten Grad an einem Beschluss des Grossen Rates ein unmittelbares privates Interesse hat.

² ⁷⁾ Ein solches Interesse ist nur anzunehmen, wenn sich aus dem betreffenden Beschluss für eine der in Absatz 1 genannten Personen ein direkter

¹⁾ Siehe Art. 55 hiernach; bezüglich Ausstand bei Begnadigungen siehe Art. 67 Abs. 3 hiernach; vgl. ferner Ausstandserklärung GRP 1946, 143

²⁾ Fassung gemäss GRB vom 29. September 1977; B vom 27. Juni 1977, 102; GRP 1977/78, 261

³⁾ Fassung gemäss GRB von 26. September 1994; siehe FN zu Art. 1

⁴⁾ Fassung gemäss GRB von 26. September 1994; siehe FN zu Art. 1

⁵⁾ Fassung gemäss GRB von 26. September 1994; siehe FN zu Art. 1

⁶⁾ Fassung gemäss GRB vom 19. November 1980; B vom 15. September 1980, 260, GRP 1980/81, 427, 436; mit der Aufnahme dieser Bestimmung in die Geschäftsordnung des Grossen Rates ist die Ausstandsordnung für den Grossen Rat und die Regierung vom 3. Juni 1881 aufgehoben worden.

⁷⁾ Fassung gemäss GRB vom 19. November 1980; B vom 15. September 1980, 260, GRP 1980/81, 427, 436; mit der Aufnahme dieser Bestimmung in die Geschäftsordnung des Grossen Rates ist die Ausstandsordnung für den Grossen Rat und die Regierung vom 3. Juni 1881 aufgehoben worden.

persönlicher Vor- oder Nachteil ergeben kann; bei Erlassen und allgemeinverbindlichen Beschlüssen besteht keine Ausstandspflicht.

³ ¹⁾Die Ausstandsordnung für die Mitglieder des Grossen Rates findet auch auf den Protokollführer Anwendung.

⁴ ²⁾Ausstandsfragen entscheidet der Grosse Rat unter Ausschluss der Betroffenen.

Art. 56

¹ Der Präsident eröffnet vor jeder Abstimmung über den vorgelegten Gegenstand die Diskussion. Vor Eröffnung der allgemeinen Diskussion erteilt er das Wort den Berichterstattern und Kommissionsmitgliedern. In der folgenden allgemeinen Diskussion wird das Wort in der Reihenfolge erteilt, in der es verlangt worden ist. Eine Ausnahme hievon findet lediglich zugunsten von Berichterstattern und Mitgliedern der Regierung statt. Diskussion

² Will sich der Standespräsident an der Diskussion beteiligen, übergibt er den Vorsitz dem Vizepräsidenten.

Art. 57³⁾

¹ Alle Anträge sind mündlich vorzubringen und auf Verlangen dem Standespräsidenten, dem Präsidenten der Kommission und dem Regierungsvertreter schriftlich einzureichen. Anträge

² Wichtige Anträge zu Gesetzes- oder Verordnungsvorlagen sollen vor der Beratung durch die Kommission bei ihrem Präsidenten eingereicht werden. Dieser kann den Antragsteller zur Begründung seines Antrages zur Kommissionssitzung einladen.

³ Werden solche Anträge während der Beratung im Rate gestellt, so kann die Kommission verlangen, dass sie ihr zur Vorberatung überwiesen werden.

Art. 58

¹ Bei aller Freiheit der Diskussion hat sich der Sprecher aller ehrverletzenden Ausdrücke zu enthalten. Ein allfälliger Verstoss gegen diese Vorschrift soll vom Präsidenten sogleich gerügt werden (Ordnungsruf). Anstandspflicht

² Missachtet ein Redner die Mahnung des Präsidenten, zur Sache zu sprechen, oder lässt er sich wiederholt eine Verletzung des parlamentarischen

¹⁾ Fassung gemäss GRB von 26. September 1994; siehe FN zu Art. 1

²⁾ Fassung gemäss GRB vom 19. November 1980; B vom 15. September 1980, 260, GRP 1980/81, 427, 436; mit der Aufnahme dieser Bestimmung in die Geschäftsordnung des Grossen Rates ist die Ausstandsordnung für den Grossen Rat und die Regierung vom 3. Juni 1881 aufgehoben worden.

³⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. Februar 1987; B vom 10. November 1986, 495; GRP 1986/87, 939, 947

Anstandes zuschulden kommen, so kann ihm der Präsident das Wort entziehen.

³ Erhebt der Redner Einspruch gegen den Entzug des Wortes, so entscheidet der Rat. Bei Widersetzlichkeit und fortgesetztem ungebührlichem Benehmen kann der Rat mit zwei Drittel der Stimmen ein Mitglied von der Sitzung ausschliessen.

Art. 59

Verhandlungs-
sprache

Es steht jedem Mitglied frei, in welcher der drei Landessprachen es sein Votum abgeben will. Jedes Mitglied ist berechtigt, Übersetzungen gefalener Anträge in die ihm verständliche Sprache zu verlangen.

Art. 60¹⁾

Redezeit

¹ Mit Ausnahme der Kommissionsreferenten und des Vertreters der Regierung darf in der Regel kein Redner länger als 10 Minuten und mehr als zweimal zum gleichen Diskussionspunkt sprechen.

² Wird Schluss der Diskussion beantragt, so ist darüber ohne weitere Diskussion abzustimmen. Stimmt der Rat mit Zweidrittelsmehrheit zu, so erhalten nur noch bereits angemeldete Redner und die Mitglieder der Regierung das Wort.

³ Artikel 61 bleibt vorbehalten.

⁴ Ausnahmen von den in Absatz 1 genannten Einschränkungen kann der Rat mit Zweidrittelsmehrheit beschliessen.

⁵ ²⁾ Die Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht für die Behandlung von Beschwerden.

⁶ Es ist stets gestattet, das Wort zu begehren, um die Beachtung der Geschäftsordnung zu verlangen, Ordnungsanträge zu stellen oder auf eine persönliche Bemerkung zu antworten.

Art. 61

Schlusswort

Ist die Diskussion erschöpft, so hat der Kommissionsreferent oder, wenn die Kommission nicht einstimmig ist, zunächst der Vertreter der Minderheit und hierauf der Vertreter der Mehrheit das Recht zu einem Schlusswort.

Art. 62³⁾

Organisierte
Debatte

Für die Behandlung eines Geschäftes kann der Rat auf Antrag der Präsidentenkonferenz die Debatte und die Wortmeldungen einschränken.

¹⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. Februar 1987; B vom 10. November 1986, 495; GRP 1986/87, 939, 947

²⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. September 1994; siehe FN zu Art. 1

³⁾ Einfügung gemäss GRB vom 26. September 1994; siehe FN zu Art. 1

Art. 63

¹ Bei Sachvorlagen behandelt der Rat zunächst die Eintretensfrage. Liegt kein begründeter Antrag der Regierung oder bei Vorlagen über Anträge auf Direktbeschluss und parlamentarische Initiativen der zuständigen Vorberatungskommission vor, kann Eintreten nur mit Zweidrittelmehrheit beschlossen werden. Beratung

² Ist Eintreten beschlossen, geht der Rat zur artikel- oder abschnittsweißen Beratung über. Eine Verlesung findet dabei in der Regel nicht statt.

³ Nach Abschluss dieser Beratung kann jedes Mitglied beantragen, auf einzelne Artikel oder Abschnitte zurückzukommen. Eine kurze Begründung des Rückkommensantrages und eines Gegenantrages ist gestattet; der Rat entscheidet ohne weitere Diskussion. Nimmt er den Antrag an, so wird der betreffende Artikel oder Abschnitt nochmals beraten.

⁴ Vor der Schlussabstimmung über eine Gesetzesvorlage hat der Präsident dem Rat die Frage vorzulegen, ob eine zweite Lesung zu erfolgen habe. Eine zweite Lesung kann auf Antrag auch bei Verordnungen beschlossen werden. Bei wichtigen Vorlagen prüft die Vorberatungskommission von Amtes wegen die Frage einer zweiten Lesung und stellt Antrag an den Grossen Rat.

Art. 64

Vor der Abstimmung gibt der Präsident dem Rate die gestellten Anträge im Wortlaut bekannt und ordnet an, in welcher Weise abgestimmt werden soll. Einwendungen dagegen werden vom Rate sogleich erledigt. Abstimmungen

Art. 65

¹ Unterabänderungsanträge sind vor den Abänderungsanträgen und diese vor den Hauptanträgen zur Abstimmung zu bringen. Mehrere Anträge

² Liegen mehr als zwei Hauptanträge vor, so werden sie nebeneinander zur Abstimmung gebracht, wobei jedes Mitglied nur einem von ihnen stimmen darf. Hat keiner die absolute Mehrheit der Stimmen erreicht, so ist darüber abzustimmen, welcher von denjenigen Anträgen, welche die wenigsten Stimmen erhielten, wegzufallen habe. Hierauf wird das gleiche Verfahren auf die übriggebliebenen Anträge angewendet, bis einer die absolute Mehrheit erhält.

¹) Fassung gemäss GRB vom 26. September 1994; siehe FN zu Art. 1

²) Fassung gemäss GRB vom 26. September 1994; siehe FN zu Art. 1

³) Fassung gemäss GRB vom 29. September 1977; B vom 27. Juni 1977, 102; GRP 1977/78, 261

⁴) Fassung gemäss GRB vom 29. September 1977; B vom 27. Juni 1977, 102; GRP 1977/78, 261

³ Wer einem Unterabänderungsantrag zugestimmt hat, ist nicht gehalten, auch für den Abänderungsantrag zu stimmen; ebenso wenig verpflichtet die Zustimmung zum Abänderungsantrag zur Bejahung des Hauptantrages.

Art. 66

Zusammengesetzte Anträge

Bei zusammengesetzten Anträgen ist über die einzelnen Teile getrennt abzustimmen. Kann eine Abstimmungsfrage geteilt werden, so hat dies zu geschehen, sofern ein Mitglied es verlangt.

Art. 67¹⁾

Stimmabgabe bei Sachgeschäften

¹ Während der Abstimmungen haben sich die Abgeordneten an ihren Plätzen aufzuhalten.

² Die Stimmabgabe erfolgt bei offenen Abstimmungen durch Aufstehen.

³ Es zählen nur Stimmen, die am eigenen Platz abgegeben werden.

⁴ Die Stimmzähler ermitteln das Abstimmungsergebnis und melden dieses dem Protokollführer zuhanden des Präsidenten.

⁵ Wenn 25 Mitglieder einem entsprechenden Antrag zustimmen, erfolgt die Abstimmung geheim.

⁶ In Begnadigungssachen erfolgt die Abstimmung geheim. Mitglieder des Gerichtes, welches die zu erlassende Strafe ausgefüllt hat, treten in den Ausstand.

Art. 68

Stichentscheid

Der Präsident stimmt mit. Stehen die Stimmen ein, so entscheidet er, und zwar ohne Rücksicht auf seine schon abgegebene Stimme.

Art. 69²⁾

Wiedererwägung von Beschlüssen

¹ Beschlüsse des Grossen Rates können nur in der Session, in welcher sie gefasst werden, in Wiedererwägung gezogen werden.

² Auf die Wiedererwägung ist einzutreten, wenn sie mit Zweidrittelmehrheit der Stimmenden beschlossen wird. Für die Abstimmung über den materiellen Antrag genügt die Mehrheit der Stimmen, wenn keine andere Vorschrift besteht.

³ Bei Beschlüssen zur Geschäftsordnung genügt die einfache Mehrheit.

⁴ Beschlüsse des Grossen Rates, für welche gemäss Absatz 1 eine Wiedererwägung ausgeschlossen ist, können nur auf dem Wege des ordentlichen Rechtsetzungsverfahrens geändert werden.

¹⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. Februar 1987; B vom 10. November 1986, 495; GRP 1986/87, 939, 947

²⁾ Fassung gemäss GRB vom 29. September 1977; B vom 27. Juni 1977, 102; GRP 1977/78, 261

Art. 70¹⁾

¹ Die Verhandlungen sind in der Regel öffentlich.

Öffentlichkeit
und
Massenmedien

² Den Zuhörern steht die Tribüne offen. Sie haben sich ruhig zu verhalten und jede Äusserung von Beifall oder Missbilligung zu unterlassen. Befolgen sie die Mahnung des Präsidenten zur Ruhe nicht, so kann dieser die Tribüne räumen lassen.

³ Den Vertretern der Presse wird ein besonderer Platz angewiesen. Das Betreten des Saales ist ohne Bewilligung des Vorsitzenden nicht zulässig.

⁴ Bild- und Tonaufnahmen im Sitzungssaal, in den Vorräumen oder auf der Tribüne sind nur mit einer Bewilligung des Vorsitzenden gestattet.

⁵ Das Verteilen von Propagandamaterial, das Mitnehmen und Aufstellen von Plakaten und das Sammeln von Unterschriften im Sitzungssaal, in den Vorräumen und auf der Tribüne sind untersagt.

⁶ Der Rat kann ausnahmsweise beschliessen, die Verhandlungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu führen. Hierüber wird in geheimer Abstimmung entschieden.

Art. 71

Der Präsident hat, soweit möglich, am Schlusse jeder Sitzung dem Rate die Tagesordnung der nächsten Sitzung mitzuteilen.

Tagesordnung

Art. 72

¹ ²⁾In wichtigen Landesangelegenheiten kann der Grosse Rat Kundgebungen (Resolutionen) erlassen. Entwürfe zu solchen sind der Präsidentenkonferenz, auch zuhanden der Regierung, schriftlich einzureichen.

Resolution

² Sie müssen die Unterschriften von mindestens 25 Ratsmitgliedern tragen.

Art. 73³⁾

¹ Der Grosse Rat kann im eigenen Kompetenzbereich sowie zu den Planungen der Regierung Grundsatzbeschlüsse fassen.

Parlamentarische
Vorstösse, Arten
1. Grundsatz-
beschluss

² Diese verpflichten das zuständige Organ, in die vorgegebene Richtung zu planen oder Lösungen zu entwickeln.

³ Grundsatzbeschlüsse können nur von Kommissionen, Fraktionen und von der Regierung eingebracht werden.

¹⁾ Fassung gemäss GRB vom 29. September 1977; B vom 27. Juni 1977, 102; GRP 1977/78, 261

²⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. September 1994; siehe FN zu Art. 1

³⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. März 2002, siehe FN zu Art. 5

Art. 74¹⁾

2. Auftrag

¹ Der Auftrag fordert die Regierung auf:

- a) den Grossen Rat bei der Ausübung eigener Kompetenzen zu unterstützen;
- b) selber Massnahmen zu treffen.

Der Auftrag gemäss Litera a hat die Wirkung einer Weisung, jener gemäss Litera b die Wirkung einer Richtlinie.

² Kommissionen, Fraktionen oder mindestens 20 Ratsmitglieder können einen Auftrag einbringen.

Art. 75²⁾

3. Anfrage

Die Anfrage verlangt von der Regierung Auskunft über wichtige Angelegenheiten.

Art. 76³⁾

4. Fragestunde

In der Fragestunde können Ratsmitglieder Fragen stellen, die einen Sachbereich betreffen und sich einfach beantworten lassen.

Art. 77⁴⁾

5. Antrag auf Direktbeschluss

¹ Mit dem Antrag auf Direktbeschluss kann verlangt werden, dass der Grosse Rat im Bereich seiner eigenen Zuständigkeit einen Beschluss fasst.

² Gegenstand eines solchen Antrages kann insbesondere die Ausübung bundesstaatlicher Mitwirkungsrechte sein.

Art. 78⁵⁾

6. Parlamentarische Initiative

Mit der parlamentarischen Initiative kann ein ausgearbeiteter Entwurf für den Erlass, die Änderung oder Aufhebung einer Verfassungsbestimmung, eines Gesetzes, einer Grossrätlichen Verordnung oder eines Grossratsbeschlusses eingereicht werden.

Art. 79⁶⁾

Verfahren
1. Allgemeines
a) Einreichung,
Rückweisung

¹ ⁷⁾Ratsmitglieder, Fraktionen und Kommissionen können beim Landespräsidenten parlamentarische Vorstösse einreichen. Diese sind mit einem

1) Einfügung gemäss GRB vom 26. März 2002, siehe FN zu Art. 5

2) Fassung gemäss GRB vom 26. März 2002, siehe FN zu Art. 5

3) Einfügung gemäss GRB vom 26. März 2002, siehe FN zu Art. 5

4) Einfügung gemäss GRB vom 26. September 1994; siehe FN zu Art. 1

5) Einfügung gemäss GRB vom 26. September 1994; siehe FN zu Art. 1

6) Fassung gemäss GRB vom 26. September 1994; siehe FN zu Art. 1

7) Fassung gemäss GRB vom 26. März 2002, siehe FN zu Art. 5

Antrag und einer kurzen Begründung zu versehen. Der Standespräsident bringt sie dem Rat in der gleichen Sitzung zur Kenntnis.

² Die Präsidentenkonferenz prüft die eingereichten parlamentarischen Vorstösse in formeller Hinsicht; sie kann dazu die Regierung anhören. Sie weist sie zurück, wenn

- a) sie nicht die richtige Form aufweisen;
- b) der Gegenstand des Vorstosses in der laufenden Legislaturperiode schon einmal beraten wurde und die Sachlage sich in der Zwischenzeit nicht geändert hat, oder
- c) das Begehren nicht Gegenstand eines Vorstosses sein kann.

³ Wenn die Rückweisung nicht akzeptiert wird, entscheidet der Grosse Rat endgültig.

Art. 80¹⁾

¹ Anfragen können vom Grossen Rat dringlich erklärt werden, wenn sie spätestens an der Eröffnungssitzung einer Session eingereicht werden. b) Dringliche Behandlung

² Ist Dringlichkeit beschlossen, wird die Anfrage in der gleichen Session behandelt.

Art. 81²⁾

¹ Die Regierung erstattet dem Grossen Rat spätestens in der übernächsten Session nach Einreichung schriftlichen Bericht und Antrag zum Auftrag. 2. Auftrag
a) Behandlung

² Die Regierung kann beantragen, einen Auftrag ganz oder teilweise zu überweisen, abzuändern, abzuschreiben oder abzulehnen.

³ Der Text des Auftrages kann auf Antrag aus der Mitte des Rates oder der Regierung geändert werden.

⁴ Die Unterzeichner können durch Mehrheitsbeschluss

- a) den Auftrag bis zum Abschluss der Beratungen im Rat zurückziehen;
- b) eine Gegenüberstellung des ursprünglichen Textes des Auftrages und eines allfällig abgeänderten Textes in einer Abstimmung verlangen. Ein nachfolgender Rückzug des Auftrags ist diesfalls ausgeschlossen.

³Für die Meinungsbildung der Unterzeichner kann die Behandlung im Rat unterbrochen werden.

Art. 82³⁾

¹ ⁴⁾Eine Diskussion findet nur statt, wenn ein Auftrag von der Regierung oder aus der Ratsmitte bekämpft oder die Diskussion vom Rat beschlossen b) Beratung

¹⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. März 2002, siehe FN zu Art. 5

²⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. März 2002, siehe FN zu Art. 5

³⁾ Einfügung gemäss GRB vom 26. September 1994; siehe FN zu Art. 1

⁴⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. März 2002, siehe FN zu Art. 5

wird. Sinngemäss gelten diesfalls die allgemeinen Regeln über die Redezeit.

² ¹⁾ Wenn ein sachlicher Zusammenhang mit einem hängigen Geschäft besteht, können beantwortete Aufträge gleichzeitig beraten werden.

³ ²⁾ Ist ein Auftrag im Zeitpunkt der Beratung im Grossen Rat vollzogen, kann der Auftrag mit der Überweisung als erfüllt abgeschrieben werden.

⁴ Am Schluss der Beratung beschliesst der Rat, ob der Vorstoss der Regierung zu überweisen oder abzulehnen ist.

⁵ ³⁾

Art. 83⁴⁾

c) Bericht-
erstattung,
Abschreibung,
Erledigung

¹ Die Regierung legt der Geschäftsprüfungskommission jeweils im Frühjahr eine Liste der ihr erteilten, jedoch noch nicht erledigten Aufträge vor. Im Rahmen eines Berichtes über die Finanz- und Aufsichtsarbeit beantragt die Geschäftsprüfungskommission eine allfällige Abschreibung von Aufträgen. Beruht eine Vorlage der Regierung auf einem Auftrag, stellt die Regierung bereits in der Botschaft den Antrag auf Abschreibung.

² ⁵⁾

Art. 84⁶⁾

3. Anfrage

¹ ⁷⁾ Die Regierung beantwortet die Anfragen spätestens in der übernächsten Session nach Einreichung schriftlich.

² ⁸⁾ Der Anfrager kann sich von der Antwort befriedigt, teilweise oder nicht befriedigt erklären. Diese Erklärung kann in einer Stellungnahme von höchstens zwei Minuten erläutert werden.

³ Eine Diskussion findet nur statt, wenn sie vom Rat beschlossen wird. Sinngemäss gelten diesfalls die allgemeinen Regeln über die Beschränkung der Redezeit.

Art. 85⁹⁾

4. Fragestunde

¹ In jeder Session findet eine Fragestunde statt.

¹⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. März 2002, siehe FN zu Art. 5

²⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. März 2002, siehe FN zu Art. 5

³⁾ Aufgehoben gemäss GRB vom 26. März 2002, siehe FN zu Art. 5

⁴⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. März 2002, siehe FN zu Art. 5

⁵⁾ Aufgehoben gemäss GRB vom 26. März 2002, siehe FN zu Art. 5

⁶⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. September 1994, siehe FN zu Art. 1

⁷⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. März 2002, siehe FN zu Art. 5

⁸⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. März 2002, siehe FN zu Art. 5

⁹⁾ Einfügung gemäss GRB vom 26. März 2002, siehe FN zu Art. 5

² Fragen an die Regierung sind spätestens eine Woche vor Sessionsbeginn dem Ratssekretariat schriftlich einzureichen. Dieses leitet sie an die Regierung weiter.

³ Die Beantwortung durch die Regierung erfolgt in der gleichen Session mündlich. Einmaliges Nachfragen ist gestattet.

Art. 86¹⁾

¹ Der Rat befindet an einer nächsten Sitzung nach der Einreichung eines Antrages auf Direktbeschluss, ob dieser erheblich erklärt und ob eine Kommission mit der Vorberatung beauftragt werden soll.

Antrag auf
Direktbeschluss

² Wird eine Kommission beauftragt, legt der Rat eine Frist fest, innert der sie Bericht zu erstatten und Antrag zu stellen hat.

³ Die Anträge auf Direktbeschluss sind der Regierung zur Stellungnahme zu überweisen. Der Grosse Rat kann der Regierung für die Stellungnahme eine Frist setzen.

Art. 87²⁾

¹ Parlamentarische Initiativen werden schriftlich eingereicht.

Parlamentarische
Initiative
1. Einreichung
und Überweisung

² Sie sind mit einer Begründung zu versehen und werden sämtlichen Ratsmitgliedern nach der Einreichung zur Kenntnis gebracht.

³ Die Präsidentenkonferenz weist nach Anhören der Regierung eine parlamentarische Initiative zurück, wenn

- a) sie sich auf einen Gegenstand bezieht, welcher schon als Ratsgeschäft hängig ist, oder
- b) der Gegenstand von der Regierung als Vorlage vorbereitet und innerhalb eines halben Jahres dem Grossen Rat vorgelegt wird.

⁴ Wenn die Rückweisung nicht akzeptiert wird, entscheidet der Grosse Rat endgültig.

⁵ Der Landespräsident stellt nach der Beratung durch Abstimmung fest, ob die parlamentarische Initiative von der Mehrheit der anwesenden Ratsmitglieder vorläufig unterstützt wird. Trifft dies zu, wird die Initiative einer Kommission zur Vorberatung überwiesen.

Art. 88³⁾

Die Kommission

2. Vorberatung in
Kommission

- a) berät den eingereichten Entwurf. Sie kann Änderungen beantragen oder einen Gegenvorschlag entwerfen;

¹⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. September 1994; siehe FN zu Art. 1

²⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. September 1994; siehe FN zu Art. 1

³⁾ Einfügung gemäss GRB vom 26. September 1994; siehe FN zu Art. 1

- b) kann das zuständige Departement zur Mitwirkung bei der Vorbereitung beiziehen, doch bleibt die Regierung für ihre Stellungnahme frei;
- c) unterbreitet das Ergebnis ihrer Beratungen der Regierung und allenfalls interessierten Kreisen zur Stellungnahme;
- d) überweist das Geschäft spätestens zwei Jahre nach Einreichung mit Bericht und Antrag an den Grossen Rat.

Art. 89¹⁾3. Behandlung im
Grossen Rat

Der Grosse Rat berät den Entwurf und die Anträge der Kommission wie eine Vorlage der Regierung.

Art. 90²⁾Gliederung
Globalbudget

¹ Die Regierung beantragt dem Grossen Rat vor jeder Planungsperiode für den Finanzplan die Gliederung der Produktegruppen im Globalbudget.

² Diese Gliederung bleibt für die Planperiode verbindlich.

³ Änderungen können nur von der Mehrheit der Ratsmitglieder beschlossen werden.

Art. 91³⁾Budgetkompe-
tenz

Der Grosse Rat beschliesst jährlich über das Budget und das Globalbudget.

Art. 92⁴⁾Beschluss-
protokoll

¹ Das Beschlussprotokoll über die Verhandlungen des Grossen Rates wird in deutscher Sprache geführt und enthält:

- a) den Namen des Vorsitzenden, die Zahl der anwesenden und die Namen der abwesenden Ratsmitglieder;
- b) die Verhandlungsgegenstände, den vollen Wortlaut der zur Abstimmung gebrachten Anträge und die Ergebnisse von Abstimmungen und Wahlen;
- c) die eingereichten parlamentarischen Vorstösse;
- d) alle Beschlüsse und Erlasse.

² Es wird vom Präsidenten und Protokollführer unterzeichnet.

³ An der übernächsten Sitzung liegt das Beschlussprotokoll zur Einsicht auf. Über Berichtigungsanträge und die formelle Genehmigung des Beschlussprotokolls entscheidet die Redaktionskommission.

¹⁾ Einfügung gemäss GRB vom 26. September 1994; siehe FN zu Art. 1

²⁾ Einfügung gemäss GRB vom 26. März 2002, siehe FN zu Art. 5

³⁾ Einfügung gemäss GRB vom 26. März 2002, siehe FN zu Art. 5

⁴⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. September 1994; siehe FN zu Art. 1

Art. 93¹⁾

¹ Die Verhandlungen des Grossen Rates werden zusätzlich auf Tonband aufgenommen und in einem Wortlautprotokoll schriftlich festgehalten. Wortlautprotokoll

² Das Wortlautprotokoll liegt 20 Tage nach Sessionsende für die Ratsmitglieder bei der Ständeskanzlei zur Einsicht auf. Auf Begehren wird ein Protokollauszug zugesandt. Die Mitglieder der Regierung erhalten mit der Auflage des Protokolls einen Protokollauszug über jene Geschäfte, die sie selber vor dem Grossen Rat vertreten haben.

³ Über die Berichtigungsanträge und die formelle Genehmigung des Wortlautprotokolls entscheidet die Redaktionskommission. Das bereinigte Wortlautprotokoll wird gedruckt und den Rats- und Regierungsmitgliedern zugestellt.

IV. Geschäftsverkehr zwischen der Regierung und dem Grossrat**Art. 94**²⁾

¹ Der Grosse Rat und die Regierung wirken bei politischen und strategischen Planungen zusammen. Politische und strategische Planungen

² Grundlagen werden gemeinsam erarbeitet und genutzt und Planungen inhaltlich koordiniert. 1. Grundsatz

³ Die Zuständigkeiten der einzelnen Organe bleiben gewahrt.

Art. 95³⁾

¹ Der Grosse Rat erlässt übergeordnete politische Ziele und Leitsätze vor jeder Planungsperiode für Regierungsprogramm und Finanzplan. 2. Instrumente

² Diese Ziele und Leitsätze sind von der Regierung der Ausarbeitung von Regierungsprogramm und Finanzplan zu Grunde zu legen.

³ Regierungsprogramm und Finanzplan sind als rollende integrierte Aufgaben- und Finanzplanung auszugestalten.

Art. 96⁴⁾

Der Grosse Rat legt in seiner Planung den Nutzen fest und überprüft diesen. 3. Überprüfung

¹⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. September 1994; siehe FN zu Art. 1

²⁾ Einfügung gemäss GRB vom 26. März 2002, siehe FN zu Art. 5

³⁾ Einfügung gemäss GRB vom 26. März 2002, siehe FN zu Art. 5

⁴⁾ Einfügung gemäss GRB vom 26. März 2002, siehe FN zu Art. 5

4. Beschluss-
fassung und
Aufträge

Art. 97¹⁾

¹ Die politischen Planungen der Regierung werden vom Grossen Rat zur Kenntnis genommen.

² Der Grosse Rat kann zur Weiterführung der Planungen und zur inhaltlichen Koordination Beschlüsse fassen und der Regierung Aufträge erteilen.

Besondere
Berichte
1. Arten

Art. 98²⁾

¹ ³⁾Als besondere Berichte gelten:

- a) spezielle Rechenschaftsberichte,
- b) Berichte zu einzelnen Sachbereichen.

² Die Regierung unterbreitet dem Grossen Rat solche besonderen Berichte zur Kenntnisnahme.

³ Besondere Berichte sind vom Grossen Rat zu genehmigen, wenn es ein Gesetz oder eine Verordnung vorsieht. Er kann sie auch teilweise genehmigen oder die Genehmigung verweigern.

Art. 99⁴⁾

2. Stellungnahme

¹ ⁵⁾In einer eigenen Erklärung kann der Grosse Rat zu Berichten der Regierung gemäss Artikel 98 in einer allgemeinen Würdigung und zu einzelnen Teilen Stellung nehmen.

² Der Grosse Rat nimmt von solchen Berichten zustimmend, ablehnend, in Form einer Erklärung oder ohne Stellungnahme Kenntnis.

V. Beschwerden

Art. 100⁶⁾

Zuständigkeit

¹ Der Grosse Rat beurteilt die Beschwerden, welche ihm durch das Gesetz ausdrücklich zugewiesen sind. Auf das Verfahren finden die Bestimmungen des Verwaltungsgerichtsgesetzes ⁷⁾ sinngemäss Anwendung.

² Die Instruktion obliegt der Justizkommission.

¹⁾ Einfügung gemäss GRB vom 26. März 2002, siehe FN zu Art. 5

²⁾ Einfügung gemäss GRB vom 26. September 1994; siehe FN zu Art. 1

³⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. März 2002, siehe FN zu Art. 5

⁴⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. September 1994; siehe FN zu Art. 1

⁵⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. März 2002, siehe FN zu Art. 5

⁶⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. September 1994; siehe FN zu Art. 1

⁷⁾ BR 370.100

Art. 101

¹ ¹⁾ Der angefochtene Entscheid, die Beschwerdeeingabe an den Grossen Rat und die Vernehmlassung dazu werden auf Kosten der Parteien gedruckt oder vervielfältigt und den Mitgliedern des Grossen Rates gestellt. Rechtsschriften

² Bei der Auferlegung der Druckkosten kann der Grosse Rat in besonderen Fällen eine Ermässigung bis zur Hälfte zu Lasten des Kantons eintreten lassen.

Art. 102

¹ Der Grosse Rat entscheidet nach Anhörung des Kommissionsgutachtens auf Grund der Akten. Entscheid

² ²⁾

Art. 103

¹ Der Grosse Rat entscheidet zugleich mit der Hauptsache auch über die Zuteilung der in erster und zweiter Instanz ergangenen Kosten sowie über Spesenvergütung an die Parteien. Kosten

² ³⁾ Mutwilligen Beschwerdeführern kann er überdies eine Busse bis zu Fr. 500.– auferlegen.

VI. Aufsichtsbeschwerden**Art. 104 ⁴⁾**

¹ An den Grossen Rat gerichtete Aufsichtsbeschwerden gegen die Regierung werden von der Geschäftsprüfungskommission, solche gegen die kantonalen Gerichte von der Justizkommission instruiert. Instruktion und Antragstellung

² Die instruierende Kommission nimmt alle sachdienlichen Abklärungen vor und unterbreitet dem Grossen Rat auf die nächste Session hin Bericht und Antrag.

¹⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. September 1994; siehe FN zu Art. 1

²⁾ Gestrichen gemäss Art. 1 Ziffer 2 GrV über die Anpassung grossrätlicher Erlasse an das VGG; B vom 10. März 1966, 1; GRP 1966, 32, 101 (erste Lesung), 329, 405 (zweite Lesung); Inkrafttreten auf 1. Januar 1969; ursprünglicher Wortlaut aRB 70

³⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. September 1994; siehe FN zu Art. 1

⁴⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. September 1994; siehe FN zu Art. 1

VII. Wahlen**Art. 105**

Wahlbefugnisse

¹ ¹⁾Der Grosse Rat wählt gemäss Kantonsverfassung²⁾ den Präsidenten und den Vizepräsidenten der Regierung, das Kantonsgericht, das Verwaltungsgericht, den Bankrat der Kantonalbank sowie die eidgenössischen Geschworenen und die übrigen Kommissionen und Vertretungen, deren Wahl ihm durch Gesetz, Verordnung oder Vereinbarung übertragen ist.

² ³⁾Die Wahl beziehungsweise Wiederwahl ist den Gewählten, sofern sie nicht Mitglieder der Regierung oder des Grossen Rates sind, schriftlich mitzuteilen.

Art. 106⁴⁾

Geheime Wahl

¹ Wahlen im Sinne von Artikel 105 werden schriftlich und geheim durchgeführt.

² Vom Grundsatz der schriftlichen und geheimen Wahl ausgenommen sind Wahlen in Kommissionen des Grossen Rates. Für sie gilt das offene Handmehr, sofern nicht mehr Wahlvorschläge vorliegen, als Sitze zu besetzen sind.

Art. 107⁵⁾

Verfahren

1. Gültiges Mehr

¹ Die Wahl erfolgt nach dem Grundsatz des absoluten Mehrs.

² Wird im ersten Wahlgang das absolute Mehr von keinem Kandidaten oder von weniger Kandidaten erreicht, als zu wählen sind, findet ein zweiter, freier Wahlgang statt. In diesem entscheidet das relative Mehr.

³ Stehen die Stimmen ein, bestimmt der Landespräsident den Gewählten durch Ziehung des Loses.

Art. 108

2. Stimmzähler und Stimmabgabe

¹ ⁶⁾Die Präsidentenkonferenz setzt für die Ermittlung der Wahlergebnisse besondere Stimmzähler ein.

1) Fassung gemäss GRB vom 26. September 1994; siehe FN zu Art. 1

2) BR 110.100

3) Fassung gemäss GRB vom 29. September 1977, B vom 27. Juni 1977, 102, GRP 1977/78, 261

4) Fassung gemäss GRB vom 19. Februar 1985, B vom 29. Oktober 1984, 527; GRP 1984/85, 800

5) Fassung gemäss GRB vom 19. Februar 1985, B vom 29. Oktober 1984, 527; GRP 1984/85, 800

6) Fassung gemäss GRB vom 26. September 1994; siehe FN zu Art. 1

² ¹⁾Die Abgeordneten haben die Wahlzettel selber auszufüllen und eigenhändig den Stimmzählern zu übergeben.

Art. 109 ²⁾

¹ Werden gleichzeitig verschiedene Wahlen durchgeführt und sind nicht mehr Kandidaten vorgeschlagen als Sitze zu vergeben sind, so nimmt sie der Grosse Rat in einem Wahlakt vor. ^{3. Mehrere Wahlen}

² Die Wahlzettel werden für die gleichzeitig durchzuführenden Wahlen gemeinsam ausgeteilt und eingesammelt.

³ Die Berechnung des absoluten Mehrs erfolgt für jede Wahl gesondert.

Art. 110 ³⁾

Fragen, die in der Geschäftsordnung des Grossen Rates nicht geregelt sind, beurteilen sich sinngemäss nach den Bestimmungen des Gesetzes über die Ausübung der politischen Rechte im Kanton Graubünden. ⁴⁾ ^{4. Anwendbares Recht}

Art. 111 ⁵⁾

¹ Die Präsidentenkonferenz nimmt die notwendigen Abklärungen zur Besetzung der Ämter gemäss Artikel 18 der Kantonsverfassung ⁶⁾ vor. ^{Wahlvorbereitung}

² Vorschläge müssen der Konferenz in der Regel bis spätestens zwei Monate vor der Wahl schriftlich eingereicht werden. Als Unterlagen sind ein Lebenslauf des Kandidaten sowie Angaben zu Ausbildung, Beruf und spezifischer Eignung für das zu besetzende Amt beizulegen.

³ Die Präsidentenkonferenz ist verpflichtet, sich durch eigene Erhebungen, Befragungen und Beschaffung von Unterlagen ein Bild von den Anforderungen an das zu besetzende Amt sowie von der Person der Kandidaten zu machen.

⁴ Ein Sprecher der Konferenz erläutert vorgängig der Wahlen im Plenum die Ergebnisse der Prüfung, ohne Wahlempfehlungen abzugeben.

¹⁾ Fassung gemäss GRB vom 19. Februar 1985; siehe FN zu Art. 106

²⁾ Fassung gemäss GRB vom 19. Februar 1985; siehe FN zu Art. 106

³⁾ Fassung gemäss GRB vom 19. Februar 1985; siehe FN zu Art. 106

⁴⁾ BR 150.100

⁵⁾ Einfügung gemäss GRB vom 26. September 1994; siehe FN zu Art. 1

⁶⁾ BR 110.100

VIII. Beeidigung, Amtsgelübde¹⁾**Art. 112²⁾**Mitglieder der
Regierung

¹ Die neugewählten Mitglieder der Regierung werden vom Standespräsidenten vor versammeltem Rat beeidigt oder ins Amtsgelübde genommen.

² Inhalt des Eides: «Sie, als gewählte Mitglieder der Regierung, schwören zu Gott, alle Pflichten Ihres Amtes nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen.»

³ Worte des Eides: «Ich schwöre es.»

⁴ Inhalt des Gelübdes: «Sie, als gewählte Mitglieder der Regierung, geloben, alle Pflichten Ihres Amtes nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen.»

⁵ Worte des Gelübdes: «Ich gelobe es.»

Art. 113³⁾Gerichts-
präsidenten

Die Präsidenten des Kantonsgerichtes und des Verwaltungsgerichtes leisten vor dem Grossen Rat den vorgeschriebenen Eid oder das vorgeschriebene Gelübde.⁴⁾

Art. 114⁵⁾Ausnahme-
bestimmung

Falls eines der Behördenmitglieder, die vor dem Grossen Rat ihren Eid oder ihr Gelübde abzulegen haben, nicht eintreffen kann, so wird es der Standespräsident vor dieser Behörde beim Amtsantritt beeidigen oder ins Gelübde nehmen.

IX. Schlussbestimmungen**Art. 115⁶⁾**Übergangs-
bestimmung

Auf die im Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens der neuen Bestimmungen noch hängigen parlamentarischen Vorstösse finden für das Verfahren die bisherigen Bestimmungen Anwendung.

¹⁾ Beeidigung des Standespräsidenten und der Ratsmitglieder siehe Art. 13 und 14 hievore

²⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. September 1994; siehe FN zu Art. 1

³⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. September 1994; siehe FN zu Art. 1

⁴⁾ Vgl. Art. 7 Gerichtsverfassungsgesetz, BR 310.000

⁵⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. September 1994; siehe FN zu Art. 1

⁶⁾ Einfügung gemäss GRB vom 26. März 2002, siehe FN zu Art. 5

Konkordanztabelle zur Geschäftsordnung des Grossen Rates

Nach Teilrevision vom 26. März 2002

Artikel- nummer alt	Artikel- nummer neu	Artikel- nummer alt	Artikel- nummer neu	Artikel- nummer alt	Artikel- nummer neu
1	1	–	41	44a	80
1a	2	22	43	45	–
2	3	23	44	–	81
3	4	23a	45	45a	82
4	5	23b	46	45b	83
4a	6	23c	47	45c	–
5	7	23d	–	45d	–
5a	8	23e	48	–	84
6	9	23f	49	–	85
7	10	23g	50	46	86
8	11	23h	51	47	87
9	12	24	52	47a	88
10	13	25	53	47b	89
11	14	26	54	48	90/91
–	15	26a	55	49	92
12	16	27	56	50	93
12a	17	28	57	50a	–
12b	18	29	58	50b	–
13	19	30	59	–	94
14	20	31	60	–	95
15	21	32	61	–	96
16	22	32a	62	–	97
16a	23	33	63	50c	98
17	24	34	64	50d	99
17a	25	35	65	51	100
17b	26	36	66	52/53	–
17c	27	37	67	54	101
17d	28	38	68	55	102
17e	29	39	69	56	103

170.140 Geschäftsordnung des Grossen Rates

17f	30	40	70	56a	104
18	31	41	71	57	105
–	32	42	72	57a	106
18a	33	43	73	58	107
18b	34	43a	–	58a	108
18c	35	43b	–	59	109
–	36	43c	–	59a	110
19	37	–	74	59b	111
20	38	–	75	60	112
20a	–	–	76	61	113
–	39	43d	77	62	114
21	40	43e	78	63	–
21a	40/42	44	79	–	115

Reglement für die Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates

Vom Grossen Rat erlassen am 26. September 1994¹⁾

I. Allgemeine Bestimmungen

Art. 1

Die Geschäftsprüfungskommission nimmt die ihr vom Grossen Rat delegierte Oberaufsicht über die kantonale Verwaltung und den kantonalen Finanzhaushalt wahr. Zweck

Art. 2

¹ Die Geschäftsprüfungskommission als Verwaltungsprüfungsinanz: Aufgaben und
Zuständigkeiten

- a) überwacht die Geschäftsführung der kantonalen Verwaltung und der mit kantonalen Aufgaben beauftragten Institutionen;
- b) orientiert sich nachträglich über die Verwaltungstätigkeit und den Geschäftsgang sowie über die laufenden Arbeiten;
- c) berät den Landesbericht und die Berichte der Graubündner Kantonalbank, der Rhätischen Bahn, der kantonalen Gebäudeversicherungsanstalt und weiterer der Oberaufsicht des Kantons unterstehenden Institutionen zuhanden des Grossen Rates vor;
- d) prüft den Stand der Behandlung von Motionen und Postulaten und stellt allenfalls dem Grossen Rat Antrag auf Abschreibung der Vorstösse;
- e) überwacht, ob ihren in früheren Tätigkeitsberichten gemachten Bemerkungen Rechnung getragen wurde;
- f) instruiert im Sinne von Artikel 56a der Geschäftsordnung²⁾ an den Grossen Rat gerichtete Aufsichtsbeschwerden gegen die Regierung.

² Die Geschäftsprüfungskommission als Finanzprüfungsinanz:

- a) überwacht den gesamten Finanzhaushalt und befasst sich mit seiner längerfristigen Entwicklung;
- b) prüft namentlich den Voranschlag, die Nachtragskreditgesuche, die Staatsrechnung und die Rechnungen von Institutionen, an welche der Kanton erhebliche Beiträge leistet;
- c) erstattet einen Mitbericht zum Finanzplan;

¹⁾ B vom 24. November 1993; GRP 1993/94, S. 724, 740, 758 (1. Lesung), GRP 1994/95, S. 272 (2. Lesung)

²⁾ BR 170.140

d) entscheidet in der Zeit, in der keine Session des Grossen Rates stattfindet, über hängige Nachtragskreditgesuche.

³ Die Geschäftsprüfungskommission als Instanz für das Personalwesen kann neue Stellen schaffen und Stellenumwandlungen mit grösseren finanziellen Auswirkungen bewilligen.

⁴ Die Geschäftsprüfungskommission kann von anderen Kommissionen vorzubereitete Vorlagen und Geschäfte mit finanziellen Auswirkungen prüfen und dem Grossen Rat ebenfalls Antrag stellen.

⁵ Verfügungen und Entscheide der Regierung, der Departemente und der Dienststellen können durch die Geschäftsprüfungskommission weder aufgehoben noch abgeändert werden.

⁶ Der Grosse Rat kann der Geschäftsprüfungskommission weitere Aufgaben überweisen.

⁷ Die Geschäftsprüfungskommission kann die kantonale Finanzkontrolle mit besonderen Prüfungen beauftragen.

Art. 3

Prüfungskriterien Die Geschäftsprüfungskommission:

- a) achtet auf eine rechts- und ordnungsgemässe Verwaltung;
- b) untersucht die Wirksamkeit der Staatsverwaltung sowie deren Massnahmen und überprüft in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit bestehender Gesetze und Aufgaben;
- c) achtet auf eine zweckmässige und wirtschaftliche Aufgabenerfüllung und einen effizienten Verwaltungsablauf;
- d) kontrolliert, ob die Entscheide kompetenzgemäss gefällt werden und ob genügend verwaltungsinterne Kontrollen gegeben sind.

II. Organisatorische Bestimmungen

Art. 4

Konstituierung Die Geschäftsprüfungskommission konstituiert sich selbst. Sie bestimmt jährlich für die Amtsdauer von einem Jahr einen Präsidenten und einen Vizepräsidenten. Die Amtsdauer beginnt am Ende der Maisession.

Art. 5

Ausschüsse ¹ Die Geschäftsprüfungskommission bestellt je einen Ausschuss von drei Mitgliedern für die Verwaltungsprüfung, die Finanzprüfung, die Aufsicht über die kantonalen Anstalten, öffentlichen Unternehmen und übrigen Institutionen sowie für das Personalwesen. Der Präsident gehört keinem dieser Ausschüsse an, kann aber an den Sitzungen mit beratender Stimme teilnehmen.

² Sie kann für einzelne Prüfungsbereiche weitere Ausschüsse bestellen.

³ Die Gesamtkommission erteilt den Ausschüssen ihre Aufträge.

Art. 6

¹ Die Gesamtkommission versammelt sich in der Regel einmal im Monat für einen oder mehrere Tage. Sie ist beschlussfähig, wenn mindestens neun Mitglieder anwesend sind. Sitzungen

² Die Kommissionssitzungen sind vertraulich. Die Kommissionsmitglieder machen nicht bekannt, wie andere Mitglieder Stellung bezogen haben.

³ Zeitpunkt und Ort der Sitzungen bestimmt der Präsident.

Art. 7

Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission haben bei der Beratung von Geschäften in den Ausstand zu treten, wenn sie Ausstand

- a) an einem Geschäft persönlich unmittelbar beteiligt oder interessiert sind;
- b) mit einer Person, deren Amtshandlung oder Sachbearbeitung geprüft und beurteilt wird, im Sinne der Ausstandsordnung ¹⁾ verwandt sind.

Art. 8

Die Finanzkontrolle führt das Sekretariat der Geschäftsprüfungskommission und ihrer Ausschüsse ²⁾. Im Einvernehmen mit der Regierung können für die Sekretariatsarbeiten einzelner Ausschüsse auch andere Dienststellen beigezogen werden. Sekretariat

III. Informationsrechte**Art. 9**

¹ Der Geschäftsprüfungskommission stehen alle Informationsrechte zu, welche sie zur Erfüllung der ihr übertragenen Aufgaben benötigt. Allgemein

² Die Informationsrechte der Geschäftsprüfungskommission bestehen gegenüber allen kantonalen Verwaltungsstellen und öffentlich-rechtlichen Institutionen des Kantons, soweit sie der Oberaufsicht des Kantons unterstehen. Bei den übrigen Institutionen beschränken sich die Informationsrechte auf diejenigen Geschäfte, welche vom Kanton direkt oder indirekt subventioniert werden. Im Bereich der Justiz ist die Aufsicht der Geschäftsprüfungskommission auf die finanziellen und wirtschaftlichen Aspekte beschränkt.

³ Den Ausschüssen stehen bei der Erfüllung der ihnen von der Gesamtkommission übertragenen Aufgaben die gleichen Befugnisse wie dieser zu.

¹⁾ Vgl. Art. 26a GGO, BR 170.140

²⁾ Vgl. Art. 11 lit. g Verordnung über die Finanzkontrolle, BR 710.300

Art. 10

Amtsgeheimnis

¹ Die Mitglieder und das Sekretariat der Geschäftsprüfungskommission sowie die beigezogenen Sachverständigen sind in bezug auf alle Wahrnehmungen, die sie in Ausübung ihrer Funktion gemacht haben, zur Verschwiegenheit verpflichtet. Die Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission haben sich zur Geheimhaltung aller Tatsachen, von denen sie im Rahmen der Oberaufsicht Kenntnis erhalten und die dem Amtsgeheimnis unterliegen, schriftlich zu verpflichten.

² Wird dem Informationsbedarf der Geschäftsprüfungskommission ein Amtsgeheimnis entgegengestellt, so kann die Geschäftsprüfungskommission bei der Regierung die Aufhebung des Amtsgeheimnisses beantragen. Verweigert die Regierung die Aufhebung des Amtsgeheimnisses, entscheidet die Geschäftsprüfungskommission darüber endgültig.

Art. 11Prüfungs-
unterlagen und
Akteneinsichts-
recht

¹ Der Voranschlag, die Staatsrechnung und der Landesbericht sind sofort nach der Drucklegung durch die Standeskanzlei dem Sekretariat zuhänden der Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission zuzustellen. Die übrigen von der Geschäftsprüfungskommission zu beratenden Voranschläge, Rechnungen und Berichte sind den Mitgliedern der Geschäftsprüfungskommission mindestens zehn Tage vor dem jeweiligen Sitzungsbeginn zu übermitteln.

² Die Finanzkontrolle stellt der Geschäftsprüfungskommission alle in Artikel 16 der Verordnung über die Finanzkontrolle ¹⁾ erwähnten Unterlagen zur Verfügung.

³ Die Geschäftsprüfungskommission ist befugt, von der Regierung Akten einzuverlangen und in sämtliche kantonalen Akten Einsicht zu nehmen, sofern diese zur Erfüllung ihrer Aufgaben von Bedeutung sind.

Art. 12Auskünfte und
Berichte

¹ Die Geschäftsprüfungskommission kann bei allen Geschäften Mitglieder der Regierung zu ihren Sitzungen einladen. Die Mitglieder der Regierung haben der Geschäftsprüfungskommission alle notwendigen Auskünfte zur Erfüllung ihrer Aufgaben zu erteilen. Sie sind befugt, ihre Mitarbeiter zur Beratung beizuziehen.

² Nach vorgängiger Orientierung des zuständigen Departementsvorstehers kann die Geschäftsprüfungskommission zweckdienliche Auskünfte auch bei den Dienststellen und öffentlichen Unternehmen des Kantons direkt einholen.

¹⁾ BR 710.300

³ Zu speziellen Geschäften kann die Geschäftsprüfungskommission von der Regierung und den einzelnen Departementsvorstehern schriftliche Berichte und Stellungnahmen einverlangen.

⁴ Die kantonale Finanzkontrolle verkehrt mit der Geschäftsprüfungskommission direkt. Sie erteilt ihr jede Auskunft, die für die Ausübung der Oberaufsicht dienlich ist.

Art. 13

Die Geschäftsprüfungskommission ist befugt, in der Regel nach vorgängiger Orientierung des zuständigen Departementsvorstehers Inspektionen und Besichtigungen in der Staatsverwaltung, bei den öffentlichen Unternehmen und bei den Institutionen, welchen der Kanton öffentliche Aufgaben überträgt oder erhebliche finanzielle Zuwendungen erbringt, vorzunehmen.

Inspektionen und
Besichtigungen

Art. 14

¹ Zur Abklärung schwieriger und wichtiger Fälle kann die Geschäftsprüfungskommission nach vorgängiger Orientierung des zuständigen Departementsvorstehers jede Person aus der Verwaltung und weitere Personen, soweit sie unmittelbar mit öffentlich-rechtlichen Aufgaben des Kantons betraut sind, befragen, auf Verlangen ohne Beisein eines Vorgesetzten.

Befragungen

² Aus den wahrheitsgetreuen Äusserungen dürfen den Befragten keinerlei Nachteile erwachsen.

Art. 15

Zur Abklärung von Sachverhalten, welche besondere Kenntnisse erfordern, kann die Geschäftsprüfungskommission Sachverständige zu ihren Beratungen beiziehen und mit Zustimmung der Präsidentenkonferenz des Grossen Rates Gutachten von Sachverständigen einholen.

Beizug von
Sachverständigen

IV. Verfahren und Berichterstattung

Art. 16

Der Finanzausschuss prüft den Voranschlag, die Staatsrechnung und in der Regel auch die übrigen dem Grossen Rat vorzulegenden Voranschläge und Rechnungen vor und stellt der Gesamtkommission Anträge. Die Gesamtkommission berät diese Geschäfte und stellt dem Grossen Rat die entsprechenden Anträge. Der Voranschlag und die Staatsrechnung sind vom Vorsteher des Finanz- und Militärdepartementes vor der Gesamtkommission zu erläutern.

Voranschlag und
Staatsrechnung

Art. 17

Nachtragskredite

¹ Der Finanzausschuss prüft die Nachtragskreditgesuche vor und stellt der Gesamtkommission Anträge. Die Gesamtkommission berät diese Gesuche und stellt dem Grossen Rat ihre Anträge. Nachtragskredite bis 50 000 Franken im Einzelfall, welche im Finanzausschuss unbestritten waren, werden in der Gesamtkommission summarisch anhand der Nachtragskreditlisten begründet, sofern keine Diskussion gewünscht wird.

² In der Zeit, in der keine Session des Grossen Rates stattfindet, entscheidet die Gesamtkommission endgültig über die hängigen Gesuche¹⁾. Sie orientiert den Grossen Rat in der nachfolgenden Session über die von ihr gesprochenen Nachtragskredite.

Art. 18Landesbericht
und weitere
Berichte

Die Vorprüfung des Landesberichtes wird bereichsweise den Kommissionmitgliedern zugeteilt, welche in der Gesamtkommission referieren. Die Gesamtkommission berät den Landesbericht und die Berichte der Kantonbank, der Gebäudeversicherungsanstalt, der Grischelectra und weiterer Institutionen.

Art. 19Verwaltungs-
prüfungen

Die Verwaltungsprüfung bei der Zentralverwaltung erfolgt in der Regel durch den Verwaltungsausschuss. Bei den kantonalen Anstalten, den öffentlichen Unternehmen und Institutionen, welchen der Kanton öffentliche Aufgaben überträgt oder erhebliche finanzielle Zuwendungen erbringt, obliegt die Prüfungsaufgabe dem entsprechenden Ausschuss. Für ausgewählte Verwaltungsbereiche können spezielle Ausschüsse eingesetzt werden.

Art. 20

Personalwesen

Der Personalausschuss prüft die Stellenbewirtschaftung und die Zweckmässigkeit der organisatorischen Rahmenbedingungen. Er berät die von der Regierung genehmigten Stellenschaffungsanträge, die Überführungsanträge von Aushilfenstellen in den ordentlichen Stellenplan und Stellenumwandlungsanträge mit grösseren finanziellen Auswirkungen vor und stellt der Gesamtkommission seine Anträge.

Art. 21Berichterstattung
und Protokolle

¹ Die Geschäftsprüfungskommission erstellt jährlich über ihre Tätigkeit einen Bericht mit Anträgen an den Grossen Rat.

¹⁾ Vgl. Art. 22 Abs. 1 Finanzhaushaltsgesetz, BR 710.100

² Über besonders wichtige Geschäfte orientiert die Geschäftsprüfungskommission den Grossen Rat während des Jahres und stellt allenfalls Anträge.

³ Die Geschäftsprüfungskommission bestimmt jeweils bei der Protokollgenehmigung, über welche Beschlüsse und Geschäfte die Kommissionsmitglieder summarisch unter Wahrung des Amtsgeheimnisses ihre Fraktionen unterrichten dürfen.

⁴ Die Geschäftsprüfungskommission kann die Presse und die Öffentlichkeit über Verhandlungen und Beschlüsse von besonderer Bedeutung informieren.

⁵ Die Präsidentenkonferenz, die Mitglieder der Regierung und die Ständekanzlei erhalten zur Information eine Traktandenliste der Sitzungen der Gesamtkommission.

⁶ Die Ausschüsse unterbreiten der Gesamtkommission die Ergebnisse ihrer Tätigkeit und ihre Anträge mittels ihrer Sitzungsprotokolle.

⁷ Die Protokolle der Gesamtkommission und der Ausschüsse haben vertraulichen Charakter und stehen nur der Geschäftsprüfungskommission zur Verfügung. Mittels Protokollauszügen werden die Regierung über Grundsatzentscheide der Geschäftsprüfungskommission und die einzelnen Departementsvorsteher über wichtige behandelte Sachgeschäfte ihres Departementes informiert.

V. Schlussbestimmungen

Art. 22

Mit dem Inkrafttreten dieser Bestimmungen wird das Reglement für die Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates vom 25. November 1971 aufgehoben.¹⁾

Aufhebung
bisherigen Rechts

Art. 23

Dieses Reglement tritt auf 1. April 1995 in Kraft.

Inkrafttreten

¹⁾ AGS 1972, 7; 1990, 2376

Reglement für die Justizkommission des Grossen Rates

Vom Grossen Rat erlassen am 5. Oktober 1998 ¹⁾

I. Allgemeine Bestimmungen

Art. 1

Die Justizkommission nimmt die ihr vom Grossen Rat übertragenen Aufgaben wahr. Aufgaben

Art. 2

Personen-, Funktions- und Berufsbezeichnungen in diesem Reglement beziehen sich auf beide Geschlechter, soweit sich aus dem Sinn des Reglements nicht etwas anderes ergibt. Gleichstellung der Geschlechter

Art. 3

Die Justizkommission achtet auf eine ordnungsgemässe Justizverwaltung, die sich namentlich nach den Grundsätzen der Rechtmässigkeit, Zweckmässigkeit, Leistungsfähigkeit, Wirksamkeit, Gesetzmässigkeit, Dringlichkeit, Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit richtet. Prüfungskriterien

II. Organisatorische Bestimmungen

Art. 4

- ¹ Die Justizkommission kann für ihre Tätigkeit Ausschüsse bestellen. Ausschüsse
- ² Den Ausschüssen stehen bei der Erfüllung der ihnen von der Gesamtkommission übertragenen Aufgaben die gleichen Befugnisse wie dieser zu.

Art. 5

- ¹ Die Justizkommission versammelt sich mindestens zweimal im Jahr. Sitzungen
- ² Beschlüsse können auch auf dem Zirkularweg gefasst werden. Darüber ist ebenfalls ein Protokoll zu führen.
- ³ Die Kommissionsberatungen sind vertraulich. Die Kommissionsmitglieder machen nicht bekannt, wie andere Mitglieder Stellung bezogen haben.

¹⁾ B vom 8. Juli 1998, 121; GRP 1998/99, 221

Art. 6

Ausstand

¹ Ein Mitglied der Justizkommission hat bei der Behandlung von Geschäften in Ausstand zu treten, wenn es selbst, sein Ehegatte oder einer seiner Verwandten und Verschwägerten bis zum zweiten Grad

- a) persönlich unmittelbar beteiligt oder interessiert ist;
- b) Mitglied eines Gerichtes oder Behörde ist, deren Sache geprüft oder behandelt wird;
- c) aufgrund anderer Umstände als befangen erscheint.

² Ausstandsfragen entscheidet die Justizkommission unter Ausschluss des Betroffenen.

Art. 7¹⁾**III. Informationsrechte****Art. 8**

Amtsgeheimnis

¹ Die Mitglieder und das Sekretariat der Justizkommission sowie beigezogene Sachverständige sind in bezug auf alle Wahrnehmungen, die sie in Ausübung ihrer Funktion gemacht haben, zur Verschwiegenheit verpflichtet. Die Mitglieder der Justizkommission haben sich zur Geheimhaltung aller Tatsachen, von denen sie im Rahmen der Oberaufsicht Kenntnis erhalten und die dem Amtsgeheimnis unterliegen, schriftlich zu verpflichten.

² Wird dem Informationsbedarf ein Amtsgeheimnis entgegengestellt, so kann die Justizkommission dessen Aufhebung bei der zuständigen Behörde beantragen. Verweigert diese die Aufhebung des Amtsgeheimnisses, entscheidet die Justizkommission darüber endgültig.

Art. 9

Rechenschaftsberichte

Die Rechenschaftsberichte der kantonalen Gerichte sowie der Aufsichtskommissionen über die Notare und die Rechtsanwälte sind der Justizkommission sofort nach der Drucklegung zuzustellen.

Art. 10

Besondere Informationsrechte

¹ Die Justizkommission kann im Rahmen ihrer Aufsicht bezüglich Geschäftsführung und Justizverwaltung, sofern dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben von Bedeutung ist, von den kantonalen Gerichten sowie den Aufsichtskommissionen über die Notare und die Rechtsanwälte neben den in

¹⁾ Aufgehoben mit GRB vom 26. März 2002; Bericht der Kommission Parlamentsreform vom 12. Dezember 2001; GRP 2001/2002, 724; diese Aufhebung tritt am 1. Mai 2003 in Kraft.

der Geschäftsordnung des Grossen Rates vorgesehenen allgemeinen Rechten insbesondere:

- a) schriftliche Berichte verlangen;
- b) die Präsidenten zu den Beratungen beiziehen und zu den Rechenschaftsberichten befragen;
- c) die Herausgabe von Akten verlangen und in sämtliche Akten Einsicht nehmen;
- d) in der Regel nach vorgängiger Orientierung des zuständigen Präsidenten Inspektionen vornehmen;
- e) in der Regel nach vorgängiger Orientierung des zuständigen Präsidenten jede Person aus der Justizverwaltung oder der Behörde anhören, auch in Abwesenheit des Vorgesetzten oder Präsidenten.

² Die Präsidenten haben der Justizkommission alle zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen Auskünfte zu erteilen.

IV. Verfahren und Berichterstattung

Art. 11

¹ Die Justizkommission erstellt über ihre Tätigkeit jährlich einen Bericht mit Anträgen an den Grossen Rat. Berichterstattung
und Protokolle

² Über wichtige Geschäfte orientiert die Justizkommission den Grossen Rat während des Jahres und stellt allenfalls Anträge.

³ Die Justizkommission bestimmt, über welche Beschlüsse und Geschäfte die Kommissionsmitglieder summarisch und unter Wahrung des Amtsgeheimnisses ihre Fraktionen unterrichten dürfen.

⁴ Die Justizkommission kann die Presse und die Öffentlichkeit über Verhandlungen und Beschlüsse orientieren.

⁵ Die Protokolle der Justizkommission haben vertraulichen Charakter und stehen nur der Kommission zur Verfügung. Die Justizkommission kann mittels Protokollauszügen die betroffenen Stellen über wichtige behandelte Sachgeschäfte informieren.

V. Schlussbestimmungen

Art. 12

Die Geschäftsordnung des Grossen Rates ¹⁾ wird wie folgt angepasst: Änderung von
Erlassen

Art. 18b ²⁾

¹ Die Justizkommission prüft und überwacht die Geschäftsführung der kantonalen Gerichte sowie der Aufsichtskommissionen über die No-

¹⁾ BR 170.140

²⁾ Nunnmehr Art. 33

tare und die Rechtsanwälte und berät deren Geschäftsberichte vor. Sie besteht aus sieben Mitgliedern und konstituiert sich selbst.

² Sie berät zuhanden des Grossen Rates insbesondere folgende Angelegenheiten vor:

- a) Begnadigungsgesuche,
- b) Petitionen,
- c) Erwahrungen von Volksabstimmungen,
- d) Beschwerden an den Grossen Rat im Sinne von Art. 51 ¹⁾ GGO ²⁾,
- e) Justizaufsichtsbeschwerden im Sinne von Art. 56a ³⁾ GGO.

³ Sie nimmt Stellung zu allen die Justiz betreffenden Berichten und Vorlagen und kann dem Grossen Rat Antrag stellen.

⁴ Sie nimmt zu Stellenschaffungs-, Stellenumwandlungs- und Nachtragskreditgesuchen, soweit diese die kantonalen Gerichte sowie die Aufsichtskommissionen über die Notare und die Rechtsanwälte betreffen, zuhanden der Geschäftsprüfungskommission Stellung.

⁵ Sie entscheidet Beschwerden gegen Regierungsratswahlen.

⁶ Befugnisse, Organisation und Berichterstattung der Justizkommission regelt der Grosse Rat in einem besonderen Reglement.

Art. 23b ⁴⁾

Die Kommissionen haben zur Beurteilung der ihnen zugewiesenen Geschäfte das Recht, die zweckdienlichen Auskünfte einzuholen und nach Anhören der Regierung, der obersten Gerichtsbehörde oder der Aufsichtskommissionen über die Notare und die Rechtsanwälte in die erforderlichen Akten Einsicht zu nehmen.

² Die gemäss diesem Abschnitt bestehenden Informations- und Prüfungsrechte gegenüber den Gerichten und Aufsichtskommissionen über die Notare und die Rechtsanwälte beziehen sich in jedem Fall nur auf Fragen der Geschäftsführung und Justizverwaltung.

Art. 23d

Aufgehoben.

Art. 13

Inkrafttreten

Dieses Reglement tritt am 1. November 1998 in Kraft ⁵⁾.

¹⁾ Nunmehr Art. 100

²⁾ BR 170.140

³⁾ Nunmehr Art. 104

⁴⁾ Nunmehr Art. 46

⁵⁾ Im KA vom 2. März 2000 publiziert

Verordnung über die Entschädigung der Mitglieder und der Fraktionen des Grossen Rates ¹⁾

Vom Grossen Rat erlassen am 31. Mai 1972 ²⁾

I. Grosser Rat

Art. 1 ³⁾

¹ Die Mitglieder des Grossen Rates haben für jeden Tag ihrer Anwesenheit bei Sitzungen Anspruch auf ein Taggeld von 300 Franken. Taggeld

² Der Landespräsident erhält ausserdem eine einmalige Präsidial- und Repräsentationszulage von 12 000 Franken, der Landesvizepräsident eine einmalige Repräsentationszulage von 4 000 Franken.

³ ⁴⁾

Art. 2 ⁵⁾

¹ ⁶⁾ Die Mitglieder des Grossen Rates erhalten für jeden Sitzungstag in Chur eine Mahlzeitenentschädigung von 60 Franken und im Falle der Übernachtung eine zusätzliche Entschädigung von 150 Franken. Mahlzeiten- und
Übernachtungs-
entschädigung

² ⁷⁾ Die Übernachtungsentschädigung entfällt für Mitglieder, die in einem Umkreis von 25 Kilometer Fahrstrecke wohnen.

³ Bei Sitzungen ausserhalb von Chur erhalten alle Mitglieder des Grossen Rates eine Spesenentschädigung von 130 Franken je Sitzungstag.

⁴ Als Wohnsitz gilt der Ort, wo die Ausweisschriften hinterlegt sind.

⁵ Der Landespräsident und der Landesvizepräsident haben Anspruch auf Entschädigung der effektiven Auslagen, die ihnen aus Repräsentationspflichten entstehen.

¹⁾ Änderung des Titels gemäss GRB vom 19. November 1980; B vom 15. September 1980, 260, GRP 1980/81, 427, 439

²⁾ B vom 21. Februar 1972, 1; GRP 1972/73, 38, 50

³⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. März 2002; Bericht der Kommission Parlamentsreform vom 12. Dezember 2001; GRP 2001/2002, 720; in Kraft getreten auf den 1. Mai 2003

⁴⁾ Aufgehoben gemäss GRB vom 26. März 2002; siehe FN zu Art. 1

⁵⁾ Fassung gemäss GRB vom 29. September 1988; B vom 13. Juni 1988, 32; GRP 1988/89, 287; in Kraft getreten auf den 1. Januar 1989

⁶⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. März 2002; siehe FN zu Art. 1

⁷⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. März 2002; siehe FN zu Art. 1

Art. 3

Sonderfälle

¹ Während der Dauer der Session werden die Entschädigungen gemäss Artikel 1 Absatz 1 und Artikel 2 auch für die Sonn- und Feiertage ausgerichtet.

² Wird ein Ratsmitglied während der Session zu Sitzungen einberufen, die den Anspruch auf ein Taggeld des Kantons begründen, aber nicht zum Geschäftskreis des Grossen Rates gehören, so wird das Taggeld nur einmal, bei ungleichen Taggeldern zum höheren Ansatz, ausgerichtet. Diese Regelung gilt auch für die Reiseentschädigung.

³ Mit Bezug auf Präsenzpflicht, Abwesenheit infolge Erkrankung am Sitzungsort und dergleichen gelten die Bestimmungen der grossrätlichen Geschäftsordnung.¹⁾

Art. 4²⁾

Reisekosten- und Reisezeitentschädigung

¹ Für die Reisen zu den Ratssitzungen werden den Mitgliedern des Grossen Rates die effektiven Reisespesen vergütet, d.h. Bahn 1. Klasse, Postauto und Privatauto (Kilometerentschädigung nach den für das kantonale Personal geltenden Bestimmungen).

² Den Mitgliedern des Grossen Rates wird zusätzlich zu den effektiven Reisespesen eine Reisezeitentschädigung in gleicher Höhe entrichtet.

II. Kommissionen**Art. 5³⁾**Taggeld und Spesenentschädigung
a) Im allgemeinen

¹ Die Mitglieder der Kommissionen des Grossen Rates, ausgenommen die Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission, erhalten für ihre Anwesenheit bei Sitzungen, die nicht während der Session stattfinden, die gleichen Taggelder und Spesenentschädigungen wie die Ratsmitglieder während der Session.

^{2 4)} Die Spesenentschädigung beträgt für die Teilnahme an Kommissionssitzungen ausserhalb der Session 60 Franken. Kann der Wohnsitz nach Schluss der Kommissionssitzung bei Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel nicht erreicht werden, beträgt die Spesenentschädigung 210 Franken. Das gleiche gilt, wenn ein Ratsmitglied bei Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel nicht rechtzeitig zur Kommissionssitzung erscheinen kann.

¹⁾ Art. 26, BR 170.140

²⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. März 2002; siehe FN zu Art. 1

³⁾ Fassung gemäss GRB vom 29. September 1988; siehe Fussnote zu Art. 1

⁴⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. März 2002; siehe FN zu Art. 1

³ Für die Reise zu solchen Sitzungen haben die Mitglieder Anspruch auf eine Kilometerentschädigung nach den für das kantonale Personal geltenden Bestimmungen ¹⁾.

⁴ Das Büro kann Kommissionspräsidenten oder allenfalls auch anderen Kommissionsmitgliedern bei besonders starker Inanspruchnahme ausnahmsweise eine zusätzliche Entschädigung zusprechen.

Art. 6²⁾

¹ ³⁾Die Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission erhalten für die Teilnahme an Sitzungen ausserhalb der Session ein Taggeld von 300 Franken.

b) Geschäfts-
prüfungs-
kommission

² ⁴⁾Die Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission, welche an mindestens zwei Drittel der Sitzungen eines Amtsjahres teilnehmen, haben zu dem Anspruch auf ein Fixum von 4 000 Franken je Amtsjahr. Der Präsident erhält zusätzlich 1 000 Franken je Amtsjahr als Präsidialzulage.

³ Hinsichtlich der Spesen- und Reiseentschädigungen bei Sitzungen ist die für andere Kommissionen geltende Regelung anwendbar. Davon ausgenommen sind Augenscheine und Besichtigungen, bei welchen die effektiven Spesen vergütet werden.

III. Fraktionen

Art. 7

¹ ⁵⁾Für die Teilnahme an Fraktionssitzungen, die ausserhalb der Session stattfinden, werden den Mitgliedern des Grossen Rates die gleichen Taggelder, Spesen- und Reiseentschädigungen ausgerichtet wie für die Teilnahme an Kommissionssitzungen ausserhalb der Session (Art. 5 der Verordnung), jedoch höchstens für eine Sitzung je Session. Der Fraktionspräsident stellt dem Finanz- und Militärdepartement die Präsenzliste zu.

Entschädigungen

² ⁶⁾Überdies erhalten die Fraktionen jährlich eine Grundentschädigung von 4000 Franken und eine Entschädigung für jedes Fraktionsmitglied von 300 Franken. Anspruch auf die Entschädigung von 300 Franken haben auch jene Mitglieder des Rates, die keiner Fraktion angehören.

¹⁾ Art. 33 RAB zur Personalverordnung; BR 170.410

²⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. September 1994; siehe FN zu Art. 1

³⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. März 2002; siehe FN zu Art. 1

⁴⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. März 2002; siehe FN zu Art. 1

⁵⁾ Fassung gemäss GRB vom 29. September 1988; B vom 13. Juni 1988, 32; GRP 1988/89, 287; in Kraft getreten auf 1. Januar 1989

⁶⁾ Fassung gemäss GRB vom 26. März 2002; siehe FN zu Art. 1

IV. Inkrafttreten**Art. 8**

Inkrafttreten

¹ Diese Verordnung tritt am Ende der Maisession 1972 in Kraft und ersetzt die gleichnamige Verordnung vom 28. November 1962¹⁾, teilweise revidiert am 22. Mai 1964²⁾, am 2. Dezember 1965³⁾, am 24. Mai 1969⁴⁾ und am 27. Mai 1970⁵⁾.

² ⁶⁾Die Teilrevision vom 2. Oktober 1981 tritt am 1. Januar 1982 in Kraft.

¹⁾ AGS 1963, 210

²⁾ Art. 2, AGS 1964, 437

³⁾ Art. 1, 2 und 6, AGS 1966, 119

⁴⁾ Art. 5, AGS 1969, 129

⁵⁾ Art. 1 und 2, AGS 1970, 243

⁶⁾ Fassung gemäss GRB vom 2. Oktober 1981